J.publ.G.
218
c

J. publ. G. Fechenbach-Landenbach
218 c

Xerokopieren aus konservatorischen Gründen nicht erlaubt
Nur im Lesesaal benützbar
07. Nov. 1991

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

Recensionsexemplar

Die

# Kaiserlichen Erlasse

## vom 4. Februar 1890.

Ihre
Bedeutung für die Entwickelung der staatlichen, wirthschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse
unter nachträglicher Berücksichtigung der Entlassung
**des Fürsten Bismarck.**

Von
**Reichsfreiherrn von Fechenbach-Laudenbach.**

2. Auflage (sechstes und siebentes Tausend).

**Frankfurt a. M.**
Druck und Verlag von A. Foesser Nachfolger.
**1890.**

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

# Vorwort.

Was alle Patrioten und überhaupt alle staatserhaltenden Elemente ohne Ausnahme ihrer besonderen Parteistellung seit Jahren gehofft und erwartet, ist eingetroffen. Kaiser Wilhelm II. hat nicht allein aus eigener Initiative, sondern, wie bereits schon officiös zugestanden wird, auch gegen den Widerspruch des Fürsten Bismarck die Arbeiterfrage aufgegriffen. Der Kaiser betonte durch die Erlasse vom 4. Februar die Nothwendigkeit, den revolutionären Erscheinungen durch eine eingehende gründliche Untersuchung der akuten, als auch der bereits chronisch gewordenen Friktionen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern näher zu treten. Der Kaiser hat aber, und hier unterscheidet sich seine Initiative wesentlich von jener Kaiser Wilhelms I. in Bezug auf die Botschaft vom 17. November 1881, in seinen Erlassen durch ihre vielfach eingehende Form auch zugleich das Arbeitsfeld bestimmt und hierdurch, was für jeden Sachkenner von der allergrößten Tragweite ist, einen Rahmen geschaffen, innerhalb dessen die Eruirungen zu geschehen und die Arbeiten sich zu vollziehen haben. Durch die Detaillirung der allerhöchsten Verlangen ist einer beabsichtigten oder auch nicht beabsichtigten Verflachung und Verschleppung vorgebeugt und der dilatorischen Praxis von vornherein entgegengetreten. Wenn Se. Majestät in dem Erlaß an den Minister der öffentlichen Arbeiten eigens die „bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter", ferner „die Dauer und die Art der Arbeit hinsichtlich der Erhaltung und der Gebote der Sittlichkeit", sowie „die wirthschaftlichen Bedürfnisse und ihren Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung" betont; wenn dann in den allerhöchsten Erlassen von „der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten und der Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern und den Organen der Regierung" gesprochen und „das organische Verhältniß der Bergbeamten zu dem Privatbergbau analog der Stellung der Fabrikinspektoren zu den Fabriken zu erstreben" gewünscht wird, so sind hochwichtige Details der Arbeiterfrage genau angegeben. Die Ergänzung dieser providentiellen Betonung von Einzelheiten finden wir in der Rede des Kaisers bei Eröffnung des Staatsrathes. Hier

spricht der Monarch direkt von dem „Schutze gegen eine willkürliche und schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft, der einzuschränkenden Kinderarbeit und der Stellung der Frauen im Haushalte der Arbeiter“. Die Anhaltspunkte, welche der Kaiser den Staatsräthen für ihre Arbeit ertheilt, sind von einer bisher noch lange nicht genug hervorgehobenen segensreichen Bedeutung. Sie zeigen aber auch, daß Wilhelm II., für den wir schon jetzt den Beinamen: „Der Seher auf dem Throne“ verlangen, trotz der Last, die aus der Vertretung und Wahrung der Interessen für Preußen und das Deutsche Reich hervorgeht, dank seiner markanten, seltenen Auffassungskraft und Gedankenraschheit, sich in die Arbeiterfrage in einer Weise vertieft, daß er bereits seinen Räthen und dem Staatsrathe „bestimmte“ Arbeits-Themata überweisen konnte. Es sind durch die kaiserliche Initiative die Punkte genannt, die zur Ausarbeitung gelangen müssen; in dem allgemeinen Rahmen der Arbeiterfrage sind die einzelnen Fächer fixirt, so daß eine Arbeitstheilung schon geschaffen ist. Der Kaiser hat durch seine Erlasse und die Eröffnungsrede bewiesen, daß ihm eine nothwendige Herrscher-Gabe in hervorragender Weise verliehen ist, wir meinen: das Organisations-Talent.

Das ist für einen Herrscher von der Bedeutung eines Königs von Preußen und Deutschen Kaisers geradezu unentbehrlich, insofern der Monarch im „konkreten“ Sinne regieren will.

Und wahrlich, keine Zeit verlangte wohl je mehr das persönliche Ein- und Auftreten des Monarchen als gerade die unserige. Wenn die socialen Gefahren, die man in einer unverantwortlichen, ja beziehungsweise selbst frivolen Weise heranreifen ließ, überhaupt noch beschworen werden können, so ist dies in erster Linie durch eine geeignete persönliche Initiative des Herrschers möglich.

Unser deutsches Volk ist in seiner weitaus überwiegenden Mehrzahl noch nicht verdorben, es hat seine Gefühle für Kaiser und Reich noch rein bewahrt und wird mit Begeisterung seinen Fürsten und dem Kaiser folgen, wenn es deren wirkliche, thatsächliche Theilnahme an seinen Interessen und Wohlergehen bemerkt.

Das deutsche Volk ist im großen Ganzen durch und durch monarchisch, es verlangt deßhalb die persönliche Initiative des Herrschers und wird nur lau, gleichgiltig und eventuell mißmuthig unter einer „Ministerwirthschaft“ oder sogenannten „Minister-Republik“, wie letztere speciell in einem Staate sicher nicht zur Befestigung des monarchischen Gedankens herrschte und zum Theil noch florirt. Unter

solchen Verhältnissen stumpft sich das Interesse und die Liebe zum Herrscherhause bei den Massen in bedenklicher Weise ab. Die selbstständigen Naturen, welche in der Noth der Gefahren allein zu stützen vermögen, die Einfluß auf ihre Mitbürger haben und zu führen und zu organisiren gewohnt sind, ziehen sich zurück und überlassen das Feld den Strebern und Creaturen der weiland herrschenden Minister.

Unser germanisches Volk paßt aber für keine Ministerherrschaft, die passend für die romanischen Länder sein mag, bei uns aber die besten Keime erstickt und zu den corruptesten Zuständen führt. Welches Heer von Strebern hoher, mittlerer und niedrigster Art haben wir? In welcher verhängnißvollen Weise ist die Presse verdorben worden? Die Erbärmlichkeit der officiösen ist geradezu sprichwörtlich geworden. Nichts ist dieser Sorte von Strebern und Lohnschreibern mehr heilig. Selbst die Höhe und Größe des ergreifendsten Unglücks läßt sie stumpf und hält sie nicht ab, es noch zu verbittern. Diese für jeden Deutschen so tieftraurige Zeit liegt gar nicht weit zurück.

Was infam und niederträchtig war, fand man damals vereinigt in der officiösen Presse, die auch jetzt wieder, natürlich mit größter Vorsicht und schüchtern dieselben revolutionären Tendenzen zur Schau trägt und nur von den Organen des Manchesterthums noch übertroffen wird.

Ein derartiges Verfahren regt aber die Massen des Volkes bis in seine tiefsten Tiefen auf. Die traurige Zeit, von der wir eben sprachen, hat das revolutionäre Kapital sehr merklich erhöht, weit mehr, als man es in gewissen Kreisen nur für möglich hält. Nichts schadet dem monarchischen Bewußtsein des Deutschen mehr, als wenn er seinen Fürsten hinter einem Minister zurücktreten sieht, und bemerkt, wie dieser zwar in Wirklichkeit regiert, sich aber bei allen heiklen Gelegenheiten durch den Monarchen zu decken sucht und ihn für sich in den Kampf zieht.

Es entwickeln sich dann Zustände, welche den monarchisch gesinnten Elementen geradezu unerträglich sind, die käuflichen Subjecte und Streber aber zu einem förmlichen Wettlauf veranlassen. Ueber dieses Thema sind unsere Mappen vollgefüllt und soll es nicht an Belegen fehlen, wenn man sie zu sehen wünscht.

Die Zeit ist zum Glück eine andere geworden; an Deutschlands Spitze steht unser junger, geistig und körperlich starker Kaiser, der unsere Herzen schon in seiner frühen Jugend gewann und uns mit Vertrauen, Liebe und Hoffnung erfüllt.

Wilhelm II. ist der Kaiser wie ihn Deutschland, ja, wie man ihn vielleicht über dessen Grenzen hinaus, nöthig hat.

Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß unter ihm eine „Epoche" beginnt, nach welcher die Geschichte seine Zeit benennen wird, eine „Epoche", die für die ganze civilisirte Welt eine neue wirthschaftliche Ordnung festsetzt, die ihre eigene Signatur besitzt und den Ruhm, die Größe und das Glück des deutschen Volkes für Jahrhunderte mit dem Namen: „Wilhelm II." auf das engste verbindet.

Die Voraussetzungen sind alle vorhanden, das Weitere liegt bei Gott und bleibt einem klaren, festen Willen vorbehalten.

Dresden, den 23. Februar 1890.

---

## Nachtrag zum Vorwort.

Fast drei volle Wochen, nachdem wir das fünfte Kapitel: „Offene und geheime Gegenströmungen" beendigt hatten, erhielten wir die Nachricht von der letzten akuten Kanzlerkrisis, die denn auch sehr rasch durch den Rücktritt des Fürsten Bismarck ihre Erledigung fand. Wer einerseits die Charakter-Eigenschaften unseres Kaisers kennt, die in so präciser, psychologisch markanter Weise in der Broschüre des Geheimrath Dr. Hinzpeter geschildert wurden, und andrerseits jene des Fürsten Bismarck, für den konnte es kaum einem Zweifel unterliegen, daß ein derartiges Ende hereinbrechen würde.

Der Kaiser, dessen Pflichtgefühl in höchster, reinster Weise entwickelt, und sich deshalb seiner großen Verantwortung vor Gott, vor dem preußischen und deutschen Volke bewußt ist, wollte und mußte die Art der Regierung in anderer Weise geregelt wissen, als sie es unter dem greisen Kaiser Wilhelm I. war. War sich Wilhelm II. seiner großen Verantwortlichkeit voll bewußt, so mußte er auch in aller Wirklichkeit „regieren". In der concreten Bethätigung dieser Intentionen stieß der Kaiser nun auf den Widerstand des Fürsten Bismarck. Wir können alle Versionen, die über die Kanzlerkrisis ventilirt werden, als ganz nebensächlich, nur als reine Einzelheiten und Beigaben der Hauptsache, behandeln, die in den wenigen Worten enthalten ist: „Der Kaiser hat am 20. März 1890 die Regierung übernommen." Er mußte sie von dem Augenblick an selbst in die Hand nehmen, als er sich hinlänglich davon überzeugt, daß Fürst Bismarck seine Befehle theils gar nicht,

theils nicht mit dem erforderlichen Eifer und dem gebotenen Nachdruck auszuführen Willens war.

Der Kaiser wollte in concreto regieren, indem er verlangte, direkt mit den Ministern zu verhandeln, die in erster Linie ihm, als seine Minister, verantwortlich seien.

An diese, vom Kaiser verlangte Verantwortlichkeit, aus welcher natürlich für die Minister auch eine bestimmte Selbstständigkeit dem Reichskanzler gegenüber hervorgehen mußte, knüpfte sich die letzte „akute“ Kanzlerkrisis an. Aus dieser einfachen, klaren Sachlage dürfte ersichtlich sein, daß die Krisis nur und nur mit dem Rücktritte des Fürsten Bismarck endigen konnte, da es unerhört wäre zu denken, der Kaiser hätte, auch nachdem er sich in allen Fragen der inneren und äußeren Politik vollständig informirt gefühlt, zu Gunsten des Reichskanzlers auf eine concrete Regierung verzichten sollen, und andererseits Fürst Bismarck in Folge der Macht der Gewohnheit und weil er, durch die für ihn so günstig gewesenen Umstände verwöhnt, nicht auf seine extraordinäre, exceptionelle Stellung, die er unter zwei Kaisern besessen, dem dritten gegenüber verzichten wollte.

Das ist mit wenigen Worten der Grund und der Verlauf der letzten akuten Kanzlerkrisis.

Der Reichskanzler glaubte, den Befehlen seines Kaisers und Herrn nicht entsprechen zu können und — — — ging; der Kaiser glaubte, seinen Befehlen auch dem Fürsten Bismarck gegenüber Geltung verschaffen zu müssen und — — ließ ihn gehen.

Was nun den Rücktritt des Fürsten Bismarck in Bezug auf die nachstehende Arbeit betrifft, so möchten wir bitten, die folgenden Bemerkungen nicht übersehen zu wollen.

Wie im Eingang des Nachtrages zum Vorwort gesagt, war unsere Arbeit bis zum sechsten Kapitel bereits drei Wochen vor dem Rücktritte des Kanzlers fertig. Was demnach bis dahin geschrieben wurde, geschah noch unter dem ganzen Druck der sogenannten „Bismarck’schen Regierung.“

Vom sechsten Kapitel anfangend, wird die Behandlung der Stoffe dem Rücktritt des Fürsten Bismarck volle Rechnung tragen, so weit diese natürlich mit der streng objektiven geschichtlichen Behandlung der Materien zu vereinbaren ist. Die Aenderung, die unsere Darstellungsweise erfahren soll, kann sich mithin nur auf

die Besprechung dessen beziehen, was noch zu geschehen hat, geschehen kann, oder unter diesen oder jenen Umständen geschehen wird, nicht aber darauf, **was** bereits geschehen ist. Dies gehört bereits der Geschichte an und ist nicht davon abhängig, ob die zur Sprache kommenden Personen noch oder nicht mehr maßgebend, ob sie bereits todt oder noch am Leben sind.

Nun einige rein persönliche Worte über den „Herzog von Lauenburg."

Wir haben zu den begeistertsten Anhängern und Verehrern des Fürsten Bismarck gehört, und uns nicht darum bekümmert, wenn wir vertraulich oder öffentlich deshalb getadelt worden sind. Wir waren der Gründe unserer Verehrung, Dankbarkeit und freudigen Angehörigkeit gerade so voll bewußt, als wie später derjenigen, die zwar nie im Stande waren unsere Dankbarkeit und Verehrung für den Fürsten Bismarck „des Aeußern" zu schmälern, aber uns doch zu einem sehr entschiedenen Gegner des Reichskanzlers in seiner inneren Politik machten.

Diese Gegnerschaft erlaubte der Kanzler durch die „Nordd. Allgem. Zeitung" [1]) in einer Weise zu charakterisiren, die uns nun, nachdem Fürst Bismarck Herzog von Lauenburg geworden, eigentlich nur für ihn leid ist, da sie niemals auf uns, sondern nur auf **die** zurückfallen kann, welche in ihrer Abneigung so leidenschaftlich sind, daß sie nicht, oder nur schwer, die richtigen Grenzen des Ausdrucks zu finden vermögen.

Obgleich ich Fürst Bismarck gebeten, die „Norddeutsche" rektificiren zu lassen, hat er es nicht gethan, und mithin bin ich auch jetzt noch in den Augen des Herzogs von Lauenburg: „der Vertreter jenes revolutionären Junkerthums, welches der wahrhaft conservativen Richtung ebenso fern steht, wie irgend eine der anarchistischen Parteien und gleich letzteren eine Gefährdung unserer monarchischen Institutionen involvirt ꝛc." Daß die „Norddeutsche" nicht von sich aus diese seltsame, wie notorisch falsche Beschuldigung zurücknehme, obgleich ich in meiner zweiten Broschüre [2]): „Noch einmal die Partei Bismarck sans phrase" mich auf das bestimmteste rechtfertigte, indem ich mich hierbei mit allem Grund auf den früheren preußischen Bundestagsgesandten Herrn von Bismarck-Schönhausen berufen konnte, war mir längst klar, ich hoffte aber

[1]) No. 89. Morgen-Ausgabe vom 22. Februar 1885.

[2]) Verlag des Literarischen Instituts von Dr. Max Huttler. Augsburg 1885.

von der Gerechtigkeitsliebe des Fürsten Bismarck, daß er ein solches Unrecht nicht fortwuchern lassen würde. Leider täuschte ich mich.

Bereits im Sommer 1882 neigte sich Fürst Bismarck wieder den Nationalliberalen zu und die sehr merklichen Stockungen und Ablassungen in der „Bismarck'schen Socialpolitik" nahmen ihren Anfang. Zum ersten Mal traten wir öffentlich gegen den Reichskanzler in einem Artikel der „Augsburger Postzeitung" [1]) auf, welcher die Ueberschrift: „Die „Nordd. Allgem. Zeitung" und die Kraftprobe der conservativen Fraktion" trägt.

Wir lassen zur Bezeichnung der Verhältnisse, sowie hinsichtlich dessen, was wir bis zum 4. Februar 1890 alles noch zu verlangen hatten, und auch zur Rechtfertigung unseres Antagonismus gegen den Fürsten Bismarck „des Innern", eine Hauptstelle aus dem Artikel folgen. Wir schrieben vor bereits vollen sieben Jahren:

„Wir können uns deßhalb in summarischer Weise der „Germania" anschließen, nach welcher es dem Herrn Reichskanzler um eine ernstliche Reform unserer Gewerbeordnung und eine thatkräftige Unterstützung des nothleidenden Handwerks nicht zu thun sei. Wir sind durch mancherlei trübe Erfahrungen in unserm Vertrauen auf die Theilnahme des Fürsten Bismarck für die dem freien Spiel der Kräfte überantworteten Produktivstände sehr herabgestimmt und ganz gegen unsere Gewohnheit den officiellen Intentionen gegenüber pessimistisch geworden. Die mit so vielem Pomp angekündigten großen socialen und wirthschaftlichen Reformen haben in der Wilhelmstraße arge Stöße erhalten und dem Herrn Reichskanzler, wenn er sich nicht selbst als zu weit gegangen betrachtet, sind offenbar Schwierigkeiten erwachsen, an die er früher nicht gedacht oder die er unterschätzt haben mag. Wie sollen wir heute noch den berühmt gewordenen Brief des Fürsten Bismarck an den Freiherrn von Thüngen-Roßbach verwerthen? Wohl kaum mehr im Sinne des Autors. Es hat etwas sehr mißliches und deprimirendes, wenn an solchen Stellen solche Schwankungen und Unsicherheiten sich zu erkennen geben. Hierdurch werden die Ansprüche auf Vertrauen und auf die so kategorisch verlangte Unterordnung der Conservativen gegenüber der kanzlerischen Politik sicher nicht gehoben und gerechtfertigt. Wir haben das unheimliche Gefühl, daß die Sicherheit der Regierung gewichen und das Prestige des Fürsten Reichskanzler

[1]) In den Nummern 35 und 38 vom 9. und 13. Februar 1883.

stark im Abnehmen begriffen ist. Die Zeit der bekannten Bauernbriefe ist vorüber.

Als der Herr Reichskanzler noch von dem Vertrauen des Volkes getragen wurde, war es nicht nothwendig es zu fordern, und jetzt wo seine Abnahme in rapider Weise erfolgt, ist es von den Leib- und Reptilien-Blättern geradezu läppisch und tragisch-komisch es stets mit mehr Emphase als ein quasi „Pflichtgefühl" zu verlangen. Mögen sich diese Organe an die Börsenkreise wenden, dort werden sie vielleicht wieder zu Gnaden aufgenommen.

Hier helfen keine Beschönigungen, sondern man hat den großen socialen Gefahren, welche aus dem nun fast chronisch gewordenen Wechsel der Bismarck'schen Regierungspolitik resultiren, offen und bestimmt entgegen zu sehen und sich nach ihnen zurichten. - Recapituliren wir, mit welchem Nachdruck der Herr Kanzler in seiner Rede vom 9. Januar 1882 davon sprach, daß die Herstellung eines höheren (?) Maßes von Zufriedenheit der Staatsangehörigen auch ein staatlicher Zweck sei, betrachten wir ferner die Haltung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", besonders vom Herbst 1881 bis zum Sommer 1882, in welche Zeit auch die günstigen Besprechungen der Fechenbach'schen Reform-Politik fallen, so wird man uns gerade so wenig einen Vorwurf wegen des Vertrauens zur Reichsregierung machen können, als man es jetzt vermag, uns wegen seines Schwindens zu beschuldigen.

Die Einwürfe, daß die vertrauenerweckende Haltung der Reichsregierung vor den Reichstagswahlen, und jene das Vertrauen herabstimmende vor den Landtagswahlen beobachtet wurde, kann das objektive Urtheil nicht im entferntesten alteriren, im Gegentheil, gerade dieses verhängnißvolle Laviren und die nicht sehr würdigen Calculationen in Betreff der bei diesen Wahlen prävalirenden Einflüsse, erhärten gerade unser Urtheil.

Es zeigt sich immer deutlicher, daß in den Regierungs-Kreisen die Mittel mit dem Zweck verwechselt werden. Für uns liegt in dem durchaus conservativen Verlangen: durch die nöthigen socialen und wirthschaftlichen Reformen eine größere Zufriedenheit unter den Bauern, Handwerkern und Arbeitern herzustellen, der „Zweck" unserer Thätigkeit, während, wenn man sich nach den bekannten Organen der Reichsregierung richtet, für diese nicht die Zunahme der Zufriedenheit der Bevölkerung, sondern die Durchsetzung der eigenen Pläne als alleiniger Zweck erscheint.

Das deutsche Volk soll einmal absolut nach den Recepten des Herrn Reichkanzlers glücklich gemacht werden, obgleich ihre Analyse für alle Seiten ergeben hat, daß diese Mittel in keiner Weise den Bedürfnissen und Krankheiten unseres Volkskörpers entsprechen. Die reichskanzlerischen Recepte stellen ein derartiges Mixtum Compositum vor, daß man alles mögliche eher, als eine therapeutische Wirkung von ihnen zu erwarten hätte. Diese Mittel, in so weit sie bereits zur Ordination gelangten, zeigten nicht allein einen dilatorischen Charakter, sondern man sieht sich fast berechtigt, die ganze ärztliche Weisheit, die sich in diesen Recepten zu erkennen gibt, als ein Paralysations-System zu kennzeichnen. Ihr Zweck scheint nicht die Hebung der Leiden, sondern weit eher eine Organisation derselben zu sein. Die Uebel sollen nicht beseitigt, sondern durch die empfohlenen Mittel erst recht befestigt und dauerhaft gemacht werden. Die Vorschläge, welche wir bis jetzt durch den Herrn Kanzler erfuhren, stehen in demselben Verhältniß zur Hebung der socialen und wirthschaftlichen Nothstände, als eine erhöhte freiwillige Armen-Pflege gegenüber der Vagabunden-Noth. Wie diese durch Erhöhung der Prämie für Nichtsthuer und Reichsspaziergänger nicht abgeschafft wird, so werden auch die socialen und wirthschaftlichen Uebel nicht durch die Vorlagen des Fürsten Bismarck gehoben. In ihnen begegnen wir dem Mangel an ernstem Willen, die absolut nöthige Zufriedenheit im Volke, die in der That ein Staatszweck ist, herzustellen, stark gemischt mit dem Unvermögen: überhaupt Elaborate aus den Kanzleien hervorgehen zu lassen, welche auch nur nach einer Seite hin zu befriedigen vermögen. Von den oft gänzlich unvorbereiteten und höchst mangelhaft durchgeführten Vorlagen wollen wir gar nicht sprechen, denn die sind so noch in aller Gedächtniß. Die wiederholten unerhörten Niederlagen der Bismarck'schen Regierungsweise scheinen immer noch nicht als mene thekel für sein persönliches Regiment empfunden zu werden. In der Besprechung des Mißerfolges der conservativen Kraftprobe durch das freiwillig gouvernementale Blatt schimmert, wie bereits angedeutet, nicht allein eine Schadenfreude durch, sondern auch der Mahnruf für die Conservativen: ihrer Selbstständigkeit zu entsagen, um eine Partei Bismarck sans phrase zu werden.

Dieses Ansinnen ist aber schon aus dem Grunde monströs, als der Herr Kanzler bis jetzt kein Regierungs-Programm erlassen

hat und seine Vorlagen sämmtlich nur von aphoristischer Bedeutung sind, deren Zusammenhang nicht in dem Gedanken der Herstellung einer größeren Volkszufriedenheit zu finden ist, sondern lediglich nur in der Erreichung von Geldmitteln, welche sich so viel als möglich jeder Controle Seitens der Volksvertretung zu entziehen haben. Eine Partei „Bismarck" könnte unter Umständen einen Sinn haben, um aber eine solche zu bilden und ihr angehören zu können, ohne seinen Wählern gegenüber erröthen zu müssen, muß die Partei „Bismarck" auch mit einem klaren, bestimmten Programm versehen sein, das eine Prüfung zuläßt. Auf pure Discretion hin läßt sich aber für ernste, pflichttreue Männer keine politische Partei bilden, und müssen wir derartige Zumuthungen ein für allemal nachdruckvollst zurückweisen.

Ihnen zu folgen, ist gleichbedeutend mit dem Verrathe der Wähler. Wie wir die discretionären Vollmachten in Hinsicht der kirchen-politischen Fragen auf das Entschiedenste verwerfen, so auch in Bezug der längst empfohlenen Partei „Bismarck"."

Was hätte während dieser langen Zeit nicht alles geschehen können, um der stets steigenden Unzufriedenheit zu steuern und der social-revolutionären Bewegung ihre Kräfte zu entziehen?

Von Mitte 1882 an war es uns nicht mehr beschieden, auch in der inneren Politik für den Herrn Reichskanzler Fürsten Bismarck einzutreten, im Gegentheil! je mehr der Kanzler seinen Anlauf in der Socialpolitik zu bereuen schien, desto entschiedener mußten wir sie vertreten. Wäre Fürst Bismarck dem Kaiser nicht in der Frage über die Verantwortlichkeit und Selbstständigkeit der Minister unterlegen, so würde er in der kürzesten Zeit in solchen über die socialen und wirthschaftlichen Reformen unterlegen sein. Es ist ein schweres, hartes Wort, das wir sprechen müssen, und wir äußern es auch nicht ohne eine gewisse Rührung hinsichtlich des Guten und Großen zu empfinden, das wir dem Herzog von Lauenburg zu danken haben und immer danken werden, aber! es war ja leider thatsächlich **dahin** gekommen, daß man den „Reichskanzler Fürsten Bismarck" als ein schweres Hinderniß für eine friedliche, gedeihliche Entwickelung unserer socialen und wirthschaftlichen Verhältnisse betrachten mußte. Unser Kaiser, der „Seher auf dem Throne", hat entschieden. Es lebe der Kaiser!

Dresden, 22. März 1890.

## Erstes Kapitel.

# Die ganze Größe der den Erlassen zu Grunde liegenden Intentionen.

Nicht selten begegnen Emanationen von der allergrößten providentiellen Bedeutung im Augenblick ihres Bekanntwerdens und selbst auch noch geraume Zeit nachher, einer Aufnahme und Beurtheilung, die in gar keinem Verhältniß zu der Höhe ihrer Ideen, zum praktischen Werth ihres Inhalts und der ihnen inhärirenden Kraft stehen. Je höher und weiter aber die leitenden Gedanken sich ihre Ziele stecken, je mehr sie in reformatorischer Weise sich mit den gegebenen praktischen Verhältnissen beschäftigen und die aktuellen Interessen provociren, je mehr sind sie geeignet, zu verblüffen und zur Sammlung der kritischen Potenzen anzuregen. Diese Wahrnehmung machen wir auch in Betreff der kaiserlichen Erlasse. Sie sind natürlich im Zusammenhange mit ihrem Ausgangspunkte, oder richtiger gesagt, direkt in Bezug auf die Person von der sie ausgingen, eine Manifestation, mit welcher nicht allein die Disziplinen der Staats- und Völkerrechte, der Nationalökonomie und der Rechtswissenschaften noch zu rechnen haben werden, sondern welche auch in der intensivsten Weise die Stellungnahme aller heutigen politischen und wirthschaftlichen Parteien herausfordern. Ja noch mehr! Die kaiserlichen Erlasse enthalten ein Ferment für das Intellekt aller Gemeinwesen, die auf dem Kultur-Niveau unserer Epoche stehen. Wer das nicht einsieht, versteht die kaiserlichen Erlasse nicht, oder er unterschätzt sie mit oder ohne Absicht in Bezug auf ihre eminente moralische, wirthschaftliche und politische Bedeutung. Wir wollen hier nur kurz betonen, daß der König von Preußen und deutsche Kaiser gesprochen hat, daß es sich mithin nicht um die Initiative eines Ministers oder gar nur eines Privatmannes, sondern um die eines mächtigen Monarchen handelt, der wie kein Zweiter der Gegenwart die monarchische Idee personificirt und dem „Königthum von Gottesgnaden" in moralischer, wie politischer Hinsicht gerade durch seine Individualität den concretesten Ausdruck verleiht. Die Erlasse Wilhelm II. sind eine

„**That**“, welche für die social- und wirthschafts-politische Entwickelung der deutschen Stämme, und wie wir annehmen zu dürfen glauben, auch über die Grenzen des deutschen Reiches hinaus, für alle Kultur-Völker einen diesbezüglichen Abschnitt bedeuten. Daß die Intentionen, welche den Erlassen zu Grunde liegen, auf die eine oder andere Weise durch Verflachungen und Verschleppungen paralysirt werden, hoffen und glauben wir nicht, obgleich es bei „verschiedenen“ Stellen nicht an dem festen Willen fehlt, sie scheitern zu lassen. Die Potenzen der Gegenströmungen sind keineswegs zu unterschätzen, und man darf nicht übersehen, daß „ein Theil“ von ihnen seit circa 24 Jahren in Folge der ihm fort und fort ertheilten Concessionen an Macht und Einfluß der Art gewann, daß der rühmlichst bekannte Wiener Professor Lorenz von Stein[1]) bereits nachstehende Betrachtung für nöthig hielt. „Nun steht fest“ sagt er, „daß die herrschende (Bourgeoisie) Klasse ihrem nächsten Interesse nach dahin mit mehr oder weniger Bewußtsein arbeiten wird und muß, mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln, die niedere Klasse in entschiedener Weise in beständiger Abhängigkeit von sich zu erhalten. Sie wird dazu ihre gesellschaftliche Macht, sie wird dazu aber auch den Antheil an der Staatsgewalt benützen, den sie vermöge der ersteren sich erworben hat. Dieser ist sehr groß; unter günstigen Umständen so groß, daß gar keine andere neben ihr gilt; der Regel nach aber stets der größte im ganzen Staate.“

Wir werden auf dieses Thema eingehend in dem fünften Kapitel: „offene und geheime Gegenströmungen“ zurückkommen und sollen hier nur noch einige Belege für die Gefährlichkeit und Zähigkeit jener Kreise angeführt werden, welche in den kaiserlichen Erlassen „einen Eingriff in ihre Rechte“ erblicken, die keiner Autorität unterstehen, da weder der Staat noch die Kirche Competenzen[2]) habe, kraft welcher sie sich Eingriffe zu erlauben hätten.

Wohl noch niemals in der Geschichte der alten wie neuen Zeit sind dergleichen Souverainetätsansprüche schwächer begründet worden,

---

[1]) Siehe meine „Denkschrift“ über die Arbeiterfrage S. 23. Frankfurt a. M. 1888. Fösser Nachfolger.

[2]) In dem Kapitel: „Der eigentliche und wirkliche Zweck der heutigen Groß-Industrie“, Seite 16 bis 42 unserer „Denkschrift“ haben wir bereits allen dergleichen Deklamationen eine auf Thatsachen beruhende Antwort ertheilt. Ebenso in der Broschüre: „Referat über die Arbeiterfrage“ S. 28 bis 34. Frankfurt a. M. 1888. Fösser Nachfolger.

als es diejenigen sind, die man nun gegen die Intentionen der kaiserlichen Erlasse geltend machen will. Stehen die Ansprüche des großherrlichen Manchesterthums, das bekanntermaßen nur Rechte des Eigenthums aber keine der Arbeit kennt, doch im grellen Widerspruch zu den primären Bedingungen und Voraussetzungen der Aufrechterhaltung gesellschaftlicher, wie staatlicher Sicherheit, Ruhe und Ordnung. Andererseits zeugen diese Ansprüche von einem Egoismus, der nur aus der völligen Negation der berechtigten Lebensstellung und Lebenshaltung von Millionen anderer Staatsbürger Zeugniß ablegt. Wie nun diese Ansprüche in der Zeit der völligen politischen Gleichstellung aller Staatsangehörigen wirken, welche Resultate sie zeitigen müssen, haben wir unzählige Male mündlich, wie schriftlich klar gelegt, aber immer noch ohne jeden praktischen Erfolg. Auch das den Umständen nach völlig naturgemäße constante Anwachsen der Socialdemokratie vermochte nicht den Egoismus und Starrsinn derjenigen Kreise zu beeinflussen, deren Souverainetäts-Wahn sich ja augenblicklich selbst gegen die kaiserlichen Erlasse zu behaupten wagt. Nach der Ansicht des Manchesterthums ist der Staat nur seinetwegen vorhanden; dem Staate liegt es ob, mit seinen Machtmitteln das bekannte Spiel „der freien Kräfte" zu schützen und die „Rolle der Nachtwächter" [1]) zu übernehmen. Und wie klein würden sofort alle diese Herren beigeben, wenn der Staat auch nur theilweise ihnen gegenüber zu Schutzmaßregeln [2]) griffe, als er diese in Betreff ihrer Widersacher zur Geltung brachte.

Zur Illustration des genannten Egoismus, der übrigens doch nicht die alleinige Herrschaft über die Kulturvölker an sich reißen wird, wie es Friedrich Albert Lange in seiner sehr beachtenswerthen „Geschichte des Materialismus" halb und halb in Aussicht gestellt hat, sollen die Aussprüche einiger bekannter Männer verwendet werden. —

Der frühere Direktor des königl. preuß. Statistischen Bureaus, Geheimrath Engel, bestätigt, daß unter unserer heutigen Wirthschaftsorganisation die Tendenz: den Lohn der Arbeiter zu schwächen, um den Gewinn des Unternehmers zu erhöhen, vorherrschend sei, so daß stets Versuche gemacht werden, dem Arbeiter das im Arbeitsvertrage

---

1) Siehe in meinem Buche „Die Ursachen der Entwickelung und Weiterverbreitung der Sozialdemokratie" Seite 9—19. Berlin 1880. Friedrich Luckhardt.

2) Siehe Denkschrift und Referat.

zugesagte Einkommen durch alle schlechte Mittel zu verkürzen, wie z. B. durch das niederträchtige „Drucksystem“, Auszahlung in schlechten Zahlmitteln, ein raffinirtes, auf Prellerei geradezu angelegtes „Strafgelder-System“ 2c.“

In der „Oesterr. Monatsschrift für Gesellschaftswissenschaft“, April-Heft 1882, wird in dem Artikel: „Staatssocialismus und sociales Königthum“ vom Freiherrn von Vogelsang auf S. 70 gesagt, „daß die Bedrückung des Arbeiters durch das „eherne“ Lohngesetz unmittelbar sich an Diebstahl reihe, somit der gesetzlichen Obsorge überlassen bleiben müsse.“ Der rühmlichst bekannte Professor Heinrich Escher in Zürich sagt in seinem prächtigen „Handbuche[1]) der praktischen Politik“, I. Band, Seite 193: „Man wird aber die Nothwendigkeit einer staatlichen Leitung ebenfalls zugeben müssen, wenn man das Wesen der sich selbst überlassenen Gesellschaft ins Auge faßt. Sie ist ein naturwüchsiger Organismus, erzeugt durch das Walten des Eigennutzes, wobei jeder zunächst für sich sorgt, ohne daß die Triebe (Interessen), welche diesen Organismus in Bewegung setzen, mit dem Interesse der Gesammtheit anders als zufällig in Beziehung stehen; man begreift von vornherein, daß die Einzelinteressen zufällig ebensowohl einen Conflict erzeugen, als harmonisch zusammenwirken können, und daß bei diesem Conflict (wie uns die neuesten Zeiten thatsächlich bewiesen haben) die einen Interessen triumphiren und gleichsam über die Leichen anderer auf ihr Ziel losstürmen; der Staat aber als die zur Einheit organisirte Gesammtheit darf nicht einem Theil ihrer Glieder den andren aufopfern, ganz abgesehen davon, daß der Egoismus, welcher die bewegende Kraft der Volkswirthschaft, der „Gesellschaft“ ist, mitunter blind sein kann und die Annahme nicht gerechtfertigt ist, daß die Staatsgewalt, welche über diesen Einzelinteressen steht, wenn sie zweckmäßig organisirt und den rechten Händen anvertraut ist, nicht weiter und nicht richtiger sehen könne als jene.“

Der ‚Reichsbote‘ schreibt in seiner Nummer 49 vom 22. Februar d. J. in einem Artikel mit der Ueberschrift „Die Wahlen“: „Insbesondere hat das Zurückweisen der Arbeiterschutzanträge des Reichstages nicht blos verstimmt, sondern es hat auch den socialdemokratischen Agitatoren Anlaß gegeben, diese Thatsache als Beweis für ihre Behauptung anzuführen, daß die ärmeren Volksklassen von

---

1) Leipzig 1863. W. Engelmann.

dem jetzigen Staate keine durchgreifende Hilfe zu erwarten haben." Nun kommt ein Satz, den wir aus naheliegenden Gründen nicht geschrieben hätten, ganz sicher wenigstens jetzt noch nicht.

Zur Charakterisirung der Stimmung und Gewohnheiten des „Stöckerischen Organs" lassen wir ihn aber folgen. Der „Reichsbote" fährt also weiter: „Das hat auch dazu geführt, daß man in Arbeiterkreisen jetzt in Bezug auf die Erlasse des Kaisers sagt: „Das ist vom Kaiser wohl gut gemeint, aber auch er hat nicht mehr die Macht zu helfen, die Macht des Kapitalismus ist zu groß." „Daraus ergibt sich, wie die Sachen stehen", fügte noch der „Reichsbote" hinzu. Ob in dieser Weise wirklich in „Arbeiterkreisen" gesprochen wird, möchten wir sehr bezweifeln, für uns ist die Darlegung des „Reichsboten" in einer anderen Hinsicht interessant und symptomatisch. Mögen es nun Arbeiter oder ganz andere Leute sein, soviel ersehen wir ja, mit welcher Offenheit bereits von der Macht derjenigen gesprochen wird, welche sicherlich nicht behilflich sein werden, die kaiserlichen Intentionen zur Ausführung zu bringen. Aber nur Geduld, Geduld meine Herren, wir werden auch hier noch zur Sprache bringen, was der bekannte General von Radowitz über die „königliche Initiative" bereits anno 1846 schrieb. Der Antagonismus, den das ganze Manchesterthum gegenüber den kaiserlichen Erlassen beobachtet, erklärt auch zum Theil die auffallende Ruhe und Stille, die gerade in Deutschland hinsichtlich des kaiserlichen Hervortretens bestehen. Wenn es äußerst anginge, würde man in bestimmten Kreisen auch **jetzt** ignoriren und zu der beliebten, manchmal recht praktischen Manier des „Todtschweigens" seine Zuflucht nehmen, die keineswegs ohne Erfolg unseren socialpolitischen Arbeiten gegenüber beobachtet wurde, als wir anno 1884 den Herrn Reichskanzler Fürsten Bismarck in unserer Broschüre [1]): „Gouvernemental und Conservativ oder die Partei Bismarck sans phrase" an die Durchführung der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 erinnern zu müssen glaubten.

Um die ganze Größe der kaiserlichen Erlasse verstehen und würdigen zu können, muß man sie von folgenden Hauptgesichtspunkten aus betrachten.

Man hat sich klar zu machen, daß, wenn die vom Kaiser be-

---

*) Der „Reichsbote" meinte damals, man schweige die Schrift am besten todt. Weiter bemerkte er: „sie berühre ihn höchst unsympathisch."

rührten Fragen eine „praktische und logische" Lösung erfahren, der Anfang zur Brechung der gesellschafts- und staatsgefährlichen Omnipotenz des großen mobilen Kapitals gemacht ist. Die Sache liegt sehr einfach. Wenn **diesem** Kapital und auch dem Manchesterthum gegenüber wieder Rücksichten auf höhere als nur dem schrankenlosen Erwerbe betreffende Interessen geltend gemacht werden, und man ihren buchstäblich destruktiven Praktiken Schranken zieht, sowie ihnen auch die nöthigen Verpflichtungen für die Individuen auferlegt, die sie zu ihren Manipulationen brauchen, ist ihre faktische Unterordnung in Bezug auf den Staat wenigstens angebahnt. Beide müssen wieder an eine bestimmte Autorität, an eine Macht, die über ihnen steht, glauben und sich ihr fügen. Man vergesse nicht, daß die Armen und Schwachen gerade so leicht die Gesetze hassen, als sie von den Reichen und Mächtigen verachtet werden. In welcher Weise die Kapital-Gewaltigen, die von dem leider viel zu früh gestorbenen geistreichen Anton Niendorf schon in den siebziger Jahren die „geheimen Oberlandesherrn" genannt wurden, die Staaten als Vollzugsorgane „ihrer" Politik mißbraucht haben, ist schon längst für alle kein Geheimniß mehr, die sich mit der Finanz- und Wirthschaftspolitik der verschiedenen europäischen Staaten etwas eingehender befaßten. Am lohnendsten sind die Studien, die man in Frankreich und Oesterreich-Ungarn machen kann. Der praktische und leitende Gedanke der kaiserlichen Erlasse gipfelt also in der bestimmten Betonung der staatlichen Autorität über jene sich bereits schrankenlos dünkenden Kapital-Potenzen, welche, wie eben gesagt, selbst oft Regierungen nur als reine Werkzeuge für ihre Bereicherungszwecke betrachten und auch schon sehr ausgiebig hierzu zum größten Nachtheil der staatlichen und gesellschaftlichen Interessen mißbraucht haben. Diese Geldmächte, welche vor unsern Augen ein Revolutionswerk verrichten, welches sein Gegenstück nur in dem revolutionären Socialismus besitzt, der ja nichts anderes als die pure Reaktion gegen die systematischen Entäußerungen der „Vielen durch die Wenigen" ist, also direkt eigentlich nur als eine Gegenrevolution betrachtet werden kann, müssen den Regierungen wieder völlig untergeordnet werden. Diese Unterordnung unter die Regierungen, die zur Wahrung der Ordnung und der Rechte aller Staatsangehörigen berufen sind, und denen es obliegt, das Gleichgewicht der gesellschaftlichen Kräfte möglichst zu regeln, ist eine staatliche Nothwendigkeit. Sie muß durchgeführt werden oder die heutigen

Staaten gehen an ihren Polypen: „Großkapital und Manchesterthum" zu Grunde.

Durch die Stetigkeit der revolutionären Arbeit der Kapital-Magnaten wachsen die empörten, entäußerten Massen von Jahr zu Jahr an, es werden immer mehr und mehr, die sich der „Revolution des Kapitals" entgegen stellen. Mit mathematischer Sicherheit reifen die Verhältnisse aus und rückt die Zeit heran, von welcher uns Karl Marx so anschauliche Bilder entworfen hat.

Es dürfte doch klar sein, daß ein positiver Auffaugungsprozeß, wie er in der denkbar concretesten Form durch die Kapital-Concentrationen sich vollzieht, entstanden durch die constante Abnahme der mittleren und kleineren Vermögen, Vermögensverschiebungen erzeugt, die naturgemäß „umgestaltend" auf die staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse wirken müssen. Von was giebt denn das rapide Anwachsen der Socialdemokratie Zeugniß, wenn nicht von der fortschreitenden „Umgestaltung" der socialen und wirthschaftlichen Verhältnisse?

Wie will man sich denn sonst den verhängißvollen Umschwung in der Volksseele erklären, der allerdings auch nicht wenig durch die schwächlichen Licenzen gefördert wird, die man der rein atheistischen Behandlungsweise so vieler wissenschaftlicher Disciplinen gestatten zu müssen glaubt. Der streng objektiv denkende und betrachtende Mensch kann über die Resultate unserer Zeit nicht im geringsten erstaunt sein, denn er findet massenhaft die Ursachen für die Wirkungen, die man so ernsthaft bedauert und vor welchen sich schon Viele ganz gehörig fürchten. Es kann ja gar nicht anders sein, als wie es ist. Mit einer rein maschinellen Präcision und Raschheit wird auf die großen Massen des Volkes eingewirkt; man muß gestehen, in dieser „Erziehung" liegt Methode und die Resultate sind staunenswerth. Auf der einen Seite die Armuth, die Entäußerungen und die Unmöglichkeit, trotz Fleiß und Anstrengung, sich kleine oder mittlere Vermögen erwerben zu können, auf der anderen die freie Propaganda des Atheismus. Und trotz diesen treibenden Kräften soll es anders, soll es in unserm Sinne besser werden? Hier kann man nur über die bodenlose Kurzsichtigkeit, über den horrenden Mangel an Logik und über die monströse Naivetät derjenigen staunen, die noch immer nicht die Ursachen sehen und begreifen, aber über ihre Wirkungen klagen und außer sich sind.

Von diesen Gesichtspunkten betrachtet, liegt demnach die Größe

der kaiserlichen Erlasse in dem ersten wirklichen und praktischen Auftreten gegen die sociale Revolution. Seine Majestät geht offenbar von der Ansicht [1]) aus, daß man der socialen Revolution nur noch zuvorkommen kann, wenn man ihre Ursachen möglichst entfernt, wenn man ihre treibenden Kräfte ableitet, aus welchen sie stets neue Nahrung zieht. Die kaiserlichen Erlasse bedeuten die Mobilmachung zum Kampfe gegen alle socialrevolutionären Ursachen und Bedingungen. In diesem Kampfe liegt aber zugleich die sicherste und beste Bekämpfung der Socialdemokratie; ihre Ursachen sind auch zugleich, ganz für sich betrachtet, die größten Feinde der Gesellschaft und des Staates.

Mit echtem Hohenzollern-Muth geht Wilhelm II. gleich dem heiligen Georg direkt dem Drachen entgegen, der schon so unzählige Existenzen vernichtet hat. Der Kaiser wagt einen Kampf, den bisher noch kein Souverain gewagt hat, denn wohin wir immer sehen, bemerken wir die Allmacht der Kapital-Potenzen, welche schon über ganze Heere verfügen.

Wer gewöhnt ist, Gedanken auszudenken und das Hervortreten des Kaisers nicht in einer völlig unberechtigten Weise unterschätzt, indem er seiner Initiative nur einen aphoristischen, rein ephemären Werth zuerkennen will, der muß in den kaiserlichen Erlassen wohl auch **den** Sinn erkennen, den sie absolut haben müssen, wenn sie nicht an einem inneren Widerspruch leiden sollen.

## Zweites Kapitel.

## Die „Erlasse“ als Anfang der rettenden That.

Auf Grund der detaillirten Punkte, die der Kaiser in seinem Erlasse an den Minister der öffentlichen Arbeiten betonte und welche wir bereits im Vorwort hervorgehoben, dürfte das Verlangen ausgedrückt sein, auf die Lebenshaltung und Lebensstellung der Arbeiter auch auf dem Wege der Gesetzgebung verbessernd einzuwirken. Der Kaiser will, daß diese für die Gesellschaft und den Staat so nothwendigen Verbesserungen nicht lediglich nur dem „guten“ Willen und freien Ermessen der Arbeitgeber überlassen bleiben sollen, wodurch ja nichts weiter erreicht würde, als daß man das von Perrin vertretene französische Patronats-System, dem auch die meisten

[1]) Siehe „Denkschrift“ S. 57.

rheinischen Fabrikanten huldigen und von Herrn von Stumm ausnehmend energisch vertreten wird, acceptirt. Aber selbst ganz abgesehen davon, daß man mit dem „guten Willen" in dieser Frage auch nicht zu den geringsten positiven Resultaten gelangen würde, und eine förmliche Prämie auf den „schlechtesten" Willen setzte, dem selbstverständlich große wirthschaftliche Vortheile gegenüber dem „guten" Willen erwüchsen, so widerstrebt das Patronats-System auch vollkommen dem Geiste des „ArbeiterRechts", das in den Erlassen des Kaisers eine deutliche Anerkennung findet und von allen wirklich staatserhaltenden Elementen sans phrase vertreten werden muß. Die Arbeiter brauchen nicht aus purem guten Willen, quasi nur als „Geschenke" zu erhalten, was ihnen Kraft ihres „Arbeiterrechtes" zukommt, das sich **wie andere Rechte auch** im Laufe der Zeit und aus den total veränderten Arbeitsgelegenheiten, Arbeitsbedingungen und Arbeitserfolgen, kurzum, durch die total veränderten Produktions-Verhältnisse entwickelt hat. Auch in diesem Gedankengange liegt die Frage wieder höchst einfach. In was bestehen denn die treibenden Kräfte der Arbeiterbewegung, die sich schon vielfach zu einem „bösartigen" Socialismus, voll revolutionärer Tendenzen entwickelt hat, wenn nicht in dem Verlangen: daß den anders gewordenen Produktions-Verhältnissen und ihren praktischen Wirkungen auf große Menschen-Massen in der Gesetzgebung Rechnung getragen wird?

Die Arbeiter verlangen, daß diese totalen Veränderungen auf den Produktionsgebieten, durch welche neue Gesellschafts-Kreise faktisch entstanden sind (der vierte Stand) vom Staate anerkannt werden. Sie wollen auf Grund dieser Veränderungen auch eine Aenderung in ihrer Lage, sowohl in Hinsicht ihrer juridischen Stellung in der Staatsgesellschaft, als auch in Bezug auf ihre Lebenshaltung.

Wenn es sich nun um Verhältnisse handelt, welche im Stande waren Zustände zu schaffen, welche von Millionen von Staatsbürgern beanstandet werden und weshalb sich bereits eine Bewegung entwickelt hat, die direkt staats- und gesellschaftsgefährlich ist, indem sie den Umsturz der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnungen vertritt, so dürfte es geradezu als Wahnsinn des herrschenden Egoismus bezeichnet werden, immer noch auf dem Patronats-System verharren zu wollen, das längst obsolet geworden ist und auch bei allen anderen Gesellschaftsgruppen kein Analogon mehr findet.

War es doch gerade die nun herrschende Bourgeoisie-Klasse,

welche anno 1848 am allerärgsten gegen die „Patronats“-Verhältnisse und den Feudalismus des grundbesitzenden Adels wüthete. Jetzt freilich! soll die Sache „**für sie**“ ganz anders liegen. Das Manchesterthum, das eben hauptsächlich durch die Bourgeoisie gebildet wird, vertritt mit Zähigkeit „seine“ feudalen Zustände und findet es ganz unerhört, wenn man sie im Interesse von Staat und Gesellschaft antasten will.

Als man anno 1848 dem grundbesitzenden Adel auf eine Weise seine Rechte nahm, die vielfach einer strikten Expropriation gleich kam, da waren auch nicht einmal annähernd Bedingungen und Voraussetzungen vorhanden, als wie wir sie gegenwärtig nun in Bezug auf die privatkapitalistische Produktionsweise besitzen. Die Einwendungen, die jetzt das Manchesterthum gegen irgendwelche Ventilirung seiner Angelegenheiten erhebt, können nicht im entferntesten imponiren, sie sind gegenüber den thatsächlichen Verhältnissen vollständig gegenstandslos, sie sind unberechtigt. Dieses Manchesterthum hat sich bereits gegenüber von Staat und Gesellschaft im hohen Grade versündigt, denn was wir nun als die „Sociale Frage“ vor uns haben, hat es im Bunde mit der Herrschaft der Kapitalgewaltigen verbrochen. Das Sünden-Register dieser Gruppen ist überlang und haben sie alle Ursache, höchst bescheiden zu werden, wenn man mit ihnen nicht noch weit eingehender abrechnen soll, wodurch sich dann sehr leicht ergeben dürfte, daß der Staat und die Gesellschaft sie gar nicht bedürfen [1]) und ihre Existenz nicht für die Gefahren entschädigt, welche durch ihre „Thätigkeit“ bisher fort und fort hervorgerufen wurden. Die Aktiengesellschaften, welche sich gerade in allerneuester Zeit in großer Anzahl aus den Privatunternehmungen bilden, beweisen zu genüge, daß der „persönliche“ Unternehmer sehr wohl zu entbehren ist und hierdurch die Unternehmen nicht leiden. Wir haben schon seit Jahren in unsern Arbeiten darauf hingewiesen, wie bei den Aktien-Gesellschaften der Kapitalist vollständig dem Verkehr mit den Arbeitern entzogen und bereits jede persönliche Relation zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern weggefallen ist. Die große Ausbreitung der „Betriebe auf Aktien“ sind lauter Präcedenzfälle für die Entbehrlichkeit der Herrn Fabrik- und Grubenbesitzer. Die Verstaatlichung der Kohlen-Gruben wurde seit Mai v. J. bereits sehr ernsten Erwägungen unterzogen. Wir erhielten hierdurch eine ganz bestimmte Satis-

---

1) Siehe „Denkschrift“ Der eigentliche und wirkliche Zweck der heutigen Großindustrie.

faktion[1]) für unsere Darlegungen in der „Denkschrift“ und dem „Referate“ über die Arbeiterfrage. Wenn man also auf der einen Seite nicht allein die nirgends mehr bestrittene Ersatzfähigkeit der oben genannten Herrn, sondern auch die positiven großen Nachtheile ihrer „Mühewaltung“ nimmt, auf der anderen aber ihre Starrheit und Widerspenstigkeit in Bezug auf alle nöthigen Reformen in ihren Betrieben, so erscheint ihr Widerstand komisch. Auf was wollen sich denn diese Leute berufen? Durch welche Rechtstitel soll begründet werden, daß sie ein Recht besitzen durch die Art und Weise ihrer Betriebe große Menschenmassen, die bereits einen der zahlreichsten Stände der Staatsgesellschaft bilden, in das revolutionäre Lager zu treiben? Wie gesagt, was bieten uns denn diese Herrn dafür, daß die Praktiken ihrer Unternehmungen zu staats- und gesellschaftsgefährlichen Friktionen führen? Wo ist das Aequivalent für den Schaden, den sie anrichten? Einstweilen genug hiervon und mahnen wir jene äußerst entbehrlichen Herrn hübsch bescheiden und artig zu sein, da es sonst zu einer unabänderlichen für sie höchst schlimmen Abrechnung kommen dürfte.

Die Erlasse des Kaisers sind der Anfang zur rettenden That, sie sind es, weil sie die Mittel und Wege zu klären verlangen, durch welche wieder Zufriedenheit, Ruhe und Vertrauen in die Arbeiterherzen einziehen können und der „vierte Stand“ sich seiner patriotischen Aufgaben und Pflichten wieder bewußt werden wird. Und in der That! der hohe kaiserliche Wunsch ist nach jeder Seite hin nicht allein berechtigt, sondern er ist auch direkt nothwendig. Man denke nur in aller Kürze an die große politische wie praktische Bedeutung der allgemeinen Wehrpflicht und an das allgemeine Stimmrecht. Für jeden nur einigermaßen einsichtsvollen Menschen dürfte durch diese Hinweisung sehr vieles gesagt sein. Der Anfang zur

[1]) Wir sind indessen seit 1880 daran gewöhnt worden, daß alle unsere Vorschläge, wenn man über sie zuerst auch noch so sehr „entsetzt“ war, nach einiger Zeit aufgegriffen und recht hübsch benützt wurden. Wir erinnern nur an unsere Verlangen für die Handwerker, dann an die Ablösung der bäuerlichen Hypotheken und an die Theilnahme der Arbeiter an dem Nettogewinne. Nach einigen Jahren hatten die Herrn Professoren die Fragen aufgegriffen und wie mit einem Schlage sind die betreffenden Themas „salonfähig“ geworden. Nicht anders wird es mit der Verstaatlichung der Kohlen-Gruben und den großen industriellen Etablissements werden. Die unbezwingliche Macht der Consequenzen hat schon ganz andere Widerstände gebrochen. Keine Frage ist, daß wir unter dem Zeichen der Verstaatlichung der Großindustrie leben; eine Frage ist, von welcher Seite die Verstaatlichungen vollzogen werden dürften.

rettenden That und überhaupt das **„einzige Mittel“**, das man noch mit Erfolg gegen die weitere Ausbreitung der social-revolutionären Strömungen anwenden kann, liegt in der Anbahnung der Möglichkeit, daß die Arbeiter wieder für sich mittlere und kleinere, überhaupt ein Vermögen erarbeiten können. Unzählige Male haben wir seit 1880 auf diese Mittel hingewiesen. Es gibt keine andern, um dem Socialismus seine Bösartigkeit zu nehmen, seine Extreme abzustumpfen und die revolutionäre Bewegung nicht in ihrem „dritten Stadium“: Umsturz! ausreifen zu lassen. Wir haben dieses Thema in unserer „Denkschrift“ über die Arbeiterfrage bereits in einer Weise behandelt, der wir nichts mehr beizufügen haben, weshalb das auf den Seiten 54—58 Gesagte hier wörtlich folgen soll. Wir schrieben:

„Der Socialismus ist wahrlich keine zufällige sociale Erscheinung, er entspringt keiner „Laune“, sondern einem tiefen socialen Bedürfniß. Er braucht sich nicht mit einer Entschuldigung wegen seines Auftretens der modernen Gesellschaft vorzustellen, sondern er hat ein gutes Recht auf seine Existenz; er ist der legitime Sohn unserer Zeit, welche theils unter dem Zeichen der rohesten Geldherrschaft, [1]) der vollendeten Herrschaft des Kapitalismus, aber bereits auch schon unter dem aufsteigenden Zeichen der Negation der Pluto-

---

[1]) Geld regiert jetzt faktisch die Welt, und um Geld ist ja gegenwärtig das Meiste zu haben und zu erreichen: Ehre, Ansehen, Macht, Vornehmheit und Alles was „äußerlich“ zu ihr gehört; Geld! ersetzt selbst „Ahnen“ und verleiht „Hoffähigkeit.“ Wir leben in dem „goldenen Zeitalter“ der Parvenüs, Gründer, Spekulanten und Aventüriers. Wer diesen Leuten seine Thüren schließt, der wird von ihnen „reaktionär“ genannt, so haben sich die Begriffe bereits verändert. Der wirklich vornehme Mann zieht sich aber erst recht gegenüber diesen „Geldvornehmen“, welche auch die „umgekehrte Aristokratie“ genannt werden, zurück, aber in Anbetracht seiner Devise: „noblesse oblige“ und als wahrer Christ, wendet er sich mit voller Liebe und ganzem Eifer den unterdrückten Klassen zu, und stellt sich in den Dienst zur Erreichung ihrer gerechten Ansprüche. Hier ist zumal dem wahren und historischen Adel die Stelle in den bevorstehenden socialen Kämpfen angewiesen. Er hat hier so gut für seinen christlichen Glauben und für die Armen und Unterdrückten zu kämpfen, als wie jemals im Verbande der Ritter-Orden. Der Adel erlangt in den socialen Kämpfen volle Gelegenheit, seine historische Bedeutung zu erneuern und nachzuweisen, sowie seine Bedeutung in der Gegenwart durch die Vertretung eines uralten historischen Rechtes zu begründen. Wir meinen das „Recht der Arbeit und des gerechten Arbeiterverdienstes.“ Zeigt der Adel sich nicht im Stande, seine gegenwärtige Aufgabe zu begreifen, so fehlt ihm der Geist, ohne welchen es nur leere Formen gibt, und das Urtheil Friedrich des Großen trifft alsdann voll und ganz für ihn zu.

kratie steht. Man wird vergeblich seine Rechtansprüche — wir wollen hier setzen: seiner „gerechten Ansprüche“ verneinen. Mit andern Worten: der Socialismus ist die naturgesetzliche Reaktion gegen den alle Gebote des Christenthums, die Menschenrechte und Menschenachtung verleugnenden Materialismus. Der Socialismus entspringt unserer geistigen und materiellen Drangperiode, er ist die Negation für die einseitige, absolute, exclusive Wertherzeugungsform der privatkapitalistischen Productionsweise und eine Negation für die Monopolisirung der Productionsmittel zum alleinigen Nutzen des großen mobilen Kapitals. Die Ueberspannung der Ansprüche dieses Kapitals und seine die vitalen Interessen des arbeitenden Volkes tief verletzende Exclusivität erzeugte den Socialismus, dessen „gerechte“ Forderungen — die wir Alle vertreten können und vertreten sollen — wie wir gesehen haben, darauf hinaus laufen: die Monopolsherrschaft des großen mobilen Kapitals zu brechen und die Rechte der menschlichen Arbeit an dem Gewinn der Arbeitsprodukte wieder einzuführen. Der unverdorbene, nicht revolutionäre und vollständig berechtigte Socialismus verlangt mit anderen Worten: daß man der menschlichen Arbeit das Recht und die *Möglichkeit* einräumt, *an den noch zu erwerbenden Vermögen zu participiren. Er verlangt, daß die Schranken, welche das große mobile Kapital gegen den Mitgenuß der Arbeit an der Wertherzeugung gezogen, fallen.*

Er verlangt, daß das arbeitende Volk nicht fort und fort und nur und nur für die ausschließliche Bereicherung einer verhältnißmäßig sehr geringen Anzahl von Leuten arbeite, sondern daß der Segen und der Gewinn der Arbeit eine gerechtere Vertheilung finde. Der unverdorbene, nicht revolutionäre und berechtigte Socialismus verlangt nicht die Confiscation der bestehenden Vermögen und des historischen Eigenthums, sondern nur — wie bereits gesagt — die Möglichkeit, daß **„die,“** welche die Werthe schaffen und die Vermögen Dritter bilden helfen, auch in den Stand gesetzt werden, **für sich** ein Vermögen[1]) zu verdienen. Dieser berechtigte Socialismus will nur für das arbeitende Volk die Gelegenheiten erhalten, daß es durch Fleiß, Ausdauer und Geschicklichkeit „*das*“ auch für sich

---

[1]) In der Errichtung von kleineren und mittleren Vermögen und deren Schutz vor Ausbeutungen der „lucrativen Erwerbsarten“ liegt das beste und sicherste Mittel gegen die sociale Revolution.

verdienen kann, **was** es jetzt — und zwar ausschließlich — für Fremde verdient, nämlich: Kapital.

Diesen Forderungen müssen wir näher treten, und will ich ganz offen bekennen, daß ich mich meinem Gewissen nach und als Christ direct verpflichtet fühle, sie zu unterstützen. Ich habe die Ueberzeugung, daß in der Negation dieser berechtigten Verlangen unbestritten eine Art von Eigenthumsvorenthaltung [1]), eine ganz bestimmte Benachtheiligung der Arbeiter ausgedrückt ist. Die moderne privatkapitalistische Productionsweise entzieht den Arbeitern ihren berechtigten Antheil an den von ihnen geschaffenen Werthen. Durch die fortgesetzte Vorenthaltung dieses Antheils bereichert sich der Unternehmer zum Nachtheil des Arbeiters, der auf diese Weise niemals an dem Genusse und den Vortheilen participiren kann, die er doch durch seine Arbeit ermöglichte.

Wir haben die volle Ueberzeugung, daß man immer noch in zahlreichen Kreisen den Socialismus nur deshalb verwirft, weil man ihn gar nicht kennt und keine Vorstellungen von seinem berechtigten Verlangen hat.

Wenn man über den Socialismus klar wird, und seine Ursachen einer gründlichen Untersuchung würdigt, wird man auch recht bald finden, daß man als wahrer und lebendiger Christ sich nicht kurzweg von ihm wenden und ihn sans phrase verurtheilen darf.

Aber selbst ganz abgesehen von unserer inneren Stimme, die uns mahnt: hier recht ernst und eindringlich zu prüfen, gebietet es auch schon die Vernunft, zu untersuchen, was wahr, gut und gerecht an den Forderungen des Socialismus ist. Man hüte sich aus purem Eigennutz, aus einer ganz unchristlichen Bereicherungsmanier durchaus gerechte und menschliche Forderungen abzuweisen. Unsere Verlangen können ja immerhin socialistisch sein, aber communistisch sind sie nicht. Im Gegentheil: wer den Communismus nicht will, muß bei Zeiten den Socialismus wollen, der das beste Bollwerk gegen ihn ist.

Man schaffe Gelegenheiten, daß vor allem die Arbeit der drei Productivstände auch wieder für sie selbst „productiv" wird, man sorge auf den Wegen einer weisen Gesetzgebung, deren Motive zweifellos staats- und gesellschaftserhaltend (wahrhaft conservativ) sind,

---

[1]) Der Freiherr von Ketteler, Bischof von Mainz, spricht in seinem Buche: „Die großen socialen Fragen der Gegenwart", von einem heiligen Kirchenvater, der sagte: „Nicht blos der ist ein Dieb, der fremde Güter stiehlt, sondern auch der, der fremde Güter für sich zurückbehält".

daß die in Kapital umgesetzten, aufgespeicherten Werthe der Arbeit, weit mehr als es bisher geschah, zur allgemeinen Erleichterung und zum Nutzen der Gesellschaft dienstbar gemacht werden, daß also die von den privilegirten Klassen der productiven Arbeit zu viel entzogenen Werthe wieder durch verschiedene Kanäle denjenigen zu gut kommen, die sie entstehen ließen.

Entgegengesetzt dem Geiste der modernen liberalen (manchesterlichen) Gesetzgebung, durch welche sich der „vollkommene Sieg des Kapitals über die Arbeit" manifestirte, müssen die künftigen Gesetze der social- und finanzpolitischen Gesetzgebung von dem „Siege der Arbeit über das Kapital" Zeugniß ablegen.

In diesen Worten liegt die Quintessenz aller socialen und wirthschaftlichen Reformen.

Man wird aber auch durch sie erkennen, wie alle Reformen, welche nicht von diesem Geiste getragen werden, absolut unvermögend sind, wirklich zu helfen, und daß aus diesem Grunde auch alle Versuche, die bisher von der Reichsregierung unter der Firma: „sociale Reform" angestellt wurden, erfolglos bleiben mußten.

Bei nur einigem scharfen und logischen Denken muß man doch darauf kommen, daß wenn geholfen werden soll, nur **da** zu helfen ist, wo eben das Uebel seinen Sitz hat; daß überhaupt nur **„geholfen"** werden kann, wenn man das Uebel auch beseitigen will".

Kuren, bei welchen man voller Rücksichten auf die „Erhaltung des Uebels" ist, zeigen doch zu deutlich ihren wahren Charakter, als daß man sich über sie täuschen kann.

Ein geradezu peinlicher Eindruck wird aber erzeugt, wenn die geehrten Doktoren noch darüber klagen, daß ihre Mittel nicht geholfen haben, wenn sie förmlich dem Patienten die Schuld an der Nichtgenesung aufbürden. Kann man es nachher all denjenigen, welchen „geholfen" werden soll, verdenken, wenn sie entweder über diese Heilkünstler spotten, oder mit steigender Erbitterung den Experimenten zuschauen?

Der socialen Revolution ist nur noch zuvorzukommen, wenn man ihre treibenden Kräfte ableitet, die immer neue Nahrung aus der Besitzlosigkeit der großen Massen ziehen.

Die sociale Bewegung hat ihren Ursprung und Sitz in der methodischen Entäußerung großer Volksschichten und in dem System,

daß es den Entäußerten[1]) trotz aller Arbeit nicht einmal möglich wird, die Entäußerungen durch neue Vermögensbildungen wieder zu ersetzen, und daß aus diesem Grunde die von Haus aus Besitzlosen ebensowenig eine Aussicht haben, sich ein Vermögen zu erarbeiten.

Das ist das ganze Resultat der wahren Darlegung der socialen Frage, aus welcher sich die socialistische Bewegung entwickelte.

Kennt man also ihren Ursprung, weiß man wo das Uebel sitzt, so muß man auch wissen, **wo** und **wie** zu helfen ist.

Möge man diese Worte beherzigen, so lange es noch Zeit zu sein scheint. In der kaiserlichen Initiative erblicken wir seit langem, langem Warten den ersten Lichtstrahl; möge er uns von den verhängnißvollen Irrwegen ab auf die rechte Bahn leiten: auf die große „Kaiser-Straße", zur nationalen Wohlfahrt, zur Ruhe, Ordnung, Zufriedenheit, zur äußeren und inneren Größe unseres deutschen Vaterlandes; das soll eine kaiserliche Führung, aber auch ein kaiserlicher Erfolg sein.

## Drittes Kapitel.

## Die kaiserlichen Erlasse und das Ausland.

Die rein sachliche Beurtheilung des kaiserlichen Hervortretens erhält im allgemeinen im Auslande einen weit reineren Ausdruck als im Reiche. Die Stimmungen treten freier und unbeeinflußter durch den officiösen Preßapparat an die Oeffentlichkeit. Wenn auch die Planeten der „Nordd. Allgem. Zeitung", deren Bahnen außer-

[1]) „Sismondi hatte am Ende seiner Studien wahrgenommen, daß überall, wo der Industrialismus zur Herrschaft gelangte, die bis zum socialen Elend gesteigerte Armuth reißend zunahm. Das empörte sein Gefühl der Gerechtigkeit derart, daß er dem Princip der Gerechtigkeit das der ökonomischen Freiheit, des Concurrenzkampfes preisgab, und an die autoritative Gewalt appellirte. „Die Regierung" sagt er „ist eingesetzt worden, um mit den Kräften Aller einen Jeden gegen die Unbill jedes Dritten zu schützen; sie setzt das öffentliche Interesse Aller gegen die privaten Interessen". — Insbesondere verlangt er die Wiederherstellung gewerblicher Associationen zum Zwecke der Unterstützung, und er will, daß die Häupter der industriellen Unternehmungen zur Unterstützung aller Armen ihrer Gewerke schlechthin verpflichtet würden und zwar auch in deren Kindheit, Greisenalter und Krankheit. „Wenn", sagt er, „diese Last dem Unternehmer drückend wird, ist seine Industrie nur eine verderbenbringende; es ist besser, auf sie zu verzichten, als aus ihr ein Mittel zum Verderben der Gesellschaft zu machen". — Entnommen aus den „historisch-politischen Blättern für das katholische Deutschland". Neunzigster Band, zwölftes Heft Seite 952.

halb des deutschen Reiches ausgehen, nicht verfehlen das Licht ihrer Sonne leuchten zu lassen, so vermögen sie dennoch nicht die Wirkung zu erzielen, welche jene in Deutschland ausübt. Wir werden auf dieses widerwärtige Thema, dessen Details bereits anfangen recht merklich an die Verhältnisse der „99“ Tage und an die eigenthümliche Sanirung „monarchischer“ Institutionen zu erinnern, noch eingehend in dem fünften Kapitel zurückkommen. Die Gesammtwirkung der kaiserlichen Erlasse im Auslande war und ist im ganzen genommen eine großartige. Wir beginnen die Revue mit der Schweiz, welcher hinsichtlich ihrer Initiative, die sie schon im vorigen Jahre zu Gunsten der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung entwickelte, der Vorrang gebührt. Nachstehende amtliche Mittheilung des schweizerischen Bundesrathes erklärt die Verzichtleistung der Schweiz zu Gunsten der kaiserlichen Einladung. Sie lautet: „Die deutsche Regierung hat dem Bundesrathe officiell die Absicht bekannt gegeben, um Mitte März in Berlin eine internationale Konferenz, betreffend den Arbeiterschutz, zu veranstalten, und gleichzeitig den Wunsch ausgedrückt, die auf den 5. Mai in Aussicht genommene Konferenz in Bern für einmal verschoben zu sehen, da eine gleichzeitige Thätigkeit von Conferenzen, die theilweise die nämlichen Fragen behandeln, nicht im Interesse der Sache zu liegen scheine.

„Der Bundesrath, welcher vor Allem das Gelingen des Werkes ins Auge faßt, zu dem er seiner Zeit die Initiative ergriff, und welcher von dem aufrichtigen Wunsche beseelt ist, die zu gleichem Zwecke von Sr. Majestät dem deutschen Kaiser gethanen Schritte von Erfolg gekrönt zu sehen, — der Bundesrath, der im Uebrigen in Betracht zieht, daß einerseits eine Theilung der Arbeit zwischen beiden Conferenzen nicht thunlich wäre, und daß andererseits eine erhebliche Anzahl derjenigen Staaten, welche sich an der Berner Conferenz vertreten lassen zu wollen erklärt hatten, gleichzeitig die Einladung zur Berliner Conferenz angenommen haben, hat bei dieser Lage der Sache dem ihm seitens der deutschen Regierung geäußerten, übrigens von anderen Regierungen getheilten Wunsche Rechnung getragen und für einmal darauf verzichtet, seiner Initiative eine weitere Folge zu geben.“

Aus England wird berichtet, daß im englischen Unterhause der Unterstaatssecretär des Auswärtigen, Fergusson, mittheilt, die

britische Regierung habe ihre Bereitwilligkeit erklärt, an der von Sr. Majestät dem deutschen Kaiser vorgeschlagenen Conferenz zur Untersuchung der ernsten Fragen betreffend die Wohlfahrt der arbeitenden Klassen, deren Lösung durch interationale Mitwirkung erleichtert werden könne, in Gemäßheit der in England acceptirten Grundsätze der Gesetzgebung theilnehmen zu wollen." — Diesem offiziellen Erfolge der kaiserlichen Erlasse schließen sich jene an, die direkt den englischen Privatkreisen entstammen. Die radicale Londoner „Pall Mall Gazette" hat in socialpolitischen Dingen seit Jahren das Wirken der katholischen Kirche bewundert und den Papst als Autorität in dieser Hinsicht betrachtet; ja, sie sah ihn phantastischer Weise bereits an der Spitze eines internationalen Congresses, auf welchem sogar Socialisten und Communisten Sitz und Stimme haben sollten. Jetzt, nach den socialpolitischen Erlassen, beschäftigt sie sich auch sehr viel mit dem deutschen Kaiser und vergleicht ihn mit Leo XIII. Anknüpfend an die Rede des Kaisers im Staatsrath, schreibt die „Pall Mall Gazette": „Es ist interessant, das Programm des Papstes auf dem Gebiete der socialen Gesetzgebung mit demjenigen zu vergleichen, welches der Kaiser gestern aufstellte. Der letztere definirte die von dem Staatsrathe zu behandelnden Gegenstände folgendermaßen: 1. Den den Arbeitern zu gewährenden Schutz gegen eine willkürliche und schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft; 2. die Beschränkung der Kinderarbeit mit Rücksicht auf die Gebote der Menschlichkeit und der natürlichen Entwickelungsgesetze; 3. die Berücksichtigung der für das Familienleben in sittlicher und wirthschaftlicher Hinsicht wichtigen Stellung der Frauen im Haushalte der Arbeiter; 4. andere mit dem täglichen Leben der arbeitenden Klassen zusammenhängende Gegenstände. Das Programm des Papstes war folgendes: 1. Schutz der Kinder vor frühzeitiger übermäßiger und gefährlicher Arbeit; 2. Bewahrung der Hausfrau für ihren Haushalt und ihre häuslichen Pflichten; 3. Festsetzung der sechstägigen Arbeitswoche und 4. Kürzung des Arbeitstages. Auch in einer anderen Sache stimmen Papst und Kaiser überein. Beide sind einig in der Versicherung, daß, wenn die Gesetzgebung ihr Aeußerstes gethan hat, (nach den Worten des Kaisers) „der freien Liebesthätigkeit, der Kirche und Schule ein weites Feld segensreicher Entfaltung verbleibt, durch welche die gesetzlichen Anordnungen unterstützt und befruchtet werden müssen, um zu voller Wirksamkeit zu gelangen."

An einer anderen Stelle bemerkt die „Pall Mall Gazette“: „Des deutschen Kaisers gestrige Rede wird in ganz Europa mit Begeisterung gelesen werden. Schon heißt es, daß unsere Socialisten beabsichtigen, an den Kaiser wegen seines Vorgehens eine Dankadresse zu richten.“

Der „Frankfurter Zeitung“ Nr. 50 entnehmen wir: „Kardinal Manning, der im vorigen Jahre bei den Ausständen der Londoner Dockarbeiter und Lichterschiffer eine Vermittlerrolle übernommen hatte, hat jetzt, wie uns mitgetheilt wird, an Richard Fleischer, den Herausgeber der „Deutschen Revue“, folgende Zuschrift gerichtet:

„Erzbischöfliches Palais, Westminster S. W., den 10. Febr. 1890. Mein Herr! Sie fragen mich nach meiner Meinung über den Conferenzvorschlag des deutschen Kaisers bezüglich der Arbeiterfrage und der Lage jener Millionen, welche in jedem Lande Europas von Arbeitslöhnen leben. Ich halte diesen kaiserlichen Akt für den weisesten und würdigsten, der von einem Souverän unserer Zeit ausgegangen ist. Die Lage, in der sich die Lohnarbeiter aller europäischen Länder befinden, ist eine schwere Gefahr für jeden Staat in Europa. Die langen Arbeitsstunden, die Frauen- und Kinderarbeit, die dürftigen Löhne, der unsichere Verdienst, der von der modernen Volkswirthschaft großgezogene Wettbewerb, die diesen und anderen Ursachen entspringende Vernichtung des häuslichen Lebens haben es nachgerade unmöglich gemacht, ein menschenwürdiges Dasein dabei zu führen. Wie kann ein Mann, der 15 bis 16 Stunden täglich arbeitet, seinen Kindern ein Vater sein? Wie kann eine Frau, die den ganzen Tag nicht zu Hause ist, die Pflichten einer Mutter erfüllen? Das häusliche Leben wird auf diese Weise zur Unmöglichkeit gemacht. Und doch beruht auf dem Familienleben die ganze staatliche Ordnung der menschlichen Gesellschaft. Wenn das Fundament geschädigt wird, was soll aus dem Baue werden? Kaiser Wilhelm hat sich daher als ein wahrer und weitsichtiger Staatsmann erwiesen. Mit Versicherung meiner steten Ergebenheit Henry Cardinal Manning, Erzbischof von Westminster.“

Der „Germania“ No. 42 I. entnehmen wir: „Daß England an der von Kaiser Wilhelm angeregten Arbeiterschutzkonferenz theilnehmen wird, ist wohl nicht mehr zu bezweifeln. Mag auch die manchesterliche Regierung einer staatlichen Regelung der Arbeiterverhältnisse wenig geneigt sein, so wird doch schon der Druck der öffentlichen Meinung hinreichen, die Regierung wohl oder übel in

ein socialreformatorisches Fahrwasser zu drängen. In der Public Hall zu London fand am Sonntag eine großartige Versammlung statt, in welcher T. Sutherst erklärte, daß eine Million Arbeiter, repräsentirt durch die Unions und Vereine, denen er angehöre, dem jungen Kaiser dankbar sei für die mächtige Bewegung, welche er hervorgerufen; wenn die Konferenz das Ausbeutungssystem abschaffe, wenn besonders der Schutz der Jugend in Deutschland Thatsache werde, dann würden sich die Folgen wohlthätig erweisen für die arbeitende Bevölkerung von ganz Europa. Der gouvernementale „Daily Telegraph“ sagt mit Bezug auf die kaiserlichen Erlasse und die Cabinetsordre über die Behandlung der Soldaten: „Kaiser Wilhelm ist auf dem Wege, sich die Beinamen „der Gerechte“ und „der Vater seines Volkes“ zu verdienen, indem er sich bemüht, daß Ungerechtigkeit und Bedrückung in seinem Lande verschwinden.“ Wenn Volksversammlungen, regierungsfreundliche („Daily Telegraph“) und regierungsfeindliche („Pall Mall Gazette“) Blätter übereinstimmend der öffentlichen Meinung Großbritanniens Ausdruck geben, dann wird die Regierung derselben Folge leisten müssen.“

In London haben die deutschen Socialisten in zwei verschiedenen Versammlungen Beschlüsse zu Gunsten der vom Kaiser ergriffenen Initiative in der Arbeiterfrage formulirt. Eine dieser Versammlungen wurde im deutschen City-Club, die andere im Cosmopolitan-Club abgehalten. Beide faßten sie ganz ähnliche Beschlüsse, des Inhalts, daß die deutschen Arbeiter in London mit Vergnügen die vom Kaiser Wilhelm II. gegebene Anregung zur Besserung der Lage der Arbeiterklassen begrüßen und hoffen, die Arbeiter Deutschlands werden ihre einstimmige Unterstützung zur Ausführung der kaiserlichen Erlasse nicht versagen. Wie weiter berichtet wird, gelangte diese Resolution jedoch nicht ohne vorangegangene Störungen zur Annahme, indem die Anarchisten lebhaft opponirten. Aus diesen Vorgängen dürfte ersichtlich sein, wie die Keime, welche durch die Erlasse gelegt wurden, bereits zu schwellen beginnen. Die besser und rein sachlich denkenden Arbeiter sollen durch die kaiserlichen Initiative und deren durchgreifende Fruktificirung der socialdemokratischen Bewegung entrissen werden. Herrschte in Deutschland mehr Vertrauen, gäbe es jene bekannten „Friktionen“ nicht, glaubten die Arbeiter an das Durchgreifen des Kaisers, an den „kaiserlichen Sieg“ über die unerhörten „Gegenströmungen“ so würden auch wir schon über ganz andere Resultate zu berichten

haben. Der Kaiser muß aber zum Theil selbst gegen „seine eigenen Organe“ seine großen Ideen verfechten und durchkämpfen, statt auf eine bereitwillige, ergebene Mitarbeit rechnen zu können. So viel steht jetzt schon fest, daß das, **was** erreicht wird, nur dem Kaiser zu danken ist, daß es nur Resultate seines Geistes sind, auf welche einmal nicht wieder ruhmsichtige Leute Ansprüche auf Verdienst erheben können.

Wir gelangen zu Frankreich.

Der officiöse „Temps“ bringt einen Artikel über die internationale Berathung des Arbeiterschutzes, der sich gegen eine etwaige Vereinzelung Frankreichs ausspricht, im übrigen aber erkennen läßt, daß man keineswegs ohne Hintergedanken ist. Wenn alle anderen mitmachen, würde es Frankreich auch thun. Vor allem müsse aber England dabei sein, ihm gebühre der Vortritt. Sollte es ablehnen, dann freilich brauchten auch die übrigen Industrieländer sich nicht zu scheuen, ein Gleiches zu thun. Sehr anerkennend spricht sich das „Journal des Debats“ über die kaiserliche Initiative aus. Der „Frankfurter Zeitung“ No. 52, erstes Blatt, entnehmen wir nachstehende Correspondenz: „Die kühne Initiative des Deutschen Kaisers behufs Lösung der Arbeiterfrage ist das bedeutendste internationale Ereigniß, welches sich seit langer Zeit zugetragen hat. Man würde sich sehr irren, wenn man glaubte, Wilhelm II. hätte es blos auf ein Wahlmanöver abgesehen gehabt, und wenn im ersten Augenblick Manche diesem Irrthum huldigten, so ist er heute zerstreut. Der Kaiser ist durch und durch aufrichtig von seiner hohen socialen Sendung überzeugt, von dem Wunsche beseelt, sie zu erfüllen, und obwohl Vorbehalte zu machen sind, so gereicht die Thatsache allein, daß er die Pläne entwarf und mit solcher Genauigkeit zum Ausdruck brachte, seinem Charakter zur Ehre, der dadurch in einem etwas neuen Lichte erscheint. Bisher sah man in Wilhelm II. nur einen Soldaten, der in der Sorge für sein Heer aufzugehen schien. Niemand war darauf gefaßt, daß er die Arbeiterfragen so offen, so klar, von ihren heikelsten Seiten in Angriff nehmen würde. Es war eine Ueberraschung, in die sich Achtung mischte, und was uns betrifft, so ist uns, die wir sehnlichst die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa wünschen, diese zweite Manier des Kaisers Wilhelm lieber. Vielleicht betritt er da eine Bahn, auf der er Enttäuschungen begegnen wird, aber seine Initiative kann bei der Entschlossenheit, mit der er ans Werk ging und in der er ohne Zweifel

verharren wird, nicht umhin, Resultate herbeizuführen. Ob positiv oder negativ, lehrreich werden die Ergebnisse jedenfalls sein. Heute kann man nur sagen, daß das Unternehmen nichts Gewöhnliches hat und daß es unklug und leichtsinnig wäre, es anders als ernst zu behandeln.

Die Frage wurde aufgeworfen, ob die Regierung der Republik der an sie gerichteten Einladung willfahren sollte oder nicht. Die Blätter stellten diese Frage; wir nehmen an, für die Regierung sei sie schon gelöst. Die französische Republik hat sich jeder Zeit mit Arbeiterfragen beschäftigt, wie es der Regierung einer Demokratie ziemt. Wie dürfte sie da zugeben, daß solche Fragen auf einer internationalen Conferenz erörtert würden, ohne daß sie sich daran betheiligte? Sie wird dazu eingeladen; könnte sie da ablehnen? Das würde heißen, die Republik kümmere sich wenig um solche Fragen, oder sie halte es nicht für passend, sie unter den gebotenen Bedingungen zu studiren. Diese Bedingungen sind übrigens noch ungenügend bekannt. Bis sie es sind, müssen wir mit unserer endgültigen Antwort zurückhalten; prinzipiell aber und a priori ist es unmöglich, sie nicht günstig zu formuliren. Warum sollten wir nicht dem Plane der deutschen Regierung beitreten, da wir doch schon unter ähnlichen Umständen demjenigen der schweizerischen Bundesregierung beitraten?

Der Verfasser des Leitartikels führt nun aus, daß die französische Regierung Aufklärungen über den Gesichtspunkt, aus dem die verschiedenen Fragen studirt werden sollen, zu verlangen haben wird. Auch scheint er kaum an die Möglichkeit einer einheitlichen internationalen Gesetzgebung in Fragen zu glauben, welche je nach den Sitten und Gewohnheiten der verschiedenen Länder bisher verschiedenartig gelöst wurden. Wenn es schon große Mühe kostete, die einzelnen Gesetzgebungen zu Stande zu bringen, so werde es noch viel schwieriger sein, sie zu einem internationalen Ganzen zu verschmelzen, und Niemand könne dafür bürgen, daß die Durchführung überall dieselbe sein wird. Dann heißt es weiter:

Man schlägt uns eine Art heiliger Allianz der Regierungen zum Schutze der Arbeiter-Interessen vor. Von den wirthschaftlichen Schwierigkeiten eines solchen Planes, die vielleicht unübersteigbar sind, später. Aber vorausgesetzt, daß sie es nicht wären, so könnte die heilige Allianz nur dann Wirksamkeit erlangen, wenn alle Regierungen des Erdbodens oder zum Mindesten sämmtliche gewerbe-

treibenden Länder sich daran betheiligten. Wie könnten wir ihr beitreten, wenn alle anderen sich fernhielten. Die in Aussicht genommene Gesetzgebung hätte offenbar einen Einfluß auf die Kostenpreise; sie wird dieselben erhöhen: wie könnten wir da die Konkurrenz derer, die nicht dabei wären, Stand halten? Ist das Gesetz für Alle gleich, so wird man sich verständigen, wenn nicht, wer möchte sich ihm unterwerfen. Die Einladungen zur Conferenz wurden nur an eine beschränkte Anzahl von Mächten gerichtet; ohne Zweifel war man im Voraus der Zustimmung einiger anderen sicher und hofft man, Jedermann werde beitreten; aber ist man dessen gewiß? Es genügt nicht, die alte Welt für sich zu haben, auch die neue Welt muß dabei sein und hat man bei Amerika angefragt? . .

So hat der deutsche Kaiser eine ganze Welt von politischen und wirthschaftlichen Problemen angeregt. Um es so zu thun, wie er es that, bedurfte es des Bewußtseins seiner Stärke und auch des glücklichen Vertrauens, der Hochherzigkeit der Jugend. Wie verdienstvoll auch sein Unternehmen sein mag, wir wagen ihm nicht einen vollen Erfolg zu weissagen. Jede Regierung muß, ehe sie endgültig zusagt, ihre innere Lage, ihre eigene Gesetzgebung studiren, sie mit derjenigen vergleichen, welche aus den Arbeiten des preußischen Staatsraths hervorgesehen wird, in Berlin eine Anzahl Aufklärungen verlangen und endlich sich der Dispositionen der anderen Mächte, deren Zustimmung unerläßlich wäre, versichern. Eine vereinzelte Antwort ist werthlos. Es bedarf der Einmüthigkeit oder doch der annähernden Einmüthigkeit. Der deutsche Kaiser ruft den Allmächtigen an, ohne den die menschliche Thätigkeit unfruchtbar bleibt. Gott allein mag wissen, was die Conferenz bringen wird; aber wenn die anderen Regierungen sie beschicken wollen, so dürfen auch wir diesem Friedenswerke nicht fernbleiben."

Der „Kreuz-Zeitung" entnehmen wir (Nr. 77 Morgenausgabe) nachstehende Correspondenz aus Paris: „z. Paris, 12. Febr. Das Auftreten des Herzogs von Orleans hat ihm in der öffentlichen Meinung nicht viel geholfen. Seine Freunde haben gestern und vorgestern zwar alles Mögliche gethan, die orleanistische Fahne zu erheben und der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, ihre Erfolge sind indessen nur klein und die Monarchisten haben nur wenig Aussicht auf die Zukunft.

Bemerkenswerth ist ein Brief des „Figaro", worin in einer „Chronique aus Berlin" der Enthusiasmus geschildert wird, welcher

den Erlassen Sr. Maj. des Kaisers Wilhelm seit ihrem Erscheinen fort und fort gespendet wird. Der Brief des „Figaro" würde nun, wenn er von einem Diener des Hauses Hohenzollern unterzeichnet und in deutschen Blättern erschienen wäre, als etwas Selbstverständliches, weiter kein Erstaunen erregen; daß man solche Worte aber in einem Pariser Blatte und noch dazu im „Figaro" zu lesen bekommt, ist zu verwundern und läßt nur darauf schließen, wie gewaltig die Wirkung der Worte Kaiser Wilhelms sein muß, um nach acht Tagen ein solches Echo in der Pariser Boulevard-Presse zu erwecken.

„Zu verkennen ist ferner nicht der Dienst, welchen der Prinz von Orleans durch sein Auftreten dem deutschen Kaiser geleistet hat. Der Unterschied zwischen dem erhabenen Handeln Kaiser Wilhelms und dem theatralischen Gebahren des Prinzen ist eben so groß und schroff, daß er in allen Schichten des Volkes tief empfunden wird."

Wie ein zurechnungsfähiger Mensch den politisch gänzlich inferioren, blutjungen Herzog von Orleans, der als „Verbannter" in die französische Armee als Gemeiner eintreten will, in eine Parallele mit dem regierenden König von Preußen und deutschen Kaiser zu setzen vermag, ist schwer einzusehen.

Stellt man die Berichte aus Frankreich zusammen, so nimmt die den Erlassen günstige Stimmung sowohl in amtlichen, als Privatkreisen täglich zu. Auch die spanischen Zeitungen widmen der Fürsorge unseres Kaisers für das Wohl der arbeitenden Klassen, meist unter der Ueberschrift „Der Arbeiter-Kaiser", ungewöhnlich eingehende und beinahe durchgehends im anerkennenden Tone gehaltene Artikel. In Rumänien ist vor kurzem eine socialreformatorische Arbeiterpartei begründet worden. Die Kammer-Deputirten Nadeyde und Mille hatten am vorigen Sonnabend in Bukarest eine allgemeine Arbeiterversammlung einberufen, in welcher sie über die Erlasse des Kaisers Bericht erstatteten und die Nothwendigkeit betonten, daß auch die rumänische Regierung die von deutscher Seite angeregte Conferenz beschicke. Da jedoch die herrschenden Parteien des Landes bisher nicht das geringste Verständniß für die socialen Bedürfnisse der Zeit gezeigt hätten, so müsse sich eine eigene Arbeiterpartei bilden, welche die kaiserlichen Erlasse als ihr Programm aufstelle. Sodann konstituirte sich der „erste Bukarester Arbeiter-Verein."

Der „Nordd. Allg. Zeitung" Nr. 95, Morgenausgabe entnehmen wir einen Auszug aus russischen Blättern. Wer einerseits

die Bedeutung der „Nordd. Allg. Ztg.“ kennt, andererseits auch etwas versteht, zwischen den Zeilen zu lesen, der wird den Geschmack, den das offiziöse Blatt bei seiner Auswahl bewiesen, jedenfalls richtig zu deuten wissen. Wir entnehmen wörtlich nachstehende Zusammenstellung: „Die „Nowoje Wremja“ und die „Nowosti“ bezeichnen mit einem, für die wechselnden Stimmungen deutscher Wähler allzu schmeichelhaften Superlativ der Auffassung das Resultat dieser Wahlen als ein politisches Ereigniß von immenser Bedeutung als ein Ereigniß, dessen Folgen nicht allein für das Reich der Hohenzollern, sondern auch für ganz Europa von entscheidendem Einflusse sein werden: „In Deutschland beginnt gewissermaßen, — so schreibt die „Nowoje Wremja“, ein Zweikampf zwischen der Staatsgewalt und dem revolutionären Sozialismus, und wie sich auch die Stimmen unter den Vertretern der früheren Parlamentsparteien vertheilen vermögen, hauptsächlich wird es doch nur darauf ankommen, wie weit die Anhänger der kühnen Pläne des Kaisers Wilhelm II. ihren Widersachern überlegen sein werden oder nicht. Die Conservativen und Nationalliberalen, die Freisinnigen und das katholische Centrum, die Polen, Dänen und Elsaß-Lothringer werden sich in der Frage, wer die Regierung in dem Kampfe der Arbeiter mit dem Kapital, der sich während der letzten Jahre so außerordentlich zugespitzt hat, unterstützen soll, nothgedrungen in zwei entgegengesetzte Gruppen theilen müssen. Diese Nothwendigkeit der Theilung verleiht den gegenwärtigen Wahlen eine ganz besondere Bedeutung und Wichtigkeit. Die deutschen Wähler haben ihre Stimmen abzugeben, ohne auch nur annähernd zu wissen, ob es dem Kaiser gelingen werde, die Arbeiterfrage auf den internationalen Boden zu stellen. Die Kabinette, an die sich Fürst Bismarck auf Befehl des Kaisers gewandt hat, beeilen sich mit ihren Antworten keineswegs. Die englische Presse schweigt oder beschränkt sich auf eine sehr bedingte Zustimmung, während die französischen Regierungsblätter mit der „Rep. Fr.“ an der Spitze offen erklärt haben, daß diejenigen Garantieen für die Interessen der Arbeiterklasse, nach denen Kaiser Wilhelm in Deutschland strebt, in ihrem Vaterlande schon längst eine praktische Verwendung gefunden haben und daß daher die dritte Republik, trotz aller Sympathieen für die Pläne des deutschen Kaisers, auf der von ihm projektirten internationalen Conferenz nichts zu suchen habe.“ Commentare sind hier überflüssig.

Im weiteren bleibt nur noch zu referiren, daß die Regierungen von Italien, Holland, Schweden-Norwegen, Belgien, Dänemark, Oesterreich-Ungarn und die Schweiz die Einladungen mehr oder weniger sehr bereitwillig angenommen haben. Aus der französischen, englischen und belgischen Presse geht nur hervor, daß sich diese Länder schon der Schweiz gegenüber sehr entschieden gegen Feststellung eines internationalen „Arbeitstages" — Maximalarbeitstages — ausgesprochen haben. Während wir die Berichte zusammenstellten, bringt auch der „Reichsanzeiger" die officielle Einladung an die Conferenz-Mächte. Wir lassen dieses Aktenstück hier folgen. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt in ihrer Nr. 101 Morgenausgabe:

„Auf Allerhöchsten Befehl sind die Botschafter in London, Paris, Rom und Wien, sowie die Gesandten in Bern, Brüssel, Haag, Kopenhagen und Stockholm angewiesen, die Regierungen, bei welchen sie beglaubigt sind, zu einer Conferenz behufs Regelung der Arbeit in industriellen Anlagen und Bergwerken einzuladen.

Die den betreffenden Ministern der Auswärtigen Angelegenheiten übergebenen Schriftstücke haben, nach dem „Reichs-Anzeiger", folgenden Inhalt:

„den Februar 1890.

Auf Befehl seiner Regierung beehrt sich der Unterzeichnete ꝛc., unter Bezugnahme auf die mündliche Mittheilung vom ...... zur Kenntniß Sr. Excellenz ꝛc. zu bringen, daß Se. Majestät der Kaiser vorschlägt, es solle eine Versammlung stattfinden von Vertretern der Regierungen, welche sich dafür interessiren, das Loos der Fabrik- und Minenarbeiter zu verbessern, damit diese Delegirten über die Fragen von internationaler Bedeutung berathen können, welche auf der Anlage verzeichnet sind.

Da jene Fragen ohne politische Tragweite sind, so erscheinen dieselben geeignet, in erster Linie der Prüfung von Fachmännern unterworfen zu werden.

Um die Eröffnung und den weiteren Verlauf der Berathungen zu erleichtern, hat die Kaiserliche Regierung ein Programm entwerfen lassen, dessen Text dieser Note beigefügt ist.

Der Unterzeichnete beehrt sich, Se. Excellenz ꝛc. zu bitten, ihn wissen lassen zu wollen, ob die ......... Regierung geneigt ist, an der in Aussicht genommenen Conferenz theilzunehmen, welche in Berlin am 15. März 1890 zusammentreten wird. — Der Unter-

zeichnete gestattet sich hinzuzufügen, daß eine gleichlautende Einladung gleichzeitig abgegangen ist an die Regierungen Ihrer Majestäten des Kaisers von Oesterreich-Ungarn, des Königs der Belgier, des Königs von Dänemark, der Französischen Republik, Ihrer Majestät der Königin von Großbritannien, der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Ihrer Majestäten des Königs von Italien, des Königs der Niederlande und des Königs von Schweden und Norwegen.

Der Unterzeichnete ergreift ꝛc."

## Programm

für die Berathungen der internationalen Conferenz, betreffend Regelung der Arbeit in industriellen Anlagen und Bergwerken.

### I. Regelung der Arbeit in Bergwerken.

1. Ist die Beschäftigung unter Tage zu verbieten:
   a) für Kinder unter einem bestimmten Lebensalter?
   b) für weibliche Personen?
2. Ist für Bergwerke, in denen die Arbeit mit besonderen Gefahren für die Gesundheit verbunden ist, eine Beschränkung der Schichtdauer vorzusehen?
3. Ist es im allgemeinen Interesse möglich, um die Regelmäßigkeit der Kohlenförderung zu sichern, die Arbeit in den Kohlengruben einer internationalen Regelung zu unterstellen?

### II. Regelung der Sonntagsarbeit.

1. Ist die Arbeit an Sonntagen der Regel nach, und Nothfälle vorbehalten, zu verbieten?
2. Welche Ausnahmen sind im Falle des Erlasses eines solchen Verbotes zu gestatten?
3. Sind diese Ausnahmen durch internationales Abkommen, durch Gesetz oder im Verwaltungswege zu bestimmen?

### III. Regelung der Kinderarbeit.

1. Sollen Kinder bis zu einem gewissen Lebensalter von der industriellen Arbeit ausgeschlossen werden?
2. Wie ist das Lebensalter, bis zu welchem die Ausschließung stattfinden soll, zu bestimmen?
   Gleich für alle Industriezweige oder verschieden?
3. Welche Beschränkungen der Arbeitszeit und der Beschäftigungsart sind für die zur industriellen Arbeit zugelassenen Kinder vorzusehen?

IV. Regelung der Arbeit junger Leute.

1. Soll die industrielle Arbeit jugendlicher Personen, welche das Kindesalter überschritten haben (I 2), Beschränkungen unterworfen werden?
2. Bis zu welchem Lebensalter sollen die Beschränkungen eintreten?
3. Welche Beschränkungen sind vorzuschreiben?
4. Sind für einzelne Industriezweige Abweichungen von den allgemeinen Bestimmungen vorzusehen?

V. Regelung der Arbeit weiblicher Personen.

1. Soll die Arbeit verheiratheter Frauen bei Tage oder bei Nacht eingeschränkt werden?
2. Soll die industrielle Arbeit aller weiblichen Personen (Frauen und Mädchen) gewissen Beschränkungen unterworfen werden?
3. Welche Beschränkungen empfehlen sich in dem Falle?
4. Sind für einzelne Industriezweige Abweichungen von den allgemeinen Bestimmungen vorzusehen und für welche?

VI. Ausführung der vereinbarten Bestimmungen.

1. Sollen Bestimmungen über die Ausführung der zu vereinbarenden Vorschriften und deren Ueberwachung getroffen werden?
2. Sollen wiederholte Conferenzen von Vertretern der betheiligten Regierungen abgehalten werden und welche Aufgaben sollen ihnen gestellt werden?

Da es von Interesse sein dürfte, die Programm-Punkte, welche die Schweiz aufgestellt hatte, mit den deutschen zu vergleichen, lassen wir sie hier ebenfalls folgen. Der „Frankfurter Zeitung" Nr. 52 Abendblatt entnehmen wir:

„Bern, 19. Februar. Das Programm der Arbeiterschutz-Conferenz, welches die Schweiz jetzt den von ihr eingeladenen Staaten übergeben hat, zerfällt nach einer Berner Depesche des Reuter'schen Bureaus in sechs Hauptabschnitte, deren jeder eine Reihe von Fragen enthält, welche die verschiedenen Seiten des Hauptpunktes betreffen.

1) Verbot der Sonntagsarbeit. Inwiefern ist Grund vorhanden, die Sonntagsarbeit zu beschränken? Welche sind die Industrieen und Betriebe, die ihrem Wesen nach die Arbeit nicht am

Sonntag unterbrechen können und denen deshalb die Sonntagsarbeit erlaubt werden muß? Kann man in diesen Industrieen Maßregeln ergreifen, um dem einzelnen Arbeiter Sonntagsruhe zu sichern?

2) Minimalalter von Kindern für die Zulassung zur Fabrikarbeit. Ist Grund vorhanden, ein Minimalalter von Kindern für die Zulassung zur Fabrikarbeit festzustellen? Soll das Minimalalter in allen Staaten gleich sein oder mit Rücksicht auf die klimatischen Verschiedenheiten der einzelnen Länder und die dadurch bedingte mehr oder minder frühzeitige körperliche Entwickelung der Kinder festgestellt werden? Welches Minimalalter soll in beiden Fällen bestimmt werden? Dürfen bei einer einmal getroffenen Bestimmung über das Minimalalter Ausnahmen gestattet werden, wenn die Zahl oder die Länge der Arbeitstage verringert wird?

3) Der Maximalarbeitstag für jugendliche Arbeiter. Kann man einen Maximalarbeitstag für jugendliche Arbeiter festsetzen? Sollen die Stunden des zwangsweisen Schulbesuchs in einen solchen Arbeitstag eingerechnet werden? Hat der Maximalarbeitstag sich dem Alter anzupassen? Wie viel Stunden mit oder ohne Unterbrechungen soll der Maximalarbeitstag in jedem Falle umfassen? Zwischen welche Tagesstunden soll die Arbeitszeit bestimmt werden?

4) Verbot der Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und Frauen in besonders gesundheitsschädlichen oder in gefährlichen Betrieben. Ist es nothwendig, die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und Frauen in besonders gesundheitsschädlichen oder in gefährlichen Betrieben zu verbieten? Sollen die zu diesen Klassen gehörigen Personen vollständig von solcher Beschäftigung ausgeschlossen werden — und, wenn so, bis zu welchem Alter? — oder nur theilweise — d. h. bis zu einem gewissen Alter für junge Leute und zu gewissen Zeiten für Frauen — oder soll die Länge des Arbeitstages für jugendliche Arbeiter und Frauen in solchen Betrieben eingeschränkt werden? Welche sind die geringsten Anforderungen, die in den beiden letzten Fällen zu stellen sind? Welche sind die ungesunden oder gefährlichen Betriebe, auf welche das obige Verbot anzuwenden ist?

5) Beschränkung der Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter und Frauen. Sollen jugendliche Arbeiter gänzlich oder nur theilweise von der Nachtarbeit ausgeschlossen werden? Unter welchen Bedingungen können sie theilweise zur Nachtarbeit

zugelassen werden? Sollen Frauen ohne Unterschied des Alters von der Nachtarbeit ausgeschlossen werden? Wenn ihnen die Nachtarbeit gestattet wird, muß man dann bestimmte Beschränkungen feststellen? Welche Stunden eines Arbeitstages sind in den Begriff Nachtarbeit eingeschlossen, oder mit anderen Worten, wann beginnt und endigt die Nachtarbeit?

6) Die Ausführung der angenommenen Bestimmungen. Auf welche Arten von Betrieben — Bergwerke, Fabriken, Werkstätten — sind die Bestimmungen anzuwenden? Soll ein Zeitpunkt für die Ausführung der angenommenen Bestimmungen festgesetzt werden? Welche Maßregeln sind zu treffen, um die Ausführung zu sichern? Soll für eine periodisch zusammentretende Conferenz von Vertretern der Staaten, welche an der gegenwärtigen Conferenz theilnehmen, vorgesorgt werden? Welche Aufgaben sind diesen Conferenzen zuzuweisen?

## Viertes Kapitel.

## Die kaiserlichen Erlasse und die katholische Kirche.

Von keiner Seite ist die Initiative des Kaisers mit mehr Befriedigung und Begeisterung aufgenommen worden, als von den Katholiken und ihrer Kirche.

Die katholische Presse aller Provinzen und Länder kam den Erlassen mit ungetheilter Sympathie entgegen. Wie sich die Könige von Preußen auf allen Schlachtfeldern auf ihre katholischen Unterthanen verlassen konnten und diese sich von keinen anderen Angehörigen des preußischen Staates übertreffen ließen, so mag auch Kaiser Wilhelm II. auf die unbedingte Unterstützung der deutschen Katholiken in der angeregten Frage rechnen. Gehen wir die katholische Presse des In- und Auslandes durch, so ist es wahrhaft erhebend, von welcher einmüthigen Anerkennung und Dankbarkeit die Urtheile Zeugniß ablegen. Beruht doch das kaiserliche Vorgehen auf einem Grundprincip der katholischen Kirche, von dem aus, seit die socialen und wirthschaftlichen Verhältnisse anfingen, überall die gesellschaftlichen und staatlichen Interessen mehr oder weniger zu tangiren und den Regierungen es nahe legten, eine bestimmte, fürsorgende Stellung ihnen gegenüber einzunehmen, die Päpste wie der Episcopat aller Länder nicht ermangelten, fort und fort auf die Wichtigkeit einer eingehenden Behandlung der „socialen Probleme“

nicht allein aufmerksam zu machen, soweit es an ihnen lag, auch positiv einzugreifen.

Schon am 3. December 1848 hielt Freiherr von Kettelere damals Propst, im Dom von Mainz eine Predigt über die social-politischen Aufgaben der Gegenwart. Er bezeichnete die „sociale Frage" als die Frage der Zukunft, und prophezeite das Kommen einer neuen gewaltigen Bewegung. In leuchtender Weise zeigte er, wie das Eigenthumsrecht des Menschen auf die Güter der Erde und auf ihre Verarbeitung und Verwerthung kein unbegrenztes sei, sondern seine Schranke finde in den Geboten der christlichen Sittenlehre. Aber die Worte des großen unvergeßlichen Kirchenfürsten verhallten an den tauben Ohren der Gesellschaft und der Regierungen. Diese verstanden sie nicht, oder wollten sie nicht verstehen. Ferner möchten wir hier an die großartig angelegte echt staatsmännische Trauerrede Kettelers erinnern, die er am Grabe des in Frankfurt a. M. von der Revolution gemordeten Fürsten Felix Lichnowsky hielt.

Welche Fülle von erhabener Schönheit, Geist und Wahrheit erhalten wir durch sie? Am 25. Juli 1869 legte der große Bischof in seiner denkwürdigen Rede auf der Liebfrauenhaide bei Offenbach a. M., umringt von den Schaaren der Fabrikarbeiter, die Arbeiterbewegung und ihr Streben im Verhältniß zur Religion und Sittlichkeit dar. Erhöhung des Arbeitslohnes, Verkürzung der Arbeitszeit innerhalb möglicher Grenzen, Sonntagsruhe, Verbot der Frauen- und Kinderarbeit, stellte Ketteler als berechtigte Forderungen der Arbeiter hin. Zugleich aber — und das ist der Unterschied gegenüber der Socialdemokratrie — zeigte er, wie alle diese Bestrebungen eitel, vergeblich und ohne Nutzen sind, wenn nicht wahre Sittlichkeit und Religiosität ihre Grundlage bilden. Nach dem deutsch-französischen Kriege, vor Eröffnung des ersten deutschen Reichstages, verfaßte dann der weise Bischof von Mainz ein Programm für alle rechtlich und christlich denkenden Männer in Deutschland. [1]) Es sollte die Grundlage sein, auf welcher alle conservativen

[1]) Im Mai 1880 erließen wir unser „Promemoria zur Sammlung aller christlich-conservativen Männer" behufs Durchführung der nöthigen socialen und wirthschaftlichen Reformen. Auf Grund unserer Bestrebungen bildete sich am 10. November 1880 zu Frankfurt a. M. die „Freie Vereinigung der Social-Conservativen", an deren Spitze durch freie Wahl gestellt wurden zwei Protestanten und zwei Katholiken. Die Grafen von Solms-Laubach und Schulenburg-Beetzendorff einer-, der Fürst zu Isenburg-Birstein und der Autor dieser Schrift andrerseits. Das Nähere über den Verlauf der

Elemente des deutschen Reiches, Katholiken wie Protestanten, zu gemeinschaftlicher Reformarbeit sich einigen könnten. Artikel XII dieses Programms heißt:

„Corporative Reorganisation des Arbeiterstandes und des Handwerkerstandes. Gesetzlicher Schutz der Arbeiterkinder und der Arbeiterfrauen gegen die Ausbeutung der Geldmacht. Schutz der Arbeiterkraft durch Gesetze über die Arbeitszeit und Sonntagsruhe.

Gesetzlicher Schutz der Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter bezüglich der Arbeiterlokale.

Anstellung von Inspektoren zur Kontrole der zum Schutz des Arbeiterstandes erlassenen Gesetze."

Statt aber diesem Programm näher zu treten, fing Fürst Bismarck „seinen" Kulturkampf an; er verwandte Zeit und Arbeitskraft nicht gegen die sich immer bemerklicher machende socialdemokratische Propaganda, sondern gegen die katholische Kirche, die von den socialrevolutionären Elementen am meisten gefürchtete und deshalb auch am besten gehaßte Institution. Die katholische Kirche, welche auch wieder bei den Wahlen vom 20. Februar d. J. auf das eklatanteste bewies, daß an ihr allein die socialdemokratischen Brandungen ohne Erfolg anprallen, daß sie mithin ein anerkanntes, faktisches Bollwerk gegen die sociale Revolution ist, wurde von dem Kanzler des deutschen Reichs als „staatsgefährlich" bekämpft. Tausendemale wurde während des Kulturkampfes darauf hingewiesen, daß dieser Kampf nur der Socialdemokratie zu gut kommen würde und zwar aus verschiedenen Gründen. Aber der „große" Staatsmann an der Spitze des deutschen Reiches verwechselte die katholische Kirche mit den Dänen, Oesterreichern und Franzosen, er verwechselte sie auch „seinen" Botschaftern, die auf Commando gleich Flügelmännern der Garde einzuschwenken hätten. Daß der Kampf überhaupt, aber um so mehr ein so brutaler, die Gemüther vielfach verwildert, indem er alle Leidenschaften im Menschen wachruft und ihn verbittert, ist eine alte bekannte Thatsache. Diese Folgen zeitigte

---

„freien Vereinigung" findet man in unserem Buche: „Der fünfte Stand und die Regierungen". Berlin 1884 bei Puttkammer und Mühlbrecht, sowie in der Broschüre: „Gouvernemental und Conservativ oder die Partei Bismarck sans phrase". 1885 Osnabrück, Wehberg, und weiter in unserem Buche „Fürst Bismarck und die „deutsch"-conservative Partei oder eine politische Abrechnung." Frankfurt a. M. 1887. Foesser Nachfolger.

denn auch nach jeder Seite hin der Kulturkampf, über den sich am meisten die Matadoren der Gründer-Aera und der Orgien um das goldene Kalb, sowie die Socialdemokraten freuten. Unter den tiefen verhängnißvollen Schatten, die der Kampf des Fürsten Bismarck mit der katholischen Kirche auf Staat und Gesellschaft warf, wucherte lustig die Plutokratie und die Socialdemokratie empor. Ihr Wachsthum und Gedeihen sind die einzigen Resultate, die der „große" Kanzler des deutschen Reichs aus diesem „geistigen" Feldzuge zu verzeichnen hat. Wir glauben aber kaum, daß Fürst Bismarck **diesen** Resultaten für Staat und Gesellschaft einen positiven Charakter wird zuerkennen wollen. Ferner glauben wir ganz bestimmt, daß die Canossa-Säule, die man zur Verherrlichung des Fürsten Reichskanzler errichtet hat, für ihn keine angenehmen erhebenden Erinnerungen wachruft und er sehr gerne auf dieses Denkmal seiner Größe verzichten würde, das, und wir müssen es selbst zugestehen, nicht ohne Gedanken beißender Ironie betrachtet werden kann. Auch hier zeigt es sich einmal wieder, daß, was die Thoren groß und herrlich nennen, oft schon nach sehr kurzer Zeit von aller Welt als klein und thöricht erkannt ist. Im Laufe dieser Abschweifung vom Hauptthema werden wir unwillkürlich an einen Artikel der „Germania" erinnert, den sie in ihrer Nummer 61, zweites Blatt, vom 16. März 1887 brachte. Der betreffende Passus lautet wörtlich: „Wir haben im Laufe der Jahre gar oft, wenn die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" mit dem ihr eigenen zuversichtlichen Hochmuth gegen unsere Auffassungen loszog, sie gefragt, sie solle uns doch einmal auch nur eine einzige wichtige Frage der Politik nennen, in der sie von uns abgewichen, und in der zum Schluß ihre und nicht unsere Auffassung durch die Ereignisse bestätigt worden sei? Und das hochmüthige Blatt hat stets schweigen müssen, in diesem Falle versagte selbst die gewohnheitsmäßige Lüge. Bezüglich des Kulturkampfes, bezüglich des Freihandels, bezüglich des Manchesterthums in der Handwerker- und Arbeiterfrage, bezüglich der Wucherfreiheit und Aktienfreiheit, bezüglich des Gründungsschwindels, bezüglich der socialistischen Gefahr und der neuen Gefahr des Socialistengesetzes, bezüglich der „thurmhohen Freundschaft" mit Rußland, bezüglich des „Bischen Herzegowina" u. s. w. u. s. w., in allen diesen Beziehungen haben wir das Richtige rechtzeitig gesehen, die Gefahr rechtzeitig verkündet, die „Nordd. Allgem. Ztg." ist immer nachgehinkt, bedurfte erst des Zwanges der Thatsachen, um in vielen der genannten Beziehungen

einzulenken und in anderen — wird sie wiederum einlenken, wenn erst noch mehr Unglück da ist und es nicht mehr anders geht." Es sind das Erinnerungen, die im Gedächtnisse festzuhalten, recht empfehlenswerth ist.

Noch einmal auf den wahrhaft großen, edlen Bischof von Mainz zurückkommend, lenken wir die Aufmerksamkeit auf seine socialpolitischen Werke, die Niemand, ohne aus ihnen gelernt zu haben, aus der Hand legen wird. Streifen möchten wir noch die Idee, daß das deutsche Volk, in erster Linie aber die deutschen Katholiken alle Ursache hätten, ihrem großen Mitbürger und Vorkämpfer ein Denkmal zu setzen. Die socialpolitische Arbeit des Herrn Bischofs von Mainz Freiherrn von Ketteler wurde indessen von Seite der deutschen Katholiken niemals liegen gelassen. Immer und immer wurde von neuem erinnert, von neuem gemahnt. Im Jahre 1877 am 23. März wurde vom Centrum dem Reichstage ein detaillirtes Arbeiterschutz-Programm vorgelegt, das vom Grafen von Galen ausgearbeitet war. Dieses Programm besteht aus denselben Verlangen, die nun Kaiser Wilhelm II. in seinen Erlassen betont. Die Katholiken haben deshalb allen Grund, mit berechtigtem Stolze auf ihre Leistungen und Standpunkte zu verweisen, die sich mit den Grundzügen des kaiserlichen Programms für die bevorstehende Socialreform vollständig decken. Erhöht wird dieses frohe Bewußtsein durch die providentielle Bedeutung, welche die kaiserliche Initiative noch durch ein Hervortreten Leo XIII. erfährt. Der heilige Vater äußerte sich am 17. October 1887 den französischen Pilgern gegenüber folgendermaßen: „Und diesen Geist mütterlicher Sorgfalt hat die Kirche eingeführt in die Sitten der Völker, in die Verordnungen der Städte und in die Gesetze der Staaten. Die Intervention und die eingreifende Thätigkeit dieser Mächte ist nicht von unentbehrlicher Nothwendigkeit, wenn in den Verhältnissen, welche die Arbeit und Ausübung der Gewerbe regeln, sich nichts vorfindet, wodurch die Sittlichkeit und Gerechtigkeit, die menschliche Würde und das häusliche Leben des Arbeiters gefährdet wird; wenn aber eines oder das andere dieser Güter bedroht ist, dann üben die öffentlichen Mächte, indem sie geziemender und gerechter Weise eingreifen, ein Werk des socialen Wohles, denn ihnen steht es zu, die wahren Interessen ihrer Unterthanen zu schützen und zu überwachen."

Am 20. October 1889 äußerte sich Leo XIII. ca. 2000 Arbeitern

gegenüber abermals über die Arbeiterfrage. Wir entnehmen dieser Ansprache folgende Stelle: „Ihr wisset, das Heidenthum hat behauptet, die sociale Frage zu lösen, indem es den schwächeren Theil der Menschheit seiner Rechte beraubte, dessen Bestrebungen unterdrückte, die Entwickelung seiner geistigen und sittlichen Fähigkeiten hemmte und ihn zur bedingungslosen Ohnmacht verurtheilte. Das war die Sklaverei. — Das Christenthum kam, der Welt zu verkünden, daß die gesammte menschliche Familie, ohne Unterschied des Standes, an dem göttlichen Erbe theilzuhaben berufen sei; es erklärte, daß Alle den gleichen Anspruch auf die Kindschaft des himmlischen Vaters haben und daß Alle um den nämlichen Preis wiedererkauft seien; es lehrte, daß die Arbeit hienieden die naturgemäße Bedingung des Menschen sei, daß dieselbe, muthig ergriffen, für ihn eine Ehre und ein Beweis von Klugheit, sich ihr entziehen wollen aber Feigheit und zugleich Verrath an einer der heiligsten und ersten Pflichten sei.

Um aber den Arbeitenden und Dürftigen noch wirksamern Trost zu leihen, würdigte sich der göttliche Stifter des Christenthums, seine Worte auch mit dem Beispiele zu verbinden: Er hatte nicht wohin er sein Haupt legen konnte; er erfuhr die Qualen des Hungers und des Durstes; er verbrachte sein öffentliches und verborgenes Leben in Mühen, Bedrängnissen und Leiden. Nach seiner Lehre ist der Reiche, wie Tertullian sich ausdrückt, geschaffen, um, der Schatzmeister Gottes auf Erden zu sein: an ihn sind die Weisungen betreffs des guten Gebrauches der irdischen Güter gerichtet; gegen ihn die furchtbaren Drohungen des Erlösers, wenn er sein Herz den Unglücklichen und Armen verschließt.

Indeß, das genügte noch nicht. Es war nöthig, die beiden Klassen einander näher zu bringen, sie durch ein religiöses und unzerreißbares Band zu verbinden. Das war die Aufgabe der christlichen Liebe. Diese schuf ein gesellschaftliches Band und gab ihm eine Stärke und Geschmeidigkeit zugleich, wie sie bis dahin unbekannt waren; sich selbst vervielfältigend, erfand sie ein Mittel gegen alle Uebel, einen Trost in allen Schmerzen; und sie wußte in zahlreichen Werken und Institutionen zu Gunsten der Unglücklichen einen edlen Wettstreit von Eifer, Edelmuth und Entsagung anzuregen.

Das war die einzige Lösung, mit Hilfe welcher bei der unausweichlichen Ungleichheit menschlicher Verhältnisse einem Jeden ein

erträgliches Dasein verschafft werden konnte. — Was Wir verlangen, das ist, daß man dieses Gebäude aufs Neue befestige durch die Rückkehr zu den Lehren und zu dem Geiste des Christenthums; daß man, wenigstens dem Wesen nach, in ihren mannigfachen wohlthätigen Eigenschaften und unter Formen, wie sie die neuen Zeitverhältnisse nothwendig erscheinen lassen, jene Körperschaften der Künste und Gewerbe wieder aufleben lasse, welche einst, durchdrungen vom christlichen Geiste und geleitet von der mütterlichen Sorgfalt der Kirche, für die materiellen und religiösen Bedürfnisse der Arbeiter Sorge trugen, ihnen die Arbeit erleichterten, ihre Ersparnisse und wirthschaftlichen Einrichtungen überwachten, ihre Rechte schützten und ihre rechtmäßigen Forderungen in gewünschter Weise unterstützten. — Was Wir verlangen, das ist, daß man durch aufrichtige Rückkehr zu den christlichen Grundsätzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, zwischen Kapital und Arbeit jene Einigkeit und Harmonie wiederherstelle, welche der einzige Schutz ihrer wechselseitigen Interessen sind und von welchen zugleich das Wohlbefinden der Einzelnen, der Friede und die Ruhe im öffentlichen Leben abhängen.

Rings um Euch, geliebte Söhne, bewegen sich Tausende von andern Arbeitern, welche, verführt von falschen Lehren, sich einbilden, in dem Umsturze dessen, was sozusagen das Wesen der politischen und bürgerlichen Gesellschaft bildet, in der Zerstörung und Vernichtung des E i g e n t h u m s das Heilmittel ihrer Uebel zu finden. Eitle Täuschungen! Sie werden da auf unabänderliche Gesetze stoßen, die durch nichts beseitigt werden können. Sie werden die Wege, auf denen sie dahinschreiten, mit Blut beflecken, indem sie Ruinen auf Ruinen häufen und Zwietracht und Unordnung säen; aber sie werden dadurch nur ihr eigenes Elend vergrößern und sich den Fluch aller rechtschaffenen Menschen zuziehen. Nein, das Heilmittel liegt weder in den Umsturzplänen und revolutionären Agitationen der Einen, noch in den verführerischen, aber falschen Theorien der Anderen, es liegt einzig und allein in der treuen Erfüllung der Pflichten, welche a l l e n K l a s s e n d e r G e s e l l s c h a f t obliegen, und in der Achtung und dem Schutze der Funktionen und Befugnisse jedes einzelnen insbesondere. Diese Wahrheiten und Pflichten Allen zu verkündigen und einzuschärfen, ist die Aufgabe der Kirche.

Die leitenden Klassen müssen ein warmes Herz haben für diejenigen, welche ihr Brod im Schweiße ihres Angesichtes verdienen; sie müssen jenen unersättlichen Drang nach Reichthum, Pracht und

Vergnügungen zügeln, welcher nach unten wie nach oben unaufhörlich wächst. Gewiß sucht man in allen Ständen nach Genuß, und da es nicht Allen gegeben ist, diesen Drang zu befriedigen, so ergibt sich daraus Unbehaglichkeit und Mißmuth, woraus Empörung und Aufruhr hervorgeht.

Den Inhabern der gesetzlichen Macht liegt es ob, vor Allem sich von der Wahrheit durchdringen zu lassen, daß, um die Gefahr, welche die menschliche Gesellschaft bedroht, zu beschwören, weder die menschlichen Gesetze, noch die hemmende Thätigkeit der Richter, noch die Waffen der Soldaten genügen. Wichtig vor Allem und unerläßlich ist es, daß man der Kirche die Freiheit läßt, in den Seelen die göttlichen Vorschriften wieder aufzuwecken und ihren Einfluß auf alle Klassen der Gesellschaft auszudehnen; daß man mittels weiser und billiger Verordnungen und Maßregeln die Interessen der arbeitenden Klassen verbürgt, das jugendliche Alter, die Schwachheit und den durchaus häuslichen Beruf der Frau, das Recht und die Pflicht der Sonntagsruhe schützt, und auf diesem Wege in den Familien wie bei den Einzelpersonen die Reinheit der Sitten und die Angewöhnung eines geregelten und christlichen Lebens fördert. Daß dies so sei, fordert nicht weniger das öffentliche Wohl wie die Gerechtigkeit und das Naturrecht."

Wir müssen hier noch an das herrliche Rundschreiben des großen Friedenspapstes vom 20. April 1884: „Humanum genus" erinnern, das voll von christlicher Liebe und Anerkennung für die arbeitenden Klassen ist. Natürlich nur flüchtig, da es hier der Raum verbietet, müssen wir noch hervorragender Kirchenfürsten und katholischer Socialpolitiker gedenken. An der Spitze aller steht der bereits erwähnte greise wie weise Kardinal Manning von London, dann Kardinal Gibbons,[1]) der große Arbeitervertreter in Amerika;

---

[1]) Dem Auszuge aus dem Gutachten, das der Kardinal über die „Ritter der Arbeit" (der Knights of labour) erließ, entnehmen wir nachstehende hochwichtige Sentenzen: „Den Einfluß auf das Volk verlieren, hieße die ganze Zukunft verlieren! Diese immense, riesenhafte Macht kann zum Bösen, wie zum Guten geleitet werden und sie läßt sich leichter mit dem Herzen als mit dem Verstande leiten, darum muß die Religion die Freundin des Volkes sein und bleiben. Kälte der Kirche gegenüber den arbeitenden Klassen, Mißtrauen und Theilnahmslosigkeit gegen ihre Bestrebungen würde ihr das Herz des Volkes entfremden und verlieren machen, es würde ihr — und nicht mit Unrecht — auch die politische Macht des Volkes feindlich gesinnt

es stehen uns weiter als leuchtende Vorbilder voran: Fürstbischof Dr. Kopp[1]) in Breslau, welcher auch dem katholischen Arbeiterverein in Breslau, unter Leitung des Herrn Canonicus Dr. Franz, eine warme Fürsorge widmet. Am 6. November 1887 erschien der Fürstbischof im Arbeiterverein, in dem er auf die volle Bedeutung der Arbeitervereine verwies. Am 3. Februar d. J. erließ er das bekannte Circular an den Clerus der Diözese Breslau, in dem die Gründung von Arbeitervereinen nachdrücklichst empfohlen wird. Weiter sind wegen ihrer Leistungen auf social-politischen Gebieten zu nennen: der Kardinal Simor von Gran, Primas von Ungarn, der berühmte Philanthrop Priester Don Bosco, der für sich allein 160 große Anstalten für jugendliche Arbeiter aller Geschäfte gegründet hat. Diesen schließen sich weiter an: der Bischof von Eichstätt Dr. Freiherr von Leonrod, der Bischof von Mainz Dr. Haffner, der Weltpriester Dr. Hitze, Dr. Ratzinger, Dr. Praxmarer, Pfarrer Dr. Rody, Herr Dasbach, Kaplan Böddinghaus, Kaplan Kurz, Oberpfarrer Dr. Schmidts, Pfarrer Wassermann,

---

machen, welches nur Gerechtigkeit und Verbesserung seiner Lage fordert. (Dies ist wohl auch der tiefste Grund, daß und warum die deutsche, wie jede andere Centrumspartei, eine wahre und ächte Volkspartei trotz aller Sirenenklänge von rechts und links sein und bleiben muß!) Der Verlust der Freundschaft des Volkes wiegt die Freundschaft einer Anzahl anderer zur Zeit noch Reicher und Mächtiger nicht auf. Es ist auch zu befürchten, daß wenn die Kirche die Liebe des Volkes verliert, wenn es sich von ihr nicht verstanden und zurückgestoßen findet, dieses in eine Stellung der Revolution gegen die Kirche versetzt wird. Viele Arbeiter glauben aufrichtig, daß sie nichts als Gerechtigkeit suchen und halten das gewiß nicht für irreligiös; käme man ihnen kirchlicher Seits nicht darin entgegen, so würden sich die Reihen geheimer und revolutionärer Verbindungen mit ursprünglich religiös sein und bleiben wollenden Arbeitern füllen.

[1]) Die auf gewissen protestantischen Seiten einmal nie ruhende fanatische Gehässigkeit gegen die katholische Kirche und Katholiken, die noch vertieft wird durch den Neid und die Eifersucht, die den bekannten protestantischen Herren ihr Leben verbittert, brach auch erst wieder bei der Nachricht durch, daß Seine Majestät der Kaiser den Fürstbischof Kopp zum Conferenz-Mitgliede ernannt habe. Diese ganz unchristliche Eifersucht auf alles „katholische" geht bei manchen christlich-socialen Größen selbst so weit, daß sie den schuldigen Respect gegenüber der Krone vergessen, und sich ihr gegenüber in direkten Vorwürfen ergehen; Belege hierfür haben wir in Händen. Nachfolgend der Ausdruck der schlechten Laune durch die Berufung des Fürstbischofs. Dem „Volk", ein Blatt, das Herrn Dr. Stöcker sein Dasein verdankt, entnehmen wir: „Ein Wort zur Kirchenpolitik. Vor Kurzem wurde bekannt, daß Leo XIII. sich lebhaft für die Arbeiten der Berliner Konferenz interessire; sofort beeilt sich

die Jesuiten Freiherr von Hammerstein, [1]) Dr. Lehmkuhl, Pater Weiß, Dr. Eugen Jäger, Freiherr von Vogelsang, Freiherr Franz von Wambolt, Freiherr von Schorlemer-Alst, Freiherr von Huene, Dr. Freiherr von Hertling, Graf Galen, Fürst zu Isenburg-Birstein, Graf Loë, Fürst zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg und der Franzose Graf de Mun. Wir müßten noch viele Mitglieder der beiden Centrumsfraktionen und Hunderte Priester und Laien nennen, wenn wir auch nur annähernd die Katholiken im deutschen Reiche anführen wollten, welche bereits praktisch oder theoretisch der Arbeiterfrage näher getreten sind. Am Schlusse dieser Streiter für „Thron und Altar" erwähnen wir den langjährigen Führer der bayerisch-patriotischen Partei, den auf fast allen Gebieten des Wissens hochverdienten Archivrath Dr. Edmund Jörg, Mitherausgeber der „Historisch-politischen Blätter für das katholische Deutschland". Die Besprechung der Aufnahme der kaiserlichen Erlasse Seitens der deutschen Katholiken glauben wir nicht besser beschließen zu können, als durch Anführung der Begrüßung der kaiserlichen Initiative dnrch unsern alten, hochverehrten „Vater" Jörg.

---

unsere Regierung, den Breslauer Fürstbischof Kopp als Konferenzmitglied zu berufen. Unsere Politiker mögen recht stolz auf diese Wahl sein, mit der sie der römischen Kurie wieder einmal ihr Entgegenkommen bewiesen haben. Die Sache war heikel, man konnte den Papst nicht einladen, einen Vertreter zur Conferenz zu schicken, ohne der italienischen Regierung Anstoß zu geben. Nun hat man Bischof Kopp, ähnlich wie ihm dies schon früher beschieden gewesen ist, unter die Vertreter der preußischen Regierung aufgenommen, während er in Wirklichkeit die Interessen des heiligen Stuhles zu vertreten hat. Der Breslauer Bischof ist von unseren Offiziösen stets um seiner Versöhnlichkeit willen gar hoch gepriesen worden, aber bekanntlich leiden diese zeitweise an Gedächtnißschwäche. Unsere Politiker mögen den Hirtenbrief des Bischofs Kopp über die gemischten Ehen längst vergessen haben, die protestantische Kirche, die schwer genug damit gekränkt war, hat ihn mit Nichten vergessen. Daß Bischof Kopp sich besondere Verdienste um die sociale Bewegung erworben habe, ist uns nicht bekannt geworden; hätte derselbe wie weiland der Mainzer Bischof, Freiherr von Ketteler, selbstthätig in die Arbeiterbewegung eingegriffen, so wäre uns seine Wahl zum Vertreter auf der Konferenz verständlich. Heute muß es sich die evangelische Kirche Preußens gefallen lassen, daß sie unvertreten bleibt, während man aus den Reihen der katholischen Kirche einen der Bischöfe dafür heranzieht. Auch hier sehen wir wieder, wie die Angst, welche unsern Politikern vor Rom eigen ist, sie zu systematischer Zurücksetzung der evangelischen Kirche bringt."

[1]) Besonders möchten wir hier auf sein neuestes Werk: „Winfrid oder das sociale Wirken der Kirche" verweisen. Trier 1889. Paulinus-Druckerei.

Im fünften Hefte des hundertundfünften Bandes 1890 lesen wir in dem Abschnitte: „Zeitläufe", was folgt: „Kaiser Wilhelm's Social-Erlasse. Am 23. Februar 1890. Gott segne den jugendlichen Herrscher für seinen tapfern Entschluß! Was immer der Erfolg sein mag, es war ein Schritt auf dem rechten Weg. Der Weg wird lang sein und mühevoll, wie durch die Dornen und Gestrüppe der mittelafrikanischen Urwaldregion mit den bösen Zwergen und ihren vergifteten Pfeilen. Aber im eigenen Heim ist das starre Eis eines sogenannten herrschenden Systems gebrochen, und das gesprochene Wort hallt durch die Welt, um nie mehr zu verstummen. So oder so: es wird und es muß anders werden. Das ganze Schicksal der christlichen Welt hängt davon ab, daß es anders werde im Sinne Kaiser Wilhelm's. Er hat kürzlich gesagt: er fühle sich als „Sohn der neuen Zeit", und die Stimme dieser Zeit hat er gehört und verstanden. Sie ruft nach Anderem, als nach Polizei und zwangweiser Almosenstiftung. Es gehörte auch wirklich das schwache Gehör einer veralteten Staatskunst dazu, um dem Ruf der Zeit gegenüber unbeweglich zu bleiben. Das Jahr 1889 weist insofern eine frappante Aehnlichkeit mit dem Jahre 1789 auf, als der vierte Stand, wie damals der dritte, zuerst die Möglichkeit vor sich sieht, Alles im Staate zu werden, wogegen er früher nichts war. Die Riesenstreiks des verflossenen Jahres haben dem vierten Stande das Bewußtsein seiner Macht wie nie zuvor vor Augen gestellt; diese großen Arbeiterbewegungen waren indeß nur Waffenübungen, Vorbereitungen zu dem, was 1890 mit dem 1. Mai beginnen wird.[1]) Für den Herbst dieses Jahres ist auch bereits, gemäß den Abmachungen beim vorjährigen Pariser Congreß, ein weiterer „internationaler Arbeiter-Congreß" angesagt, er soll nach der norwegischen Hauptstadt einberufen werden und die Aufgabe haben, „das für die Arbeiter aller Industriestaaten bindende Programm zur Erzielung einer internationalen Arbeiterschutz-Gesetzgebung aufzustellen." Kaiser Wilhelm ruft nun den rechtmäßigen Wächtern der in Unordnung versunkenen „gesellschaftlichen Ordnung" zu, sich ihrer Pflicht bewußt zu werden, und von oben zu thun, was sonst von unten mit unabsehbaren Folgen zu geschehen drohe, mit vereinten Kräften einer Bewegung, die sonst als Hochfluth über den Köpfen der Gewaltigen zusammenschlagen werde, den geregelten Verlauf zu schaffen."

---

1) Neusser „Christlich-sociale Blätter" 1890. Heft I. S. 11.

Welche eminente moralische und auch bereits schon materielle Wirkung müßten die kaiserlichen Erlasse aufzuweisen haben, wenn sie in Deutschland auch auf den andern Seiten dieses offene und dankbare Entgegenkommen gefunden hätten. Statt aber den Kaiser in seiner wahrhaft providentiellen Initiative zu unterstützen, versucht man in den Cirkeln des Manchesterthums und der bekannten „Gouvernementalen" dem Kaiser nur Hindernisse zu bereiten und den freien hohen Flug seiner Intentionen und Gefühle zu lähmen. **Wer** hauptsächlich die „eigene Flugbahn" stören will, um ein unheilvolles „Nichtsthun" und „Gehenlassen" selbst im Angesichte der größten Gefahren auch noch weiterhin zu beobachten, **den** kennt das deutsche Volk, das mit Begeisterung und Zuversicht seinem Kaiser entgegenjubelt, während es nur Kälte und Geringschätzung für **die** hat, die offen und im Geheimen gegen die Absichten des Kaisers intriguiren. Für uns Alle aber hat der Kaiser gesprochen; er verlasse sich nur auf das preußische und deutsche Volk und er wird nicht verlassen sein.

# II. Abschnitt.

## Fünftes Kapitel.

## Offene und geheime Gegenströmungen.

Bei Behandlung dieses Kapitels werden wir zu einer Methode greifen, die stets dann zu empfehlen ist, wenn das, was wir beweisen wollen, am bestimmtesten und klarsten von unsern Gegnern selbst ausgesprochen wird. Vorausgeschickt soll noch werden, daß wir uns wohl bewußt sind, offene Thüren einzustoßen, indem die offenen und geheimen Frictionen gegen die kaiserlichen Erlasse „bewiesen" werden sollen. Es handelt sich hier aber nicht in erster Linie um das Faktum, das niemand mehr bestreiten wird wollen, sondern um die Art und Weise, wie man die großen, guten Absichten des Kaisers zu hintertreiben sucht. Wir haben dieses Kapitel gewählt, um das betreffende Material zu sammeln, zu schichten und es unsern Mitbürgern in einer geordneten übersichtlichen Form in Vorlage zu bringen. Wir wollen ferner den bekannten Geschichtsfälschern ihre Arbeit wenigstens erschweren und der objektiven Geschichtsschreibung die Thatsachen rein erhalten. Auch sollen die Adressen derjenigen, welche sich die größte Mühe geben, den hohen kaiserlichen Intentionen störend entgegenzutreten und sie möglichst „unschädlich" zu machen, im deutschen Volke genügend bekannt werden. Es ist dies um so nothwendiger, weil die neueste Geschichte klar beweist, wie oft versucht wird, eine notorische Schuld von sich ab, Anderen aufzuladen, oder wie man Verdienste beansprucht, ohne das geringste Recht für sie zu besitzen. Es kann nicht genug constatirt werden, mit welcher Keckheit man heutzutage oft ganz junge Thatsachen zu fälschen sucht. Wird diesem unwürdigen Verfahren nicht nachdrücklichst widersprochen, so gehen diese Fälschungen[1]) anstandslos in die Geschichte über. Es leitet uns hierbei sicher keine Gehässigkeit, sondern nur das Verlangen, daß man allenthalben die Schuldigen kennt und weiß, wem

[1]) Wir müssen hier ganz besonders auf unser Buch: „Fürst Bismarck und die „deutsch"-conservative Partei oder eine politische Abrechnung" aufmerksam machen, in dem verschiedene Geschichtslügen blosgestellt werden.

man eventuell das Scheitern der kaiserlichen Absichten zur Last zu legen hat. Wenn man wie wir vollständig von der Ueberzeugung durchdrungen ist, daß das deutsche Reich und die bestehende gesellschaftliche Ordnung allein noch vor der socialen Revolution zu retten sind, indem die den Erlassen zu Grund liegenden Ideen einen reinen, unverfälschten, praktischen Ausdruck erhalten, so dürfte es auch klar sein, **welche Verantwortung** wir denjenigen zuerkennen, die bestrebt sind sie zu hintertreiben oder in einer Weise abzuschwächen, daß sie keinen Erfolg mehr haben können. Seit Jahren verlangen alle Freunde der socialen und wirthschaftlichen Reformen das persönliche Hervortreten des Kaisers, sein persönliches Eingreifen bei der „positiven" Bekämpfung der socialrevolutionären Bewegung, und nun, wo der Erste des Reiches in so schöner und erhabener Weise die Initiative ergreift, soll auch sie hintertrieben werden, wie es bereits alle anderen wurden, die zur Rettung von Staat und Gesellschaft seit circa zwölf Jahren ergriffen worden sind. Zwar wird der Kaiser nichts zu hören bekommen, was man Anderen, die dasselbe Ziel seit Jahren erstreben, gesagt hat; die Aufnahme und Behandlung wird auch verschieden von derjenigen sein, die man im Reichstage gegenüber dem allgemeinen Verlangen für Weiterführung der Arbeiterschutzgesetzgebung für „opportun" hielt, aber auf die Worte und Complimente kommt es auch hier nicht an. Somit wollen wir mit unserm Referate beginnen.

Wenn wichtige Fragen zur Behandlung kommen und noch keine Aeußerungen betheiligter Kreise bekannt sind, so war es von jeher üblich, daß man zur Unterstützung, respektive zur Rechtfertigung seiner Conjekturen die Stellungnahme der verschiedenen Betheiligten hinsichtlich der betreffenden Fragen betrachtet. Wenn hieraus auch noch nicht absolut auf die Aufnahme und Behandlung der in Frage stehenden Materien geschlossen werden darf, so hat man doch immerhin Anhaltspunkte für seine Voraussetzungen gefunden. Wir wollen nun annehmen, daß bisher über die Thema's, die in den kaiserlichen Erlassen berührt worden sind, noch von keiner betheiligten Seite eine Aeußerung gefallen ist, und wir uns deshalb veranlaßt sehen zu eruiren, welche Standpunkte von bestimmten Seiten gegenüber den betreffenden Fragen früher eingenommen wurden. **Zuerst** wollen wir constatiren, wie man sich früher zu ihnen verhielt. Wir betonen auf das nachdrücklichste noch einmal, daß wir uns für jetzt nur rein „referirend" verhalten, lediglich bringen, was die Presse

bisher, ohne irgend einen Anstand gefunden zu haben, gebracht hat. Der „Frankfurter Zeitung" No. 38 Abendblatt vom 7. Februar 1890 entnehmen wir: „Arbeiterschutz und nichts als Arbeiterschutz — davon werden jetzt die kartellbrüderlichen Wahlreden überfließen, nachdem ihnen der junge Kaiser durch seine beiden Erlasse kurz vor dem 20. Februar zu Hilfe gekommen ist. Ohne diese allerhöchste Ermuthigung hätten sich namentlich die nationalliberalen Mannesseelen schwerlich dazu verstanden, gegen den bisher über sie geschwungenen Stachel des Reichskanzlers zu löcken. So schreibt die „Demokr. Corr." in ihrer neuesten Nummer. Angesichts dieses Umschwunges lohne es sich nun vielleicht, dasjenige hervorzuholen, was die Kartellbrüder vor den kaiserlichen Kundgebungen über den Arbeiterschutz gedacht und gesagt haben. Beginnen wir mit einem Cirkular, in dem sich die nationalliberalen Fabrikanten, welche im „Centralverband deutscher Industrieller" vereinigt sind, im Jahre 1887 dagegen wehrten, durch gesetzgeberische Maßregeln in ihrem Betrieb und Erwerb gestört und bedrängt zu werden". Der wesentliche Inhalt des Schriftstückes war: Punkt für Punkt seien alle Vorschläge für Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung zurückzuweisen. Selbst die Sonntagsruhe dürfe nicht durch gesetzliche Bestimmungen gesichert werden, sondern müsse dem Ortsgebrauch und Ortsbedürfniß überlassen bleiben. Sich gegen den Maximalarbeitstag zu erklären, hielt der „Centralverband deutscher Industrieller" für überflüssig, „da die Ablehnung eines dahin zielenden Antrages ohnedies aus einer genügenden Anzahl von Gründen zu erwarten" sei. Des weiteren erklärte sich der Centralverband gegen eine verschiedene Behandlung verheiratheter und unverheiratheter Arbeiterinnen; er rechnete es sich als besondere Großmuth an, daß er das Verbot der Nachtarbeit der weiblichen Arbeiter, sowie die frühere Entlassung der verheiratheten Arbeiterinnen am Sonnabend Nachmittag für möglich erklärte. Dagegen trat er in der Frage der Kinderarbeit den arbeiterfreundlichen Bestrebungen wieder um so schroffer entgegen. Er bezeichnete die bestehenden gesetzlichen Vorschriften hierüber als „das Aeußerste", was die deutsche Industrie, ohne überhaupt auf die Kinderarbeit zu verzichten, noch ertragen könne. Was den Verzicht auf die Kinderarbeit betreffe, so sei derselbe unmöglich.

Es folge eine Aeußerung des kartellbrüderlichen Schildknappen Schweinburg in dessen „B. P. N." von Anfang Dezember 1888.

Wenn man dieselbe neben die jetzigen Erlasse des Kaisers hält, erscheint sie wie der reine Hochverrath und die greulichste Majestätsbeleidigung. Sie lautet mit Bezug auf das „fortgesetzte äußerste Drängen nach erweitertem Arbeiterschutz": „Die giftigen Wurzeln dieses Strebens werden freilich verdeckt durch die Fülle angeblich humanitärer Zwecke, welche theoretisch angelegte Naturen wohl gefangen nehmen können, von der praktischen und kühlen Beurtheilung der thatsächlichen Verhältnisse aber auf ihren wahren Werth zurückgeführt werden müssen. Diese praktische Beurtheilung aber muß zu der Ueberzeugung führen, daß die hochgesteckten humanitären Ziele, von denen heute die nach so wesentlich erweitertem Arbeiterschutz strebenden Elemente des Reichstages geblendet werden — andere Motive wollen wir diesem Streben zunächst nicht unterlegen — am wenigsten erreicht werden können durch Beschränkung und Einengung des Erwerbes der Arbeiter." Und diese Schmuckworte für Dinge, deren Nothwendigkeit der Kaiser heute proklamirt, diese „giftigen Wurzeln", diese „theoretisch angelegten Naturen", dieses „geblendet" — Alles, Alles wurde damals von den Cartellblättern getreulich nachgedruckt."

Derselben Nummer (zweites Morgenblatt) entnehmen wir: „Der edle Wille des Kaisers wird auf keiner Seite verkannt, zugleich aber wird auch betont, daß die Gesichtspunkte, die er jetzt als Ziel aufstellt, in der Hauptsache wiederholten, in vieltägigen Debatten berathenen Beschlüssen des Reichstages entsprechen, weshalb sie hier nicht mit der überraschenden Macht einer neu verkündeten Heilsbotschaft wirken, wie es — wenigstens nach den offiziösen Telegrammen zu schließen — im Ausland der Fall zu sein scheint. Vor allen Dingen verhehlt man sich da, wo man mit dieser Materie längst vertraut ist, nicht, daß die Voraussetzung für die Durchführung einer gründlichen Arbeiterschutzgesetzgebung in den Erlassen des Kaisers, die internationale Vereinbarung, eine wahrscheinlich nur langsam und nach Besiegung mancher Hindernisse zu erfüllende ist. Man glaubt sogar, daß Fürst Bismarck seine stillschweigende Zustimmung zu den Erlassen, denn diese muß man trotz mangelnder Gegenzeichnung doch voraussetzen, hauptsächlich nur deßhalb gegeben habe, weil die Vorbedingung internationaler Vereinbarung vorausgestellt ist; an die Möglichkeit solcher internationaler Vereinbarung glaubt nämlich Fürst Bismarck nicht oder glaubte wenigstens nicht als er 1885 in einer Debatte über Arbeiterschutz im Reichstage

sagte: „Die ganze Sache wäre nur dann ausführbar, wenn wir durch ein Abkommen mit der ganzen Welt, sowie der Generalpostmeister einen Weltpostverein gestiftet hat, einen Weltarbeitstagsverein herstellen könnten, zugleich mit einem Weltlohnsatzverein, den Amerika, England und alle Länder der Industrien haben, kurz alle Welt umfaßte und daß auch Keiner sich unterstände, seinen Beamten und seinen Aufsichtsbeamten, oder diese ihren Arbeitern zu gestatten im Interesse der Konkurrenz von diesem Satze im mindesten abzuweichen. Daß das nicht möglich ist in der Welt, in der wir leben, das werden Sie selbst mir zugeben."

Für diese Auffassung ist symptomatisch was die „Hamburger Nachrichten" über die Conferenz und die Einberufung des Reichstages wissen wollen. Der „Freisinnigen Zeitung" No. 61 entnehmen wir: „Die neueste Controverse zwischen Kaiser und Kanzler wird in einer offiziösen Berliner Conferenz der „Hamburger Nachrichten" vor die Oeffentlichkeit gezogen und breit getreten. Aus dem Artikel geht hervor, daß der Kaiser die Einberufung des Reichstags zur Erledigung des Arbeitschutzgesetzes vor der Beendigung der internationalen Konferenz verlangt, während auf der anderen Seite der Kanzler die Einberufung des Reichstags erst zu einem Termin nach dem Abschluß der internationalen Berliner Conferenz veranlaßt sehen will. Deutschland müsse die Aeußerungen der Vertreter der andern Nationen und die eventuelle Erzielung eines Einverständnisses in dieser oder jener Richtung abwarten, ehe es zur praktischen Erweiterung des Arbeiterschutzes übergehe."

Der Nummer 37, Abendblatt, der „Frankfurter Zeitung" entnehmen wir:

„Offiziöse Schwindel- und Vertuschungsversuche haben für gewöhnlich keine langen Beine, so kurze aber, wie in diesen Tagen, haben sie selten gehabt. Das Organ des Reichskanzlers hat gestern bereits und auch heute Morgen wieder den verzweifelten Versuch gemacht, zu bestreiten, daß der Wechsel im Handelsministerium „politische Ursachen" habe. Das sollte heißen, daß die gesetzlichen Maßnahmen, die den Intentionen des Kaisers entsprechend jetzt auf dem Gebiete des sogenannten Arbeiterschutzes und speziell auch für die Bergarbeiter in Angriff genommen werden sollen, nicht der bisherigen Politik des Fürsten Bismarck direkt widersprechen und daher auch nicht der Grund seines Rücktritts vom Handelsministerium seien. Diese officiöse Ableugnung einer offen-

kundigen Thatsache war bis heute Morgen schon ein verzweifelter Versuch, der, wie die heutigen Abendblätter zeigen, auch im Lager keiner Partei verfangen hat. Seitdem aber heute Abend vollends die beiden kaiserlichen Erlasse über Arbeiterschutz erschienen sind, die auffallender Weise die Gegenzeichnung keines Ministers tragen, erscheint das Unternehmen des Organes des Reichskanzlers geradezu grotesk; denn nunmehr ist doch, was für jeden Sachkundigen längst keinem Zweifel mehr unterlag, auch für das blödeste Auge in einer geradezu demonstrativen Form kundgegeben, daß der Rücktritt des Fürsten Bismarck vom Handelsministerium nothwendig war, um die bisher durch seinen Widerstand verschlossene Bahn für eine Arbeiterschutzgesetzgebung und eine Behandlung der die Bergarbeiterbewegung betreffenden Fragen im Sinne der großen Mehrheit des Reichstages frei zu machen. Es ist fast zu viel Höflichkeit, wenn man sich nach dieser Sachlage noch auf eine Widerlegung des heutigen Artikels der Norddeutschen einläßt. Er verdient aber doch nicht nur seines illustren Verfassers wegen, sondern aus einem sachlichen Grunde noch einer kurzen Betrachtung. Es scheint nämlich fast, als ob dieser Artikel zum Theil in der Form einer Ableugnung von Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kanzler und den jetzigen Intentionen des Kaisers eine Bestätigung dieser Differenz kundgibt und den Widerstand des Reichskanzlers gegen gewisse vom Kaiser beabsichtigte Maßnahmen für die Vergangenheit und für die Zukunft affichiren wolle. Es wird nämlich in dem Artikel gesagt, alle Minister seien gegen die Verhängung des Belagerungszustandes zur Unterdrückung des Bergarbeiterstrikes gewesen:

„Am entschiedensten hat gerade der Kanzler diesen Gedanken bekämpft; derselbe stand im geraden Widerspruch mit der noch heute von ihm vertretenen Auffassung, daß die Regierung dem Ausstande gegenüber sich darauf beschränken solle, Personen und Eigenthum, sowie das Arbeitsrecht der nicht ausständigen Arbeiter zu schützen, im übrigen aber sich jeder Intervention zu enthalten."

In dieser hochoffiziösen Darlegung der Ansichten des Reichskanzlers liegt unstreitig indirekt eine Mißbilligung der Einmischung des Kaisers in den Bergarbeiterstreik wie sie durch den Empfang und die Ansprache an die Deputation, geschehen ist, sowie der Einmischung der Regierungsbehörden zur Verhinderung des Streikes vor Weihnachten. Noch mehr aber:

„dadurch, daß der Reichskanzler „noch heute" die Auffassung der Nichtintervention hat, scheint direkt gesagt zu sein, daß er nicht billigt, was der Kaiser in dem ihm doch längst bekannten Erlaß vom 4. Februar anregt, nämlich die Bildung von Arbeiterausschüssen, die auch mit den Organen der Regierung verhandeln sollen, und die Herstellung eines organischen Verhältnisses der staatlichen Bergbeamten zu dem Privatbergbau nach dem Muster der Fabrikinspektoren. Wenn hier nicht Frictionen vorliegen, so muß dieses Wort seine Bedeutung verloren haben. Der weitere Versuch der „Norddeutschen", zu bestreiten, daß Fürst Bismarck ein prinzipieller Gegner der Arbeiterschutzgesetzgebung selbst in dem bescheidenen, vom Reichstage verlangten Umfange sei, lohnt wirklich keiner Widerlegung. Der rein „manchesterlich" ablehnende Standpunkt des Fürsten Bismarck zu den Anträgen des Reichstages ist durch seine Reden, Erlasse und Briefe aktenmäßig so festgelegt, daß darüber kein Wort zu verlieren bleibt. Der Umschwung, der nun durch den Erlaß des Kaisers bezeichnet wird, ist eklatant. Die Frictionen haben bestanden, Fürst Bismarck hat nachgegeben und hat, damit eine bisher von ihm bekämpfte Politik zur Geltung kommen könne, dem Ministerium für Handel und Gewerbe entsagt. Ob er auch seiner bisherigen Ueberzeugung so weit Zwang anthut, daß er dem, was nun geschehen soll, und was hauptsächlich auf dem Gebiet der Reichsgesetzgebung liegt, wirklich keinen Widerstand entgegensetzt, bleibt abzuwarten. Seinem Verhältniß zum Kaiser hat, wie dies zu erwarten war, diese Differenz der Ansichten nichts geschadet, und um dies öffentlich zu bezeugen, hat wohl auch gestern, einen Tag, bevor die beiden Erlasse erschienen, der Kaiser in so liebenswürdiger Weise an dem parlamentarischen Diner beim Reichskanzler theilgenommen. Begreiflich ist allerdings, daß auf demselben Diner der Reichskanzler im Gespräch geäußert hat, er wünsche allmählich von der Last der preußischen Geschäfte entlastet zu werden. Es wird sich wohl bald zeigen, wie weit diesem Wunsche, den er mit seinem Alter motivirte, Rechnung getragen wird. Ein Mann von der Vergangenheit des Reichskanzlers entzieht dem Kaiser seine Dienste nicht und braucht sie ihm nicht zu entziehen, auch wenn auf einzelnen Gebieten eine Politik zur Geltung kommt, die er nicht billigt."

Der „Germania" No. 33 zweites Blatt entnehmen wir: „Mächtige Hindernisse waren zu überwinden, bevor dieser Erfolg nur in Aussicht genommen werden konnte. Bisher versuchte

Fürst Bismarck das Schwergewicht seiner Socialpolitik in die Versicherung der Arbeiter gegen Unfälle, Krankheit und Invalidität zu legen und erwies sich als hartnäckigen Gegner aller Gesetze, welche den Zweck haben, die Benutzung der menschlichen Arbeit durch das Capital zu beschränken, sowie die Sonntagsruhe, die Verwendung von Frauen und Kindern in den Fabriken und die Zahl der Arbeitsstunden durch staatliche Vorschriften zu regeln. Nicht nur im Parlamente, sondern auch bei anderen Gelegenheiten hat Fürst Bismarck diese seine Gegnerschaft gegen jeden staatlichen Eingriff in den Lohnvertrag ausgesprochen. In einer Denkschrift von 1877 schrieb er, er vermöge die Nothwendigkeit allgemeiner Bestimmungen über die Arbeitszeit von Mädchen unter 18 Jahren oder überhaupt für jugendliche und weibliche Arbeiter nicht einzusehen; es sei auch nicht ersichtlich, warum nur von der Nachtarbeit, von dieser aber unbedingte Nachtheile für die Sittlichkeit der Frauen befürchtet werden sollen. Daß je kürzer die Arbeitszeit, um so kleiner der Verdienst und um so größer die Schwierigkeit werde, die Mittel zur besseren Ernährung des Körpers zu beschaffen, sei unzweifelhaft. Das Verbot der Sonnabend- und Sonntag-Nachmittagsarbeit endlich stoße auf so viele Hindernisse und greife so tief in die Freiheit des Einzelnen ein, daß es von vornherein als undurchführbar bezeichnet werden könne.

Noch schärfer sprach sich Fürst Bismarck am 10. August 1877 in einem Schreiben an den Handelsminister gegen die Arbeiterschutzgesetzgebung aus. Es heißt darin: „Daß durch die Sorge für körperliche Sicherheit der Arbeiter, für die Schonung der Jugend, für die Trennung der Geschlechter, für die Sonntagsheiligung . . . . daß die Steigerung der Macht der Staatsbeamten den Frieden der Arbeiter und der Patrone herstellen würde, ist nicht anzunehmen. Im Gegentheile, jede weitere Hemmung und künstliche Beschränkung im Fabrikbetriebe vermindert die Fähigkeit der Arbeitgeber zur Lohnzahlung." Später noch erklärte er, daß Deutschland durch einschränkende Maßregeln, wie sie die Arbeiterschutzgesetzgebung haben werde, seine Concurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte schwächen würde.

So stand Fürst Bismarck allezeit als Gegner der Arbeiterschutzgesetzgebung da, der nicht nur im Bundesrathe wiederholt Beschlüsse des Reichstages in der Arbeiterschutzgesetzgebung niederstimmen ließ, sondern ebenso der im Vorjahre von der Schweiz ausgehenden Einladung zu internationalen Berathungen über eine gemeinsame

Arbeiterschutzgesetzgebung gegenüber kühl ablehnend sich verhielt. Ein wahrhaft großer Mann verschließt sich nie der Einsicht, daß er falsche Wege gegangen ist, und schämt sich ebenso wenig seiner Umkehr. Bismarck hat in der socialen Frage sein Damaskus erlebt, und es leuchtet eine schöne Hoffnung, wenn er als Paulus für die Arbeiterschutzgesetzgebung ebenso viel noch wirken kann, wie er als Saulus dagegen arbeitete.

Die Möglichkeit einer internationalen Verständigung in dieser Frage ist nunmehr näher gerückt, die Hoffnung berechtigt worden, daß nunmehr in allen christlichen Staaten die sociale Reformarbeit im christlichen Sinne einen rascheren Gang nehmen werde — trotz aller Hindernisse, die sich dagegen aufthürmen werden.

Und dazu ist es keine Stunde zu früh!"

Eine weitere Illustration zu dem Standpunkte, den Fürst Bismarck **bisher**[1]) den Arbeiter-Ausschüssen und überhaupt der Arbeiterschutzgesetzgebung gegenüber eingenommen hat, erfahren wir durch eine Rede des Abgeordneten Schmidt-Elberfeld, der bei den Ausgleichsverhandlungen zum Bergarbeiterstrike betheiligt war. Im Verlaufe dieser Rede sagte Herr Schmidt: „Als bei dem Bergarbeiterstrike im Mai die drei Deputirten der Grubenbesitzer von der Audienz beim Kaiser kamen, waren sie, glaube ich, nicht sehr erfreut über die Mittheilungen, die ihnen da gemacht worden waren, namentlich bezüglich des Verhältnisses zu den Arbeitern; denn die Antwort Sr. Majestät war so gehalten, daß man daraus eine Empfehlung der Arbeiterausschüsse entnehmen konnte.

---

[1]) Fürst Bismarck war offen und ehrlich genug, wiederholt zu erklären, „daß er noch immer lerne" und auch durchaus nichts unrechtes in dem Wechseln der Standpunkte erblicke. So gut der „Freihändler Fürst Bismarck" ein Schutzzöllner wurde, aus dem intellektuellen Urheber der „Canossa-Säule" ein freundlicher Empfänger des Herrn Dr. Windthorst, so gut Fürst Bismarck, der die schönen großen Worte sprach: „Wir Deutsche fürchten Gott und sonst niemand", und doch in seiner Colonial-Politik gewisse Rücksichten auf England nahm, die man vielfach nicht im Einklang mit jenen schönen Worten fand, so gut kann auch aus dem „Manchestermann" Fürsten Bismarck noch ein eifriger und überzeugungsvoller Vertreter der Weiterentwickelung der Arbeiterschutzgesetzgebung werden. Wir erklären: daß niemand ein Recht hat, dies zu bestreiten, und treten mit aller Entschiedenheit auch für die weitere Entwickelungsfähigkeit des Fürsten Bismarck ein. Der hohe Herr hat ferner ausgesprochen, daß der Kaiser einmal sein eigener Kanzler sein würde, nun also! warum soll es dann so entfernt liegen, daß Fürst Bismarck von seinem unmittelbaren Vorgesetzten nicht auch noch lernt?

Die drei Herren begaben sich darauf zum Reichskanzleramt und wünschten den Herrn Reichskanzler zu sprechen. Sie haben ihn nicht gesprochen, sondern nur den Herrn Geheimrath von Rottenburg, der nach einer Rücksprache mit dem Herrn Reichskanzler ihnen mittheilte, daß derselbe gegen die Arbeiterausschüsse sei.

Die etwas niedergeschlagene Stimmung dieser drei Herren, mit der sie von der Audienz kamen, wurde dadurch etwas gehoben. Sie glaubten nunmehr, die Verhandlungen, die sonst vielleicht noch stattgefunden hätten, nicht weiter führen zu brauchen."

Die „Vorgeschichte" zu den kaiserlichen Erlassen, welche von der „Täglichen Rundschau" gebracht und von der Presse ausgiebig fructificirt wurde, übergehen wir. Auf zwei vorzügliche Artikel der „Frankfurter Zeitung" dürfen wir hier wegen Raummangel nur verweisen. Der eine in No. 46 Abendblatt ist der Beurtheilung der Rede gewidmet, die der Kaiser bei Eröffnung des Staatsrathes hielt, der andere in No. 47 Morgenblatt fängt mit den Worten an: „Die Niederlage der reichskanzlerischen Socialpolitik ist eine vollständige." Dem „Reichsboten" No. 44 entnehmen wir nachstehenden Artikel: „Zu den Kaiserlichen Erlassen. In mitlelparteilichen Kreisen, die mit der Großindustrie zusammenhängen, scheint man den Kaiserlichen Erlassen und der durch dieselben in Angriff genommenen Arbeiterschutzreform nicht hold gesinnt zu sein. Wir haben schon mehrere derartige Kundgebungen notirt. Sehr unangenehm ist der Verfasser eines Artikels der „Post" von der Aeußerung des Kaisers, daß „Schutz gegen die willkürliche und schrankenlose Ausbeutung der Arbeiter gewährt werden müsse", berührt; er meint, „dieser Ausdruck könnte eines der dankbarsten Schlagworte in den socialdemokratischen Reden und Pamphleten werden" und „es könnte leicht die Befürchtung zur Wahrheit werden, daß statt der von Sr. Majestät dem Kaiser erstrebten Förderung eine Schädigung der wirthschaftlichen Lage der Arbeiter herbeigeführt wird." In der „Staat.-Corresp." wird sogar eine Enquête über die durch die Erlasse des Kaisers angeregten Arbeiterschutzgesetze in Anregung gebracht und zwar mit Ausdehnung auf die englischen Verhältnisse. Dies wäre nur ein Mittel, die Aktion des Kaisers auf die lange Bank zu schieben und sie dann im Sande verlaufen zu lassen.

Nach den Erfahrungen, die man bisher mit den Enquêten gemacht, hat niemand mehr Vertrauen zu denselben. Was hat z. B. die große Enquête über die Sonntagsarbeit genutzt? — Daß die

Arbeiterschutzgesetze ebenso wie die Arbeiterausschüsse und Einigungsämter dringendes Bedürfniß sind, weiß man längst; der Reichstag hat jetzt zum dritten Male Arbeiterschutzgesetze berathen und beschlossen, und wen die Strikes nicht von der Nothwendigkeit von gesetzlichen Arbeitervertretungen überzeugt haben, der ist überhaupt nicht zu überzeugen. Wie sich unser Industriebetrieb gestaltet hat, ist es unmöglich, das Verhältniß zwischen Arbeiter und Arbeitgeber noch als ein Autoritätsverhältniß anzusehen. Das hat die liberale Politik, welche das Marktgesetz von Angebot und Nachfrage als das hinstellt, was nach Einführung der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit zwischen Arbeiter und Arbeitgeber allein walte, längst zerstört. Jenes Verhältniß mag wohl noch manchmal in der Landwirthschaft bestehen, aber in der Industrie längst nicht mehr, und einzelne Ausnahmen kann man nicht zur Grundlage des Ganzen nehmen. Die Verhältnisse in der Großindustrie sind längst über das Autoritätsverhältniß hinausgewachsen. Die Voraussetzungen dieses Verhältnisses sind geschwunden. Wo sind bei der Aktienindustrie die Autoritäten? Hier kann nur noch ein Rechtsverhältniß als Grundlage genommen werden; bildet sich das noch zu einem Autoritätsverhältniß aus, so liegt das an den betreffenden Personen; allein als solches kann es gesetzlich nicht fixirt und zur Grundlage der Existenz von der großen Arbeiterbevölkerung gemacht werden."

Der Beilage derselben Nummer entnehmen wir nachstehende Correspondenz: „Die Kaiserlichen Erlasse werden im Stillen einer Erörterung unterzogen, welche von großer Erregung in den Kreisen der Großindustriellen und Großgrundbesitzer zeugt. Nach außen heuchelt man die gewünschte Bereitwilligkeit, innerlich aber ist man vielfach noch nicht aus dem ersten Schrecken hinausgekommen, daß nun plötzlich auch einmal der Besitzlose im Mittelpunkte des Staatsinteresses stehen soll. Die Bureaukratie auf der anderen Seite schüttelt bedenklich den Kopf darüber, daß wieder bindende Versprechungen gemacht worden seien, welche das Facit aller kommenden Ueberlegungen vorweg feststellt. Wir schlagen all diesen Widerstand nicht gering an; aber wir zweifeln darum doch keinen Augenblick, daß er gebrochen werden wird. Es kann nur Gutes aus einer Politik hervorgehen, welche das Interesse aller Stände über das Interesse einzelner Personen stellt. Auch für die Agrarfrage wird sich in weiterer Consequenz der angeregten Reformen eine Lösung anbahnen, denn es liegt auf der Hand, daß die viel zahlreichere

Klasse der ländlichen Arbeiter gegenüber den Industrie-Arbeitern nicht vernachlässigt werden darf, zumal auch dort die Socialdemokratie sich schnell ausbreitet."

Der „Berliner Börsen-Courier" bespricht in seiner Nummer 70, Morgenausgabe die gewiß interessante Thatsache, daß die „wirthschaftlichen Centren", die Börsen, die kaiserlichen Erlasse mit einem „nicht unerheblichen Coursrückgang" beantwortet hätten."

Sehr eingehend wurde auch besprochen, daß die kaiserlichen Erlasse keine ministerielle Gegenzeichnung besitzen. Dieses Thema hat unbestreitbar am richtigsten das „Deutsche Wochenblatt" behandelt, dessen Auffassung wir durchaus vertreten. Dem vorzüglichen Artikel (No. 7 vom 13. Februar) entnehmen wir folgende Stellen: „Wir begrüßen es deshalb, daß die kaiserlichen Erlasse ohne ministerielle Gegenzeichnung erschienen sind. Es soll damit zum Ausdruck kommen, daß es sich nicht um Regierungsakte, sondern um persönliche Willensmeinungen des Monarchen handelt. Diese sind an die Minister gerichtet und können mithin von den Ministern nicht gegengezeichnet sein. Für den Reichskanzler und Handelsminister sind es Befehle des Kaisers und Königs, deren Durchführung erst von den Ministern in den constitutionellen Formen vorzunehmen ist. Es setzt diese Durchführung voraus, daß die Minister gewillt sind, die Verantwortung für die kaiserliche Politik zu übernehmen, und deshalb ist das Gerede, daß die Erlasse im Gegensatz zum Fürsten Bismarck veröffentlicht wurden, ohne thatsächlichen Hintergrund. In Preußen und Deutschland gibt es keinen Gegensatz zwischen dem Träger der Krone und seinen Ministern. Diejenigen Minister, welche die kaiserliche Politik nicht gut heißen, können dieselbe auch nicht zur Ausführung bringen, und der König kann nicht mit Ministern regieren, welche etwas *anderes sein wollen* als die verantwortlichen Diener seiner Politik."

Das ist formell unbedingt richtig, aber die Grenzen, über welche hinaus die Minister überhaupt — und wir sprechen hier selbstverständlich nur ganz im allgemeinen — die Politik ihrer Fürsten ausführen oder zurücktreten müssen, sind oft äußerst weit gesteckt oder von einer kautschukartigen oft ganz unbegreiflichen Dehnbarkeit. Das Bereich der Einflußäußerungen ist groß und die Mittel hierzu sind in dem Grade mannigfach, als es leider die Ansichten über Recht und Unrecht, schicklich und unschicklich, ehrenhaft und unehrenhaft sind. Daß es für Viele in der Politik keine Moral gibt und

diese äußerst bequeme Thesis auch auf die persönliche Politik übertragen wird, kann einmal, so außerordentlich dies zu bedauern ist, nicht geleugnet werden. Hieraus dürfte aber auch ersichtlich sein, daß beklagenswerther Weise Leute nie fehlen werden, welche eben alle Mittel in Anwendung bringen, die ihren Interessen zu dienen vermögen. Die Machen sind oft sehr geschickt angelegt, so geschickt, daß nur wenige, vollständig mit den Verhältnissen vertraute Personen, sie durchschauen, aber deshalb noch lange nicht in der Lage sind, ihren Ursprung auch beweisen zu können. Man kann bei solchen Gelegenheiten nur die Factas betonen, weiter nichts. Mehr soll und darf auch hier nicht geschehen, wenn wir die Aufmerksamkeit auf die direkt ungezogene Haltung der „Morning-Post“, dem Organe des Ministers Salisbury lenken, der bekanntermaßen sehr freundschaftliche Beziehungen in Berlin unterhält. Ueber die Art, wie sich manche englische Blätter, und unter ihnen speciell die Salisbury'sche „Morning-Post“, über Deutschland äußern, ist im „Reichsboten“ skizzirt. Er schreibt: „Die englische Presse hat sich in letzter Zeit im allgemeinen verständig über deutsche Zustände geäußert, um so auffallender ist die gehässige Verbissenheit, durch die sie mit der künstlichen Miene der Gleichgiltigkeit die deutsche Arbeiterschutzconferenz fort und fort herabzusetzen beflissen ist. Woher das Stichwort dazu rührt, ist schwer zu sagen. Thatsache ist, daß man gegen den deutschen Kaiser selbst den unpassenden Ton des moquanten Hochmuthes anschlägt. Die Salisbury'sche „Morning-Post“ deutet selbst an, daß der Kaiser sich gegenüber seinem klügeren Kanzler bis zu einer Politik à la Gladstone verirre und der Wiener Correspondent der „Times“ wagt sogar, folgende Tatarennachrichten in die Welt zu setzen: Fürst Bismarck habe sein Amt sowohl als Premierminister wie als Reichskanzler niedergelegt und sich mehrere Tage lang als nicht im Staatsdienst befindlich betrachtet. Am Dienstag habe man ihn überredet, seine Demission zurückzuziehen, er that es aber erst nach langen und eingehenden Unterredungen mit dem Kaiser. Man sagt sogar, daß der Kaiser stark an die Vaterlandsliebe des Fürsten Bismarck appelliren mußte, um ihn zu veranlassen, im Amte zu bleiben. Es wird auch amtlich nicht länger mehr verhehlt, daß Fürst Bismarck nicht mit dem Kaiser einverstanden war über die Politik, (!) welche die Niederlage der Cartell-Parteien (!) bei den letzten Wahlen herbeiführte. Die Beziehungen zwischen Kaiser und Kanzler — heißt es dann weiter — sollen noch höchst heikler Natur sein.

Mittlerweile verlaute, daß sowohl der Prinz-Regent von Bayern wie der Großherzog von Baden dem Kaiser bedeutet haben, daß sie nicht völlig mit ihm in seiner Politik gegenüber dem Socialismus harmoniren."

Der „Reichsbote" erklärt hierzu, nämlich hinsichtlich der letzten Worte, wie er in einer Berichtigung bemerkt: „das Letztere glauben wir nicht." Da weder der „Reichsbote" noch der „Berliner Börsen-Courier" die betreffende Nummer der „Morning Post" genannt haben, wir das Blatt selbst nicht halten, kann es unsererseits nur auf einer Vermuthung beruhen, wenn wir den im „Berliner Börsen-Courier" (No. 112 Abend-Ausgabe) angezogenen „Morning-Post"-Artikel mit demjenigen identificiren, den auch der „Reichsbote" benützte; der Sinn ist derselbe. Der „Berliner Börsen-Courier" schreibt: „Zur deutschen Reichskanzlerkrise bemerkt die „Morning Post": „Keinem aufrichtigen Beobachter kann es entgangen sein, daß Fürst Bismarck nur mit Widerstreben die neue Bahn seines Souveräns zugegeben hat. Bei der Verschiedenheit der Ansichten muß es unvermeidlich zwischen dem Manne der Hoffnung für die Zukunft und dem Manne der Weisheit der Vergangenheit zum Zusammenprall kommen. Die Arbeits-Conferenz des Kaisers ist in den Ländern, wo die Erörterung der ökonomischen Probleme weiter vorgeschritten ist, als in Deutschland, mehr achtungsvoll als sympathisch aufgenommen worden, und die sanguinischste Ueberzeugung ist, daß die akademische Diskussion wahrscheinlich nichts Schlimmes anrichten wird. Fürst Bismarck hat eingewilligt, auf seinem Posten zu bleiben, aber er hat mittlerweile gezeigt, daß er die mehr unmittelbaren Bedürfnisse Deutschlands richtig abgewogen hat. Man darf sagen, daß die Rechtfertigung der Zwangsparagraphen vom Standpunkte der deutschen Regierung vollständig ist. Fürst Bismarck wünschte mehr das Reich vor einer drängenden Gefahr zu bewahren, als eine rachsüchtige Haltung gegen eine besondere Klasse von Leuten einzunehmen, und man wird abzuwarten haben, in wie weit die Verhältnisse seiner Ansicht Recht geben. Es giebt ein großes Axiom, welches der Anwendung aller freiheitlichen Prinzipien zu Grunde liegt. Sie muß beschleunigt oder verlangsamt werden, je nach den materiellen Verhältnissen jedes Staates. Fürst Bismarck sieht dieses ein, gerade wie Gladstone es nicht begreift." — Die „Daily News" widmen der Arbeits-Conferenz gleichfalls einen Artikel, welchen sie mit den folgenden Sätzen schließt: „Die Einladungen des Kaisers

sind ebenso merkwürdig wegen der Länder, welche sie umfassen, als wegen der Länder, welche sie auslassen. Sein orbis terrarum ist kein alle Länder umfassender Erdkreis. Wenn Alles geschehen ist, wird er wahrscheinlich finden, daß er seiner Sache am besten dienen kann, wenn er seine Experimente innerhalb seiner eigenen Grenzen anstellt. Da dieselben jedenfalls doch nicht allumfassend sein können, weshalb sie nicht auf einen Staat beschränken? Nichts könnte einer erfolgreichen Initiative seitens des Kaisers widerstehen."

Ein anderes Hauptorgan des englischen Manchesterthums, der „Iron", Centralorgan der britischen Eisen- und Stahl-Industriellen, bespricht in einem Artikel mit der Ueberschrift: „Kaiserlicher Socialismus", die kaiserliche Initiative. Dem „Berliner Volksblatt" No. 54 entnehmen wir: „Es dürfte für unsere Leser nicht ohne Interesse sein, die Kritik, welche das Londoner Bourgeoisorgan an der Kundgebung Wilhelm II. übt, kennen zu lernen. Diese Kritik legt unter anderem offenherzig die Einwände dar, welche unsere deutsch-christlich-loyale Fabrikantenschaft gegen den ersten Versuch, die Arbeiterschutz-Gesetzgebung ernsthaft in die Hand zu nehmen, nun verstohlen und halblaut zu erheben begonnen hat. Daß der Abscheu vor einer gründlichen Socialreform bei uns aber noch viel heftiger ist, als in England, wo eine weitgehende Fabrikgesetzgebung bereits ein halbes Jahrhundert besteht und selbst durch die dickschädlichsten Profitwütheriche nicht mehr angefochten wird, das ist über allem Zweifel erhaben. Wir kennen unsere Pappenheimer, und wir haben über die sofort nach den Erlassen aufgeführten Eiertänze der alten Dame von Köln, ihrer Muhme in Essen und ihrer unholden Geschwister im Reich den Lesern des „Berl. Volksblatt" bereits Kenntniß gegeben.

Doch hören wir „Iron" selbst! Es sagt: „Die Vorschläge welche in jüngster Zeit der deutsche Kaiser in seinen Erlassen zur Hebung der gesellschaftlichen und wirthschaftlichen Lage der arbeitenden Klassen in Deutschland gemacht hat, erscheinen immer weniger durchführbar, je länger man sie betrachtet; ebensowenig, wie die Ansprache, welche der Kaiser bei Eröffnung des Staatsraths gehalten hat, die Sache in ein helleres Licht setzt. Wir denken, jeder Verständige wird mit uns darüber einig sein, daß, wenn diese Vorschläge durch einen Mann in geringerer Stellung als den deutschen Kaiser gemacht worden wären, sie sofort als die Theorien eines Schwärmers behandelt und schleunigst vergessen worden wären.

Aber wenn auch die Thatsache, daß sie vom deutschen Kaiser ausgegangen sind, ihren inneren Werth nicht ändert, sichert sie ihnen unzweifelhaft einen besonderen Grad der Beachtung und kann möglicherweise dazu führen, sie eventuell in die Praxis zu übersetzen."

Wer zweifelt daran, daß die vom „Iron" ausgesprochene Ansicht ein Spiegelbild der Stimmung ist, die auch in den Kreisen unserer Schlotjunker herrscht. Denn es ist eine altbewährte Erfahrung, daß die deutschen Industriellen die allerbeschränktesten, socialpolitisch unreifsten und deshalb gegen jeden Arbeiterschutz aufsässigsten Kapitalisten der Welt sind."

Hören wir nun unmittelbar nach dem englischen „Eisenblatte" was die deutsche „Eisen-Zeitung" schreibt. Dem „Reichsboten" No. 49, erste Beilage, entnehmen wir: „Was in den mittelparteilichen Blättern nur verblümt und umschrieben gegen die Kaiserlichen Erlasse zum Ausdruck kommt, das sprechen die Blätter der kapitalistischen Interessenkreise mit naivem Cynismus aus. So schreibt die „Eisenzeitung":

„Während der Staatsrath das ihm vom Kaiser selbst unterbreitete Programm beräth, klären sich auch unter den Arbeitgebern die Ansichten, und immer mehr scheint sich die Ueberzeugung Bahn zu brechen, daß nicht viel mehr herauskommen werde, wie bei der vom englischen Parlament von Zeit zu Zeit über wichtige Dinge, z. B. die Darniederlage des Handels veranstalteten Enquête, nämlich so gut wie gar nichts. Es wird sich herausstellen, daß das, was überhaupt zu Gunsten der Arbeiter geschehen kann, nicht nur längst in sehr großem Maßstabe vorhanden ist, sondern daß die Industrie ohne gesetzlichen Zwang viel mehr gethan hat, als das, wozu sie gesetzlich jemals angehalten werden kann. Es ist dadurch zwar nicht die Zufriedenheit, wohl aber die Begehrlichkeit der Arbeiter gewachsen. Die Sozialdemokraten halten sich bereits für eine Art Regierungspartei, oder doch für eine solche, der in nächster Zeit der Staat auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert werden muß. Die Industriellen sehen mit Besorgniß, wie dieser Großmachtskitzel der Socialdemokraten seine Nahrung anscheinend von einer Seite findet, welcher in erster Linie die Erhaltung der Gesellschaftsordnung obliegt. Wahrscheinlich folgt auf diese Strömung sehr bald eine scharfe Reaktion, sobald die Unmöglichkeit erkannt wird, auf dem betretenen Wege zu einem praktischen greifbaren Ziele zu gelangen."

Der Wunsch, daß nichts bei der Socialreform herauskommen

möge, konnte nicht entstellender und frecher als mit dem Vorwurf, daß Se. Majestät den Großmachtskitzel der Socialdemokratie nähre, begründet werden. Bei den Kapitalisten gilt aber nur das für staatserhaltend, was den Geldbeutel mehrt. Daß die gesammte Socialdemokratie nur ein Kind des kapitalistischen Mammonismus ist, wie er seinen bezeichnenden Ausdruck in den obigen Ausführungen wiederfindet, daß der Staat aber nicht den Beruf hat, den Polizeibüttel des Geldschrankes zu spielen, das wird man bei ihnen nie verstehen. Wozu wäre man auch Partei und zwar die Partei, die die größere Hälfte der socialen Schuld auf ihrer Seele trägt?

Es ist mehr als frivol, geradezu die Hoffnung auszusprechen, daß bei der Aktion des Kaisers nichts herauskommen werde. Wenn das wirklich der Fall wäre, dann würde nichts mehr im Stande sein, den jähen Ausbruch der socialen Revolution aufzuhalten; auch die letzte Hoffnung, die auf die Hilfe des Königthums, wäre dann zu Schanden geworden — und damit wäre Alles verloren! Deshalb muß jeder Freund des Staates, des Volkes und der Ordnung alles thun, damit die Aktion des Kaisers erfolgreich sei, und es beweist nur, wohin die kapitalistische Verblendung jene Leute geführt hat, daß sie die Interessen ihres Kapitals über alles setzen.

Worauf vertrauen sie denn eigentlich? Sie selbst können sich doch nicht halten; wenn der Staat sie nicht hielte, wären sie längst ein Opfer der Socialdemokratie, welche sie mit ihrer Presse großgezogen haben. Verlieren sie aber nicht den Anspruch auf den Schutz des Staates, wenn sie sich so zu dieser Aktion des Kaisers stellen und lediglich die Militärmacht des Staates provociren? Die Herren wissen nicht, was sie thun, der Ausfall der Wahlen wird ihnen hoffentlich die Augen öffnen! Aber darf man sich wundern über solche Worte der „Eisenzeitung", wenn man die Haltung der officiösen Presse ansieht, die kühl bis ans Herz den Erlassen des Kaisers gegenübersteht?" Soweit der „Reichsbote".

Zu demselben Artikel der „Eisenzeitung", den auch die „Germania" bringt und bespricht, bemerkt sie (No. 43, zweites Blatt): „Die „Eisenzeitung", welche hier gewissermaßen im Namen der Industriellen spricht, hat dazu kein Recht und ist glücklicherweise nur das Sprachrohr eines Theiles derselben. Es giebt sehr viele Industrielle, welche Arbeiterfreunde sind und nicht solche gehässige Tendenzen hegen, wie sie die „Eisenzeitung" an den Tag legt. Man darf daher hoffen, daß die Industrie selbst in weitem

Umfange zur Lösung der vom Kaiser bezeichneten Aufgaben mithelfen und nicht ein hämisches Achselzucken zeigen wird, wo es sich um die tiefgreifendsten Fragen des socialen Friedens handelt.

Wundern aber darf man sich über Stimmen wie die obigen nicht, wenn ein Theil der regierungsfreundlichen Cartell-Presse und die Officiösen kein Wort finden, die kaiserlichen Erlasse, wir sagen nicht einmal zu feiern, sondern auch nur zu vertreten. Der Glaube an den Erfolg der kaiserlichen Initiative wird dadurch bei vielen Arbeitgebern und vielen Arbeitnehmern immer mehr erschüttert, und das treibt Jene zu solchen — manchesterlichen Aeußerungen wie oben und wendet die Blicke dieser dann wieder den — Socialdemokraten zu. Die Sünden der preußischen und deutschen Officiösen schreien schon längst zum Himmel, aber von Neuem scheinen sie einen nicht wieder einzubringenden Schaden anrichten zu wollen. Wer hat ihnen eigentlich zu befehlen, von wem und für wen werden sie angestellt und bezahlt?!"

Höchst symptomatisch für die beiden oben angeführten Artikel lautet eine Bemerkung der „Nordd. Allgem. Zeitung" No. 100 Abend-Ausgabe, welche sie an einen Artikel der „Kölnischen Zeitung" mit der Ueberschrift: „Fürst Bismarck" knüpft. Das Kanzlerblatt schreibt: „Es war selbstverständlich, daß die radikale und reaktionäre Presse jene Gerüchte (Kanzler-Krisis) eifrig aufgriff und behaglich breit trat, um in den gemäßigten Kreisen der Bevölkerung, welche die weitgehenden[1]) socialpolitischen Pläne mit Besorgniß betrachten, Unsicherheit, Verwirrung und Mißtrauen zu erregen. Es lag nahe, einen Gegensatz zwischen Kaiser und Kanzler zu schaffen (?) und so die Wahlaussichten der Opposition zu verbessern, Grund genug, derartige Gerüchte auf sich beruhen zu lassen."

Hinsichtlich der „Unsicherheit, Verwirrung und dem Mißtrauen", welche durch die „Gerüchte" über eine Kanzlerkrisis entstanden sein sollen, haben wir mit lakonischer Kürze zu bemerken, daß eine solche Stimmung wohl von Seite der aus dem „Welfen-Fonds" gespeisten gouvernementalen Presse sehr gewünscht wird, aber die gehegten Wünsche völlig unerfüllt bleiben. Wir haben ja auch schon reichlich erfahren, „wie sehr man betrübt und auch aufgebracht ist", daß jene Gerüchte das deutsche Publikum äußerst ruhig gelassen haben.

---

[1]) Der Sperrdruck ist von uns gesetzt worden.

Seitdem an der Spitze des Reichs Wilhelm II. steht, verfangen die alten Künste und Mittelchen nicht mehr. Es zeigt gerade von keinem besonderen Scharfsinn, das nicht im voraus gewußt zu haben. Die Zeiten der Zauberei und der nicht wohlfeilen Reklame sind vorüber. Auch will nicht mehr jene wohlbekannte und leider sehr lange Zeit mit dem größten Erfolge angewandte Praxis gelingen, mit Artikeln, wie z. B. gerade der oben angeführte der „Norddeutschen" auf das Staatsoberhaupt einzuwirken. Ueberhaupt prallen an dem zwar jugendfrischen aber dennoch tiefernsten Geiste unseres Kaisers alle jene Einfluß-Versuche ab, die stets das größte Mißfallen bei den wirklichen Patrioten erregt haben, wenn sie auch von dem zornigen Kanzler zu den „Reichsfeinden" gezählt und oft in einer unerhörten Weise verdächtigt worden sind. Wurden dann noch öfters jene Versuche durch wahrhaft groteske Commentare bereichert — wir erinnern hier nur flüchtig daran, daß durch die „Geffcken-Affaire" dem Kaiser nahe gelegt werden sollte, seinem Vertrauen gewissen Leuten gegenüber Schranken zu ziehen —, so stieg über ein solch abgeschmacktes, dem Kaiser gegenüber direkt unwürdiges Spiel, unsere Entrüstung auf das höchste. Wie schon seit vielen Jahren mündlich und schriftlich ausgesprochen, erblicken wir bei einer Masse von Fällen auch keine Spur von Verstand, und noch weit weniger — — — Weisheit; wohl aber manchmal ihr Gegentheil. Am Schlusse unserer Bemerkung möchten wir noch auf die oben gesperrten Worte der „Norddeutschen" verweisen. Das Kanzlerorgan hält also die socialpolitischen Pläne des Kaisers für so weitgehend, daß sie in den „gemäßigten" Kreisen Besorgniß erregen. Wir fügen dem nur hinzu, was die einfache Logik fordert.

Da Fürst Bismarck weder die „radikale" noch „reaktionäre"(?) Presse für sich in Anspruch nimmt, auch nicht zu den Kreisen der „Extremen" gehört noch gehören will, so erfüllen ihn also die „weitgehenden" Pläne des Kaisers mit Besorgniß. Was uns hier die „Norddeutsche" in einer wirklich höchst komisch verhüllten Weise mittheilt, ist allerdings längst kein Geheimniß mehr, denn! fragen wir: wozu alsdann der Lärm, die „Kanzler-Krisis", die üblen Launen, und die läppischen Versuche der gouvernementalen Presse wieder einen jener bekannten „Entrüstungsstürme" in Scene zu setzen.

Dürfte in die „Nordd. Allgem. Zeitung" jetzt geschrieben werden, was „den Herzen" entspricht, dürfte man ohne Rücksicht

auf bestimmte Personen so ganz nach gewohnter Weise verfahren, so würden wir einen ähnlichen Artikel erhalten, als er in No. 89 Morgenblatt vom 22. Februar 1885 gestanden hat.

Was nun die „Gefährdung der monarchischen Institutionen" ganz speciell betrifft, so mag die „Norddeutsche" nur an die Leidensgeschichte unseres Kaisers Friedrich denken, ganz besonders an die „99 Tage". Was zu dieser Zeit die „gouvernementale" Presse geleistet hat, bleibt ihr unvergessen, darauf kann sie sich und können sich ihre Hintermänner verlassen. In dieser Leistung, die eigentlich vor den Strafrichter gehörte, schlug die gouvernementale Presse meilenweit die socialdemokratische, die einem zu dieser Zeit wie eine Kinder-Lektüre vorkam. Wir haben aus unsern Zeitungen, die im Quartal zwischen 24 bis 30 Blättern schwanken, fleißig registrirt und sind für „Geschichtslügen" vorgesehen.

An das bekannte: „si tacuisses" [1]) wird sich die „Norddeutsche" wohl schon einige Male erinnert haben.

Unmittelbar zu diesem Thema gehören die nun folgenden Preßauszüge. Der „Germania" No. 44, erstes Blatt, entnehmen wir den Anfang nachstehenden Artikels: „Der Zusammenbruch der Bismarck'schen inneren Politik ist gestern besiegelt. Die hippokratischen Züge waren längst immer deutlicher geworden. Es war gar keine Weisheit mehr, sondern von Jedermann zu merken, obgleich es weithin dennoch frappirte, was die „Germania" vor bald einem Jahre schrieb: „Es gelingt nichts mehr." Die Folgezeit hat immer weitere Bestätigungen dazu gebracht, man fühlte allenthalben, daß selbst die Regierungsmaschine nicht mehr vollkommen fungire, daß einzelne Theile in Unordnung wären und störten. Man ging sogar in einen entscheidenden Wahlkampf hinein unmittelbar nach der Erschütterung des Cartells beim Socialistengesetz, nach einem wichtigen Ministerwechsel, nach der Ankündigung eines Umschwunges auf dem Gebiete der wichtigsten socialen, seit einem Jahrzehnt so falsch behandelten Aufgaben. Selbst die Gerüchte von einem Rücktritt des Fürsten Bismarck von den preußischen Staatsgeschäften überhaupt wollen nicht verstummen, erhielten sogar von Cartellblättern in für

---

[1]) Der Schluß des Artikels der „Norddeutschen", sowie meine Antwort finden sich in meiner Broschüre: „Noch einmal die Partei Bismarck sans phrase", Augsburg 1885, Verlag des Literarischen Instituts von Dr. Max Huttler.

officiös gehaltenen Aeußerungen Nahrung, und Officiöse und Cartellbrüder machten wieder einmal, wie in den Tagen des kranken Kaisers Friedrich, durch Schweigen und Reden die bekannte „Revolution in Schlafrock und Pantoffeln“ — gegen die endlich aus dem Marasmus der Lebensfrage Deutschlands auf festen Boden führenden kaiserlichen Erlasse, verdarben damit sofort deren Eindruck bei allen irgendwie Mißtrauischen.

Man kann nicht sagen, daß es gesunde Zustände sind, die zu solchen Erscheinungen führen, man kann nicht behaupten, daß ein Regierungssystem noch imponiren und führen kann, das solche kranken Züge zeigt. Und so hat denn gestern das deutsche Volk geurtheilt und — verurtheilt. Die Verurtheilung ist definitiv, denn eine Auflösung des neuen Reichstags würde das gestrige Resultat nicht nur bestätigen, sondern nach unserer festen Ueberzeugung sogar noch verschärfen. Und die Verurtheilung ist gründlich, denn die Cartellmehrheit ist zerstört, die Socialdemokratie ist nicht nur gewachsen, sondern furchtbar gewachsen, relativ und absolut stärker gewachsen, wie bei irgend einer der Wahlen nach dem Socialistengesetze.“

Als Commentar zu diesem Artikel bringen wir ein Telegramm der „Frankfurter Zeitung“ No. 58 Morgenblatt. Es lautet: N. Berlin, 26. Februar 9 Uhr Abends. (Telegramm). Die officiöse Mittheilung, daß der Rücktritt des Fürsten Bismarck, und zwar der völlige, nicht nur als Ministerpräsident, sondern auch als Reichskanzler ventilirt, aber mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen verschoben worden sei, hat in politischen und parlamentarischen Kreisen den Eindruck durchaus nicht gemacht, auf den sie vielleicht berechnet war. Wie groß die politischen Wandlungen des letzten Jahres bei uns sind, ersieht man am besten daraus, daß ein Rücktritt des Fürsten Bismarck, der früher die größte Aufregung hervorgebracht hätte, jetzt in aller Ruhe besprochen wird. Man ist auf dieses Ereigniß längst gefaßt, denn daß die Differenzen innerhalb der Regierung weit größer sind, als sie öffentlich sich darstellen, ist kein Geheimniß mehr. Hat doch das Organ des Reichskanzlers thatsächlich bis heute noch kein Wort des Beifalls zu den kaiserlichen Erlassen ausgesprochen, wohl aber deutet es jetzt an, daß diese Erlasse zur Verstärkung der Socialdemokratie bei den Wahlen beigetragen hätten. Wenn Fürst Bismarck zu dem Zwecke bleibt, um an der Bekämpfung der Socialdemokratie Theil zu nehmen, so wird sich wahrscheinlich bald herausstellen,

daß gerade auf diesem Gebiete zwischen ihm und anderen Factoren der Regierung die größten Differenzen bestehen."

Einen die Situation recht klar bezeichnenden Artikel bringt der „Reichsbote" in seiner Nummer 56 vom 2. März unter der Ueberschrift: „Die Bremser sind wacker an der Arbeit.". Der Artikel hat nachstehenden Inhalt:

„Die „Staat.-Corresp." bringt einen Artikel zur Arbeiterschutzgesetzgebung, in welchem nach Kräften gebremst und auch der neue Handelsminister als ein Mann hingestellt wird, der genau so zur Arbeiterschutzgesetzgebung stehe, wie der Bundesrath; auch er würdige die Gefahr der Concurrenzschädigung der Industrie gegenüber dem Ausland durch einseitiges Vorgehen, auch er sei ferner der Ansicht, daß die Arbeiterschutzgesetze nicht diejenigen, welche sie schützen wollten, schädigen dürfen, „indem sie den Arbeiter in der vollen Fructificirung der eigenen Arbeitskraft hemmen". Das zielt offenbar auf die Anträge über die Sonntagsarbeit ab. Dann fährt das von gewisser Seite inspirirte Organ fort: „Was aber die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie nach der Richtung ihrer financiellen Belastung durch die socialpolitische Gesetzgebung anlangt, so wird gerade der neue Minister für Handel und Gewerbe, dem es zufällt, die Reichs-Invaliditäts- und Alters-Versicherung für Preußen ins Leben zu führen, ganz besonders im Stande sein, die Grenze zu bestimmen, bis zu welcher Arbeiterschutz-Maßnahmen ausgedehnt werden dürfen, ohne die deutsche Industrie auf's Höchste zu gefährden. Aehnliche Anschauungen werden auf der internationalen Conferenz voraussichtlich einen lebhaften Widerhall finden, und man wird die Nothwendigkeit erkennen, wie sehr es geboten ist, bei der Lösung der einzelnen Arbeiterschutzfragen Maß zu halten. Gehen jetzt doch die in Aufregung und Unruhe gerathenen Bergarbeiter schon so weit, die radikalste Ordnung ihrer Verhältnisse in einer Expropriation der Bergwerkseigenthümer zu Gunsten der Bergarbeiter zu erblicken. Diese bereits allen Ernstes in Versammlungen discutirte Forderung hat jedenfalls eine symptomatische Bedeutung. Der neue Minister für Handel und Gewerbe, welcher die Bergwerksverhältnisse so recht aus eigenster Anschauung kennt, würde der letzte sein, welcher den unter dem Mantel von Arbeiterforderungen vielfach hervorschauenden socialistischen Pferdefuß übersieht. Es dürfte sich überhaupt bei dem weiteren Fortgang der Berathungen über eine Arbeiterschutz-Gesetzgebung mehr und mehr herausstellen, daß die vorsichtige und zögernde

Haltung der verbündeten Regierungen hinsichtlich jener dictirt war, von den in der Sache liegenden Schwierigkeiten und von der Erkenntniß, daß eine Ueberstürzung bei Maßnahmen auf dem bezeichneten Gebiete zu wirthschaftlichen und socialen Gefahren führen würde." Wir sind überzeugt, daß dieses Organ von dem Handelsminister keinen Auftrag hat, dies zu schreiben, sondern das Ganze macht den Eindruck, als solle dadurch die bisherige Haltung des Bundesraths gerechtfertigt und Herr v. Berlepsch dazu gepreßt werden, daß er sich diese Haltung aneigne und die Aktion des Kaisers gegenüber der Haltung des Bundesraths Fiasko machen lasse. Wir sind überzeugt, daß Herr v. Berlepsch sich für diese neue Art von Kaisertreue nicht wird einfangen lassen. Wenn die Regierung durch die extremen Anträge radikaler Socialisten ihre Maßnahmen wollte bestimmen und sich dadurch von Reformen überhaupt wollte abhalten lassen, dann würde sie sich damit in eine ganz unhaltbare, eines Staatsmannes unwürdige Lage begeben. Herr v. Berlepsch würde, wenn er nicht ernstlich gewillt wäre, die Socialpolitik des Kaisers durchzuführen, das Ministerium nicht übernommen haben; denn daß er das gethan haben sollte, um die Erlasse des Kaisers im Sande verlaufen zu lassen, worauf die Auslassungen der „Staat.-Corresp." hinausgehen, das auch nur zu denken, wäre eine schwere Beleidigung des Mannes. Zum Glücke liegen Anzeichen vor, daß die Sache vorwärts schreitet, wie folgende uns soeben zugehende Telegramme beweisen."

Die „Conservative Correspondenz" des Herrn von Helldorff und seines Leibfuchsen Griesemann bremst in ihrer Weise. Der „Frankfurter Zeitung" No. 45, zweites Morgenblatt, entnehmen wir: „Bemerkenswerth ist, daß das officielle Organ der conservativen Partei, die „Cons. Corr.", vor Ueberstürzung in Ausführung der kaiserlichen Erlasse warnt. Sie sagt, daß „unser ganzes Verhalten der Arbeiterbewegung gegenüber Züge einer nicht unbedenklichen Einseitigkeit aufweise. Millionen von Arbeitern, die sich in ihren heutigen Verhältnissen durchaus zufrieden fühlen, erfahren erst aus unseren feierlichen Versprechungen und öffentlichen Kundgebungen, daß sie Grund haben, unzufrieden zu sein und — so wird die weitere Entwickelung vielfach laufen — daß sie den Parteien, die sich bei ihnen als die berufenen Rathgeber für eine solche Lage einführen, ihr Ohr leihen. Diese Dinge werden in Betracht gezogen werden müssen; sie werden die gebotenen Reformen nicht verhindern, aber auf Tempo

und Charakter der weiteren Schritte einen bestimmenden Einfluß ausüben und auf diesem wie auch auf anderen Gebieten wird, wie wir hoffen, bald die Erkenntniß unter allen Preßorganen der positiven Parteien Gemeingut sein, daß die Arbeiterfrage Aufgaben stellt, die eine umsichtige, besonnene Behandlung verlangen, bei denen aber nicht mit einigen Schlagwörtern unter Hurrah eine Position nach der anderen im Sturmschritt genommen werden kann."

Was ein Herr von Helldorff unter „Tempo und Charakter" bezüglich auf durchgreifende Reformen versteht, ist für alle Leute, die seit 1879 an der inneren Politik Theil genommen haben, hinlänglich bekannt. Genannter Herr widersetzte sich von allen Deutsch-Conservativen am hartnäckigsten den „social-conservativen" Bestrebungen, die nun endlich durch unsern Kaiser ihre vollständige Satisfaktion erhalten. Als die social-conservative Bewegung Ende des Jahres 1881 bis Anfangs des Jahres 1884 über die frühere „deutsch"-conservative Politik siegte, verduftete Herr von Helldorff und blieb Herr von Rauchhaupt der alleinige Führer. Mit der Zurückdrängung der selbstständigen, z i e l b e w u ß t e n conservativen Reformpolitik unter Führung der Social-Conservativen, durch den Herrn Kanzler, und als dieser die in Heidelberg „purificirten" Nationalliberalen huldvollst lächelnd wieder zu Gnaden aufnahm, erschien auch plötzlich Herr von Helldorff wieder auf der Bildfläche und bald nachher neben ihm eine Persönlichkeit, welche von den ärgsten Feinden der „Deutsch"-Conservativen nicht glücklicher hätte gefunden werden können. Diese an ihrer Stelle so hoch-komische Figur nennt sich Griesemann, der zwar mit großer Bravour zu „rempeln", aber auch sofort mit derselben Energie zu „kneifen" versteht, wie er abgefaßt wird und direct antworten soll. Herr Griesemann, der zwar ganz der Mann nach dem Herzen des Herrn von Helldorff ist, aber gerade auch deshalb nicht zum Redacteur der „Conservativen Correspondenz" paßt, gehört seiner ganzen Leistungsfähigkeit nach weit eher in die Redaction der „Norddeutschen." Diese hat denn auch das „neue Talent" bald entdeckt und es für seine treuen Hilfsleistungen zum Vice-Mitarbeiter ernannt. Seit dieser Zeit spielt die „Conserv. Corresp." eine „ernste" Rolle nur noch in der „Nordd. Allgem. Ztg.", welche mit Behagen ihre eigenen Ideen gut heißt und sich mit Würde auf sich selbst beruft. Die von Herrn Griesemann für die „deutsch"-conservative Partei so tapfer errungenen negativen Erfolge sollten aber schließlich doch auch negativ für seinen Herrn, den Herrn von Helldorff werden, indem dieser

selbst in seinem alten Wahlkreise bei den Reichstagswahlen vom 20. Februar d. J. durchfiel. Vielleicht fürchteten die Wähler von den „Fußtritten des Fürsten Bismarck", die ja bekanntermaßen Herr von Helldorff so bereitwillig und ergeben für sich aufnahm und auch den Deutsch-Conservativen rieth, sie doch nicht so drastisch zu nehmen, etwas abzubekommen. Genug! die Wähler gingen lieber sicher und setzten sich nicht der Gefahr aus, eine allzunahe Bekanntschaft mit den Stiefelsohlen des Herrn Reichskanzlers zu machen. In anderer Weise als „durchgefallen" ist nicht minder Herr Griesemann zu betrachten, welcher es fertig brachte, daß die „Cons. Correspondenz" jede Bedeutung verlor. Das „Volk" erwähnt diesen sonderbaren „Politiker" in seiner Nummer 53 wie folgt: „Der „Widerwille", mit dem die Lectüre unseres Blattes Herrn Griesemann erfüllt, ist ist ein rein privater Widerwille, der mit den Ansichten des „Wahlvereins der deutschen Conservativen" nichts zu thun hat, da dieser nur für die von ihm selbst ausgehenden Mittheilungen verantwortlich ist. Die privaten Gefühle und Meinungen des Herrn Griesemann werden bei dem bekannten Haß dieses Herrn gegen alles Christlich-Conservative von keiner anständigen conservativen Zeitung mehr beachtet. Seit seinem verleumderischen Vorgehen gegen hochverdiente Männer der Berliner Bewegung, wegen dessen er de- und wehmüthig Abbitte leisten mußte, hat er sich den letzten Rest von Achtung verscherzt."

Ueber die „Bremserarbeit", besonders der „Kölnischen Zeitung", bringt der „Reichsbote" in seiner Nummer 36 auch recht nettes Material. Er schreibt: „Die Organe, welche, wie die „Post" und die „Kölnische Zeitung", großindustriellen Kreisen nahe stehen, stimmen zwar auch im allgemeinen in die Freude ein, mit der die Erlasse alle erfüllt hat, aber doch in einer etwas gedämpften Tonart, und nach allgemeinen Zustimmungen kommen die Bedenken gerade gegen den wichtigsten Punkt, nämlich die gleichberechtigte Vertretung der Arbeit und der Arbeiter durch Arbeiterausschüsse. Die „Köln. Ztg." redet von „blendendem Zauber", von „achtungsvollen Träumen", „aber vor den Augen des nüchternen Politikers würden sich tausendfache Schwierigkeiten emporthürmen, riesige Fragezeichen aufbäumen", bezeichnet die Industrie als „ohnehin schon mit gewichtigem socialpolitischen Gepäck belastet", und jeder, der nicht die Gewohnheit habe, auf Kosten anderer den Hochherzigen zu spielen, werde sehr vorsichtig und bedächtig an eine weitere Verbesserung des Looses der

Arbeiter herantreten." Von den Arbeiter-Ausschüssen sagt sie, man befürchte von ihnen in den großen Industriebezirken, „daß sie sich zu socialdemokratischen Ausstandsorganisationen und Herden der Unruhe ausbilden würden." Genau dieselbe Befürchtung spricht die „Post" aus. — Die Erfahrungen in England haben aber genau das Gegentheil constatirt. Seit dort die Arbeitervertretungen auf gleichberechtigter Grundlage geschaffen sind, haben die Strikes in der Industrie aufgehört. Es sollte doch auch den Arbeitgebern lieber sein, mit geordneten Vertretungen zu verhandeln als mit den von Leidenschaften der Strikebewegung zusammengewürfelten Strike-Comité's. Daß Organisationen auf Grundlage der Gleichberechtigung der Arbeiter und ihrer Vertreter mit dem Kapital und seinen Vertretern nöthig sind, haben die Thatsachen wahrhaftig greifbar genug bewiesen. Wenn man auf einzelne industrielle Arbeitgeber mit schönem patriarchalischen Verhältniß zu ihren Arbeitern hinweist, so sind das schöne Ausnahmen, auf die man aber umsoweniger allgemeine Ordnungen bauen kann, als die Großindustrieen — auch die Bergwerke, sich immer mehr zu großen Kapital- oder Aktiengesellschaften umgestalten, die gar kein persönliches Verhältniß mehr zu den Arbeitern haben, sondern ihre Werke nur durch Beamte bewirthschaften lassen, welche lediglich die Aufgabe haben, dem Kapital möglichst hohe Dividenden zu schaffen; denn alle diese Geschäfte stehen lediglich unter dem Gesichtspunkte des Kapitalgewinnes."

Der „Freisinnigen Zeitung" No. 33 entnehmen wir weiteres über die „Kölnische Zeitung": „Ueberaus grämlich und kritisch verhält sich die „Kölnische Zeitung" zu den beiden kaiserlichen Erlassen. Das Blatt schreibt: „Alles in der Welt hat zwei Seiten, und das kräftige Eintreten der deutschen Kaisermacht für die praktischen Arbeiterinteressen wird viele hochfliegende Hoffnungen erwecken, denen Enttäuschungen folgen müssen, und wird das Machtbewußtsein, den Großmachtskitzel der Arbeitermassen steigern. Die Schwierigkeiten der Angelegenheit bürgen der deutschen Industrie, welche bereits so viele Opfer gebracht, so schwere Lasten auf ihre Schultern genommen hat, dafür, daß die Socialpolitik aus ihrem bedächtigen und sichern Gange nicht zum Sturmschritt übergehen wird. Wir betonen nachdrücklich, daß nicht im Freudenrausch, sondern nur durch bedächtige Arbeit etwas Brauchbares und Dauerndes geschaffen werden kann, weil wir die Erregung unerfüllbarer Hoffnungen für bedenklich halten; wir halten diese nüchterne Stellungnahme gerade gegenüber

den überschwenglichen Jubelhymnen einzelner Blätter für geboten. Wenn anderseits vereinzelte Zeitungen einen Zusammenhang zwischen den Kaiserkundgebungen und den Wahlen herstellen wollen, so möchten wir es einfach als unsere Ueberzeugung aussprechen, daß die ergreifenden Erlasse des hochherzigen Monarchen den Socialdemokraten vorerst keine Stimme entreißen werden." — Weiterhin führt die „Köln. Ztg." in Bezug auf die Arbeiterausschüsse aus, daß in großen Industriebezirken, in denen sich durch eine fluctuirende Arbeiterbevölkerung jede Bewegung blitzartig fortpflanzt, man in den Arbeiterausschüssen socialdemokratische Ausstandsorganisationen und Herde der Unruhe zu schaffen fürchtet."

Die „Germania" (No. 32 II.) sagt in ihrem Artikel: „Die Stellung der beiden Mittelparteien zu den kaiserlichen Erlassen ist etwas sehr nüchtern, trocken, vielfach kritisch, wie wir das schon wiederholt hervorgehoben haben. Die „Post" klagt heute Abend über „Parteimanöver", denen die kaiserliche Kundgebung eine „leicht zugängliche Seite" geboten habe, und fährt dann fort:

„Wir unsererseits halten nicht zurück mit dem Geständniß, daß jener Akt uns als ein solcher erscheint, der den wahren Vaterlandsfreund zum tiefen Ernst stimmen muß. Wohl ergreift auch uns der hohe Schwung der Seele, die Vorurtheilslosigkeit und die Humanität, von denen jener Akt Zeugniß ablegt, aber wir können uns auch der Einsicht nicht verschließen, daß eine Bahn beschritten worden, auf der große Schwierigkeiten, vielleicht Gefahren begegnen können. Es giebt Handlungen der Politik von großer Kühnheit des Entschlusses, bei denen gleichwohl die Factoren des Gelingens sorgfältig berechnet werden konnten, deren Kühnheit also hauptsächlich, in der hohen Veranschlagung des Factors der eigenen Stärke liegt. Es giebt andere Handlungen, bei denen die Factoren des Widerstandes wie der Unterstützung unberechenbar sind. Daß der Staatsmann, der Herrscher auch den Entschluß zu solchen Handlungen finden muß, ist unbestreitbar, aber der ernsten Lage, zu der jeder solche Entschluß führt, wird sich kein patriotischer Mann verschließen, der zur Mitwirkung berufen ist, mag der ihm beschiedene Antheil groß oder klein sein."

Die „Tremonia" (No. 32, erstes Blatt) sagt in ihrem Artikel: „Die Stellung der Parteien" sehr treffend: „Nun muß man sich erinnern, daß in der freiconservativen Partei Herr v. Stumm sitzt, der nicht bloß gegen die Arbeiterausschüsse, sondern überhaupt gegen

die staatlichen Eingriffe in die sog. Patriarchalgewalt der Arbeitgeber aufgetreten ist. Der Leitartikel der neuesten „Post", welcher die Zweifel betreffs der Arbeiterausschüsse, die Schwierigkeiten betreffs der übrigen Punkte und die Nothwendigkeit der Schonung der Industrie selbst geflissentlich hervorhebt, läßt trotz aller allgemeinen Zustimmungssätze keinen Zweifel über den Stumm'schen Einfluß in der Partei.

Ebenso kann die diplomatische Sprache der „Nat.-Ztg.", welche schon öfter reformatorischer, als das Gros ihrer Partei aufgetreten ist, darüber nicht täuschen, daß in der nationalliberalen Partei diejenigen einflußreichen Arbeitgeber sitzen, welche im letzten Mai die von den Arbeitern vorgeschlagenen Ausschüsse zu Fall gebracht und schon seit Jahren den Fürsten Bismarck in dem Glauben erhalten haben, daß die Industrie den gesetzlichen Arbeiterschutz nicht vertragen könne.

Aus der Mittelpartei wird sich der gefährliche Widerstand gegen die kaiserliche Socialreform erheben. Wenn er versteckt auftritt und auf Schleichwegen und Hintertreppen die Verzögerung oder Verschlechterung der fraglichen Gesetze anstrebt, so verliert er dadurch wahrlich nichts an Gefährlichkeit und Verantwortlichkeit. Die Wähler mögen sich merken, daß der Fortbestand der Cartellmehrheit nicht fördernd, sondern hemmend auf die Reform wirken würde."

Einen recht interessanten Beleg für die „providentiellen" Arbeiten der gouvernementalen Organe bringt die „Germania" in No. 44, zweites Blatt. Sie schreibt: „Was unsere Officiösen mit ihrem unverantwortlichen Verhalten gegenüber den kaiserlichen Erlassen angerichtet haben, dafür möge statt vieler ein besonders charakteristischer Beleg hier stehen. Das in socialen Dingen überaus tüchtige und eifrige katholische „Basler Volksblatt" schreibt unter der Ueberschrift: „Ein Bismarck'sches Meisterstück" einen Artikel, dessen erste Hälfte mit einigen — nothgedrungenen — Auslassungen also lautet:

„Von Seiten Kaiser Wilhelms II. ist der Plan einer Reform des Arbeitslebens sicher aufrichtig gemeint. Er hat einen Zug der idealistischen Geistesrichtung seines Vaters, Friedrichs III. und seines Großonkels Friedrich Wilhelm IV. in sich. Sein jugendliches Alter macht ihn für die Ideen der Zeit empfänglich, und in seiner Umgebung finden sich Männer seines besonderen Vertrauens, welche für diese Ideen thätig sind.

„Ihm gegenüber aber steht der ganze Apparat des höheren Beamtenthums, welches einer früheren Zeit und deren ganz verschiedenen Anschauungen und Tendenzen gedient hat und das Staatswohl unlöslich mit denselben verknüpft glaubt. Entgegen steht ferner die Großindustrie und die hohe Finanz, die ihre Vertreter in den höchsten Kreisen hat und durch ihre große Macht schon früher einmal die socialpolitische Gesetzgebung, welche sich an die bezügliche Botschaft Kaiser Wilhelm I. anschließen sollte, zum Stillstand gebracht, so daß sie über das Versicherungswesen nicht hinauskam."

„Das altbewährte Wort: Man schüttet nicht neuen Wein in alte Schläuche, wird auch Kaiser Wilhelm erfahren und befolgen müssen, sonst ist das Schicksal seines edlen Planes schon besiegelt. Das Schauspiel, welches sich der Welt während der 99tägigen Herrschaft Kaiser Friedrichs geboten hat, könnte bald sich erneuern, wenn auch nicht so offen und frech wie damals, als die Werkzeuge der alten Traditionen einem Monarchen gegenüberstanden, der bereits dem Tode geweiht war und darum nicht mehr die Kraft besaß, die Widerstrebenden zu beugen und zu strafen, den man weniger zu fürchten hatte als den ..... und seinen Anhang, in welchem die Continuität des alten politischen Systems sich darstellte. Aber vorhanden sind die Gegensätze in den Anschauungen und Zielen heute wie damals."

Einen sehr guten Uebersichts-Artikel bringt die Bonner „Deutsche Reichszeitung" in No. 39. Er lautet:

„Je gouvernementaler, desto kühler". So läßt sich kurz die Haltung der deutschen Presse zu den kaiserlichen Erlassen kennzeichnen. Dabei ist das Eigenschaftswort „kühl" eher zu milde, als zu stark. Denn das Bestreben mehrerer großer Cartellblätter geht offenbar dahin, unter dem Deckmantel loyaler Redensarten Stimmung gegen die Absichten des Kaisers zu machen, die Schwierigkeiten in den Vordergrund zu rücken, „Gefahren" an die Wand zu malen, und das ganze Unternehmen als Ausfluß einer schönen aber unpraktischen Schwärmerei erscheinen zu lassen.

Wer erinnert sich nicht des „Parsifal"-Artikels, welchen die „Köln. Ztg." gegen Kaiser Friedrich III. richtete? Ist das nicht ein bezeichnender Anklang an diese Sprache, wenn das rheinische „Weltblatt" jetzt in unmittelbarer Anknüpfung an das „eigene Denken und Empfinden" des Kaisers schreibt: „Der warmblütige Idealist und der schwärmerisch angelegte Menschenfreund wird sich willig

dem blendenden Zauber eines großen reformatorischen Gedankens gefangen geben und mit seinen ahnungsvollen Träumen eine beseligte Welt vorweg nehmen rc." Angesichts einer solchen Sprache kann man es der „Vossischen Zeitung" nicht übel nehmen, wenn sie die spitze Bemerkung macht: falls die Erlasse unter Kaiser Friedrich ergangen wären, würden sie wohl den üblichen „Entrüstungssturm" der „Reichstreuen" erregt haben. Besonders bezeichnend ist die Haltung der „Post". Gestern kennzeichneten wir schon die Clauseln und Hinterhalte in ihrem ersten „Zustimmungs"-Artikel. Im Verlauf des letzten Tages ist aber der Muth des freiconservativen Organs so gestärkt worden, daß es zu einer scharfen Kritik der kaiserlichen Kundgebung vorschreitet. Der kaiserliche Act muß laut der „Post" — „den wahren Vaterlandsfreund zum tiefen Ernst stimmen." Sie sieht auf der beschrittenen Bahn „vielleicht Gefahren." Aus einer demokratischen Aeußerung folgert sie, die „Revolution" prahle dreist, als sei ihre Stunde gekommen; sie fasse den kaiserlichen Erlaß ungefähr wie die Berufung der französischen Reichsstände im Jahre 1789 (d. h. als die Einleitung des Umsturzes) auf. Ferner spricht die „Post" in ähnlicher Versteckung hinter den Worten Anderer von dem „Sprung in den Abgrund", der nicht ausgemessen sei und kündigt seitens der „Patrioten" Wachsamkeit an — natürlich bloß gegen die „böswilligen Bestrebungen", welche dem „muthigen Führer" auflauern. Diese Sprache ist doch deutlich genug. Es lohnt sich nicht, gegen die Bedenken zu polemisiren, z. B. der „Post" zu bemerken, daß das französische Königthum nicht deshalb gescheitert ist, weil es die Reichsstände berief, sondern weil es sie nicht rechtzeitig berufen hatte. Wir fragen vorläufig nur: Was bedeutet diese Sprache der Cartellblätter? Und zugleich: Was bedeutet das Schweigen der „Nordd. Allg. Ztg."? Warum trifft bei ihr keine Verherrlichung und Vertheidigung der kaiserlichen That ein, wie es doch sonst bei viel minderwerthigen Maßnahmen von höchster Stelle der Fall zu sein pflegt? Es ist unverkennbar, daß die Cartellblätter, welche mit kühler, verneinungslustiger Kritik dem Erlasse des Kaisers entgegentreten, denselben starken Rückhalt zu haben glauben, dessen sich die „nationalen" Kritiker Kaiser Friedrichs III. rühmten. Erschwerend für die Opposition der Cartellpresse fällt es ins Gewicht, daß es sich nicht etwa bloß um innerpolitische Angelegenheiten handelt, sondern um eine internationale Action. Wie sollen die Schwierigkeiten, welche die

Einigung des industriellen Auslandes bietet, überwunden werden, wenn diejenige Presse, welche das Ausland als Wortführerin der herrschenden Parteien und ihrer hohen Gönner betrachtet, den Eindruck des Vorgehens von deutscher Seite abschwächt und den Glauben erweckt, daß Fürst Bismarck selbst nicht mit ganzer Seele und mit Vertrauen auf Erfolg bei der Sache sei? Es zeigt sich immer deutlicher, wie sehr wir Recht hatten, in der Mittelpartei den Sitz des Widerstandes, des parlamentarischen sowohl wie des socialen, gegen das große kaiserliche Unternehmen zu finden. Wenn der übereifrige Abg. Tramm gegen diese Wahrheit die Person des nationalliberalen Abgeordneten Oechelhäuser ins Feld führen will, so ist das eine schätzbare Ausnahme, welche die Regel nur bekräftigt. Angesichts dieser Constellation — Mittelpartei gegen kaiserlichen Willen — muß man vom 4. Februar erst recht eine „neue Aera" datiren, und zwar nicht bloß auf socialpolitischem, sondern auf dem ganzen Gebiete der inneren Politik. Die Versuche, das Volk glauben zu machen, Wilhelm II. sei ein „Cartellkaiser" und seine Herrschergewalt werde niemals, wenigstens zu Lebzeiten des Fürsten Bismarck nicht, über die Schranken des ausgeklügelten Cartellsystems mit kühnem Fuße hinwegschreiten, nehmen sich jetzt ungeheuer veraltet aus. Und neues Leben wird — trotz aller Schwierigkeiten — aus den Cartell-Ruinen blühen."

Die „Hamburger Nachrichten" bringen eine Correspondenz aus „Berlin", welche die Runde durch fast alle Blätter gemacht hat. Diese Correspondenz ist aber auch darnach, nicht allein das allergrößte Aufsehen, sondern auch die größte Entrüstung auf allen Seiten des deutschen Volkes wachzurufen, die „treu zum Kaiser" stehen und deren Verständniß über die absolut nöthigen Voraussetzungen zur Aufrechterhaltung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung noch nicht getrübt ist. Diese Correspondenz aus „Berlin", welche wirklich charakteristisch für jene bekannten Umtriebe sein darf, bedeutet nämlich **nichts weniger**, als das „Prävenire" für das Scheitern der kaiserlichen Verlangen zu spielen.

Die Intentionen der Leute, welche hinter dieser Correspondenz stehen, bauen bereits vor und geben sich alle Mühe, dem „Zuge" der kaiserlichen Wünsche eine verhängnißvolle Entgleisung zu bereiten. Dieses infame Intriguen-Spiel kann nicht tief genug gehängt werden und ist hierbei doppelt zu bedauern, daß diese Correspondenz gerade in einem Blatte steht, von dem man weiß, daß es unter Umständen

auch officiös sein kann und dann „etwas“ bringen muß, damit die „Norddeutsche“ „etwas“ zu bringen hat. Die „Hamburger Nachrichten“ spielten bekanntlich eine höchst traurige wie verächtliche Rolle in der „Hetze gegen die Krone“, wie auch in derjenigen gegen den Grafen von Waldersee. „Diese“ Presse ist eine reine Ironie für monarchische Verhältnisse, sie hat eine verwünschte Aehnlichkeit mit den Organen eines revolutionirenden spanischen Generals, der ein Pronunciamento vorbereitet. Bei ihr scheint nicht die Monarchie, auch nicht der Staat der eigentliche Zweck für ihre „Arbeiten“ zu sein, sondern etwas ganz anderes.

Das merkwürdige bei der Sache ist nur, daß solche Intriguen so lange ohne die nöthigen Untersuchungen und Klarstellungen bestehen können und sich noch immer keine Autorität findet, welche mächtig genug ist, um mit starker Hand die dürftigen Schleier herabzureißen und die längst verdiente Strafe zu verhängen.

Nachrichten wie die, welche durch solche Correspondenzen gebracht werden, die sind allerdings geeignet, „Unsicherheit, Verwirrung und Mißtrauen“ zu erregen, aber in einer ganz anderen Weise als die „Norddeutsche“ es in ihrer Nr. 100, Abendausgabe, hinzustellen beliebt.

Wir bringen diese „Correspondenz“, deren Sinn gar nicht mißzuverstehen ist, nach dem „Reichsboten“. Dieser schreibt in seiner Nr. 41 wie folgt:

„In den Wein der Kaiserlichen Erlasse bemüht sich eine Correspondenz aus Berlin in den „Hamburger Nachrichten“ wiederum Wasser zu gießen. Die Correspondenz wird in dem Blatt als „von besonderer Seite kommend“ eingeführt. Aus den Ausführungen ersehen wir, daß die internationale Vereinbarung Vorbedingung für die Inangriffnahme der Arbeiterschutzgesetzgebung sein soll. Es heißt in dem Artikel: „Entweder wird der mit der Conferenz verfolgte Zweck erreicht und dann wird die Arbeitergesetzgebung im Sinne des Kaisers ohne Schädigung der Industrie möglich sein, oder die Conferenz scheitert, dann wird die Aktion überhaupt unterbleiben. Ein Echec der Kaiserlichen Politik wäre im letzteren Falle überall nicht vorhanden, weil der Erlaß an die preußischen Minister, welcher von den diesseits zu ergreifenden staatlichen Maßregeln sprach, ausdrücklich hervorhob, daß die Feststellung gleichmäßiger internationaler Grenzen für die Anforderungen, die an die Arbeiter gestellt werden dürften, die Hauptschwierigkeit bilde, die sich der Ordnung der Arbeiterverhältnisse in dem vom Kaiser beabsichtigten

Sinne entgegenstellten und daß er deshalb die Conferenz berufen lassen wolle. Gelingt die Behebung der Schwierigkeiten durch die Conferenz nicht, so ist eben eine Hauptbedingung der preußischen Aktion nicht erfüllt, und letztere kann je nach Lage der Dinge vertagt, aufgegeben oder beschränkt werden.“ Wir haben schon hervorgehoben, daß es das größte Unglück wäre, wenn man den nationalen Arbeiterschutz, der unter allen Umständen die Hauptsache bleibt, irgendwie von dem diplomatischen Erfolg der internationalen Bemühungen abhängig machen wollte. Ein nationaler Arbeiterschutz, von uns redlich und groß durchgeführt, würde mit seinem moralischen Schwergewicht allmählich auch ohne alle Diplomatie den internationalen Arbeiterschutz erzeugen. Die „Hamb. Nachrichten“ schreiben weiter: „Befremden darf erregen', daß, wie es scheint, die Veröffentlichung der Erlasse auf einige Kreise des politisch-gemäßigten Bürgerthums eher lähmend als ermunternd gewirkt hat. Man fürchtet eine Steigerung der Begehrlichkeit der Arbeiter, und infolge dessen eine um so größere Geneigtheit, den Lockrufen der Socialdemokratie zu folgen. Es ist möglich, daß diese Befürchtung sich hier und da bewahrheitet; andererseits aber steht mit weit größerer Sicherheit zu erwarten, daß sich infolge der Kaiserlichen Erlasse und der Aktion, die sie einleiten, die längst erstrebte Scheidung zwischen Arbeiterpartei und Socialdemokratie sich aussichtsvoll anbahnt.“ Der Artikel schließt wie folgt: „Man kann nicht verlangen, daß die Arbeitgeber mit dithyrambischer Begeisterung eine Gesetzgebung begrüßen sollen, deren Lasten sie in erster Linie zu tragen haben werden; wohl aber darf man von ihrer Intelligenz erwarten, daß sie die Nothwendigkeit, diesen Weg zu betreten, begreifen. Im übrigen weiß niemand besser als die Industrie selbst, wie weit die Regierung davon entfernt ist, ihr Lasten aufzuerlegen, welche sie dem Auslande gegenüber ernstlich schädigen könnten. Das wird niemals geschehen.“ Kritisch über das Kaiserliche Programm hat sich der nationalliberale Candidat Möller in einer Wahlrede in Dortmund ausgesprochen. Die Einsetzung von Schiedsgerichten durch die Gesetzgebung sei verwerflich. Diese ließen sich nicht nach einer allgemeinen Schablone schaffen. Ebenso nicht die geforderten Arbeiterausschüsse. Was an einer Stelle passe, das passe anderswo nicht. Vor allem gelte es, Ruhe in der Gesetzgebung zu halten. Früher waren diese Herren immer für Gleichheit vor dem Gesetz. Warum soll das Gesetz keine Schiedsgerichte einrichten? Sollen das immer erst die Strikes thun?

Warum wollen die Herren nicht lieber gesetzlich geordnete Einrichtungen, welche den Strike verhüten, als daß sie alles auf den Strike ankommen lassen? Die Herren sollten doch bedenken, daß die Sache so liegt: entweder schaffen wir durch das Gesetz Ordnung oder die Revolution ist unabwendbar.

Sehr bezeichnend ist auch ein weiterer Artikel des „Reichsboten." Seiner ersten Beilage zur Nummer 19 entnehmen wir:

„An der gestrigen Börse war bekannt und die Hausse-Interessenten sorgten eifrig für die Verbreitung dieser Nachricht, daß am Abend in einem offiziösen Organe ein scharfer Artikel gegen diese Forderungen der Bergleute veröffentlicht werden würde. (Wir haben schon oft darauf hinweisen müssen, daß sehr intime Beziehungen zwischen offiziöser Presse und Börse zu bestehen scheinen.) Dieser Artikel, der schon ehe er gedruckt war die Kurse hinaufschrauben half, erschien denn auch am Abend in den „Berl. Polit. Nachrichten" des bekannten Herrn Schweinburg und hat in der Hauptsache folgenden interessanten Wortlaut: Begründet werden die neuen Ansprüche mit der Behauptung, „daß dem Arbeiter im Kampfe um die Existenz faktisch das Messer an der Kehle sitzt". Die Bedeutung dieses, an die bekannten „Hungerlöhne" erinnernden Ausspruches mag an der Thatsache bemessen werden, die wir verbürgen, daß auf hervorragenden westfälischen Zechen die Löhne, beispielsweise für die wirklich unter Tage arbeitenden Kohlenhäuer und Gesteinsarbeiter, seit dem Frühjahr um 35—45 pCt. erhöht worden sind. Wir haben es hier also mit einem Vorgehen der Arbeiter zu thun, welches, die in der jüngsten Thronrede enthaltenen, väterlich mahnenden Worte von Allerhöchster Stelle vollkommen mißachtend, als rücksichtslos in jeder Beziehung und als unberechtigt gekennzeichnet werden muß. (Sollte Herr Schweinburg vergessen haben, daß die Thronrede am 15. Januar gehalten worden ist, während der Brief der Bergarbeiter mit jenen Forderungen schon am 13. Januar abgeschickt wurde? Wir müssen das annehmen, denn auf Grund einer Datum-Fälschung die Unterthanen bei dem Monarchen anzuklagen, — dazu ist ein offiziöses Blatt doch wohl nicht fähig. D. R.) Dieses Verhalten darf nicht Verwunderung erregen (!) Es ist oft auf den in unserer Arbeiterschaft noch vorhandenen gesunden Sinn hingewiesen worden. Wir wollen denselben nicht leugnen, dieser gesunde Sinn ist aber zurückgedrängt worden durch eine systematische Ver-

hetzung, der selbst die Tribüne des Reichstages dienen mußte. Von dort aus wurden Reden gehalten, die in weitgehendster Uebertreibung und in Verhetzung der Arbeiter gegen die Arbeitgeber Unglaubliches leisteten — alles, um für gewisse Parteien die Stimmen der Arbeiter für die nächsten Wahlen einzufangen. Diese Parteien scheinen auch das Wort „nach uns die Sündfluth" als Richtschnur angenommen zu haben, denn jenen großen Politikern kann nicht entgehen, daß, wenn die Forderungen, zu denen sie die Arbeiter angestiftet haben, zur Durchführung gelangen sollten, die hauptsächlichste Grundlage des Reiches, die wirthschaftliche Prosperität, ernstlich in Frage gestellt werden wird. (Nun folgt die übliche giftige Polemik gegen die „Kreuzzeitung", die wir wegen ihrer Sinnlosigkeit fortlassen. D. R.) Die Arbeitgeber aber, an welche jetzt diese Forderungen herantreten, werden bezüglich der Antwort kaum im Zweifel sein. Sie mußten wahrnehmen, daß all ihr, selbst von Allerhöchster Stelle anerkanntes Entgegenkommen zur Festigung des Friedens mit den Arbeitern nichts beigetragen hat. Dem auf sie geübten Drucke nachgebend, haben sie zuletzt gegen ihre bessere Erkenntniß auf Schutzmaßregeln (die Arbeitersperre! D. Red.) verzichtet, welche sie aufgrund des Coalitionsrechtes auszuüben in der Lage waren, eines Rechtes, das seitens der Arbeiter in ausgiebigster Weise gegen sie angewendet wurde. Die Arbeitgeber sehen jetzt die Früchte reifen, welche gesäet wurden, als man, in freilich sehr gut gemeinten Vermittelungen direkt mit der Arbeiterschaft verhandeln (W e r i s t m i t d e m „m a n" g e m e i n t? etwa gar Se. Majestät der Kaiser, der bekanntlich direkt mit den Arbeitern verhandelte, und ein Gleiches den Arbeitgebern rieth? D. R.), diese von den Arbeitgebern loslöste und sie als kriegführende Partei behandelte. Jetzt, da der Bogen so gespannt ist, daß die von der Kohlenproduktion abhängende wirthschaftliche Wohlfahrt des gesammten Landes in Frage gestellt wird, werden die Industriellen kaum anstehen, zur Wiedergewinnung der ihnen zukommenden Stellung als Arbeitgeber den angebotenen Kampf aufzunehmen und durchzuführen. Sie werden dies können, da ihnen, angesichts der Maßlosigkeit der gestellten Forderungen, die Sympathie aller Wohlgesinnten zur Seite stehen wird."

Dem „Volk" No. 59 entnehmen wir; „Es ist wohl auch kaum nöthig, hier noch einmal Alles anzuführen, was in den Fachzeitungen der Großindustrie und in Blättern, wie die „Post", gegen internationale Arbeiterschutzgesetze vorgebracht worden ist.

Nichts spricht mehr für die kaiserlichen Erlasse, als die Art und Weise, wie man versucht hat, gegen ihre Realisirung Stimmung zu machen. Erst vor wenigen Tagen wurden von der „Conservativen Correspondenz", in Nachahmung des Beispieles der „Schlesischen Zeitung", die Schrecken der Junischlacht angerufen, um vor der „Realisirung socialistischer Ziele" zu warnen. Dabei mußten die alten längst widerlegten liberalen Lügen, welche bei Beginn des Kampfes gegen die Manchestertheoretiker auftauchten, nochmals Dienste leisten. Neben dem krassesten Blödsinn über angebliche Vorgänge in den „Nationalwerkstätten des Louis Blanc", (die in Frankreich von den Gegnern der Socialreform gegründeten Nationalwerkstätten verrichteten bekanntlich nur unproduktive Arbeit) erschien die ungeheuerliche Behauptung, die Handelsstockung des Jahres 1848 sei durch die staatliche Herabsetzung der Arbeitszeit herbeigeführt worden!"

Die „Frankfurter Zeitung" schreibt in ihrer Nummer 77, erstes Morgenblatt: „E. Berlin, 16. März. Mancher der ausländischen Delegirten mag gestern doch wohl etwas überrascht gewesen sein, als die Conferenz über den Arbeiterschutz nicht von dem Manne begrüßt und eröffnet wurde, in dem das Ausland den bedeutendsten und neben dem Kaiser den einzigen Repräsentanten des Deutschen Reiches zu erblicken gewohnt ist. Die Conferenz ist vom Kaiser im Namen des Reiches, nicht etwa vom König von Preußen einberufen worden, sie hätte also auch vom Reichskanzler, und nicht vom preußischen Minister für Handel und Gewerbe eröffnet werden müssen. Der sachlichen Förderung ihrer Berathung wird die Leitung durch Herrn von Berlepsch günstiger sein, als es die durch den Fürsten Bismarck oder einen seiner untergebenen Beamten gewesen wäre. Es verdient aber Beachtung, daß bei der ersten vom Deutschen Reiche veranlaßten Conferenz, die einem eminenten Werke des Friedens gilt und weder Folge noch Vorläufer einer auf Macht- und Kriegsfragen hinauslaufenden Politik ist, der große Staatsmann des Deutschen Reiches sich demonstrativ fernhält. Freilich, wer des Fürsten Bismarck wiederholt ausgesprochene und mit der ihm eigenen Schärfe motivirte Gegnerschaft gegen die Arbeiterschutzgesetzgebung und den nach seiner Meinung aussichtslosen Versuch internationaler Verständigung darüber kennt, der wird es begreiflich finden, daß er der Conferenz fernbleibt; unbegreiflich ist nur nach den Vorstellungen, die man bisher von ihm hatte, daß die Conferenz stattfindet und daß der

Reichskanzler doch im Amte bleibt. Es tritt in diesem Vorgange ein Symptom der „Kanzlerkrisis“ zu Tage, die von der deutschen Presse mit einer außerordentlichen Zurückhaltung behandelt wird; abgesehen von besonderen Parteirücksichten, wohl hauptsächlich deshalb, weil die meisten der intimeren Vorgänge nur einem kleinen Kreise bekannt sind und dann, weil es mißlich ist, das Publikum andauernd von einer Krisis zu unterhalten, deren Entscheidung zwar nicht zweifelhaft ist, die sich aber doch, Dank der außerordentlichen Geschicklichkeit und Ausdauer des Fürsten Bismarck, noch lange hinziehen kann, besonders dann, wenn etwa Vorgänge in der äußeren Politik zu Gunsten seiner Unentbehrlichkeit für die Leitung dieses Gebiets in die Wagschale fallen sollten. Die offen zu Tage liegenden Symptome des grundsätzlichen Gegensatzes zwischen der Politik des Kaisers und des Kanzlers aber mit verlegenem Schweigen zu übergehen, wäre falsch. Weshalb nicht aussprechen, was klar vor uns liegt? Das Fernbleiben des Kanzlers von der Conferenz, an deren Spitze er natur- und pflichtgemäß gehörte, ist nur der äußere Ausdruck dafür, daß er ein Gegner dessen ist, was diese Conferenz anzubahnen sucht.“

In das Kapitel der „Gegenströmungen“ gehören auch manche Nachrichten über die Ergebnisse der ersten Staatsrathssitzungen, Seitens der Kreise, die von Anfang an den kaiserlichen Erlassen sehr skeptisch oder selbst feindlich gegenüber standen. So lange wir keine officiellen Nachrichten über die Sitzungen haben, sind die Berichte mit Vorsicht aufzunehmen und haben sie für uns nur insofern Werth, als man Andeutungen über das erhält, was von den verschiedenen Seiten etwa gewünscht wird. Alle diese Nachrichten scheinen uns in erster Linie den Zweck zu haben: Stimmung zu machen und beziehungsweise auch zu warnen. Der „Frankfurter Zeitung“ Nr. 64 erstes Morgenblatt entnehmen wir nachstehenden Bericht: „Einen recht viel sagenden Commentar zu den Beschlüssen des Staatsrathes über Arbeiterschutz liefert soeben der hiesige Correspondent der Münchener „Allg. Ztg.“, indem er schreibt:

„Schon jetzt ist wohl die Befürchtung zum großen Theil geschwunden, welche unsere Großindustriellen an die aufgeworfene Frage der Arbeiterausschüsse knüpften. Man kann das gegenwärtige Stadium dieser Frage dahin formuliren, daß von einer obligatorischen Einführung von Arbeiterausschüssen abgesehen wurde, und daß je nach den Verhältnissen bei verschiedenen Industrien und an verschiedenen Orten auch verschieden vorgegangen werden dürfte. Der

maßgebende Gedanke ist der, die guten und zuverlässigen Elemente unter den Arbeitern, zumal solche, welche durch vieljährige Zugehörigkeit zu einem industriellen Unternehmen eine innere Garantie bieten, heranzuziehen und ihnen einen eventuellen Antheil an der Kontrole und am Betrieb des Unternehmens zu gewähren. Also, in gewissem Sinne, eine Prämiirung der Stetigkeit in der Arbeit und die Zurückführung des Schwerpunktes in der Leitung der Arbeiterorganisationen von den unruhigen jungen auf die besonnenen älteren Elemente. Es soll, zum Heil des Ganzen, die Spreu vom Weizen gesondert werden."

Von solchen Nebenabsichten hat man sich also bei der wichtigen Frage leiten lassen? Man glaubt den einen Theil der Arbeiter gegen den anderen ausspielen zu können? Und man verkündet nunmehr triumphirend, daß die „Befürchtungen" der Großindustriellen „geschwunden" seien? Wir fürchten, der Umstand, daß die berechtigten Hoffnungen der Arbeiter getäuscht wurden, wird für die Zukunft mehr ins Gewicht fallen."

Zu der Bemerkung der „Münchener Allgem. Zeitung": Es soll zum Heil des Ganzen, die Spreu vom Weizen gesondert werden", ist hervorzuheben, daß in diesem Bestreben die allein richtige Behandlung der social-revolutionären Bewegung liegt, und eine Aussicht auf ihre Zurückdämmung und endliche Besiegung nur in den Erfolgen dieser Bestrebungen gefunden werden kann.

In unserer Denkschrift über die Arbeiterfrage sagten wir auf Seite 8 und 9: „Bei keiner Frage kommt es so genau auf die absolute Hilfe und Abstellung der gegebenen Mängel und Schäden an, als wie bei der socialen. Es handelt sich auch nicht im mindesten darum, ob und was der Eine oder Andere „gnädigst" zugestehen will, sondern der Angelpunkt der Frage liegt in dem Umstande, ob die Gesammtheit des Zugestandenen auch wirklich genügt, den revolutionären Socialismus mit Erfolg zu bekämpfen, indem die angewandten Mittel ihm seine besten Kräfte entziehen. Soviel ist einmal unantastbar sicher, daß der Socialismus wie er gegenwärtig vor uns steht, und ohne daß es gelingt, ihm seinen seitherigen Zuwachs und seine stetige Verjüngung zu entziehen, auf die Dauer nicht zu bekämpfen ist und er als Sieger aus einem Kampfe hervorgehen wird, in dem die moderne Gesellschaft und herrschende Staatsweisheit ihr Unvermögen erwiesen haben, den Bedürfnissen und Nothwendigkeiten zu entsprechen, welche sich unter ihrer Mithilfe aus total veränderten

socialen und wirthschaftlichen Verhältnissen und aus der modernen liberalen Gesetzgebung herausgebildet haben. Zuerst geschah Alles um das sociale, gewerbliche, wirthschaftliche Leben und die gesammten Productions-Verhältnisse von Grund aus in unübersehbarer, ungemessener Weise zu ändern, und nun, wo die Consequenzen dieser Veränderungen und Neuerungen durch die bedenklichsten, aufregendsten Thatsachen die ganze Gesellschaft im hohen Grade beunruhigen und ihren bisherigen Bestand sehr kategorisch perhorresciren, steht man rath- und thatlos den Räthseln der modernen Sphinx „sociale Frage" genannt, gegenüber. Oder hören wir nach gewissen Zeiträumen nicht immer wieder von der autoritativen Seite die Erklärung: nichts hat bis jetzt geholfen? Stets neue mechanische Machtmittel des Staates werden ersonnen und empfohlen, aber alle nützen sich ab ohne zu helfen, weil keines von ihnen eine verwundbare Stelle dieser Sphinx trifft.

Wir sagten: man würde den revolutionären Socialismus, wie er heute vor uns steht, und ohne daß man ihm seinen Zuwachs nehmen oder doch in seinen besseren Elementen sehr beträchtlich verkürzen könne, nicht besiegen. Hieraus geht hervor, daß er nur dann noch zu besiegen ist, wenn wir unser Augenmerk, unsern Willen und unsere ganze Thatkraft auf seine Theilung verwenden.

Diese kann aber nur erfolgen, indem man den bessern, noch nicht verbissenen und verzweifelnden Elementen des revolutionären Socialismus durch wirkungsreiche Reformen die sichere Aussicht verschafft, ihre Lebenshaltung in einer Weise zu verbessern, die sie gern den in unsichere Ferne gerückten Phantomen und Versprechungen ihrer Führer vorziehen, die, wohlbemerkt, nur von der Aufregung und Erbitterung der Massen ihre Einflüsse ableiten, und welche die Verbesserungen deren Lebenslagen schon deshalb nicht wünschen,[1]) weil sie hierdurch an ihrer persönlichen und gesellschaftlichen Bedeutung verlieren würden.

Die sociale Frage ist gegenwärtig noch immer für die große Mehrzahl des revolutionären Socialismus eine ganz bestimmte Magenfrage, wenn sich auch mit der Zeit — wie das ja stets bei allen großen, gesellschaftsbewegenden Fragen der Fall ist — ihm reine Idealisten angeschlossen haben. Das Gros der Bewegung wird aus Arbeitern, aus Familienvätern gebildet, welche keinenfalls

---

[1]) Wir gestehen auch hier bereitwilligst Ausnahmen zu.

für Reformen unzugänglich sein werden, wenn diese auch wirklich den Veränderungen und Nothlagen entsprechen, welche sich im Laufe von circa vierzig Jahren in den Productions- und socialen Verhältnissen ergeben haben. Dem revolutionären Socialismus gegenüber giebt es nur eine Parole, die Aussicht auf Sieg verleiht, und die heißt: man theile ihn.

Man theile ihn, indem man seine noch nicht fanatisirten, vernünftigen Elemente und alle jene, welche einer sicheren und guten Existenz gegenüber nicht abgeneigt bleiben werden, auf die Bahnen des ungewaltsamen, gesetzlichen Fortschrittes leitet."

Wie man sich in anderer Weise die Bekämpfung des revolutionären Socialismus vorstellen will, natürlich abgesehen von der ultima ratio der Kanonen und Bajonette, ist uns unverständlich. Ueber diesen Punkt sagten wir in unserer „Denkschrift", Seite 59 und 60:

„Wir glauben also schon aus den einfachsten Erwägungen der Klugheit und des Selbsterhaltungstriebes sehr darauf hingewiesen zu werden, dem berechtigten, noch nicht verdorbenen Socialismus nicht blos theoretisch, sondern endlich auch einmal praktisch näher zu treten.

Diese Schritte werden den „Anfang zur Rettung aus der Gefahr" bedeuten; sie entsprächen auch vollständig einem durchdachten, staatsmännischen Conservatismus, der allerdings himmelweit von einem peträfacten Conservatismus verschieden ist, wie er von gedankenarmen und servilen Leuten aufgefaßt und vertreten wird.

Den Socialismus sans phrase bekämpfen zu wollen, erinnert lebhaft an den Windmühlenkampf des edlen Ritters von La Mancha. Mit Leuten, welche diesen Kampf wollen, verlieren wir unsere Zeit nicht. Wenn hingegen der Socialismus bösartig ist, wenn er alle Verbesserungen innerhalb der gegebenen gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse perhorrescirt, wenn er sich gegen unser ganzes Cultur- und Rechtsleben stellt und dieses mit Gewalt beseitigen will, wenn ihm die Revolution mehr gilt, als das Wohlergehen der Arbeiter, wenn jene ihm allein Zweck ist, dann hat man ihn auch mit der größten Energie und Rücksichtslosigkeit zu bekämpfen und braucht dann keine Skrupel oder Zweifel über die Rechtmäßigkeit und Nothwendigkeit dieses Kampfes zu haben.

Die größten Schwierigkeiten, welche die Regierungen gegenwärtig gegenüber der Socialdemokratie haben, liegen offenbar in dem Umstande, daß diese noch immer in manchen Dingen vollkommen

Recht besitzt, und daß nicht wenige Menschen in und außer dem Reichstag gegen ein scharfes Vorgehen sind, so lange sie wissen, daß der Staat hinsichtlich des arbeitenden Volkes noch Pflichten zu erfüllen hat und ihm gegenüber ein Schuldner ist. Man scheut sich, gegen Leute scharf vorzugehen, von denen weitaus die Meisten nicht aus Laune, Bosheit oder Ehrsucht Socialdemokraten geworden sind, sondern durch die Unerträglichkeiten total falscher und ungerechter Wirthschafts- und Erwerbsverhältnisse dem revolutionären Socialismus verfielen. Es ist sehr begreiflich, daß, so lange dieselben Umstände noch bestehen, die Tausend und Abertausende Socialdemokraten werden ließen, man Anstand nimmt, mit vollster Strenge vorzugehen. Wenn die heutige Gesellschaft ihre Schuld an die Productivstände und speciell an die Arbeiterbevölkerung abgetragen hat, jeder fleißige, nüchterne Arbeiter in der Lage ist, sich ein Vermögen, von dem er wirklich gut leben kann, erarbeiten zu können, wenn man ferner der Kirche ihre volle Freiheit zur Entwickelung ihrer segensreichen socialen Einflüsse zurückgegeben, auch die destruktiven, religionsfeindlichen Tendenzen in der höheren, wie in den sogenannten wissenschaftlichen Kreisen nicht mehr tolerirt und immer noch eine revolutionäre Partei bestehen sollte, dann kann man mit dem besten Gewissen auf die denkbar strengste Weise vorgehen. Wir glauben aber, daß, wenn erst Alles geschehen ist, was wir verlangen, Ausnahmegesetze ganz von selbst wegfallen und wir sehr wohl mit den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen auszukommen vermögen."

Der „National-Zeitung" No. 133, Morgenausgabe, welche mehr als kühl den Erlassen gegenübersteht, entnehmen wir nachstehenden Artikel über die Resultate der Staatsrathssitzungen: „Ueber die Verhandlungen des Staatsraths wird dem „Hamb. Corr." noch geschrieben: Es war angesichts der weitgehenden Meinungsverschiedenheiten, die namentlich in Bezug auf die Organisation der Arbeitervertretung bis dahin hervorgetreten waren, die Spaltung des Staatsrathes in mehrere, sehr abweichende Standpunkte vertretende Gruppen und eine von der Minderheit lebhaft bekämpfte Beschlußnahme der Mehrheit zu befürchten. Erfreulicher Weise ist aber das Gegentheil eingetreten. Die vor der Einberufung des Staatsrathes und auch noch im Anfange der Berathungen vorhandenen Meinungsverschiedenheiten haben sich im Laufe der eingehenden Erörterung mehr und mehr ausgleichen und die verschiedenen Standpunkte auf einer mittleren Linie vereinigen lassen, bei der sowohl die idealen

wie die realen in Frage kommenden Gesichtspunkte zu ihrem Rechte gelangen. Es ist in dieser Hinsicht bezeichnend, daß sich sowohl Geheimrath Hinzpeter als Freiherr von Stumm von dem Ergebniß der Berathung des Staatsrathes befriedigt erklären. Dieser befriedigende Ausgang ist der nach beiden Seiten klärenden, eingehenden und sachlichen Erörterung der Materie zu danken, bei welcher der Kaiser mit dem Beispiel eingehender objectiver Sachbehandlung und einer tiefernsten, Gründe und Gegengründe nach ihrem vollen Werthe würdigenden Auffassung vorging. Unter dem läuternden Eindrucke dieser Erörterungen ist auf beiden Seiten manches Vorurtheil verflogen und mit der Ueberzeugung des gleich guten Willens und gleich warmen Interesses auf allen Seiten die Grundlage für die Bildung einer communis opinio des Staatsrathes gewonnen worden. Die treffliche Berichterstattung Miquel's, sowie seine sachkundigen und maßvollen Vorschläge haben nach dem übereinstimmenden Urtheile der Betheiligten sehr wesentlich zu dem befriedigenden Beschlusse beigetragen. Man darf hiernach hoffen, daß das Ergebniß der Berathungen des Staatsraths auch die anderwärts gegen die kaiserliche Reformidee obwaltenden Bedenken beseitigen und so das Zusammenwirken aller Kräfte innerhalb der Regierung zu ihrer Durchführung sichern wird. Man hört jetzt schon vielfach den Wunsch äußern, daß auch die in Preußen auf dem Gebiete des Steuer- und Communalwesens schwebenden großen Reformfragen unter dem Vorsitz des Kaisers im Staatsrathe erörtert werden möchten; die Ueberwindung einer gewissen Stagnation, die sich nicht ableugnen läßt, würde alsdann mit Sicherheit zu erwarten sein. Es spricht sich in solchen Wünschen und Erwartungen eben nur der Eindruck aus, den die Theilnehmer an den Berathungen des Staatsrathes von der Person, dem Geiste und dem Charakter des Kaisers gewonnen haben.

Wir haben das Ergebniß der Staatsraths-Verhandlungen schon bezeichnet; betreffs der Arbeiterschutz-Gesetzgebung entspricht es ungefähr den wiederholten Beschlüssen des Reichstags; betreffs der Arbeiter-Vertretungen kommt es auf die staatliche Beförderung freiwilliger Bildung von Arbeiter-Ausschüssen, u. A. durch das Beispiel der staatlichen industriellen Betriebe, heraus."

Wir schließen diese lange aber für den historischen Zusammenhang absolut nöthige Berichterstattung mit einem Theile des vorzüglichen Artikels No. 104 Abend-Ausgabe der „Kreuz-Zeitung"

mit der Ueberschrift: „Rettung der Gesellschaft“: „Dieser unvermeidlichen Entwickelung, die schon deutlich genug erkennbar ist, kann nur durch die höchste Gewalt Halt geboten werden. Nur eine Autorität, die auf einem höheren Rechtstitel beruht, als auf der Protektion der großen Spekulanten, oder auf Popularität bei der Masse, kann eine Gesellschaftsrettung in dem Sinne ausführen, daß die Gesellschaft vor den Consequenzen ihrer eigenen Fehler bewahrt bleibt, die sonst nothwendig zu ihrer Auflösung und ihrem Untergange führen müßten.

Es ist die sociale Bedeutung der Kaiserlichen Erlasse, daß damit Hand an eine solche Rettung der Gesellschaft durch die berufenen Gewalten gelegt wird.

Gegenwärtig bietet die Gesellschaft das Bild zweier großen Verschwörungen dar: wir sehen erstlich eine internationale Verschwörung der großen Spekulanten, die durch ihre „Ringe“ und „Syndikate“ der ganzen Welt die Preise der nothwendigsten Bedürfnisse dictiren; und in der Tiefe brütet die internationale Verschwörung der Proletarier. Beide sind noch zu weit von einander entfernt, um sich direct gegeneinander zu setzen; vielmehr richten beide ihre Aktion gegen die noch dazwischen befindlichen Schichten, gegen Fabrikanten, Handwerker, Groß- und Kleingrundbesitzer, die einen mit der Absicht, jene konkurrenz- und widerstandsunfähig zu machen, die anderen mit der Absicht, jene zu sich herabzuziehen. Beide sind überdies bemüht, sich die Gesetzgebung und die Staatsgewalt dienstbar zu machen. Ueberließe man sie ihrer Arbeit ungestört, so könnte das oben angedeutete Ende mit Schrecken nicht ausbleiben.

Die kapitalistische Gesellschaft ist selbst unfähig, sich zu helfen und die ihr drohenden Gefahren abzuwehren. Sie versteckt sich eben so, wie die feudalistische Gesellschaft Frankreichs in ihren Fehlern und weigert sich jeder gründlichen Reform. Sie hat ihren Bankerott rund und nackt erklärt, indem sie laut und leise versichert, das, was der Kaiser wolle, sei eigentlich unausführbar. Man wird sie daher wie einen eigensinnigen Kranken zwingen müssen, die Medizin der socialen Reformen zu verschlucken.

Es wird die Aufgabe der jetzt angebahnten internationalen Verständigung der Regierungen sein, die Thätigkeit jener beiden internationalen Erscheinungen, der Spekulanten wie der Proletarier, zu paralysiren, indem jede Regierung die Leitung der Volkswirthschaft

ihres Landes als eine eminent politische und nationale Angelegenheit für sich reklamirt und demgemäß auch die Weltwirthschaft nicht, wie bisher, Sache der Abmachungen einiger Finanziers, sondern Sache internationaler Verträge wird. Das gibt den Regierungen die Stellung, die ihnen gebührt, und gibt den Regierten die Garantie, daß ein jeder zu seinem Rechte kommt."

Die Leute, welche die Gegenströmungen gegen die Intentionen der Kaiserlichen Erlasse einleiteten und unterhalten, werden ihren Hauptcoup auf der internationalen Conferenz führen. Hier werden sich die „formalen" Beförderer der Socialdemokratie, die „Gärtner" der revolutionären Bewegung die Hände reichen, um das Manchesterthum möglichst triumphirend aus den Verhandlungen hervorgehen zu lassen. Ist doch schon das „Prävenire" gespielt, um das aufzugeben oder zu vertagen, was die kaiserlichen Erlasse verlangen. Man wird, wenn die Intention des ersten Erlasses an den Reichskanzler auf der Conferenz Fiasko gemacht, das benützen, um auch den zweiten an den Minister der öffentlichen Arbeiten möglichst „ungefährlich" zur Ausführung zu bringen. Fürwahr! die Feinde, die dem kaiserlichen Vorgehen gegenüberstehen, sind zahlreich und mächtig. Auf Frankreich, Belgien und namentlich England ist nicht zu rechnen. Für Letzteres wählte der schon genannte, incarnirte Manchestermann Lord Salisbury[1]) die Delegirten; das sagt genug. Diesen traurigen Prämissen gegenüber, wirkt es wie Frühlingsluft nach einem naßkalten scheußlichen Winter, was die „Berliner Volkszeitung" schreibt. Sie sagt: „Zwei von einander durchaus unabhängige Seiten bestätigen uns, daß der Kaiser, der unausgesetzt und von dem ebenso aufrichtigen wie offenbaren Wunsche beseelt ist, auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes endlich etwas ordentliches vor sich zu bringen, an den Verhandlungen Theil genommen hat. Insbesondere hat er dem Kleeblatt Baare, Jencke, Stumm, welches mit größter Hartnäckigkeit den Standpunkt des rücksichtslosen Profites vertrat, eben diesen Standpunkt gehörig klar gemacht. Die betreffende Aeußerung wird uns nicht völlig übereinstimmend berichtet. Ihr Sinn ging dahin: „daß die moderne Gesellschaft nicht auf dem Secirtische der Großindustrie liege und kein Objekt sei, an welchem die großen Herrn dieser Industrie nach ihrem bon plaisir herumschneiden dürften."

Die „Volkszeitung" theilt dann noch mit, „der Kaiser habe

---

1) Siehe Denkschrift Seite 83.

sich gegen das Socialistengesetz in jeder Form erklärt; er meint, mit der Socialdemokratie allein fertig zu werden, hat aber selbst erklärt, daß er hierbei nicht an Gewaltmittel denkt."

Ein weiterer Ausspruch des Kaisers, der seinen hohen, edlen, und wir fügen sehr beruhigt noch hinzu: auch seinen durchaus weisen, staatsmännischen Intentionen sehr ähnlich sieht, geht durch die Presse. Der Kaiser soll geäußert haben: „Wenn man es **nur** mit schlechten Elementen und vaterlandsfeindlichen Menschen zu thun hat, dann mag man sich immerhin durch Gesetze wie das Socialistengesetz vor peinlichen Ueberraschungen sichern. Rechnet man aber auf die selbstthätige Mithilfe des ehrlichen und guten Theiles der Bevölkerung, so verlangt das Vertrauen, welches man fordert, zugleich das Vertrauen, welches man gibt."

Wir können bei diesen Mittheilungen wiederum nur sagen: Gott der Herr erhalte unsern Kaiser und schenke ihm „**die**" Männer, die er zur Durchführung seiner wahrhaft kaiserlichen Intentionen so nothwendig braucht. Schon öfter sind die edelsten, besten und providentiellsten Ideen und Absichten an ihren ungenügenden, fehlerhaften Ausführungen oder durch ihren fast gefährlichsten Feind: den passiven Widerstand ihrer Vollzugsorgane, gescheitert.

## Sechstes Kapitel.

## Was würde geschehen, wenn die kaiserlichen Intentionen keine durchgreifende Realisirung erführen?

Hätten wir die Macht, diese Frage nebst ihrer Antwort bis zu ihrer Erledigung täglich auf allen öffentlichen Plätzen ausrufen zu lassen, wir würden vollen Gebrauch von ihr machen. Wiederum bewahrheitet sich für Viele der Hegel'sche Ausspruch, „daß die Geschichte die Lehre von der Unfähigkeit der Menschen sei aus der Erfahrung zu lernen." Wer wie wir in der Mitte des täglichen Verkehrs steht, staunt über die verhängnißvolle Summe von Indifferenz, die man nicht selten gerade in den sogenannten gebildeten und höheren Ständen antrifft. Die geistige Hilfslosigkeit solcher Leute, die aber trotzdem voller Ansprüche sind und ihr politisches Verständniß auch sicher nicht gering achten, ist oft frappirend. Wir kennen Menschen, welche die Zeitungen von hinten zu lesen anfangen, andere, welche überhaupt Jahr für Jahr nur ein Blatt lesen, und wieder andere,

welche ihr politisches Raisonnement aus den Gesprächen ergänzen, die sie auf Resourcen oder Casinos vernehmen, aber dennoch eine „eigene" politische Meinung haben und solche Anderen aufdrängen wollen. Man glaube ja nicht, daß diese Herren zu der Ausnahme gehören, nein, im Gegentheil, sie bilden die Regel für das große Publikum der sogenannten „gebildeten Kreise." Jetzt, nachdem die „sociale Frage" durch die kaiserlichen Erlasse wieder einen akuten Charakter angenommen und ihre Aktualität alle anderen Interessen in entschiedener Weise prävalirt, zeigt sich erst wieder, wie unverantwortlich wenig oder gar nicht man sich in diesen Centren der Bildung und Vornehmheit mit der wichtigsten aller Fragen der Gegenwart, mit der „Socialen", beschäftigt hat. Es ist Thatsache, daß man es wenigstens im allgemeinen in jenen Kreisen nicht für vornehm und noch weit weniger für „unterhaltend" hielt, über sociale Fragen zu sprechen. Wir sind hundert Mal Zeuge gewesen, wie man in diesen Cirkeln lange Gesichter zog, wenn einmal selbst ganz zufällig über die socialen Verhältnisse gesprochen wurde. Man hielt es offenbar nicht für chic, solche Themas zu ventiliren. Auf die öfter an uns gestellte Frage: „was arbeiten Sie eigentlich"? nahmen die Züge einen überlegenen, spöttischen Ausdruck nach der Antwort an, daß wir uns mit socialen und wirthschaftlichen Fragen beschäftigen. Hier kann man allerdings jene Leute durch die Worte apostrophiren: „spottet seiner selbst und weiß nicht wie." Hier ist aber kein besonders scharfer psychologischer Blick nöthig, um zu wissen, warum die sociale Frage nicht als salonfähig betrachtet wird. Indem man nichts von ihr weiß und demnach nicht gut über sie reden kann, muß ihr Thema unangenehm berühren; die eigene Ignoranz soll verborgen bleiben. Selbst heute noch würde die weitaus große Mehrheit der „vornehmen, gebildeten" Kreise die Antwort auf die Frage: „worin besteht die sociale Frage" entweder ganz schuldig bleiben oder wir erhielten etwas seltsame Erklärungen. Wir haben es mithin, um kurz zu sein, mit einer gewaltigen Summe von verschuldeter und unverschuldeter Unwissenheit zu thun, welche selbst dem gewöhnlichen Verständniß über die socialen Verhältnisse im Wege steht. Der bekannte Ausspruch jenes hinterpommerischen Landraths in Betreff von „christlich-social": „christlich sind wir Alle und social gehört vor den Staatsanwalt", hat für einen großen Theil unserer vornehmen, gebildeten Welt durchaus noch nicht seine Bedeutung verloren.

Wie oft hörten wir unterdessen mit überlegener Miene und vollem Accent äußern: „ich weiß nicht, aber das Vorgehen des Kaisers in der Abeiterfrage scheint mir doch einen Haken zu haben; die Kerle werden noch unverschämter und begehrlicher."

Auf unsere bescheidene Frage, „was man denn glaube, daß hätte geschehen sollen", wurde in Variationen, aber stets im gleichen Sinne erwidert: „Ja nun, wissen Sie, wir meinen nur; es ist ja eine große Frage, es ist doch immer sehr gefährlich; man weiß nicht, was daraus wird." Auf unsere weitere Frage, „ob man denn vielleicht wisse, was „daraus" werden würde, wenn man die social-revolutionäre Bewegung auch noch weiterhin ignorire und sie ruhig weiter wuchern ließe", wurde mit dem bekannten Achselzucken geantwortet oder geäußert, „die Sache wäre gar nicht so schlimm, man würde mit den Leuten schon fertig, man solle nur Ernst zeigen."

Als wir uns auch nach dieser Sentenz noch nicht zufrieden geben wollten und vorwitziger Weise sagten: „allerdings! Ernst zeigen, ist sehr recht und nothwendig, aber bitte! wie und wann soll nach Ihrer Ansicht Ernst gezeigt werden? Der Kaiser macht ja Ernst, Sie sind jedoch wie es scheint damit nicht einverstanden, oder verstehen Sie unter „Ernst machen" nur, daß geschossen oder gehauen wird? beides kann aber doch nur geschehen wenn es bereits zu revolutionären Erhebungen gekommen ist. Diese werden aber im großen Umfange nur dann stattfinden, wenn die Verhältnisse so weit gediehen sind, daß sie von der Oberleitung der revolutionären Bewegung für stark genug erachtet werden, um siegreich zu bleiben. Dann ist aber die Katastrophe da, deren Ausgang wir Alle nicht mit Bestimmtheit voraussagen können. Es bleibt demnach nur ein Mittel, und das besteht in der Ablenkung der Gefahren, in der möglichsten Abtrennung der besseren und einsichtigen Elemente von ihrer bisherigen Leitung. Diesen Weg, der seit zwölf Jahren von allen erfahrenen Socialpolitikern dringend empfohlen wurde, hat nun der Kaiser eingeschlagen und es ist eine ernste Pflicht aller staatserhaltenden Elemente, die kaiserlichen Intentionen nach allen Seiten zu vertreten." Mit unserer Einwendung war auch der Dialog beendigt, denn wir erhielten keine weitere Antwort. Man fing mit Würde von der Oper, den schönen neuen Pferden des Herrn X. X., von der Jagd, und da in letzterer Zeit das Gespräch über die Influenza jenes über „das Wetter" besiegt hatte, von dieser „unheimlichen Geschichte" an. — Wir skizziren hier absichtlich einmal

den Verlauf eines solchen „politischen" Gespräches, welches typisch für die Mehrzahl der bereits bezeichneten Elemente ist. Und nach einem solchen geistigen Mob soll man noch viel fragen? Ihm gegenüber, wenn er mucksen soll, ist auch „Ernst" nöthig. Die gelegentlichen revolutionären Aspirationen sind nicht nur in den unteren, sondern mitunter auch recht merklich in den oberen Regionen zu Hause, hier haben sie nur andere Ursachen. Leute! welche sich in ihren ihnen angenehmen, zusagenden oder lukrativen Verhältnissen als wahre Säulen der Throne, selbst als Paladine ihrer Fürsten aufspielen, schillern oftmals gar rasch in recht verdächtigen Farben, wenn die Verhältnisse für sie ihre Annehmlichkeit verlieren, oder gar von ihnen verlangt wird, ihre Gesinnungen auch durch Opfer oder Entsagungen zu beweisen. Bei solchen Veranlassungen fallen dann ganz plötzlich die Masken und man erkennt die große politische Heuchelei mit der man so lange zu täuschen verstand. Bei Vielen reicht ihr „Royalismus" nicht weiter als ihr persönliches Interesse, das für sie allein maßgebend ist. Doch brechen wir dieses Thema ab, denn das, was wir erst erlebt, würde zu Commentaren führen, welche anzuwenden wir vorerst unsern Lesern überlassen wollen.

Wie würde es also werden, wenn die kaiserlichen Erlasse keine durchgreifende Realisirung erführen?

Indem wir auf die Frage direkt eingehen, soll unserer Antwort als Motto vorangestellt werden, was Ancillon lehrte. Er sagte: „Will man das „Sein" retten, muß man es mit dem „Werden" verbinden."

Der wahre Staatsmann läßt sich nicht durch politische, sociale oder wirthschaftliche Ereignisse oder gar Umgestaltungen überraschen, er läßt sich solche auch nicht abzwingen. Die wahre Staatskunst und Staatsweisheit beruht a priori darauf, daß man die wahren Ursachen der aufstrebenden, wie abnehmenden Bewegungen ebenso kennt, als die Kräfte über welche sie zur Zeit gebieten, oder welche ihnen im Connex aller maßgebenden Faktoren und Verhältnisse noch zufallen können, beziehungsweise zufallen müssen, oder über welche sie nun im Vergleiche zu früher weniger oder gar nicht mehr zu verfügen haben. Dies gilt für die innere, wie äußere Politik. Es läßt sich auch durch die Worte ausdrücken, daß man die Ursachen und Umstände aller Stärken und Schwächen, mit denen gerechnet werden muß, genau kennt. Ein Staatsmann, der nicht von diesen Voraussetzungen ausgeht, der den Zusammenhang und die treibenden

Kräfte bestimmter Verhältnisse nicht beachtet, gleicht genau einem ungeschickten, unwissenden Arzte, der z. B. nur Geschwüre an sich behandelt, während ihn der Organismus, aus dem sie doch hervorgehen, gleichgiltig läßt. Ein solcher soi disant-Staatsmann gleicht auch einem Baumeister, der fort und fort die Sprünge an einem Hause verschmieren und übertünchen läßt, dem es aber nicht einfällt, ihnen weiter nachzuforschen und nach dem Fundamente des Hauses zu sehen. In den Händen des schlechten oder gewissenlosen Arztes zehrt sich der Organismus seines Patienten auf; unter der Leitung des unverständigen Baumeisters werden die Fundamente des Hauses weichen, immer mehr sinken, bis die Tragfähigkeit des Hauses aufgehört und es zusammenstürzt. Wir können es nicht unterlassen, auch an dieser Stelle die volle Verantwortung für Alles, was seit zwölf Jahren versäumt wurde, und an dem deutschen Volkskörper auf eine kaum mehr gut zu machende Weise verdorben wurde, dem Fürsten Bismarck zu übertragen, der gerade durch seine exceptionelle Machtfülle mehr als je ein anderer Kanzler oder Minister-Präsident in der Lage war, ein- und durchzugreifen. Dem Fürsten Bismarck standen keine Hindernisse entgegen, er konnte was er wollte, aber hier wollte er nicht, und deshalb unterblieb auch vollständig, was Ancillon lehrte. Die social-revolutionäre Bewegung die sich erst unter „seiner" Regierung bildete und entwickelte, wurde mit dem Pflaster des Socialistengesetzes bedeckt, das die weitverzweigten Eiterbildungen hervorrief und das sociale Geschwür erst recht vertiefte. Was uns Ancillon lehrt, wird mit anderen Worten von dem genialen Grafen Cavour bestätigt, der die prophetischen Worte sprach: „In der oekonomischen wie in der praktischen und religiösen Sphäre können Ideen nur durch Ideen, Grundsätze nur durch Grundsätze bekämpft werden. Sind einmal Lehrmeinungen dahin gekommen, daß sie die Geister beherrschen, so setzen sie sich früher oder später in positive Thatsachen um und geben der Welt eine andere Gestalt."

Was für Ideen und Grundsätze stellte nun Fürst Bismarck dem revolutionären Socialismus gegenüber? Thatsache ist, daß die Ideen und Grundsätze, welche der socialdemokratischen Propaganda entgegengestellt werden sollten, nicht entgegengestellt wurden, und sie jedenfalls auch nur deshalb in einer so rapiden Weise wuchs, daß man die Zeit förmlich kommen sieht, „wo sie sich in positive Thatsachen umsetzt und der Welt eine andere Gestalt gibt."

Unser echt staatsmännischer Kaiser, dem zwar wie früher angeführt, ein englisches Blatt den Rath ertheilt, seinem weit klügeren Kanzler nicht vorzugreifen", hat die verhängnißvollen Fehler der Bismarck'schen inneren Politik, deren ganze „Kunst" nur noch in der Anwendung von rein mechanischen Machtmitteln bestand, erkannt. Der thatsächlich „weit klügere" Kaiser griff seinem Herrn Kanzler in die Zügel, der den Staatswagen dem Abgrunde immer näher führte. Den Fürsten Bismarck als maßgebende Person unschädlich zu machen, ihn als solche zu beseitigen, drängte sich allen klaren und weitersehenden Politikern als ein ganz bestimmtes Postulat der Staats-Raison auf. Dem Bismarck'schen Nichtsthun setzte der Kaiser seine Erlasse vom 4. Februar 1890 entgegen, welche die Anregung zur Klärung und Formulirung der Ideen und Grundsätze für die positive Bekämpfung der socialrevolutionären Bewegung gegeben haben. Beide, die Ideen, wie die Grundsätze werden sich aber eben so wohl gegen die „Revolution des Kapitalismus" als wie gegen dessen Contrerevolution, die bisher ihren Ausdruck nur in der Socialdemokratie gefunden hat, wenden müssen, wenn sie ihrerseits der Welt und zwar im positiven Sinn, eine andere Gestalt geben sollen.

Unverständige Leute sprechen immer nur von dem revolutionären Socialismus, als einer Erscheinung, die plötzlich vor uns hingetreten, die keine Gründe, keine Geschichte habe. Nichts ist jedoch thörichter und verräth mehr Ignoranz, als solche Aeußerungen.

In unseren Culturländern stehen sich zwei Revolutions-Herde einander schroff gegenüber; der ältere besteht in dem ununterbrochenen Expropriations-Prozesse des großen mobilen Kapitals gegenüber den Kapital-Schwächeren, der jüngere Revolutions-Herd besteht in den gleichfalls ununterbrochenen Reaktionen gegen die Entäußerungen der „Vielen durch die Wenigen". Aus diesem Grunde zieht sich gleich einem rothen Faden, der durch ein ganzes Gewebe gezogen ist, auch bei der positiven Bekämpfung der socialrevolutionären Bewegung zu gleicher Zeit der Kampf gegen die destruktiven Wirkungen des großen mobilen Kapitals.

**Niemand, und wenn er die denkbar größte Macht auf Erden besäße, kann das Feuer in dem jüngeren Herde zerstören, ohne nicht zugleich jenes zu regeln, zu mäßigen und dem allgemeinen Nutzen wieder dienstbar zu machen, das in dem alten brennt; jede**

**wirkliche Socialreform muß sich deshalb auch mit dem großen mobilen Kapital [1]) beschäftigen.**

Will man sich über die verheerenden Wirkungen des alten und Hauptrevolutionsherdes, die er auch auf rein geistigem Gebiete — auf dem der Theorien — verursacht hat, eine klare Vorstellung machen, so betrachte man nur die Lehren des wissenschaftlichen revolutionären Socialismus. Dieser zog für sich die schärfsten Consequenzen aus der Praxis seines Gegners. Durch die bisher nirgends gehinderten Praktiken des vollständig souveränen, ja schrankenlos gewordenen großen mobilen Kapitals, welche schon viele Millionen von Existenzen ruinirten und eine sociale und wirthschaftliche Revolution ausüben, wie sie allgemeiner und vernichtender gar nicht gedacht werden kann, deren Opfer im allgemeinen weniger bluten aber dafür erstarren, durch jene Praktiken sagen wir, entstanden auch allein die Lehren, welche sich sans phrase gegen alles Privateigenthum wenden. **Die übermäßigen Erfolge des alten Revolutionsherdes zeitigten die übermäßigen Verlangen, die aus jüngeren hervorgehen; indem das schrankenlos gewordene große mobile Kapital immer mehr als gemein- und staatsgefährlich empfunden wird, reiften sich die ihm gegenüberstehenden Ideen zu der Lehre über die Beseitigung von allem Privatbesitz aus; man will, wie das alte gute Sprichwort sagt: „das Kind mit dem Bade ausschütten."**

Wir, die zwischen diesen beiden Revolutions-Herden stehen, und fast Alle von dem einen oder anderen, oder durch beide schon gelitten haben, wir werden unrettbar durch die Feuer dieser Krater vernichtet, wenn es nicht noch in letzter Stunde, in der wir uns besten Falles noch befinden, gelingen sollte, diese unheimlichen Feuer zu bemeistern. Nicht ohne eine gewisse Satisfaktion zu erhalten, kann hier Platz finden, was wir bereits Ende 1881 in unserer Broschüre [2]): „Ein Beitrag zur Lohn- und Arbeiterfrage" geschrieben haben. Es lautet: „Dem wuchernden Großkapital müssen die Gelegenheiten entzogen werden, über alle anderen Interessen hinweg nur sich zu dienen, und es muß, wenn die heutigen Staaten nicht in Folge der unnatürlichen Kapital-Concentrationen zu Grunde

[1]) Man beachte gefälligst, was wir über dieses Kapitel in all unsern social-politischen Arbeiten gesagt haben.

[2]) Puttkammer und Mühlbrecht. Berlin 1882.

gehen sollen, ein anderer Gang bei den Vermögensbildungen erzwungen werden.

Von jeher haben die Besitzverhältnisse den Hauptausschlag bei allen Revolutionen und gewaltsamen Aenderungen gegeben; was Aristoteles schon ausführte, gilt heute noch bis auf sein letztes Wort. Das römische Reich ging zum größten Theile an der Ungeheuerlichkeit seiner Latifundien-Verhältnisse zu Grunde, und der sogenannte moderne Musterstaat, den wir den modernen Liberalen zu danken haben, wird mit derselben Bestimmtheit an seinen ungesunden und unnatürlichen Kapital-Anhäufungen zu Grunde gehen. Kann man entsprechende Cautelen gegen die Latifundien-Bildungen finden, so sind erstere auch gegen das staats- und gesellschaftsgefährliche Anwachsen des Großkapitals zu fordern. Ich spreche es mit vollster Ueberzeugung aus, daß Verhältnisse, die ich hier nur flüchtig berühre, in nicht gar langer Zeit die öffentlichen Interessen vollständig beherrschen und die Hauptarbeits-Themas der verschiedenen Regierungen und gesetzgebenden Körper werden. Diese Geldverhältnisse enthalten nicht etwa nur Theile der socialen Frage, sondern ich sage mit aller Bestimmtheit: sie ist lediglich aus ihnen entstanden. Unsere heutigen Gesetze und Institutionen stehen in keinem Verhältniß mehr zu den Mitteln und Wegen, über welche die Besitzer der Kapital-Mächte verfügen, und durch welche sie Staat und Gesellschaft gefährden, indem sie durch die von ihnen veranlaßten furchtbaren und unaufhörlichen Besitzverschiebungen dem heutigen öffentlichen Leben einen chronischen revolutionären Charakter verleihen. Es ist ein alter Erfahrungssatz, daß Staaten, in denen die Geldverhältnisse den Ausschlag geben, sich immer in einer revolutionären Gährung befinden. Es ist buchstäblich wahr, wenn ich sage, daß die heutigen diversen Praktiken, durch welche das Großkapital in continuirlicher Weise vergrößert wird, über den heutigen Gesetzen stehen und sich diese als vollständig unzulänglich erweisen, den Staat und die Gesellschaft vor den großen und sicheren Gefahren zu schützen, welche durch jene heraufbeschworen werden. Der exceptionelle Standpunkt des modernen Großkapitals hat aber auch seine ganz bestimmten Gefahren für die Besitzer desselben, denn wie es mehr und eingehender erkannt wird, daß ihre „freien Künste" **über** den Gesetzen stehen, das heißt, für sie unerreichbar sind, so wird auch in gleicher Weise die Ansicht wachsen, daß die Resultate dieser

„Kunstleistungen" keine gesetzliche Berufung besitzen. Diese Annahme dürfte in dem Maße an Bedeutung gewinnen, als über die rechtliche und moralische Beschaffenheit jener Praktiken schon längst der Stab gebrochen ist. Aber ein nicht gerade kleiner Theil der angehäuften Kapitalmassen ist selbst direkt durch Betrug, Bestechungen und verbrecherische Manipulationen entstanden. In welcher Weise die Kapital-Gewaltigen à la baisse und à la hausse speculiren, und welche Mittel ihnen hierzu verfügbar sind, ist zu sehr bekannt, und es hieße, einen vollständigen Gemeinplatz betreten, hierüber erst berichten zu wollen."

In unserer „Denkschrift" Seite 32 schrieben wir: „Wenn es sich um wirkliche, um durchgreifende Besserungen auf **Grund der heutigen Staaten** und deren Gesellschaften handeln soll, so sind sie nur dann möglich, wenn a. Gesetze gegen die organische und mechanische Weiterentwickelung der Bildungen und Wirkungen des großen bisher absolut souveränen Kapitals und b. solche hinsichtlich der Reduction der immer fiktiver und imaginärer werdenden Werthe erlassen werden, welche den Charakter von Restitutionen oder Ausgleichungen, oder Abgleichungen, besitzen.

Sind Besitze vorhanden, welche durch offenbar mangelhafte Gesetze zu einer staats- und gesellschaftsgefährlichen Höhe gesteigert worden sind, so liegen bestimmte Ausgleichungen in dem unabweisbaren Interesse des Staates und der Gesellschaft. — Will man gefälligst diesen Gedanken ausdenken, so wird man sich der Wahrheit des Gesagten nicht verschließen können, es sei denn! daß man auch die letzten Consequenzen dieser staats- und gesellschaftsgefährlichen Riesenvermögen willig acceptirt. Acceptirt man sie aber nicht, so erkennt man schon im Princip das Recht und die eventuelle Nothwendigkeit des staatlichen Einschreitens an, und kann es sich nunmehr nur um den Zeitpunkt des Einschreitens handeln; wir haben es fortan nur noch mit einer Opportunitätsfrage zu thun."

Glaubt man etwa, die Socialdemokratie wäre in so rapider Weise gewachsen, wenn die Gründe der Unzufriedenheit nicht so zahlreich und mächtig wären? Im Interesse eines besseren Verständnisses für die socialdemokratische Frage müssen wir hier einen Punkt berühren, der für sehr Viele noch nicht geklärt zu sein scheint. Es fehlt nämlich auch heute nicht an naiven Menschen, die sich und

andere damit beruhigen wollen, daß die politischen, socialen und wirthschaftlichen Tendenzen der Socialdemokratie unausführbar seien, daß Niemand ihren Druck und Zwang [1]) ertrage, daß sie auf Utopien beruhe. Was kann aber mit diesem Einstoßen offener Thüren erreicht werden? Haben diese Deduktionen bisher vermocht, das Anwachsen der Socialdemokratie auch nur im entferntesten zu hindern? Sie haben gar keinen Einfluß gehabt und wer ihre treibenden Kräfte kennt, der wird auch genau wissen warum. Schon im Jahre 1879 schrieben wir in unserem Buche: [2]) „Die Ursachen der Entstehung und Weiterentwickelung der Socialdemokratie" auf Seite 13: „Nicht das, was man jetzt als ihr Programm discutirt ist recht, vernünftig und wird siegen, sondern das brennende wenn auch in den Ausführungen noch ziemlich dunkle Verlangen, andere Verhältnisse zu schaffen als die jetzigen sind."

Die vielen Hunderttausende die unzufrieden sind, verlangen a priori die Aenderung der bestehenden Verhältnisse und halten sich gar nicht bei der Frage auf, wie es werden wird. Was man wünscht, das hofft man, und so werden bald zwei Millionen stimmberechtigte deutsche Staatsbürger hoffen, daß, nachdem die heutige Gesellschaft gesprengt, sich Verhältnisse herstellen lassen, unter welchen es ihnen auf alle Fälle besser gehen wird, als unter der jetzt bestehenden. Es ist eine rein vergebliche Mühe, den revolutionären Massen vorschwätzen zu wollen, ihr Socialistenstaat habe keine Aussicht auf Existenz.

Was auf die Massen allein Eindruck machen und sie der revolutionären Propaganda entfremden kann, besteht in den „Veränderungen" der von ihnen gehaßten Verhältnisse, also in wirklichen durchgreifenden wirthschaftlichen Reformen, in der Realisirung dessen, was wir seit zwölf Jahren fort und fort verlangen. Mit der läppischen Vorhaltung, daß der Socialistenstaat den Massen selbst unerträglich würde, kann man ebenso wenig einen praktischen Erfolg haben, als ein Arzt haben wird, wenn er armen Kranken verbietet Kartoffeln und Schwarzbrod zu essen. Solange diese nichts anderes haben, werden sie den Rathschlägen zum Trotz bei dieser Kost bleiben, und gerade so werden die unzufriedenen Massen von dem Socialisten-Staate alles Heil erwarten, bis sie innerhalb der heutigen Gesellschaft einen Ersatz finden. Hierüber

[1]) Uebertriebene Gleichheit führt zur krassen Tyranei.

[2]) Friedrich Luckhardt. Berlin 1880.

wolle man sich doch endlich einmal nicht noch länger Täuschungen hingeben. Bei diesem Thema, das direkt von den Ursachen handelt, welche maßgebend für das Wachsthum der Socialdemokratie sind, ist es von der allergrößten Wichtigkeit, den Kaiser zu bitten, sein Augenmerk auch auf die ländliche Bevölkerung zu richten, die bereits nicht mehr intakt gegenüber der social-revolutionären Bewegung ist. Es wird weit leichter und außerordentlich dankbarer sein, die großen Massen der Bauern vor den socialdemokratischen Einflüssen zu schützen, sie ihnen gegenüber widerstandsfähiger zu machen, als sie erst wieder für den monarchischen nationalen Staat zurückzugewinnen. Diese Sache ist von der allergrößten Bedeutung und darf nicht übersehen werden. Eine Enquête zur Berathung der Verbesserungen der bäuerlichen Verhältnisse zu berufen, ist wenigstens gerade so nothwendig, als sich mit der Lage der Arbeiter zu befassen. Wir trugen diesem Bedürfniß schon 1880 Rechnung, indem das Programm der von uns gegründeten „Freien Vereinigung der Social-Conservativen" die nothwendigen Verlangen der „drei" Produktivstände umschloß. Die Idee: auf einer Enquête die Verhältnisse der landbautreibenden Bevölkerung zu berathen, möchten wir dahin erweitert wissen, daß die Arbeiten sofort eine Theilung erfahren, die schon in Folge der außerordentlichen Verschiedenheiten der bäuerlichen Verhältnisse unerläßlich erscheint; haben wir doch schon in Bayern allein mit total verschiedenen Grundlagen und Voraussetzungen zu rechnen. Die neue Agrargesetzgebung muß sich erst recht mit den drei Kategorien von Bauern befassen. Als überall gleiche Forderungen durch das ganze deutsche Reich müßten aber aufrecht erhalten bleiben:

1. Ablösung der bäuerlichen Hypotheken durch die Staaten analog der früheren Grundentlastung.
2. Ein entsprechendes Heimstättegesetz.
3. Ein Anerbegesetz, das sich gegen die Zersplitterung, mithin gegen die Mobilisirung des Grundbesitzes richtet.
4. Wiedereinführung der Doppel-Währung.

Die leitenden Motive der Agrargesetzgebung müßten vor Allem auf die Erhaltung des Grundbesitzes gerichtet werden. Wie man nun die Arbeiter vor der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft schützen will, so müssen unsere Bauern vor den Wucherungen des Kapitals geschützt werden. Durch genossenschaftliche Verbände wären die Credit- und andern Bedürfnisse zu decken und hörten mit einem Schlage jene bekannten Hypothek- und Wechselbanken auf, die sich

Paläste bauen und jährlich bedeutende Dividenden gewähren. Dieses viele Geld, das alles der Landwirthschaft entzogen wird, blieb dann ihr zum Nutzen.

Wir finden die Agrarfrage noch wichtiger als die Arbeiterfrage, denn gelingt es dem ausbeutenden Kapital jahraus, jahrein bäuerliche Existenzen zu vernichten und Tausende von ihnen alljährlich in die Reihen der Proletarier zu stoßen, so schwindet mehr und mehr die Kraft, den socialrevolutionären Bestrebungen Widerstand zu leisten. Die Armee ist jetzt schon in Betreff ihrer Elemente, die sie aus der Arbeiterbevölkerung erhält, keineswegs so sicher, als sie es noch vor zwanzig Jahren war; kommen zu diesen Elementen nun in größeren Massen noch die Söhne des ländlichen Proletariats, so braucht man noch lange kein Pessimist zu sein, um recht bedenklich in die Zukunft zu sehen.

Wir möchten deshalb wiederholt Seine Majestät den Kaiser dringend bitten, auch nach dieser Richtung hin Fürsorge zu haben.

— — — — — — — — — — — — — —

Wie es werden würde, wenn die kaiserlichen Intentionen keine durchgreifende Realisirung erführen, sagen uns mit möglichster Klarheit Karl Marx und Lassalle. Der Erste schreibt: „Mit der fortwährenden numerischen Abnahme der Kapitalmagnaten, welche alle Vortheile dieses Umwandelungsprozesses usurpiren und monopolisiren, wachse aber „auch die Masse des Elends, des Druckes, der Knechtung die Degradation, der Ausbeutung", wachse auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Productionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisirten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol selbst werde endlich zur Fessel der Productionsweise, die mit unter ihm aufgeblüht sei. Alsdann habe die Stunde des kapitalistischen Privateigenthums geschlagen. „Die Expropriateurs werden expropriirt." Die kapitalistische Productions- und Aneignungsweise war die erste Negation des auf eigene Arbeit gegründeten Privateigenthums. Diese Negation negirt sich selbst und drängt zur Wiederherstellung individuellen Eigenthums, jedoch auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Aera: nämlich auf Grund der Cooperation freier Arbeiter und ihres Gemeineigenthums an der Erde und an den durch die Arbeit selbst producirten Productionsmitteln. Die vorausgegangene Verwandlung des zersplittert gewesenen, auf eigner Arbeit beruhenden Privateigenthums in modernes Kapital war ein ungleich mehr langwieriger,

harter und schwieriger Prozeß, als die Verwandlung des faktisch bereits auf gesellschaftlicher Arbeitsweise beruhenden Privatkapitals in gesellschaftliches Eigenthum. Dort handelte es sich um die Expropriation der Volksmasse durch wenige Usurpatoren, hier handelt es sich um die Expropriation weniger Usurpatoren durch die Volksmasse."

Lassale erklärte Anfangs der sechziger Jahre vor dem Landgerichte in Düsseldorf: „In diesem Sinne kann ich sagen, daß ich jedenfalls von dem künftigen Eintreten meiner Revolution (worunter ich, wie ich daselbst ausdrücklich erkläre, immer nur die Durchführung eines neuen Princips verstehe) überzeugt bin. Sie wird entweder eintreten in voller Gesetzlichkeit und mit allen Segnungen des Friedens, wenn man die Weisheit hat, sich zu ihrer Einführung zu entschließen bei Zeiten und von oben herab — oder aber sie wird innerhalb irgend eines Zeitraumes hereinbrechen unter allen Convulsionen der Gewalt, mit wild wehendem Lockenhaar, erzne Sandalen an ihren Sohlen! In der einen oder anderen Weise wird sie kommen, und wenn ich, mich dem Tageslärm verschließend, in die Geschichte mich vertiefe, so höre ich ihr Schreiten."

Diese Ansichten erhalten eine Bestätigung durch den gelehrten, hochconservativen Schweizer Herrn Professor Heinrich Escher in Zürich, der bereits in seinem 1863 bei W. Engelmann in Leipzig erschienenen berühmten Werke: „Handbuch der praktischen Politik" erster Band Seite 341 schrieb: „Vor Allem darf man die Augen nicht vor der Thatsache verschließen, daß es in der Entwickelung aller Staaten Zeiten und Lagen gibt, wo die Gesellschaft, wo das Eigenthum nur durch Opfer, welche dasselbe bringt, vor gänzlicher Umwälzung gerettet werden kann. Die ältere wie die neuere Geschichte zeigt dieses; die gepriesensten Gesetzgeber des Alterthums, die größten Minister monarchischer Staaten der Neuzeit, die weisesten Staatsmänner der Gegenwart haben dieses anerkannt, und, durchdrungen von dem Bewußtsein, daß die Wohlfahrt der Gesammtheit alle anderen Rücksichten überwiegen muß, (suprema lex est salus populi), kein Bedenken getragen, die Machtvollkommenheiten des Staates zu durchgreifenden Maßregeln zu benutzen, unbekümmert, ob dieselben vom Standpunkte des Legisten als Störung des rechtlichen Besitzers betrachtet, oder von dem Starrsinn beschränkten Eigennutzes als revolutionär verschrieen werden möchten. Wir verwahren uns nochmals aufs nachdrücklichste gegen die Deutung, als wollten wir die

Begehrlichkeiten der Besitzlosen (der Massen, der Proletarier) zur Richtschnur machen, oder gar dem Communismus, welchen wir so entschieden verworfen haben, das Wort reden. Nach den in der Staatsmetaphysik entwickelten Grundsätzen verstehen wir unter dem populus nicht die plebs, nicht die Masse der Besitzlosen, sondern die Gesammtheit, welche alle umschließt, und diese nicht als ein Aggregat von atomistischen Individuen, sondern als einen lebendigen Organismus, dessen Wohl höhere Güter als die Vortheile der Einzelnen mit einschließt, die Vortheile der verschiedenen Stände und Klassen ausgleicht, die Erhaltung des Staates als sein Lebensprincip zu oberst stellt, und die Gegenwart mit der Vergangenheit und Zukunft verknüpft. Dem Gesammtwohl in diesem Sinne muß jede andere Rücksicht untergeordnet werden; das Gesammtwohl in diesem Sinne kann mit dem Sittengesetze und mit dem wahren Rechte nicht in Widerspruch gerathen; ein Recht, welches diesen Widerspruch in sich trüge, kann nicht wahres Recht sein oder hat, durch Veränderung seiner früheren Grundlagen, diesen Charakter und den Anspruch auf Anerkennung und Schutz der Gesammtheit, deren Wohl es entgegentritt, verloren. Auch revolutionär kann eine Maßregel nicht sein, deren Zweck es ist, Revolution zu verhüten, und wahrhaft conservativ ist sie, wenn sie als die nothwendige Bedingung erscheint, das Wesentliche eines bestehenden Rechtszustandes zu erhalten und dem Strome des Alles bedrohenden Communismus ein ableitendes Bett zu graben."

An dieses Citat anknüpfend soll noch gesetzt werden, was wir in unserer Denkschrift, S. 28 bis 30, darüber bemerkten: „Wer kann diesen Sentenzen widersprechen, ohne sich das größte Armuthszeugniß auszustellen? Namentlich aber den letzten Satz möchten wir unserer officiösen und gouvernemental-conservativen Presse ganz besonders empfehlen. Man kann ihre Schreiber und Alles was mit ihnen zusammenhängt nur bedauern, denn verletzen, können sie aus sehr einfachen Gründen schon längst nicht mehr.

In unserem Buche: „Fürst Bismarck und die „deutsch"-conservative Partei oder eine politische Abrechnung" definirten wir den wahren Conservatismus auf den Seiten 72 bis 74 in nachstehenden Worten: „Wir sagten: von allen „wirklichen" Conservativen, und wollen, da seit dem Jahre 1882 mit keinem Worte ein größerer Humbug getrieben wird, als wie mit „conservativ", auch hier flüchtig definiren, was unter „wirklichen Conservativen" zu ver-

stehen ist. Die wirklichen Conservativen verbinden mit dem zähen Festhalten an allen Formen, Gebräuchen, Sitten und Institutionen auf den verschiedenen Rechts- und Staatsgebieten, sowie in Bezug auf die Gesellschaft den Willen und die Fähigkeit, alle jene Forderungen, die sich auf die vollständige Beseitigung oder Aenderung des Hergebrachten und Bestehenden beziehen, oder welche selbst absolut Neues enthalten, einer eingehenden Prüfung zu unterwerfen und dann für sie einzutreten: wenn sich ergibt, daß jene gedachten Reformen oder Aenderungen sowie die Realisirung der neuen Verlangen gerade zur Erhaltung und Stärkung des Bestehenden beitragen. Der concrete, wirklich staatsmännische Conservatismus muß deshalb die Fähigkeit der Expansion besitzen; die wirklichen Conservativen werden über das Einzelne nie das Ganze übersehen, und sich durch Bedenken über Einzelnes nie aufhalten oder bestimmen lassen, der Erhaltung, Kräftigung und Besserung des Gegebenen entgegenzuhandeln. Es wird darum nicht fehlen — und es hat auch nicht daran gefehlt — daß die wirklichen Conservativen (Social-Conservativen) theils aus böser Absicht, theils aus Gedankenarmuth die verschiedenste Beurtheilung finden werden, je nachdem sie mit bestimmten Interessen oder Richtungen, die sich nicht oder nur höchst einseitig mit der Erhaltung und Kräftigung des Staatsganzen befassen, collidiren. Während man die „Social"-Conservativen von der einen Seite Reactionäre nannte, wurden sie von einer anderen kurzweg als Revolutionäre bezeichnet, „deren Bestrebungen so gefährlich seien, als die der arnachischen Parteien." Richtig ist ja, daß die „Social"-Conservativen bei allen Gelegenheiten, wo es sich um die Erhaltung des Staatsganzen auf der Basis der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse und historischen Rechte handelte, gerade so reactionär, als radikal sind, je nachdem der eine oder andere Standpunkt ihrem oben angegebenen Zwecke entspricht, der sich auch sehr wohl durch die bekannten Worte des Herrn Reichskanzlers: „daß ein größeres Maß von Zufriedenheit aller Staatsangehörigen auch ein Staatszweck sei", deckt. Soweit es sich um diese specielle Theorie handelt, sind wir mit dem Fürsten Bismarck vollständig d'accord, und gehen unsere Wege erst bei den praktischen Erwägungen: auf welche Weise diesem Staatszwecke zu entsprechen sei, auseinander. Aus diesen wenigen Worten mag ersehen werden, wie viele conservative Standpunkte es geben kann und wie leicht deshalb mit oder ohne Absicht der tollste Wirrwarr unter Denjenigen

entstehen kann, die sich aus diesem oder jenem Grunde „conservativ" nennen. Die Worte „conservativ" und „Conservatismus" haben einen absolut abstrakten Sinn und lassen erst durch ihre Anwendung auf bestimmte Dinge, Verhältnisse und Ideen eine concrete Auffassung zu. Wenn einer sagt: er sei conservativ, so weiß man immer noch sehr wenig von ihm, denn es kommt darauf an, in was er conservativ ist. Ebenso verhält es sich mit dem Epitheton: „revolutionär" und überhaupt mit allen abstrakten Bezeichnungen. Wie man revolutionär gegen ein revolutionäres Ergebniß sein kann, so kann man auch ein Reactionär der Revolution sein. In diesem Circulus dreht sich Alles nur darum: was man erhalten oder beseitigen will. Aus diesem Grunde dürfte es vor allem nöthig sein, die Ansprüche zu klären und fixiren, welche diese oder jene politische oder social-politische Gruppe daraufhin erhebt, daß man sie als „conservativ" zu nehmen habe; durch nähere Bezeichnung des Wortes ist der Sinn festzustellen, in dem man „conservativ" sein will. Aus diesem Grunde nannte auch der Schreiber dieser Zeilen die von ihm im Jahre 1880 ins Leben gerufene social-politische Bewegung „social-conservativ". Also eine Vereinigung, deren Zweck es ist, durch sociale und wirthschaftliche Reformen für die Erhaltung der gegebenen Gesellschaft zu wirken."

Wenn man wissen will, wie in manchesterlichen Kreisen die kaiserlichen Intentionen aufgefaßt werden, so braucht man sich nur an die 27., 28. und 29. Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 13., 14. und 15. März d. J. zu erinnern. Hier kann man sehen, welche exorbitanten Ansprüche und Ansichten noch immer in dem unverbesserlichen Manchesterthum herrschen. Diese Verhandlungen zeigen, wie weit seine Vertreter davon entfernt sind, die bezüglichen Verhältnisse auch nur einigermaßen klar und gerecht zu beurtheilen. Ob es daher möglich ist, mit solchen Elementen die nöthigen socialen und wirthschaftlichen Reformen durchzuführen, ist sehr unwahrscheinlich, zum Glück hat aber der Staat die Macht, die Widerspenstigen zu zwingen. Die Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses vom 13., 14. und 15. März d. J. sind für die Haltung des Manchesterthums in einem Grade symptomatisch, daß wir sie wenigstens streifen und seine Wortführer mit Namen aufführen wollen. Die Herren Schultz, Vopelius, Schmieding, vor allem aber die Herren Ritter und Berger dürfen wohl den Anspruch erheben, daß man sie

bei der Frage über den Arbeiterschutz ganz besonders erwähnt. Herr Ritter erhält ein gewisses Interesse schon deshalb, weil er uns mittheilt, daß alles, was seit der Juli-Revolution über den „vierten Stand" geschrieben und gesagt wurde, Unsinn sei. Dieser belehrt uns, daß es gar keinen „vierten" Stand gibt. Er meint: „wo hört der dritte, oder Gott weiß, welcher Stand auf? Wir Alle sind gewissermaßen Arbeiter (Beifall rechts) und müssen uns verständigen als Deutsche und Brüder."

Wie man die Bruderschaft mit diesen Herren in praktischer Weise aufzufassen hat, darüber lassen sie uns keinen Augenblick im Zweifel; merkwürdig ist nur, wie diese Leute noch immer an die Macht der reinen Phrase glauben mögen. Weiter meint dieser interessante Historiker, Strikebewegungen seien überhaupt unberechtigt. Den Vogel schoß aber unbestreitbar der selbstgefällige Herr Berger ab, welcher, nachdem er uns erzählt, was für eine Disciplin und Mannszucht er bei seinen Wählern eingeführt, sich über den Empfang der Arbeiter-Deputation am 14. Mai 1889 (in der 29. Sitzung vom 15. März d. J.) in nachstehender Weise zu äußern erlaubt: „Nachdem ich diese Darstellung gemacht habe, erlaube ich mir zu fragen, wer denn für diese so beklagenswerthe Thatsache[1]) die Verantwortlichkeit trägt. Ich setze nämlich voraus, daß Se. Majestät der Kaiser und König, als constitutioneller Monarch bei einem so wichtigen Akte, als es der Empfang der Vertreter der contraktbrüchigen Bergarbeiter in Westfalen war, sich bei seinen verantwortlichen Ministern die nöthige Information geholt haben wird, ehe er dieselben vor sein Antlitz treten ließ. Ich frage, wer von den verantwortlichen Ministern Sr. Majestät trägt die Verantwortlichkeit für diesen Akt, diese drei enragirten Socialdemokraten hier empfangen zu haben? Thatsache ist, daß die Audienz bei Sr. Majestät diese drei Deputirten mit einem noch bis heute fortwirkenden Glorienschein umgeben hat. Ich erwähnte schon vorhin, daß in ganz Westfalen überall in den Bezirken erzählt wurde, die Herren Schröder, Bunte und Siegel seien sehr gnädig, Herr Dr. Hammacher und Genossen dagegen sehr ungnädig empfangen worden. In einem mir bekannten Revier erzählte man sogar, daß Herr Schröder und Genossen in Hofequipagen in Empfang genommen worden seien. (Heiterkeit.) Nach diesem Allen werden

---

[1]) Nämlich die, daß sich nachträglich herausgestellt, die Arbeiterdeputirten seien Socialdemokraten gewesen.

Sie mir zugestehen müssen, daß ich berechtigt bin, zu fragen, wer die Verantwortlichkeit für den Actus des 14. Mai 1889 trägt."

Herr Berger, der nach der Behandlung seiner Wähler zu schließen, ein sehr autokratischer Herr zu sein scheint, schloß seine durch unfreiwilligen Humor gewürzte Rede mit folgenden Worten: „Ich schließe nicht mit dem wiederholt gebrauchten Worte: videant consules! denn ehrlich gesagt, die consules sind in diesem Falle nicht klüger gewesen, als der große Haufe; wir sind Wochen und Monate hindurch alle in die socialdemokratische Falle hineingeplumpst. Nein, ich schließe mit den Worten: tua res agitur, Deine eigene persönliche Sache, die Sache von Ihnen allen und von jedem einzelnen ist es, die hier heute und in den letzten Tagen verhandelt worden ist." (Lebhafter Beifall.)

Die „Frankfurter Zeitung" meint sehr zutreffend, die Debatten über die Bergarbeiterstrikes im preußischen Abgeordnetenhause hätten wieder einmal gezeigt, daß es dieser „Volksvertretung" in Folge des „elendesten aller Wahlsysteme" an solchen Rednern fehlt, die wirklich aus dem Volke hervorgegangen sind und mit ihm fühlen und denken können. Wir fügen bei, daß aus diesen Reden in klarer, scharfer Weise hervorgeht, „wie es werden würde", wenn die Vertreter des Manchesterthums in den schwebenden Fragen der Arbeiterschutzgesetzgebung maßgebend werden sollten. Sie würden die socialrevolutionäre Bewegung mit einem so durchschlagenden Erfolge consolidiren, daß, bevor wir noch 2000 schrieben, die Welt in Flammen stände. Wer Augen hat, der sehe, wer Ohren hat, der höre. Dem Herrn Berger möchten wir aber noch ganz besonders vorhalten, daß seine Worte über die „consules", welche nicht klüger gewesen als der große Haufe und mit in die socialdemokratische Falle hineingeplumpst wären, auf einer thatsächlichen Unwahrheit beruhen, die sofort im Abgeordnetenhause hätte constatirt werden müssen. Wir wissen sehr wohl, daß im vorigen Sommer die Herren Ritter des Manchesterthums die staatlichen Organe besonders gern als **„ihre Büttel"** benutzt hätten. Wir wissen, daß voriges Jahr in einem Nordseebade einer dieser Herren sich einem rheinischen Präsidenten vorgestellt und auf die „anarchischen" Verhältnisse in den Kohlendistrikten hingewiesen hat, für welche nur noch der Belagerungszustand passe. Wir wissen, wie diese Herren es den „consules" sehr übel genommen, daß sie nicht mit Kanonen, Flinten und Säbeln für ihre durch eigene Schuld verloren gegangene Autorität

eingeschritten sind. Und nun, gerade weil die „consules“ so klug waren, diese Insinuation zurückgewiesen zu haben, werden sie von dem sehr gereizten und übelgelaunten Herrn Berger, der nach eigenem Geständniß an drei Werken betheiligt ist, dem Lande gegenüber als nicht klug angeschuldigt. Herr Berger mag sich aber beruhigen, denn dem Lande gegenüber werden seine Anschuldigungen einen ganz anderen Erfolg haben als er wünscht. Wer von ihm und seinen Freunden gelobt und klug genannt wird, mit dem steht es hinsichtlich der Urtheilsfähigkeit und Volksfreundlichkeit sehr schlimm. Wir würden es als ein Abgewichensein vom rechten Wege betrachten, wenn wir von den Koryphäen des Manchesterthums gelobt werden sollten. Diese Elemente gehen an ihrer Verblendung und Anmaßung zu Grund; „nichts gelernt und nichts vergessen“, paßt in der Worte vollster Bedeutung für diese antisociale Kameraderie.

Hier können wir nur wiederum fragen: soll die privatkapitalistische Produktion, welche durch ihre Vertreter erklärt, nicht auf Erleichterungen eingehen zu können, also einfach jedes Entgegenkommen ablehnt, zum Trotz aller gesunden Vernunft aufrecht erhalten werden? Ist sie mehr werth, als alle übrigen Institutionen der bestehenden Gesellschaft? Soll sie mit Gewalt gestützt werden, bis diese versagt und die Bewegung sich immer mehr auf den Besitz im allgemeinen ausdehnt? Sollen alle anderen Besitzenden **deshalb** mit fallen, weil sich ihr ungesellschaftlicher Besitz keine Schranken auferlegen lassen will? Sollen alle anderen Besitzformen der privatkapitalistischen geopfert und fügen wir bei: noch dazu ganz nutzlos geopfert werden?

Die große privatkapitalistische Industrie ist durch die heutigen Produktionsverhältnisse weit mehr obsolet geworden, als es jemals die feudalen Verhältnisse waren, die bei allen Härten doch auch wieder viele versöhnende, ausgleichende und vor allem humanitäre Momente aufzuweisen hatten. Jedenfalls steht fest, daß sie auch nicht einmal nur annähernd Nothlagen geschaffen, Gährungen erzeugt und eine sociale Bewegung hervorgerufen haben, wie wir sie nun gegenwärtig in der Consolidirung des vierten Standes besitzen. Wir rufen die feudalen Verhältnisse aus mancherlei Gründen keineswegs zurück, aber man soll ihnen auch gerecht sein und um dies zu sein, braucht man sie nur mit dem modernen Feudalismus zu vergleichen. Die Ritter der Schlöte und Webstühle kennen nur „Kräfte“, und „Soll und Haben“. Wie unendlich schwer hat es gehalten, ihnen selbst nur die Elementar-Begriffe über die Verschiedenartigkeit der

„Kräfte" beizubringen? Daß es außer der Kraft der Maschinen auch noch eine andere, eine menschliche gäbe, die auch menschlich zu behandeln sei, das schien ihnen schon eine anmaßliche Bemerkung zu sein. Sprechen sie doch in einem Athem von „ihren" Pferden, „ihren" Hunden, „ihren" Maschinen, „ihren" Arbeitern. Uns sollten diese gerade so wenig kümmern, als ihre anderen vorhergenannten Eigenthumsstücke. Es hielt sehr schwer und hält noch schwer, diesen modernen Feudalherren begreiflich zu machen, daß „ihre Arbeiter" zum deutschen Volke gehören, daß wir lebhaften Antheil an ihnen nehmen und ihr Befinden uns wenigstens gerade so interessirt, als das der Arbeitgeber. Der schlecht verborgene Zorn des Herrn Berger über den Kaiser entspringt aber dem Umstande, daß Hochderselbe erklärte: „Die Arbeiter seien so gut seine Unterthanen als die Arbeitgeber und beide seien ihm gleich werth."

**Und Gott sei Dank! verehren wir in Kaiser Wilhelm II. einen Monarchen von „Gottes Gnaden", und keinen von der „Bourgeoisie Gnaden", wie es Louis Philipp, der König der Franzosen war, der denn auch mit seiner Bourgeoisie zum Falle kam.** Für die Umkehr ist es die allerhöchste Zeit und halten wir deshalb auch alle Erörterungen, welche klärend zu wirken vermögen, für direkt nützlich. Wir nehmen mithin unsere Fragen wieder auf, die doch wenigstens zum Nachdenken anregen werden.

Soll also diese Produktion allein Zweck sein? oder ist diese Produktion an sich der „Zweck"?

Wir dachten immer, daß sie nur das „Mittel" sei, die Bedürfnisse zu befriedigen und daß ihre ganze Bedeutung und ihr Werth nur hierin läge. Soll das Denkvermögen und die Urtheilsfähigkeit der Art abgenommen haben, **daß man den eigentlichen Zweck und die wirkliche Bedeutung der Produktion nicht mehr zu erkennen vermag?**

Warum soll die privatkapitalistische Großindustrie, wenn sie in unsere gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse einmal nicht mehr paßt und sich allen Anpassungsversuchen gegenüber vollständig obstinat verhält, wenn sie, fragen wir, sich zu einer staats- und gesellschaftsgefährlichen Praxis entwickelt hat, nicht gerade so gut weichen müssen, als wie eine ganze Reihe von anderen materiellen und idealen Rechten und Besitztiteln? Sind die Ablösungen der Zehnten und Frohnden, die Aufhebung der grundherrlichen Gerichts-

barkeit, die Wegnahme der Jagdgerechtigkeit und Siegelmäßigkeit, die Aufhebung der Klöster, das Einziehen der Kirchenvermögen und überhaupt die ganze Säkularisation, die Mediatisirung der Standesherren und endlich die diversen Annexionen denn nicht noch weit größere und tiefere Eingriffe in die Besitz-, Rechts- und Eigenthumsverhältnisse?

Und wir können nicht oft genug wiederholen, daß alle diese Rechte niemals zu den gesellschafts- und staatsgefährlichen Ergebnissen geführt haben, als wie sie durch die privatkapitalistische Productionsweise nun maßgebend geworden sind.

Wenn man sich kurzweg gegen die Erörterungen verschließt und ihnen die Berechtigung eingehender Beachtung versagt, so ist man reif für das Narrenhaus — — — oder reif für die eventuelle Katastrophe, die dann nur noch als reine Strafe für eine durchaus verblendete, bethörte und von Eigennutz zerfressene Gesellschaft hereinbricht. Hierüber zu zweifeln, bezeichnet die ungemessene Dummheit, die schon weit mehr Elend und Verderben über die Menschheit gebracht hat, als die Schlechtigkeit im Vereine mit der Bosheit.

Stellt es sich positiv heraus, daß die privatkapitalistische Production für eine Verbesserung unfähig ist, so muß mit einer stufenweisen Verstaatlichung begonnen werden. Der Anfang wäre mit den großen Actien-Unternehmungen und mit den im Privatbesitz befindlichen Bergwerken zu machen. Wir gehen hierbei auch von einer andern streng conservativen Ueberlegung aus. Wird es immer klarer, daß die großen industriellen Unternehmungen, bei deren einzelnen Betrieben oft tausende von Arbeitern beschäftigt, der Privatleitung entwachsen und andere Grundlagen für sie nothwendig geworden sind, so bilden die Verstaatlichungen die geordneten, gesetzlichen Uebergänge für die neuen Epochen der industriellen Welt. Wie will man sich denn sonst in der Praxis: die Rettung des „Seins" durch Verbindung mit dem „Werdenden" vorstellen? Drängt die Zeit unaufhaltsam dahin, daß die Arbeiterwelt in den Besitz der Productionsmittel und Arbeitsgelegenheiten kommt, so werden die durch die Verstaatlichungen hergestellten Verhältnisse die Uebergänge und Zwischenperioden bilden. Es ist dann Vorsorge getroffen, daß die gewaltige wirthschaftliche Aenderung sich ohne rohe willkürliche Gewalt auf gesetzmäßige Weise vollziehen kann, ohne Bruch mit den Besitzverhältnissen aller anderen Faktoren der Gesellschaft. Auch hier wollen wir zu einem Beispiel greifen. Gewährt man einem Flusse nicht das nöthige Terrain für seine Wassermassen,

so überschreiten diese die Ufer und reißen in ihrem Strome rechts und links guten, kultivirten Boden mit fort; aufhalten lassen sich die Wasser nicht, es kann sich nur darum handeln, ihnen das für sie nöthige Terrain selbst zu bestimmen und zu ordnen. Ebenso, wie man den wilden Wassermassen durch Einsicht und Verstand ihre Gefährlichkeit nehmen kann, so auch dem Blitz seine Gefahr durch die richtigen Ableitungen. Schon zucken die Blitze am socialen Horizonte auf und hören wir auch in der Ferne das Rauschen und Brausen der wilden Wassermassen. Vielleicht kann man die Gefahren noch beschwören, welche nur von den Tauben und Blinden nicht bemerkt werden.

## Siebentes Kapitel.

## Der Kaiser hat gesprochen.

Am 4. Februar 1890 richtete der Kaiser an den Reichskanzler Fürsten Bismarck nachstehenden Erlaß:

„Ich bin entschlossen, zur Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter die Hand zu bieten, soweit die Grenzen es gestatten, welche Meiner Fürsorge durch die Nothwendigkeit gezogen werden, die deutsche Industrie auf dem Weltmarkte concurrenzfähig zu erhalten und dadurch ihre und der Arbeiter Existenz zu sichern. Der Rückgang der heimischen Betriebe durch Verlust ihres Absatzes im Auslande würde nicht nur die Unternehmer, sondern auch ihre Arbeiter brodlos machen. Die in der internationalen Concurrenz begründeten Schwierigkeiten der Verbesserung der Lage unserer Arbeiter lassen sich nur durch internationale Verständigung der an der Beherrschung des Weltmarktes betheiligten Länder, wenn nicht überwinden, doch abschwächen. In der Ueberzeuguung, daß auch andere Regierungen von dem Wunsche beseelt sind, die Bestrebungen einer gemeinsamen Prüfung zu unterziehen, über welche die Arbeiter dieser Länder unter sich schon internationale Verhandlungen führen, will Ich, daß zunächst in Frankreich, England, Belgien und der Schweiz durch Meine dortigen Vertreter amtlich angefragt werde, ob die Regierungen geneigt sind, mit uns in Unterhandlung zu treten behufs einer internationalen Verständigung über die Möglichkeit, denjenigen Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, welche in den Ausständen der letzten Jahre und anderweit zu Tage getreten sind. Sobald die Zustimmung zu Meiner Anregung im

Princip gewonnen sein wird, beauftrage Ich Sie, die Cabinette aller der Regierungen, welche an der Arbeiterfrage den gleichen Antheil nehmen, zu einer Conferenz behufs Berathung über die einschlägigen Fragen einzuladen."

Berlin, den 4. Februar 1890.

Wilhelm I. R.

An den Reichskanzler.

Der Erlaß an den Minister der öffenlichen Arbeiten und für Handel und Gewerbe lautet:

„Bei Meinem Regierungsantritt habe Ich Meinen Entschluß kundgegeben, die fernere Entwicklung unserer Gesetzgebung in der gleichen Richtung zu fördern, in welcher Mein in Gott ruhender Großvater Sich der Fürsorge für den wirthschaftlich schwächeren Theil des Volkes im Geiste christlicher Sittenlehre angenommen hat.

So werthvoll und erfolgreich die durch die Gesetzgebung und Verwaltung zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes bisher getroffenen Maßnahmen sind, so erfüllen dieselben doch nicht die ganze Mir gestellte Aufgabe.

Neben dem weiteren Ausbau der Arbeiter-Versicherungsgesetzgebung sind die bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter einer Prüfung zu unterziehen, um den auf diesem Gebiete laut gewordenen Klagen und Wünschen soweit sie begründet sind, gerecht zu werden.

Diese Prüfung hat davon auszugehen, daß es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirthschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben.

Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten betheiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen Meiner Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den Letzteren Fühlung zu behalten.

Die staatlichen Bergwerke wünsche Ich bezüglich der Fürsorge für die Arbeiter zu Musteranstalten entwickelt zu sehen, und für den Privatbergbau erstrebe Ich die Herstellung eines organischen Verhältnisses Meiner Bergbeamten zu den Betrieben, behufs einer der Stellung der Fabrikinspectionen entsprechenden Aufsicht, wie sie bis zum Jahre 1865 bestanden hat.

Zur Vorberathung dieser Fragen will Ich, daß der Staatsrath unter Meinem Vorsitze und unter Zuziehung derjenigen sachkundigen Personen zusammentrete, welche Ich dazu berufen werde. Die Auswahl der Letzteren behalte ich Meiner Bestimmung vor.

Unter den Schwierigkeiten, welche der Ordnung der Arbeiterverhältnisse in dem von Mir beabsichtigten Sinne entgegenstehen, nehmen diejenigen, welche aus der Nothwendigkeit der Schonung der heimischen Industrie in ihrem Wettbewerb mit dem Auslande sich ergeben, eine hervorragende Stelle ein. Ich habe daher den Reichskanzler angewiesen, bei den Regierungen der Staaten, deren Industrie mit der unsrigen den Weltmarkt beherrscht, den Zusammentritt einer Conferenz anzuregen, um die Herbeiführung gleichmäßiger internationaler Regelungen der Grenzen für die Anforderungen anzustreben, welche an die Thätigkeit der Arbeiter gestellt werden dürfen. Der Reichskanzler wird Ihnen Abschrift Meines an ihn gerichteten Erlasses mittheilen.

Berlin, den 4. Februar 1890.

Wilhelm R.

An die Minister der öffentlichen Arbeiten und für Handel und Gewerbe.

Die Rede des Kaisers vom 14. Februar 1890 bei Eröffnung des Staatsrathes hat nachstehenden Wortlaut:

„Meine Herren Mitglieder des Staatsraths!

Durch Meinen Erlaß vom 4. d. M. sind Sie davon unterrichtet worden, daß es Mein Wille ist, das Gutachten des Staatsraths über diejenigen Maßnahmen zu hören, welche zur besseren Regelung der Verhältnisse des Arbeiterstandes erforderlich sind. Es entspricht der Bedeutung, welche der Staatsrath in der Monarchie einnimmt, daß die wichtigen, auf diesem Gebiete einer gedeihlichen Lösung harrenden Fragen von Ihnen einer gründlichen Erwägung unterzogen werden, bevor die aufzustellenden Gesetzentwürfe an die parlamentarischen Körperschaften gelangen, denen die endgiltige Beschlußfassung darüber verfassungsmäßig zusteht. Ich lege Werth

darauf, daß der aus den verschiedensten Berufskreisen zusammengesetzte Staatsrath auf Grund der in ihm vertretenen praktischen Erfahrungen die von Mir in Aussicht genommenen Vorschläge auf ihre Zweckmäßigkeit, Ausführbarkeit und Tragweite einer gewissenhaften und vorurtheilsfreien Prüfung unterzieht.

Ernst und verantwortungsvoll ist die Aufgabe, zu deren Lösung Ich Sie hierher entboten habe. Der den Arbeitern zu gewährende Schutz gegen eine willkürliche und schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft, der Umfang der mit Rücksicht auf die Gebote der Menschlichkeit und der natürlichen Entwickelungsgesetze einzuschränkenden Kinderarbeit, die Berücksichtigung der für das Familienleben in sittlicher und wirthschaftlicher Hinsicht wichtigen Stellung der Frauen im Haushalte der Arbeiter und andere damit zusammenhängende Verhältnisse des Arbeiterstandes sind einer verbesserten Regelung fähig. Dabei wird mit sachkundiger Besonnenheit erwogen werden müssen, bis zu welcher Grenze unsere Industrie eine durch strengere Vorschriften zu Gunsten der Arbeiter erhöhte Belastung der Productionskosten ertragen kann, ohne durch den Wettbewerb auf dem Weltmarkte die lohnende Beschäftigung der Arbeiter beeinträchtigt zu sehen. Dadurch würde statt der von Mir erstrebten Förderung eine Schädigung der wirthschaftlichen Lage der Arbeiter herbeigeführt werden. Um diese Gefahr zu vermeiden, bedarf es eines hohen Maßes weiser Besonnenheit. Denn die glückliche Lösung dieser unsere Zeit beherrschenden Fragen ist um so wichtiger, als dieselbe mit der von Mir angeregten internationalen Verständigung über dieselben in ersichtlicher Wechselwirkung steht.

Nicht minder wichtig für die Sicherung eines friedlichen Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind die Formen, in welchen den Arbeitern die Gewähr dafür zu bieten ist, daß sie durch Vertreter, die ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung ihrer gemeinsamen Thätigkeit betheiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen in Verhandlung mit den Arbeitgebern befähigt werden. Es wird zu erstreben sein, die Vertretungen der Arbeiter mit den staatlichen Berg- und Aufsichtsbeamten in Verbindung zu setzen und auf diese Weise Formen und Ordnungen zu schaffen, durch welche den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Interessen ermöglicht und den staatlichen Behörden Gelegenheit geboten wird, durch Anhörung der unmittelbar Betheiligten fortlaufend über die Verhältnisse der Arbeiter zuverlässig unterrichtet zu werden

und mit den letzteren die wünschenswerthe Fühlung zu behalten. Auch die weitere Entwickelung der staatlichen Betriebe zu mustergiltigen Vorbildern einer wirksamen Arbeiterfürsorge bedarf der eingehendsten sachkundigen Erwägung.

Ich vertraue auf die bewährte treue Hingebung des Staatsraths bei den Arbeiten, die ihm jetzt bevorstehen. Ich verkenne nicht, daß gerade auf diesem Gebiete nicht alle wünschenswerthen Verbesserungen allein durch staatliche Maßnahmen zu erreichen sind. Der freien Liebesthätigkeit, der Kirche und Schule verbleibt daneben ein weites Feld segensreicher Entfaltung, durch welche die gesetzlichen Anordnungen unterstützt und befruchtet werden müssen, um zu voller Wirksamkeit zu gelangen. Aber wenn es mit Gottes Hilfe gelingt, die berechtigten Interessen des arbeitenden Volks auf Grund der von Ihnen zu machenden Vorschläge zu befriedigen, so wird Ihre Arbeit Meines königlichen Dankes und der Anerkennung der Nation gewiß sein dürfen.

Die Ihrer Berathung zu unterstellenden Vorlagen werden Ihnen unverweilt zugehen. Ich bestimme zur Theilnahme an der Berathung die beiden Abtheilungen für Handel, Gewerbe, öffentliche Bauten, Eisenbahnen und Bergbau und für Angelegenheiten der inneren Verwaltung, denen Ich eine Anzahl sachkundiger Personen zuweisen werde. Die Mitglieder dieser Abtheilungen ersuche Ich, sich am 26. d. M., 11 Uhr, in den Ihnen zu bezeichnenden Räumlichkeiten zu versammeln.

Zum Referenten bestimme Ich den Ober-Bürgermeister Miquel und zum Correferenten den Geheimen Finanz-Rath Jencke.

Ich behalte Mir vor, nach Abschluß der Abtheilungsberathungen den Wiederzusammentritt des Staatsraths zu bestimmen, und wünsche Ihnen zu Ihrer Arbeit den Segen von oben, ohne welchen menschliches Thun niemals gedeihen kann."

Nach der Veröffentlichung dieser Aktenstücke dürfte es von Interesse sein, unmittelbar neben ihnen die social-politischen Erlasse Kaiser Wilhelm I. zu lesen. Die große Botschaft vom 17. November 1881 lautet: „Schon im Februar dieses Jahres haben wir Unsere Ueberzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der socialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression socialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unsere kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe von neuem

ans Herz zu legen, und würden Wir mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. In Unseren darauf gerichteten Bestrebungen sind Wir der Zustimmung aller verbündeten Regierungen gewiß und vertrauen auf die Unterstützung des Reichstags ohne Unterschied der Parteistellungen.

In diesem Sinne wird zunächst der von den verbündeten Regierungen in der vorigen Session vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle mit Rücksicht auf die im Reichstage stattgehabten Verhandlungen über denselben einer Umarbeitung unterzogen, um die erneute Berathung desselben vorzubereiten. Ergänzend wird ihm eine Vorlage zur Seite treten, welche sich eine gleichmäßige Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens zur Aufgabe stellt. Aber auch diejenigen, welche durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesammtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zu Theil werden können.

Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben eines jeden Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht. Der engere Anschluß an die realen Kräfte dieses Volkslebens und das Zusammenfassen der letzteren in der Form corporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Fürsorge werden, wie Wir hoffen, die Lösung auch von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfange nicht gewachsen sein würde. Immerhin aber wird auch auf diesem Wege das Ziel nicht ohne die Aufwendung erheblicher Mittel zu erreichen sein."

Am 14. April 1883 richtete Kaiser Wilhelm I. an den Reichstag nachstehenden Erlaß: „Unsere kaiserlichen Pflichten gebieten Uns aber, kein in Unserer Macht stehendes Mittel zu versäumen, um die Besserung der Lage der Arbeiter und den Frieden der Berufsklassen untereinander zu fördern, so lange Gott Uns Frist gibt zu wirken. Darum wollen wir dem Reichstage durch diese unsere

Botschaft von neuem in vertrauensvoller Anrufung seines bewährten treuen Sinnes für Kaiser und Reich die baldige Erledigung der hierin bezeichneten wichtigen Vorlagen dringend ans Herz legen."

Das Kapitel führt die Ueberschrift: „Der Kaiser hat gesprochen." Unser Kaiser hat aber nicht allein durch die zwei hochpolitischen Erlasse und die „Eröffnungsrede" gesprochen, sondern er hat ganz im Connex dieser wahrhaft kaiserlichen Gesinnung zu derselben Zeit noch andere Willensmeinungen geäußert, die wir mit großer Freude und höchster Befriedigung zu registriren haben. Die eine dieser kaiserlichen Kundgebungen ist an den General-Inspekteur des Militär-Erziehungs- und Bildungswesens gerichtet und lautet:

„Ich erachte es für nothwendig, daß das Cadettencorps auf der Grundlage, welche Se. Majestät der Kaiser und König Wilhelm I., Mein in Gott ruhender Herr Großvater, in nie rastender Fürsorge für die Wohlfahrt der Armee durch Einführung des Lehrplanes der Realgymnasien ihm gegeben hat, nach folgenden Gesichtspunkten noch eine weitere Ausgestaltung und Vertiefung seiner Lehraufgabe erfahren soll:

1) Zweck und Ziel aller, namentlich aber der militärischen Erziehung ist die auf gleichmäßigem Zusammenwirken der körperlichen, wissenschaftlichen und religiös-sittlichen Schulung und Zucht beruhende Bildung des Charakters. Keine Seite der Erziehung darf auf Kosten der anderen bevorzugt werden. Der wissenschaftliche Lehrplan des Cadettencorps stellt aber nach Meinen Wahrnehmungen gegenwärtig zu weitgehende Anforderungen an eine große Zahl von Zöglingen. Die Lehraufgabe muß durch Ausscheidung jeder entbehrlichen Einzelheit, insbesondere durch gründliche Sichtung des Memorirstoffes durchweg vereinfacht werden, so daß auch minder beanlagte Schüler bei entsprechendem Fleiße dem Unterricht ohne Ueberanstrengung folgen und den gesammten Lehrgang in der vorgeschriebenen Zeit zurücklegen können. Was der Unterricht hierdurch an Ausdehnung verliert, wird er an Gründlichkeit gewinnen. Nach diesem Gesichtspunkte werden die Lehrer in allen Fächern und auf allen Stufen ihre Methode fortan einzurichten haben.

2) Bei aller Vereinfachung muß der Unterricht indessen noch mehr dahin nutzbar gemacht werden, daß die Cadetten nicht allein die für den militärischen Beruf unmittelbar erforderlichen Vorkenntnisse und Fertigkeiten gewinnen, sondern auch ein geistiges Rüstzeug erhalten, welches sie befähigt, selber dereinst in der Armee, der großen

Schule der Nation, sittlich erziehend und belehrend zu wirken, oder, falls sie später in einen anderen als den militärischen Beruf übertreten, auch dort ihren Platz auszufüllen.

Im Religionsunterrichte ist die ethische Seite desselben hervorzuheben und das Hauptgewicht darauf zu legen, daß die Zöglinge in Gottesfurcht und Glaubensfreudigkeit zur Strenge gegen sich, zur Duldsamkeit gegen Andere erzogen und in der Ueberzeugung befestigt werden, daß die Bethätigung der Treue und Hingabe an Herrscher und Vaterland gleichwie die Erfüllung aller Pflichten auf göttlichen Geboten beruht.

Der Geschichtsunterricht muß mehr als bisher das Verständniß für die Gegenwart und insbesondere für die Stellung unseres Vaterlandes in derselben vorbereiten. Demzufolge wird die deutsche Geschichte, insbesondere die der neueren und neuesten Zeit, stärker zu betonen, die alte Geschichte und die des Mittelalters aber vornehmlich in dem Sinne zu lehren sein, daß der Schüler durch Beispiele auch aus jenen Epochen für Heldenthum und historische Größe empfänglich gemacht wird, sowie eine Anschauung von den Wurzeln und der Entwickelung unserer Cultur gewinnt.

Die Erdkunde, die politische wie die physikalische, hat, auf der untersten Stufe von der Heimat ausgehend, zunächst den geschichtlichen Unterricht auf den verschiedenen Lehrstufen zu ergänzen und zu unterstützen. Das weitere Ziel des geographischen Unterrichts ist, daß der Schüler mit seinem Vaterlande und dessen Eigenart auf's Innigste vertraut wird, aber auch das Ausland verstehen und würdigen lernt.

Das Deutsche wird Mittelpunkt des gesammten Unterrichts. Der Schüler ist in jedem Lehrgegenstande zum freien Gebrauche der Muttersprache anzuleiten. In den deutschen Lehrstunden selbst gleichwie im Literatur-Unterricht ist bei Auswahl der Lesestücke, Vorträge und Aufsätze neben dem klassischen Alterthum, seiner Sagen- und Culturwelt, auch den germanischen Sagen, sowie den vaterländischen Stoffen und Schriftwerken ganz besondere Berücksichtigung zuzuwenden, der Schüler aber auch mit dem geistigen Leben der anderen wichtigen Culturvölker der Gegenwart durch Einführung in einzelne Meisterwerke ihrer Literatur bekannt zu machen.

Im Unterricht der neueren Fremdsprachen ist von den ersten Stufen an die Anregung und Anleitung der Cadetten zum praktischen Gebrauche der Sprachen im Auge zu behalten.

Inwieweit Ich für jetzt eine theilweise Aenderung der Lehrpläne des Cadettencorps geboten erachte, wird Ihnen durch das Kriegsministerium demnächst bekannt gegeben werden.

Ich habe durch Vorstehendes den zur Erziehung und Unterweisung der Cadetten berufenen Organen weitere Aufgaben zugewiesen, welche an ihre Einsicht und Thätigkeit erhöhte Anforderungen stellen; Ich halte Mich aber überzeugt, daß es ihrer bewährten Hingebung und Pflichttreue gelingen wird, diese Aufgaben in Meinem Sinne und zu Meiner vollen Zufriedenheit zu lösen.

Mit Ihren Vorschlägen über die Art und Weise, wie die militärische Jugend auch auf den Kriegsschulen für die erziehlichen Aufgaben ihres Berufes vorzubereiten ist, bin Ich einverstanden.

Ich will, daß diese Meine Ordre zur allgemeinen Kenntniß der Armee gelangt, und habe Ich dieserhalb an das Kriegsministerium verfügt.

Berlin, den 13. Februar 1890.

Wilhelm.

An den Generalinspekteur des Militär-Erziehungs- und Bildungswesens.

Die andere Kundgebung ist an den Kriegsminister gerichtet und hat folgenden Wortlaut:

„Ich habe aus den Mir von den kommandirenden Generalen eingereichten Nachweisungen über die Bestrafungen wegen Mißhandlung Untergebener ersehen, daß die Bestimmungen der Ordre vom 1. Februar 1843 noch nicht durchweg in dem Geiste aufgefaßt und gehandhabt werden, in dem sie gegeben worden sind. In Meiner Armee soll jedem Soldaten eine gesetzliche, gerechte und würdige Behandlung zu Theil werden, weil eine solche die wesentlichste Grundlage bildet, um in demselben Dienstfreudigkeit und Hingebung an den Beruf, Liebe und Vertrauen zu den Vorgesetzten zu wecken und zu fördern. Treten Fälle von fortgesetzten systematischen Mißhandlungen Untergebener hervor, so haben Mir die kommandirenden Generale bei Einreichung der Nachweisungen zu berichten, welchen Vorgesetzten die Verantwortung mangelhafter Beaufsichtigung trifft und was ihrerseits gegen denselben veranlaßt worden ist. Sie haben hiernach das Erforderliche zu veranlassen und den kommandirenden Generalen auch die Bemerkungen, zu welchen Mir die letzten Nachweisungen Anlaß gegeben haben, zugehen zu lassen.

Berlin, den 6. Februar 1890. Wilhelm.

An den Kriegsminister."

Diese fünf [1]) officiellen Kundgebungen betrachten wir als wahre Perlen von seltener Größe und Reinheit, welche der deutschen Kaiserkrone beigefügt worden sind. Perlen, welche niemals verloren werden können, so wenig als die Treue, Liebe und Anhänglichkeit an einen Souverain, der so von seinen Herrscher-Pflichten erfüllt ist, wie unser Kaiser.

Das darf auf Grund der Thatsachen jetzt schon betont werden, daß es selten einen Fürsten gegeben hat, der in dem reinen, hohen Grade die concrete und sittliche Bedeutung der Monarchie und des Herrscherthums von „Gottes Gnaden" zum Ausdruck brachte, wie Kaiser Wilhelm II.

Was die höchste Aufopferung, und zwar eine Aufopferung bis zum Tode betrifft, so steht dem Kaiser der König Max II. von Bayern zur Seite. Dieser, besonders seinem treuen Bayernvolke unvergeßliche Fürst, der einst die väterlichen Worte sprach: „Ich will Frieden [2]) haben mit meinem Volke", verließ, obgleich schon schwer leidend, auf die Bitten seiner Haupt- und Residenzstadt München Rom und kehrte in die Heimath zurück. Es war im Frühjahre 1864 als die schleswig-holsteinische Frage dem Kriege zudrängte. Kurze Zeit nach der Zurückkunft des Königs war das Opfer gebracht und vom tiefsten Schmerz erschüttert, den alle Bayern gleich empfanden, standen die treuen Münchener an der Bahre ihres innigstgeliebten Fürsten und Herrn. Auch König Max II. war **„ein Unterthan der Pflicht"**, wie es schöner und reiner nicht gedacht werden kann.

Wie beruhigend und erhebend zugleich wirken solche Heldengestalten für Alle, welche in erster Linie in der starken Monarchie die Voraussetzungen für eine gerechte, geordnete, kräftige und umsichtige Regierungsweise erblicken. Um aber selbst wahr und gerecht zu sein, müssen wir sagen, daß solche Beispiele auch sehr nöthig sind, denn die Theorien verlieren äußerst leicht ihren Werth und werden als obsolet bezeichnet, wenn sie sich auf keine Praxis stützen können.

**Wir sind aus Ueberzeugung und auch unserem Herzen nach Monarchist, aber eben deshalb fühlen wir auch besonders stark die Pflicht, die Fürsten nicht zu loben, wenn sie Tadel verdienen. Niemals soll man in**

---

1) Siehe Anhang.

2) Affaire Weiß.

**uns den Mitschuldigen an einer schwachen, schlechten, unklugen oder ungerechten Regierung finden können.**

— — — — — — — — — — — — —

— — — — — — — — — — — — —

Als Commentare zu den kaiserlichen Erlassen müssen noch einige verbürgte Aeußerungen Seiner Majestät angeführt werden, die so recht geeignet sind, dem deutschen Volke klar zu machen, von welch hohen reinen Intentionen der Kaiser bei der Abfassung der Erlasse geleitet war. Nach dem bekannten letzten Diner beim Fürsten Bismarck, als sich die Anwesenden in zwanglose Gruppen aufgelöst hatten, äußerte der Kaiser nach der Meinung eines Herrn, daß alles, was man auch für den „vierten Stand“ thue, von diesem doch nicht anerkannt werde, wörtlich: „Ob wir nun Dank oder Undank für unsere Bestrebungen für die Aufbesserung des Wohles der arbeitenden Klassen ernten, in diesen Bestrebungen werde Ich nicht erlahmen. Ich habe nun die Ueberzeugung, daß diese staatliche Fürsorge uns zum Ziele führen wird, die arbeitenden Klassen mit ihrer Stellung innerhalb der gesellschaftlichen Ordnung zu versöhnen. Jedenfalls geben diese Bestrebungen Mir für Alles, was wir thun, ein ruhiges Gewissen.“

Eine Aeußerung des Kaisers zum Grafen Waldersee betreffs der Arbeiterfrage wird dem „Neuen Tageblatt“ in Stuttgart auf Grund eines nach Heidenheim gerichteten Privatbriefes des Grafen Waldersee berichtet. Dieselbe lautet: „Ich halte es für meine Pflicht, hier helfend einzugreifen. Was daraus werden wird, weiß ich nicht. Ich wünsche aber, dereinst nicht den berechtigten Vorwurf zu bekommen, daß Ich etwas unterlassen habe.“

Daß man sehr mit Unrecht den Kaiser mit einem übertriebenen Mißtrauen gegen die volksfreiheitliche Richtung erfüllen will, geht auch aus dem Artikel eines durchaus demokratischen Blattes aus Süddeutschland, dem „Würzburger Journal“ hervor, das die betreffende Tendenz mit Recht tadelt. Es schreibt in seiner Nummer 47 vom 16. Februar 1890 unter der Ueberschrift: „Ueber das Schicksal des Socialisten-Gesetzes“ wörtlich: „Der Kaiser war dem beim Elberfelder Socialistenprozeß erkennbar gewordenen Verhalten der Polizei gegenüber der Socialdemokratie mit besonderer Aufmerksamkeit gefolgt und der stark ausgeprägte Gerechtigkeitssinn des Monarchen hatte namentlich Anstoß an dem sogenannten Spitzelthum genommen. Er sah eine Erscheinung sich wiederholen, die schon

im vorigen Jahre bei dem Fall „Wohlgemuth" sein höchstes Mißfallen hervorgerufen hatte."

Zu welcher Schamlosigkeit die „ehemals" gouvernementale Presse es bereits gebracht hat, geht aus der Behaglichkeit hervor, mit welcher sie davon spricht, daß die Socialdemokratie als Motiv der kaiserlichen Initiative die Furcht des Kaisers vor der socialrevolutionären Bewegung nennt. Wir kennen diese infame Mache zur Genüge, wissen, woher die Inspiration kommt, und was man hierdurch erreichen will. Konnte man die kaiserlichen Erlasse nicht hintertreiben, so sollen sie nun wenigstens verdächtigt und ihres sittlichen Werthes entkleidet werden. Der „Germania" entnehmen wir nachstehenden Artikel aus ihrer Nummer 75, erstes Blatt, vom 1. April. Er lautet:

„Kölnische Zeitung" und „Hamburger Nachrichten" beschäftigen sich sehr angelegentlich mit dem Socialistengesetz. Die „Hamburger Nachrichten" führen ihre Absichten in einer sehr oppositionellen, die Hintergedanken deutlich zeigenden Weise der Staatsleitung zu Gemüthe, indem sie schreiben: „Beispiele einer Steigerung der Sprache bis zu einem Grade der Aufreizung, wie wir ihn seit dem Jahre 1878 nicht gekannt haben, stehen nicht mehr vereinzelt da (Das Socialistengesetz ist ja noch da!); es ist kein Zweifel, die socialdemokratische Bewegung hat in jüngster Zeit an revolutionärer Intensität bedeutend zugenommen. Aus den Wahlerfolgen allein ist diese Erscheinung nicht zu erklären; vielmehr sind diese Erfolge selbst schon zum Theil eine Wirkung des erhöhten Kraftgefühls der Partei. Das gesteigerte Machtbewußtsein der Socialdemokratie aber ist überwiegend aus dem Scheitern des Socialistengesetzes im letzten Reichstage und aus der Thatsache hervorgegangen, daß die Kaiserlichen Erlasse über die Besserung des Looses der arbeitenden Klassen in die Welt hinausgingen, ohne daß bisher irgend eine Andeutung von maßgebender Stelle erfolgt wäre, wie man sich in Zukunft, nach dem mit dem 30. September d. J. eintretenden Ablauf des Socialistengesetzes, die Bekämpfung der gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie denkt. Der Mangel jeder derartigen Andeutung hat auch zu der Annahme geführt, daß der Rücktritt des Fürsten Bismarck das Aufgeben des Gedankens einer grundsätzlichen Bekämpfung der Socialdemokratie bedeute. Als eigentliches Motiv der arbeiterfreundlichen Politik des Kaisers vermuthet die Socialdemokratie die Furcht des Kaisers. (?) Herr Bebel hat das in einer

vor wenigen Tagen gehaltenen Rede deutlich genug zu erkennen gegeben. (Ob ers aber glaubt?) Kein Wunder, daß in der socialdemokratischen Gefolgschaft sich immer mehr die Vorstellung ausbildet, daß die alte Ordnung der Dinge den sicheren Halt verloren habe, und es jetzt nur eines doppelt energischen Auftretens bedürfe, um vielleicht früher, als selbst die kühnsten Träume angenommen, zum Ziele zu gelangen. Der besonnenere Theil der Socialdemokratie hat schon jetzt die weiterdrängenden Elemente nicht mehr in der Hand. Es ist hohe Zeit, daß dem immer übermüthiger auftretenden Treiben einer auf den Umsturz abzielenden Bewegung gegenüber die Festigkeit und Entschlossenheit der Staatsgewalt in ihrer ganzen Schärfe aufs neue zum Bewußtsein gebracht wird, wenn man nicht Gefahr laufen will, daß sich der Besitzenden, der Arbeitgeber, ein gewisses Gefühl des Preisgegebenseins bemächtige, wie es in den neulichen Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses schon recht vernehmlich zum Durchbruch kam. Kein Unbefangener wird die Regierung für fähig halten, aus Connivenz gegen eine lärmende Agitation berechtigte Interessen ganzer Schichten der Staatsangehörigen zu opfern. Aber auch der Schein muß vermieden werden. Zur Erreichung der hohen Ziele der Socialreform bedürfen wir vor Allem der freudigen Mitwirkung der Arbeitgeber. Für diese Freudigkeit aber ist die erste Voraussetzung die über allen Zweifel erhabene Gewißheit, daß die Staatsgewalt jeder revolutionären Bestrebung mit unerbittlicher Schärfe entgegentreten werde. (Ist das denn irgendwie zweifelhaft?) Noch nothwendiger ist diese Gewißheit für jene breiten, der Verhetzung und Bethörung nur zu leicht zugänglichen Massen, die Gefahr laufen, die unglücklichen Opfer irgend welcher Katastrophe zu werden. Man kann darum gar nicht dringend genug wünschen, daß sobald als möglich an maßgebender Stelle eine Kundgebung erfolgt, die keinen Zweifel darüber läßt, daß die Reichsregierung die Socialdemokratie in der Bethätigung ihres revolutionären Wesens auch in Zukunft mit der gleichen Entschlossenheit wie bisher bekämpfen wird." Das ist die Fronde, wie sie leibt und lebt. Die „Hamburger Nachrichten" werden der Sache, welcher sie zu dienen glauben, nur schaden, wenn sie im Volke den Glauben zu erwecken suchen, der Rücktritt des Fürsten Bismarck lasse die Staatsleitung in Schwäche und Hilflosigkeit zurück. Eine solche Sprache ist genau ebenso gemeingefährlich, wie die der socialistischen Agitation. Die letzteren hetzten die Arbeiter, die „Hamburger Nachr." die Arbeitgeber auf.

Es sind durchaus haltlose Voraussetzungen, welche die „Hamb. Nachr." vorschieben, denn darüber, daß die grundsätzliche Bekämpfung der Socialdemokratie von den Parteien wie von der Regierung nicht aufgegeben ist, besteht nicht der geringste Zweifel; es soll vielmehr hierin gerade jetzt endlich einmal allseitig Ernst gemacht werden. Es ist darum auch verwerflich, wenn die „Hamb. Nachr." nicht auch selbst der socialistischen Vorspiegelung entgegentreten, als seien die kaiserlichen socialpolischen Erlasse nicht dem Gerechtigkeitsgefühl, sondern der Furcht entsprungen. Ein derartiges Benehmen ist geeignet, Deutschland vor dem Auslande zu discreditiren, es als zerklüftet und an gefährlicher innerer Krisis leidend darzustellen. Im Inlande, wo man die Dinge in ihrem Zusammenhange besser kennt, wird man allerdings diesen Treibereien entgegenzutreten verstehen, zumal die Kreise und die Partei, welche in den „Hamb. Nachr." ihre Vertretung finden, ihres beherrschenden Einflusses beraubt sind."

Eine solche Verdächtigungs-Politik ist geradezu infam, sie öffnet aber hoffentlich auch dem Blödesten die Augen und ruft jene bekannten Schwärmer und Enthusiasten zur Vernunft. Wie wir bereits schon öfter erwähnt, es wird derselbe Wind geblasen, der während den „99" Tagen die Luft verpestete. Es sind ganz tendenziöse, höchst verhängnißvolle Lügen, wenn man behauptet und dem Kaiser „zu Gehör redet", das Volk sei in seinen breiten Schichten nicht mehr empfänglich, nicht mehr dankbar für wohlwollende, fürsorgende Gesinnungen der Fürsten.

**Solche Einflüsterungen gehörten als „Hochverrath" behandelt, und thatsächlich sind sie von der Absicht diktirt, die Fürsten zu verrathen und sie um das Vertrauen und die Liebe des Volkes zu betrügen.**

Wenn sich Fürsten ihrer Pflichten im vollen Umfange bewußt werden und ihnen auch in concreter Weise nachkommen, so dürfen sie noch immer auf das Verständnis und freudige Entgegenkommen des Volkes rechnen. In unserer „Denkschrift" S. 78 schrieben wir über das „Sociale Königthum" was folgt: „In dem christlich-socialen Königthum liegt die ganze und reine Kraft der königlichen Institutionen; nur in ihm erkennen wir die Berechtigung, Nothwendigkeit der Entstehung und Weiterentwickelung der königlichen Gewalt.

Was das Königthum so hoch bedeutsam und providentiell macht, das ist eben die absolute Gerechtigkeit, die ausgleichende und stets versöhnende Thätigkeit, die ernste nie rastende Fürsorge hin-

sichtlich des allgemeinen Wohles, die man bei ihm vorauszusetzen hat. Die ganze Bedeutung, die der christlich-soziale König für sein ihm von Gott anvertrautes Volk besitzt, liegt in den schönen, klaren Worten: **„Der Landesvater.“**

Was ein König ist, was er sein soll, **das** sagt dies eine Wort. Fürsten welche wirklich „Landesväter“ sein wollen, in deren Ländern wird die „soziale Frage“ bald gar keine, oder wenn, jedenfalls keine gefährliche, aufregende Bedeutung mehr besitzen. Nun liegt die Frage außerordentlich nahe: Wie kann ein constitutioneller Monarch in concreter Weise eine christlich-soziale Politik verfolgen, wenn die gesetzgebenden Körper gegen eine solche sind?“

Wie selbst in socialdemokratischen Kreisen die Liebe und eine gewisse Verehrung für den Kaiser nicht absolut ausgerottet ist, erfuhren wir von einem bekannten Socialistenführer als er unmittelbar von einer nördlichen Orientirungsreise zurückkam. Er theilte mit, daß man in den Wohnungen vieler Arbeiter, die zu seiner Partei gehören, das Bildniß Kaiser Friedrichs sehen könne. Die Leute wissen, wie der hohe, edle Dulder ein offenes Herz für das Volk gehabt und daß es ihm wirklich Ernst gewesen, ihm näher zu treten.

Es ist ein ganz eigenes Gefühl, durch das man die Volksseele verstehen, aber auch auf sie einwirken kann. Manche geben sich selbst vielleicht große Mühe populär zu werden und werden es dennoch nicht. Man darf nicht blos volksfreundlich „sein wollen“, sondern muß es wirklich „sein“; was von Herzen kommt, geht zu Herzen. Wir kennen Fürsten, die sich „Mühe geben“ populär zu werden, aber gerade das „Opfer“, das sie hierbei bringen, vereitelt ihre Absicht. Das Volk will dadurch kein „Opfer“ gebracht sehen, daß man freundlich und wohlwollend mit ihm verkehrt. Am allerwenigsten verträgt es Schmeicheleien, für die es nur ein verächtliches Gefühl besitzt; es merkt die Absicht und wird verstimmt. Es ist das ein recht interessantes Thema, über das sich noch sehr viel sagen ließe. Fest steht, daß ein gescheidter, energischer und sein Volk wirklich liebender Fürst, der bestimmt seine eigene Wege geht und von dem das Volk weiß, wie es ihm als heilige Pflicht und wahre Lebensaufgabe erscheint, sein Wohl zu fördern, noch eine große Macht auf die Volksseele ausübt. Es ist auch keine Frage, daß die constitutionellen Formen vielfach den intimen direkten Verkehr zwischen Fürst und Volk erschweren und seit ihres Bestehens sich beide mehr

von einander entfernt haben. Mit Ursache ist das Parteiwesen, das durch die gesetzgebenden Körper einen sehr verschärften Ausdruck erhielt. Aber trotz dieser starren Form, die sich durch die Constitutionen zwischen Fürst und Volk erhoben, giebt es immer noch Mittel und Wege über sie hinweg den großen, breiten Massen des Volkes recht nahe zu treten. Mit einem wahrhaft beglückenden Gefühl sehen wir denn auch „unsern" Kaiser in aller Wirklichkeit **„regieren."**

Der „Kreuz-Zeitung", die den kaiserlichen Erlassen gegenüber bereits manche sehr beachtenswerthe Artikel gebracht, wollen wir am Schlusse unserer Arbeit noch einige besonders schöne, wie markante Stellen entnehmen. In Nummer 114 Abendausgabe sagt sie: „Wie gründlich „Meinungsverschiedenheiten" und „Politik" dabei verwechselt werden, wie wenig man eine Vorstellung davon hat, was in Preußen der Wille des Königs bedeutet, und wie unverträglich es mit der Art der Hohenzollern wäre, einen Schritt von weltgeschichtlicher Tragweite zurück zu thun — das braucht deutschen Lesern nicht erst klar gemacht zu werden. Das Ausland aber wird, wie es scheint, noch einige Erfahrungen sammeln müssen, ehe es begreift, wie die Dinge in Wahrheit stehen."

In dem Artikel: „Es will ein Neues werden", (No. 125 Morgenausgabe) lesen wir: „Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, wie mächtig die Kaiserlichen Erlasse die Gemüther erregt haben, wie überall im Deutschen Reich nicht nur, nein in der ganzen civilisirten Welt das Gefühl sich geltend macht, daß wir vor einer neuen Epoche der Weltgeschichte stehen. Mit Staunen und Bewunderung, zum Theil auch mit Neid bricht sich die Erkenntniß Bahn, daß Deutschland in der Person seines Kaisers die Führung auf einem Wege übernommen hat, der, wenn mit Stetigkeit verfolgt, wohl geeignet ist, die Entwickelung der Völker in ganz neue, friedliche Bahnen hinüberzuführen. Zugleich mit dem staunenden Ausblick in die Zukunft werfen die Politiker einen kritischen Blick in die Vergangenheit, und wir halten es für unsere Pflicht, unsere Leser über die bemerkenswerthesten Erscheinungen auf diesem Gebiet auf dem Laufenden zu erhalten."

Wir schließen die Anführungen aus der „Kreuz-Zeitung" mit einem Citat aus ihrer Nummer 127 Morgenausgabe. Es heißt: „Aller dieser Hindernisse und Schwierigkeiten, die wir hier nur flüchtig streifen, ist die unbeugsame Entschlossenheit Herr geworden, mit der der Kaiser sein großes Ziel verfolgt und deren es allerdings

auch ferner noch bedarf, wenn sich aus dem, was ein Glück für die Welt werden kann, nicht das Gegentheil entwickeln soll. Denn ohne sachliche Wirkung kann ein solcher Anstoß, von dieser Stelle gegeben, unmöglich bleiben. Wird aus dem Gewollten die That, so können Früchte reifen, welche den Namen ihres Urhebers zu einem gesegneten machen für alle Zeiten. Bliebe es dagegen bei dem bloßen Worte, gelänge es dem Rattenkönig feindseliger Interessen, der sich dem gewaltigen socialen Friedenswerke entgegenwirft, hemmend und lähmend dazwischen zu treten, in der Durchführung zu verderben, was in der Idee so schön erscheint: was würde, was müßte daraus folgen? Eine unheimliche Beschleunigung des revolutionären Gährungs-Prozesses, in dem sich die Welt des „vierten Standes" seit einem Menschenalter fast befindet."

Gerade vor Beendigung unserer Broschüre gelangen wir noch in den Besitz des Briefwechsels zwischen Papst und Kaiser. Der Kaiser schrieb:

„Berlin, 8. März 1890.

Sehr erhabener Pontifex!

Die edlen Kundgebungen, durch welche Ew. Heiligkeit stets Ihren Einfluß zu Gunsten der Armen und Verlassenen geltend gemacht haben, geben Mir die Hoffnung, daß die internationale Conferenz, welche auf Meine Einladung hin am 15. d. in Berlin zusammentreten wird, das Interesse Ew. Heiligkeit auf sich ziehen wird, und daß Ew. Heiligkeit mit Sympathie den Gang der Erörterungen, welche die Verbesserung der Lage der Arbeiter zum Ziele haben, folgen werden.

Von diesem Gesichtspunkte aus erachte Ich es als Meine Pflicht, Ew. Heiligkeit das Programm zugehen zu lassen, welches als Grundlage für die Arbeiten der Conferenz dienen soll, deren Erfolg in besonderer Weise erleichtert werden würde, wenn Ew. Heiligkeit dem humanitären Werke, welches Ich verfolge, Ihre wohlthätige Unterstützung leihen wollten. Ich habe daher den Fürstbischof von Breslau, welchen Ich von den Intentionen Ew. Heiligkeit durchdrungen weiß, eingeladen, als Mein Delegirter an der Conferenz Theil zu nehmen.

Ich ergreife gerne diese Gelegenheit, um Ew. Heiligkeit die Versicherung Meiner Achtung und Meiner persönlichen Ergebenheit zu erneuern.

(gezeichnet) Wilhelm.
(gegengez.) v. Bismarck."

Die Antwort Leo XIII. lautet:

„Majestät!

Wir sprechen Ew. Majestät Unsern Dank aus für das Schreiben, das Dieselben an Uns haben richten wollen, um uns für die internationale Conferenz zu interessiren, welche in Berlin jetzt zusammentreten wird zum Zwecke, die Mittel ausfindig zu machen zur Verbesserung der arbeitenden Klassen.

Es ist Uns vor Allem angenehm, Ew. Majestät Glück zu wünschen, Sich einer so edlen, einer ernsten Beachtung so würdigen und die gesammte Welt interessirenden Sache so warm angenommen zu haben. Diese Sache hat übrigens nicht aufgehört Uns selbst zu beschäftigen, und das von Ew. Majestät unternommene Werk entspricht einem Unserer theuersten Wünsche. Schon in der Vergangenheit, wie Ew. Majestät sich erinnert, haben wir Unsere Gedanken über diesen Gegenstand kundgegeben, und mit Unserem Worte haben Wir zu seinen Gunsten die Lehre der katholischen Kirche angerufen. Als deren Haupt haben Wir bei einem neuerlichen Anlaß diese Lehre von Neuem in die Erinnerung gerufen, und damit dieses schwierige und wichtige Problem nach allen Regeln der Gerechtigkeit gelöst werde, und damit die legitimen Interessen der arbeitenden Klasse gebührend gewahrt seien, haben Wir Allen und Jedem, die Regierungen mit einbegriffen, die Pflichten und die besonderen Verbindlichkeiten, die ihnen obliegen, auseindergesetzt.

Ohne jeden Zweifel wird die vereinigte Action der Regierungen mächtig zur Erreichung des so heiß ersehnten Zieles beitragen. Die Uebereinstimmung der Gesichtspunkte und Gesetzgebungen wird, insoweit wenigstens, als es die verschiedene Lage der Verhältnisse der Orte und Länder gestattet, geeignet sein, die Frage einer der Billigkeit entsprechenden Lösung um ein gewaltiges Stück näher zu führen. Auch werden Wir alle auf die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes abzielenden Berathungen der Conferenz nur aufs Wärmste unterstützen können; so z. B. eine den Kräften, dem Alter und dem Geschlechte eines Jeden besser angepaßte Vertheilung der Arbeit; die Ruhe am Tage des Herrn und im Allgemeinen Alles, was geeignet ist zu verhindern, daß der Arbeiter wie ein käufliches Werkzeug ausgebeutet wird ohne Rücksicht auf seine Menschenwürde, seine Moralität und seinen häuslichen Herd.

Indeß ist es Ew. Majestät nicht entgangen, daß die glückliche Lösung einer so schwierigen Frage außer der weisen Inter-

vention der staatlichen Autorität auch den mächtigen Beistand der Religion und die wohlthätige Mithilfe der Kirche erfordere. In der That, das religiöse Gefühl allein ist im Stande, den Gesetzen ihre ganze Wirksamkeit zu sichern, und das Evangelium ist das einzige Gesetzbuch, in welchem sich die Principien wahrer Gerechtigkeit, die Grundsätze der gegenseitigen Liebe, welche alle Menschen als Kinder desselben Vaters und Glieder derselben Familie einigen soll, aufgezeichnet finden. Die Religion wird also den Arbeitgeber lehren, im Arbeiter die Menschenwürde zu achten und ihn gerecht und billig zu behandeln: sie wird in das Gewissen des Arbeiters das Gefühl der Pflicht und Treue einpflanzen und ihn sittlich, nüchtern und achtbar machen. Gerade weil die Gesellschaft die religiösen Principien aus dem Auge verloren, vernachlässigt und verkannt hat, sieht sie sich bis in ihre Grundfesten erschüttert; diese Principien wachrufen und sie wieder in Kraft setzen — das ist das einzige Mittel, die Gesellschaft auf ihren Grundlagen wieder herzustellen und ihr Frieden, Ordnung und Gedeihen zu gewährleisten. — Nun aber ist es die Sendung der Kirche, in der ganzen Welt diese Principien und diese Lehren zu predigen und auszubreiten. Ihr gebührt es darum, einen großen und befruchtenden Einfluß auf die Lösung des socialen Problems auszuüben. Diesen Einfluß haben Wir ausgeübt, und Wir werden ihn noch ferner, insbesondere zum Wohle der arbeitenden Klassen, ausüben. Ihrerseits werden die Bischöfe und Oberhirten mit Unterstützung ihres Clerus in gleicher Weise in ihren bezüglichen Diözesen handeln; und Wir hoffen, daß diese heilsame Thätigkeit der Kirche, weit entfernt, einem Widerstande bei den bürgerlichen Gewalten zu begegnen, künftighin bei ihnen Hilfe und Schutz finden wird. Uns bürgt dafür einerseits das Interesse, welches die Regierungen an dieser ernsten Frage nehmen, und andererseits der wohlwollende Appell, den Ew. Majestät soeben haben an uns ergehen lassen.

Unterdessen hegen Wir die innigsten Wünsche, daß die Arbeiten der Conferenz fruchtbar sein mögen an segensreichen Resultaten, und daß sie der allgemeinen Erwartung vollständig entsprechen. Und bevor Wir gegenwärtiges Schreiben schließen, wollen Wir hier der Genugthuung Ausdruck geben, welche Wir empfanden bei der Nachricht, daß Ew. Majestät zur Theilnahme an der Conferenz, in der Eigenschaft Ihres Delegirten, den Msgr. Kopp, Fürstbischof von Breslau, eingeladen haben; er wird sich sicherlich durch dieses Zeichen hohen

Vertrauens, welches Ew. Majestät ihm bei dieser Gelegenheit geben, sehr geehrt fühlen.

Mit der lebhaftesten Genugthuung drücken Wir schließlich Ew. Majestät die aufrichtigsten Wünsche aus für Ihr und Ihrer kaiserlichen Familie Wohlergehen.

Aus dem Vatican, den 14. März 1890.

(gez.) Leo P.P. XIII."

„Der Kaiser hat gesprochen"; er hat aber schon mehr als gesprochen, er hat „gehandelt". Wie auch die Resultate der internationalen Arbeiterschutz-Conferenz ausfallen mögen, so ist uns durch das kaiserliche Wort verbürgt, daß es „jetzt" keine rückläufige Bewegung mehr geben, sondern die durch die Erlasse inaugurirte Social-Reform ihren Weitergang finden wird. Auch sind wir fest überzeugt, daß, wenn keine Fehler gemacht werden, die Folgen der kaiserlichen inneren Politik nicht ausbleiben und wir bald ein Abnehmen des „bösartigen" Socialismus erleben. Was wir über die Möglichkeit seiner Bekämpfung vor zwei Jahren in unserer „Denkschrift" schrieben, ist, wie schon so manches, das wir empfohlen und vertreten haben, nicht mehr unsere Ansicht allein. Fast durch die ganze Presse aller Parteien lesen wir nun von der „Theilung der Socialdemokratie", respektive von der Möglichkeit, daß durch die kaiserliche Politik sich eine Spaltung erreichen ließe, vermöge welcher aus der socialdemokratischen Partei heraus sich eine Arbeiterpartei bilden könnte. Auch das weiß nun fast die ganze Welt, daß es nie zu der außerordentlichen Ausbreitung der revolutionären Bewegung gekommen wäre, wenn die Arbeiter anderswo eine ernstliche, wirkliche Vertretung und Sammelplätze gehabt hätten. Durch die ganze innere Politik des Fürsten Bismarck und die namenlos schroffe und selbst oft höhnische Weise, in der die Anträge auf Arbeiterschutz vom Bundesrath aus behandelt worden sind, wurde die socialdemokratische Bewegung mit dem allergrößten Erfolge unterstützt. Wie sprangen wir als in der größten Entrüstung auf, wenn wiederum Maßnahmen ergriffen wurden, die nur wie reines Oel auf das revolutionäre Feuer wirken mußten. Wenn ein so zahlreicher Stand wie der der Arbeiter auf der einen Seite wirkliche Ungerechtigkeiten erfährt und sich bei ihm immer mehr die Erkenntniß Bahn bricht, daß seine Lage nur deshalb eine schlechte sein soll, weil seine Brodherrn von einer besseren nichts wissen wollen, auf der anderen aber nirgendswo eine ernstgemeinte Unterstützung und

Vertretung bemerkt, so kann es ja gar nicht anders sein, als daß dieser Stand für alle revolutionären Einflüsse reif wird. Wie oft sagten wir: die Socialdemokraten werden förmlich gleich den Frühgurken in Treibkästen gezogen. Die Gefühle für „Glaube, Liebe und Hoffnung" wurden ihnen vollständig geraubt und es ist gar nicht so übertrieben, wenn die große Masse der Arbeiter von ihren revolutionären Führern die „Enterbten" genannt werden. Um diese Situation noch zu verschärfen und die noch nicht revolutionären Elemente förmlich mit Gewalt in die Arme des bösartigen Socialismus zu treiben, kam noch das Socialistengesetz dazu, das wir schon öfter das „Patent" für die Socialdemokratie genannt haben, denn nun war es ja mit jeder anderen Arbeiterverbindung vorüber; man gab den Socialrevolutionären das Monopol für Heranziehung und politische Ausbildung der Arbeitermassen.

**Diese furchtbare Mißwirthschaft, deren schwere Folgen wir alle nun zu tragen haben, entstand aber unter der beispiellosen Machtfülle des Fürsten Bismarck, dem alle Wege offen standen und der über alle Mittel mit einer souveränen Gewalt verfügen konnte.**

Das wolle man gefälligst nicht übersehen, wenn man Bismarck „den Aeußeren" feiert. Der Bismarck „des Innern" wird uns, wie wir sehr fürchten, weit mehr Gelegenheiten vorbereitet haben, an ihn zu denken, als wie der des „Aeußern". Wir stehen am Vorabend von Ereignissen, deren Verlauf kein Mensch auch nur annähernd vorausbestimmen kann; es ist ja immer möglich, daß für eine längere Reihe von Jahren selbst unsere zweitausendjährige Civilisation geopfert wird und sie erst wieder durch Ströme von Blut, nach entsetzlichen Vorgängen und Greueln durch zahlreiche christliche Martyrer zurückgewonnen werden muß. Wer kann wissen, ob die „große" moderne Gesellschaft nicht bereits in einer Weise verdorben und vergiftet ist, daß alle Mittel fehlschlagen und nur durch ihre Vernichtung die Menschen wieder ganz zu sich kommen können, um dann von neuem unserm himmlischen Vater, Herrn und Meister in Wahrheit zu dienen. Alle modernen Staaten sind auf einer schiefen Ebene, indem sie dem Materialismus bereits Concessionen verliehen haben, deren Consequenzen gerade die Keime ihrer Auflösungen enthalten. Wir fürchten, daß die heutige Gesellschaft nicht mehr die sittlichen Kräfte hat, um aus sich heraus jene unerläßliche Regeneration zu erleben. Wie dem aber auch sei, wir

wollen und dürfen nicht wanken, wir müssen fortarbeiten, als wenn von unserer Arbeit die sichere Besserung abhinge. Wir stehen fest und treu zu unserer heiligen Kirche, die Alles überdauern, von neuem befruchten und am Ende aller irdischen Dinge allein triumphiren wird. Wir halten treu und mannhaft zu unserem jungen und doch schon großen Kaiser, dem unser Herz in Liebe und Verehrung entgegenschlägt.

Gott der Allmächtige erhalte, stärke und erleuchte ihn auf allen Wegen, die zur Erkenntniß und Wahrheit führen.

**„Es lebe Kaiser Wilhelm II.**
**Der Seher auf dem Throne!"**

Dresden, 29. März 1890.

# Anhang.

## Die Beschlüsse der internationalen Arbeiterschutz-Conferenz.

Die internationale Arbeiterschutz-Conferenz hatte bekanntlich beim Beginn ihrer Verhandlungen beschlossen, ihre Beschlüsse geheimzuhalten. Nach dem nun erfolgten Abschlusse der Verhandlungen werden die Beschlüsse von den „Berl. Polit. Nachr." in folgender Form veröffentlicht:

Der Conferenzberathung war bekanntlich ein von deutscher Seite ausgearbeitetes Programm zu Grunde gelegt, welches in sechs Abschnitten Fragen aufstellte. Die Beschlüsse sind demgemäß in Antworten auf diese Fragen eingekleidet.

I. Regelung der Arbeit in Bergwerken.

1. Ist die Beschäftigung unter Tage zu verbieten:
   a) für Kinder unter einem bestimmten Lebensalter?
   b) für weibliche Personen?

Es ist wünschenswerth,

a) daß die untere Grenze des Alters, in welchem die Kinder zu den unterirdischen Bergwerksarbeitern zugelassen werden dürfen, nach Maßgabe der durch die Erfahrung festgestellten Möglichkeit allmählich auf das Ende des 14. Lebensjahres verschoben wird; jedoch würde für die südlichen Länder diese Grenze auf 12 Jahre festzusetzen sein;

b) daß die Arbeit unter der Erde den Personen weiblichen Geschlechts verboten werde.

2. Ist für Bergwerke, in denen die Arbeit mit besonderen Gefahren für die Gesundheit verbunden ist, eine Beschränkung der Schichtdauer vorzusehen?

Es ist wünschenswerth,

daß in den Fällen, wo die Bergwerkstechnik nicht ausreichen würde, um alle Gefahren für die Gesundheit, welche sich aus den natürlichen oder zufälligen Bedingungen der Ausbeutung gewisser Berg-

werke oder gewisser Schächte ergeben, zu beseitigen, die Arbeitsdauer eingeschränkt werde; die Sorge für die Durchführung dieses Berathungsergebnisses auf gesetzgeberischem oder Verwaltungswege oder durch Uebereinkunft zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern oder anderswie bleibt jedem Lande nach den Grundsätzen und der Praxis jedes Volkes überlassen.

3. Ist es im allgemeinen Interesse möglich, um die Regelmäßigkeit der Kohlenförderung zu sichern, die Arbeit in den Kohlengruben einer internationalen Regelung zu unterstellen?

Es ist wünschenswerth,

a) daß die Sicherheit der Arbeiters und die Unschädlichkeit der Arbeiten für die Gesundheit durch alle Mittel gewährleistet werde, über welche die Wissenschaft verfügt, und daß dieselben unter Staatsaufsicht gestellt werden;
b) daß die mit der Leitung des Unternehmens betrauten Ingenieure ausschließlich Leute seien, deren Erfahrung und technische Befähigung gebührend erprobt sind;
c) daß die Beziehungen zwischen den Bergarbeitern und den Betriebsingenieuren möglichst unmittelbare seien, so daß sie den Charakter des gegenseitigen Vertrauens und der gegenseitigen Achtung tragen;
d) daß die in Uebereinstimmung mit den Sitten jedes Landes organisirten Vorbeugungs- und Hilfseinrichtungen, welche bestimmt sind, den Bergarbeiter und seine Familie gegen die Folgen der Krankheit, der Unfälle, der vorzeitigen Invalidität, des Alters und des Todes zu schützen, und welche geignet sind, das Loos des Bergarbeiters zu bessern, sowie ihn an seinen Beruf zu fesseln, immer weiter entwickelt werden;
e) daß man sich, um die Continuität der Kohlenproduktion zu verbürgen, bemühe, die Arbeitseinstellungen zu verhüten. Die Erfahrung beweist, daß das beste Präventivmittel (gegen Strikes) darin besteht, daß die Bergwerksunternehmer und die Arbeiter sich freiwillig verpflichten, in allen Fällen, wo ihre Differenzen nicht durch unmittelbares Uebereikommen geschlichtet werden können, die Entscheidung eines Schiedsgerichts anzurufen.

## II. Regelung der Sonntagsarbeit.

1. Ist die Arbeit an Sonntagen der Regel nach, und Nothfälle vorbehalten, zu verbieten?

Es ist wünschenswerth,

daß unbeschadet der in jedem Lande erforderlichen Ausnahmen und des nothwendigen Aufschubs,

1. ein Ruhetag in jeder Woche den geschützten Personen (Kindern, jugendlichen Arbeitern, Frauen) gewährt werde;
2. ein Ruhetag allen industriellen Arbeitern zukomme;
3. daß der Ruhetag für die geschützten Arbeiter auf den Sonntag verlegt werde, und
4. der Ruhetag für alle industriellen Arbeiter ebenfalls auf den Sonntag falle.

2. Welche Ausnahmen sind im Falle des Erlasses eines solchen Verbotes zu gestatten?

Ausnahmen sind zulässig:

a) mit Rücksicht auf Betriebe, welche aus technischen Gründen die Continuität der Produktion verlangen, oder welche dem Publikum nothwendige Erzeugnisse liefern, deren Herstellung täglich stattfinden muß;
b) mit Rücksicht auf Betriebe, die ihrer Natur nach nur zu bestimmten Jahreszeiten funktioniren können oder die von der unregelmäßigen Wirkung der Naturkräfte abhängig sind.

Auch im Falle dieser Ausnahmen soll jeder Arbeiter jeden zweiten Sonntag frei haben.

3. Sind diese Ausnahmen durch internationales Abkommen, durch Gesetz oder im Verwaltungswege zu bestimmen?

Zu dem Zwecke der Festsetzung der Ausnahmen nach gleichartigen Gesichtspunkten ist es wünschenswerth, daß ihre feste Regelung durch ein Uebereinkommen zwischen den verschiedenen Regierungen hergestellt wird.

## III. Regelung der Kinderarbeit.

1. Sollen Kinder bis zu einem gewissen Lebensalter von der industriellen Arbeit ausgeschlossen werden?

Es ist wünschenswerth,

daß die Kinder beider Geschlechter, welche ein bestimmtes Alter noch nicht erreicht haben, von der Arbeit in den industriellen Betrieben ausgeschlossen werden.

2. Wie ist das Lebensalter, bis zu welchem die Ausschließung stattfinden soll, zu bestimmen?

Gleich für alle Industriebezirke oder verschieden?

Es ist wünschenswerth,

daß diese Altersgrenze auf 12 Jahre festgesetzt werde, mit Ausnahme der südlichen Länder, für welche dieselbe auf 10 Jahre fallen würde, daß diese Altersgrenzen für alle industriellen Betriebe dieselben seien und daß in dieser Beziehung kein Unterschied zulässig sei.

3. Welche Beschränkungen der Arbeitszeit und der Beschäftigungsart sind für die zur industriellen Arbeit zugelassenen Kinder vorzusehen?

Es ist wünschenswerth,

daß die Kinder vorher den Vorschriften über den Elementarunterricht genügt haben;

daß die Kinder unter 14 Jahren weder die Nacht noch den Sonntag über arbeiten sollen;

daß in Wirklichkeit die Arbeitszeit nicht 6 Stunden überschreite und durch eine Ruhepause von mindestens ½ Stunde unterbrochen werde;

daß die Kinder von ungesunder und gefährlicher Beschäftigung ausgeschlossen oder doch wenigstens nur unter gewissen Schutzbedingungen dazu zugelassen werden.

## IV. Regelung der Arbeit junger Leute.

1. Soll die industrielle Arbeit jugendlicher Personen, welche das Kindesalter überschritten haben, Beschränkungen unterworfen werden?

2. Bis zu welchem Lebensalter sollen die Beschränkungen eintreten?

Es ist wünschenswerth,

daß die jugendlichen Arbeiter beider Geschlechter zwischen 14 und 16 Jahren weder die Nacht noch den Sonntag über arbeiten.

3. Welche Beschränkungen sind vorzuschreiben?

Es ist wünschenswerth,

daß in Wirklichkeit die Arbeitszeit nicht 10 Stunden täglich überschreite und durch Ruhepausen von insgesammt mindestens 1½ Stunden unterbrochen werde.

4. Sind für einzelne Industriezweige Abweichungen von den allgemeinen Bestimmungen vorzusehen?

Es ist wünschenswerth,

daß für bestimmte Industriezweige Ausnahmen zugelassen werden;

daß für die ungesunden und gefährlichen Beschäftigungen Be-

schränkungen vorgesehen werden und daß den jungen Leuten zwischen 16 und 18 Jahren ein bestimmter Schutz, betreffend a) Maximalarbeitstag, b) Nachtarbeit, c) Sonntagsarbeit und d) bei Verwendung in besonders ungesunden und gefährlichen Beschäftigungen gewährt werde.

V. Regelung der Arbeit weiblicher Personen.

1. Soll die Arbeit verheiratheter Frauen bei Tage oder bei Nacht eingeschränkt werden?

2. Soll die industrielle Arbeit aller weiblichen Personen (Frauen und Mädchen) gewissen Beschränkungen unterworfen werden?

3. Welche Beschränkungen empfehlen sich in diesem Falle?

4. Sind für einzelne Industriezweige Abweichungen von den allgemeinen Bestimmungen vorzusehen und für welche?

Es ist wünschenswerth,

1. daß die Mädchen und Frauen über 16 Jahre weder die Nacht noch den Sonntag über arbeiten;
2. daß in Wirklichkeit die Arbeitszeit 11 Stunden täglich nicht überschreite und durch Ruhepausen von zusammen mindestens $1^{1}/_{2}$ Stunden unterbrochen werde;
3. daß Ausnahmen für gewisse Industriezweige zuläßig seien;
4. daß für besonders ungesunde und gefährliche Beschäftigungen Einschränkungen vorgesehen werden;
5. daß Wöchnerinnen nur nach Verlauf von 4 Wochen seit ihrer Niederkunft zur Arbeit zugelassen werden.

VI. Ausführung der vereinbarten Bestimmungen.

1. Sollen Bestimmungen über die Ausführung der zu vereinbarenden Vorschriften und deren Ueberwachung getroffen werden?

Im Falle die Regierungen den Arbeiten der Conferenz Folge geben, empfehlen sich die nachstehenden Bestimmungen:

1. Die Durchführung der in jedem Staate mit Bezug auf die Gegenstände der Conferenzberathung getroffenen Maßnahmen soll durch eine ausreichende Zahl besonders geeigneter und von der Regierung des betreffenden Landes ernannter Funktionäre überwacht werden, die von den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern gleich unabhängig sein sollen.

2. Die von den verschiedenen Staaten veröffentlichten jährlichen Berichte dieser Funktionäre sollen von jedem derselben den anderen Regierungen mitgetheilt werden.

3. Jeder dieser Staaten soll periodisch und, soweit möglich in ähnlicher Form, statistische Erhebungen über die in den Berathungen der Conferenz behandelten Fragen vornehmen.

4. Die theilnehmenden Staaten sollen unter einander sowohl diese statistischen Nachweisungen, als auch den Text aller Bestimmungen austauschen, die, auf gesetzgeberischem oder Verwaltungswege getroffen, sich auf Fragen beziehen, welche in der Conferenz behandelt sind.

2. Sollen wiederholte Conferenzen von Vertretern der betheiligten Regierungen abgehalten werden und welche Aufgaben sollen ihnen gestellt werden?

Es ist wünschenswerth, daß die Berathungen der theilnehmenden Staaten sich wiederholen zum Zwecke der gegenseitigen Mittheilung der Beobachtungen, welche bei der Ausführung der Beschlüsse der gegenwärtigen Conferenz gemacht worden sind, und um zu prüfen, ob Abänderungen oder Ergänzungen der letzteren wünschenswerth sind.

## Socialpolitik, Socialreform und Socialismus.

(Aus dem „Deutschen Reichsanzeiger".)

I.

Die lebhafte Bewegung auf socialem Gebiete hat gegenwärtig dem politischen Interesse ein völlig anderes Gesicht gegeben, als es noch vor zehn und zwanzig Jahren hatte, von einer früheren Zeit ganz zu geschweigen. An Stelle der politischen Machtfragen, um welche sich der Kampf der Parteien unter einander und mit der Regierung früher drehte, steht die Frage der besseren Regelung der gesellschaftlichen (socialen) Verhältnisse, bezw. der Beseitigung der Mißstände, welche sich in dem gesellschaftlichen Leben ergeben haben, im Vordergrunde. Man diskutirt jetzt weniger über den Staat, seine inneren Einrichtungen und den etwaigen Einfluß, welchen diese oder jene politische Richtung auf deren Gestaltung auszuüben bestrebt ist, als vielmehr über die Gestaltung der Gesellschaft, die keineswegs in dem Staat aufgeht; und wenn auch die Vertheilung der inneren Machtverhältnisse im Staatsleben noch keine vollständige Gleichgiltigkeit hervorruft, so drängt doch die Entwickelung immer mehr dazu hin, den Streit über den Staat ruhen zu lassen und ihn stark zu erhalten, und statt dessen sich der Ordnung der gesellschaftlichen Zustände zu widmen und die Macht des Staates für die Beseitigung

der gesellschaftlichen Mißstände in Anspruch zu nehmen. Das Interesse für sociale Fragen ist kein neues; es hat — bald mehr, bald weniger — zu allen Zeiten bestanden, und alle Staatengebilde haben von jeher Perioden durchlebt, in welchen sie sich angesichts fühlbarer Mißstände vornehmlich mit socialen Reformplänen oder wenigstens mit reformatorischen Maßnahmen zu beschäftigen hatten. In früheren Jahrhunderten waren die Bedürfnisse der Gesellschaft freilich andere und die Aufgaben des Staats ergaben sich naturgemäß aus ihnen selbst. Die Geschichte lehrt uns, mit welchem Glück die Staaten diesen ihren gesellschaftlichen Aufgaben gerecht geworden sind. Die Mängel der Gesellschaft im 18. Jahrhundert wurden von dem Königthum in Frankreich nicht rechtzeitig wahrgenommen und beherzigt: dem naturgemäßen Streben der einen gesellschaftlichen Klasse, Herrin über die anderen zu werden, wurde nicht rechtzeitig ein Gegengewicht gegeben, die Klagen der niederen Klassen über den Druck der höheren Gesellschaftsschichten wurden überhört, und aus der Noth und Unzufriedenheit entstanden Ideen und Strömungen, welche mit dem Frieden der Gesellschaft den Staat und das Königthum selbst bedrohten. Das Königthum identificirte sich mit den herrschenden Klassen und beschwor so den Sturm herauf gegen sich selbst. In Brandenburg-Preußen hingegen waltete das Princip der ausgleichenden Gerechtigkeit: das Uebergewicht der herrschenden Stände hatte der große Kurfürst insoweit gebrochen, als er das Staatswesen von ihnen unabhängig machte. Unter den Königen des 18. Jahrhunderts begann die Beseitigung des Uebergewichts der privilegirten Klassen gegen Bauern- und Bürgerthum: von Friedrich Wilhelm I. und Friedrich dem Großen wurde das Princip der Steuergleichheit ein-, wenn auch noch nicht völlig durchgeführt; das Königthum verschaffte bereits im 18. Jahrhundert den Domänen-Bauern (nach Schmoller etwa 60000) erblichen Besitz und sorgte für die Erhaltung des gesammten bäuerlichen Besitzes; selbst die Aufhebung der Leibeigenschaft nahm ihren Anfang im 18. Jahrhundert, und die Bauernbefreiung, welche das Edikt vom 9. Oktober 1807 einführte, war kein Werk der französischen Revolutionsideen, sondern die Consequenz der Fürsorge, welche die Könige Preußens schon im achtzehnten Jahrhundert bethätigt hatten. Auch die Interessen der bürgerlichen Klassen wurden von den Königen wirksam wahrgenommen. In der Auflegung der Steuern verfuhr Friedrich der Große nach dem Grundsatz, daß sie „eine Art Gleich-

gewicht zwischen den Armen und Reichen herstellen" sollen. Gesellschaftliche Unzufriedenheit, welche aus dem Druck und der Herrschaft der einen Klasse über die andere entstanden wäre, herrschte in Preußen nicht, und namentlich hatten die Verirrungen des Jahres 1848 nicht hierin ihren Grund. Der Friede der Gesellschaft ist in Preußen stets durch die vorbeugende socialpolitische Thätigkeit erhalten worden. Der Unterschied in der politischen Behandlung der gesellschaftlichen Fragen in Frankreich und Preußen charakterisirt sich in dem Königthum Ludwigs XVI. und Friedrichs des Großen. Dort wurden die Interessen der niederen Klassen vernachlässigt, hier wurden sie aus Gründen der Staatsraison berücksichtigt. Die Consequenzen jener Politik waren die Ereignisse des Jahres 1789, während das preußische Königthum mächtig erstarkte, weil es in dem Kampfe der gesellschaftlichen Interessen ausgleichend und versöhnend auftrat und sich besonders der leidenden Klassen annahm. Die Bedürfnisse der heutigen Gesellschaft sind durch die industrielle Entwickelung völlig andere und neue geworden. Es ist eine Klasse entstanden, welche sich von der Uebermacht der kapitalkräftigen Unternehmer bedrückt fühlt und sich allmälig in einen bewußten Gegensatz zu allen übrigen Gesellschaftsklassen, wie überhaupt zu der bestehenden Gesellschaftsordnung gesetzt hat. Hierdurch sind dem Königthum und dem Staat neue Aufgaben erwachsen. In dieser Erkenntniß hat Kaiser Wilhelm I. eine Politik der Berücksichtigung der Interessen der nunmehr leidenden Klassen inaugurirt: wir verdanken ihm die Gesetze, welche das Loos der arbeitenden Klassen gegen die Folgen von Arbeitsunfähigkeit sicherstellen.

## II.

Als im Anfang des Jahres 1881 die „Socialpolitik" begonnen wurde, bemächtigte sich weiter Reihen der Gesellschaft ein gewisser Schrecken: es wurde in der „Socialpolitik" eine Concession an den „Socialismus" erblickt und der Triumph der Ideen der Socialdemokratie befürchtet. Man war zuerst nothwendigerweise mit dem Aufbau des neuen Reichs, dann aber zu lange mit den Interessen der politischen Parteien und mit der Frage nach der Vertheilung der Macht im Staat beschäftigt gewesen, ohne auf die gesellschaftlichen Mißstände zu achten und ohne die Nothwendigkeit einer Abhilfe zu begreifen. Wie im 18. Jahrhundert, so ging auch jetzt wieder die Erkenntniß von den Aufgaben des Staats auf diesem Gebiet von dem Königthum aus: es war die Ueberzeugung, daß

die wirthschaftlich leidenden Klassen geschützt und unterstützt werden müssen, wenn nicht die ganze Gesellschaft und somit in weiterer Folge auch der Staat ruinirt werden soll. Diese Politik war eine „Socialpolitik", d. h. sie hatte nicht die unmittelbaren Staatsverhältnisse, sondern die Zustände und Mißstände innerhalb des gesellschaftlichen Körpers zum Gegenstand. Die Socialpolitik war indessen an sich keineswegs etwas bis dahin Unerhörtes. Wie Dr. H. von Scheel in seiner Abhandlung über „Socialismus und Communismus" in dem jetzt in dritter Auflage erscheinenden „Handbuch der Politischen Oekonomie" von Schönberg (Tübingen, H. Laupp'sche Verlagshandlung) ausführt, war das erste Erzeugniß deutscher Gesetzgebung, bei dem man sich bewußt war, ein Stück der socialen Frage lösen zu wollen, dasjenige des Norddeutschen Bundes über die strafrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften vom 4. Juli 1868. Dieses wollte durch Erleichterung der Bildung von Genossenschaften kleiner Leute zum Zweck der Creditgewinnung, des billigen Waarenankaufs, der vortheilhaften Fabrikation u. s. w. die Stellung der wirthschaftlichen Schwachen dem Großkapital gegenüber stärken und dem Arbeiter und kleinen Unternehmer größere Unabhängigkeit verschaffen. Freilich war das Gesetz für das wachsende Bedürfniß und die schnelle weitere Entwickelung der Industrie und die mit ihr verbundenen Mißstände kein Allheilmittel, — aber es war doch der erste socialpolitische Versuch, welchen der Staat mit der Herbeischaffung von Mitteln zur Stärkung der wirthschaftlichen Schwachen machte. Die Gewerbeordnung vom 21. Juli 1869 verschloß sich der Anerkennung der socialen Frage. Erst ihre Abänderungen charakterisirten sich, wenigstens zum Theil, als Ausbildung der Socialgesetzgebung. Dies war der Fall mit dem Gesetz über die eingeschriebenen Hilfskassen vom 7. April 1876, namentlich aber mit der Abänderung des Titel VII der Gewerbeordnung durch das Gesetz vom 17. Juli 1878. Die Bestimmungen desselben betreffen eine größere Sicherung der Betheiligten gegen die Verletzung der durch den Arbeitsvertrag eingegangenen Verpflichtungen, dann eine strengere Ordnung des Lehrlingsverhältnisses und die Verschärfung einiger zum Schutze der Arbeiter gegebenen Vorschriften. Die socialpolitisch bedeutsamste ist aber die Einführung von Fabrik-Inspektoren, welche die Ausführung der Vorschriften betreffs der jugendlichen Arbeiter und der Nachtarbeit weiblicher Personen, sowie die Herstellung von Schutzvorrichtungen Seitens der Gewerbeunter-

nehmer überwachen sollen. Weiter fallen in das socialpolitische Gebiet die Aenderungen der Gewerbeordnung betreffs der Innungen. Schließlich sei hier noch das Haftpflichtgesetz vom 7. Juni 1871 genannt. Das Alles waren socialpolitische Gesetze gewesen, welche der Störung des Friedens der Gesellschaft vorbeugen sollten. Freilich aber enthielten sie doch noch keine „Socialreform". Die Socialpolitik, welche im Jahre 1881 — namentlich bei den Wahlen — auf Widerspruch stieß, hatte eine socialreformatorische Absicht, und diese war es, welche zuerst kein genügendes Verständniß fand. Das Wesen der „Socialreform", welche ihre Sanktion durch die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 erhielt oder, richtiger gesagt, inaugurirt wurde, besteht darin, daß der Staat die wirthschaftlich stärkere Klasse, welche in unmittelbarer Berührung mit der leidenden Klasse, d. h. der Arbeiterklasse steht, also die Arbeitgeber und dann auch in weiterer Folge die übrigen Klassen oder vielmehr die Gesammtheit zu Opfern zwingt, welche der Arbeiterklasse zu Gute kommen sollen; ein weiteres Charakteristikum der Sozialreform ist der von Staatswegen ausgeübte Zwang auf die Arbeitgeber und die arbeitenden Klassen, die schwache Kraft der einzelnen Individuen in Associationen oder Organisationen zusammenzufassen, welche dem nothleidenden, an sich schwachen und hilflosen Individuum Hilfe und Stütze gewähren, — in diesem Sinne wird auch der Gesammtheit der Arbeiter ein Opfer auferlegt, welches ein Aequivalent für das Seitens der Arbeitgeber gebrachte Opfer bildet. Gerade diese Opfer, welche von größeren Gemeinschaften zu Gunsten einer Klasse oder ihrer Angehörigen gebracht werden sollen, waren es, welche zuerst manche stutzig machten und vielleicht auch jetzt noch hier und da Kopfschütteln hervorrufen. Seit Jahrzehnten hatte das im Staatsleben verkörperte Manchesterthum keinen anderen Grundsatz gelten lassen als das „Hilf dir selbst." Von diesem Grundsatz abzuweichen, war nur der privaten Charitas gestattet; der Staat aber mußte ruhig dem Kampfe ums Dasein zusehen. Der Bruch mit diesem Grundsatz wurde vornehmlich deshalb für gefährlich gehalten, weil auch die Theorie des „Socialismus" Staat und Gesellschaft zu einem Eintreten für die wirthschaftlich Leidenden zu verpflichten schien. Aber diese Auffassung von der Theorie des Socialismus war und ist eine falsche. Das Eintreten der Gemeinschaft für Theile der Gesellschaft macht nicht das Wesen des Socialismus aus: der Socialismus will vielmehr die Grundprincipien der bestehenden

Gesellschaft und Volkswirthschaft umstoßen und (nach Scheel) „den zwischen Lohnarbeit und Kapital bestehenden Gegensatz durch Produktiv-Associationen, bei denen das Priateigenthum an den Produktivmitteln fortfällt, überwinden". Mit anderen Worten: es soll in dem System des „Socialismus" nicht etwa der Staat, es sollen nicht etwa besser situirte Theile der Gesellschaft für die Schwachen eintreten, sondern die gesammte Gesellschaft soll auf eine solche Grundlage gestellt werden, daß in Zukunft weder wirthschaftlich Schwache noch Starke möglich sind, was nach den Ideen des „Socialismus" nur mit der Aufhebung der unsere ganze Cultur charakterisirenden Rechtsform des Privateigenthums zu erreichen sein würde. Das Ziel des „Socialismus" ist also ein vollständiger Umsturz der Hauptgrundlage der bestehenden Ordnung der Gesellschaft. Die „Socialreform" hingegen hält an dieser Grundlage fest, die sie vielmehr dadurch noch zu festigen bestrebt ist, daß sie, wie Scheel treffend es a. a. O. ausdrückt, „fehlerhafte und gefährliche Consequenzen der bestehenden Volkswirthschaft korrigiren will. Das Mittel, welches sie hierzu anwendet, besteht in dem obengedachten Zwange zu Opfern, zu welchen die Gesellschaft oder einzelne Theile der Gesellschaft zu Gunsten anderer Theile verpflichtet werden. Einen anderen Weg gibt es nicht, um die fehlerhaften Consequenzen des auf dem Individualprincip beruhenden Systems zu korrigiren. Ein jedes Princip in seiner Uebertreibung führt zu Auswüchsen, die nur durch Anwendung eines anderen Princips beschnitten werden können. Dieses Princip liegt in der Idee der Socialreform. Aus sich selbst heraus konnte das besteſtende System keine Heilmittel zur Welt bringen. Das hat die lange bestehende Freiheit auf diesem Gebiet zur Genüge bewiesen: je weiter und je ungehinderter sie schaltete und je freier sich somit das auf dem Individualprincip beruhende Wirthschaftsleben entfalten konnte, desto offener traten die fehlerhaften Consequenzen zu Tage. Das Mittel des Zwanges der Gesellschaft oder einzelner Theile zu Opfern zu Gunsten anderer Theile ist aber weder an sich socialistisch, noch bereitet es dem Socialismus den Boden. „Socialistisch" ist es nicht, weil es die Rechtsform des Privateigenthums als zweckmäßige und berechtigte Grundlage des Wirthschaftslebens anerkennt. Der Zwang zu Opfern ist mit dieser Grundlage völlig vereinbar. Die gesammte Wirthschaftsordnung bis zu Anfang dieses Jahrhunderts war von diesem Princip durchdrungen: das Zunftwesen beruhte auf ihm, desgleichen die Wirth-

schaftspolitik des Großen Kurfürsten und der Könige Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs des Großen, welche sich dadurch charakterisirt, daß die Bauern mehr und mehr entlastet, der Adel zu Gunsten jener belastet wurde. In dieselbe Kategorie der Opferpolitik fällt das Regulirungsedikt vom 14. September 1811, welches den bäuerlichen Wirthen das Recht auf den Erwerb des Eigenthums an ihren den Gutsherren gehörenden Stellen zusprach. Dieser Zwang zu Opfern ist, wie durch die Geschichte, so auch durch das Christenthum und die Ethik sanktionirt. Der Eingriff in das Privateigenthum, wie ihn z. B. die Expropriation darstellt, ist ein vollberechtigter Zwang zu einem Opfer im Interesse der Gesammtheit. Die „Socialreform" bringt nur insoferne etwas Neues, als sie Organisationen schafft, welche die privatwirthschaftlichen Kräfte zur Leistung dieser Opfer im Interesse einzelner Individuen oder einer ganzen Klasse obligatorisch zusammenfaßt, ohne damit die Rechtsform des Privateigenthums an sich aufzuheben. Was durch die Geschichte, durch das Christenthum und die Ethik sanktionirt ist — nämlich der Zwang zu Opfern — kann aber auch nicht den Weg bahnen zum „Socialismus" oder zu einem Umsturz der Gesellschaft, — solche Wirkungen hätten sich schon längst bei Anwendung jenes Grundsatzes in den früheren Jahrhunderten bemerkbar machen müssen. In gleicher Weise aber kann auch dem Zusammenfassen privatwirthschaftlicher Kräfte für gemeinsame Zwecke eine solche Wirkung nicht zugesprochen werden. Die Organisationen, welche sich freiwillig zu ähnlichen Zwecken, sowohl auf dem Gebiet des Wirthschaftslebens wie der Kirche in allen Zeiten gebildet haben, bürgen dafür, daß auch die socialreformatorischen Veranstaltungen nicht den befürchteten socialistischen Weg gehen: der Zwang, der hier an die Stelle der Freiwilligkeit tritt, kann jedenfalls an sich eine solche Wirkung nicht hervorrufen; der Zwang, wie er sich in den großen Veranstaltungen des Staats, in dem Heerwesen und in der Schule offenbart, hat vielmehr gerade die segenvollsten Früchte gezeitigt.

## III.

Nur der Staat ist im Stande, die Mängel der bestehenden Gesellschaft zu beseitigen und die Gesellschaft durch Reformen gesund zu erhalten. Diese reformirende Thätigkeit ist eine Thätigkeit der ausgleichenden Gerechtigkeit, welche konform derjenigen ist, welche die Könige Preußens im 18. Jahrhundert zu Gunsten der damals wirthschaftlich schwächeren Klassen des Bauern- und Bürgerthums

ausgeübt haben. Wie damals hierdurch die Gesellschaft stark und gesund erhalten und der Friede bewahrt wurde, weil den Störungen durch reformirende Maßnahmen zu Gunsten der leidenden Klassen vorgebeugt wurde, so darf auch die von dem Thron ausgehende reformatorische Thätigkeit zu Gunsten der Arbeiter als im Interesse des Staats und der Gesellschaft ebenso nothwendig wie erfolgverheißend angesehen werden. Die Kranken-, die Unfall-, die Invaliditäts- und Alterversicherung, mit denen Deutschland allen Staaten bahnbrechend voraufgegangen, werden — wie auch die Stimmung der Arbeiter gegenwärtig sein mag — sicher im Laufe der Zeit ihre Wirkung nicht verfehlen, weil sie sehr wesentliche Mängel, die sich auf dem Gebiete der bestehenden Wirthschafts- und Gesellschaftsordnung herausgebildet haben, beseitigen. Freilich aber ist — so führt von Scheel aus — mit diesen Gesetzen noch kein Mittel gefunden, durch welches die Verständigung der Lohnarbeiter und Unternehmer auf dem Boden der heutigen Produktionsweise gesichert wird. „Diese Verständigung wird erschwert einerseits durch Forderungen der Arbeitnehmer, die über das zur Zeit wirthschaftlich Mögliche hinausgehen, anderseits dadurch, daß sich die Mehrzahl der (größeren) Arbeitgeber aller Berufszweige nicht an den Gedanken gewöhnen kann, mit ihren Arbeitnehmern als Gleichberechtigten zu verhandeln.“ Angesichts der hier charakterisirten Lage erkannte es Seine Majestät der Kaiser und König für nothwendig, den weiteren Beschwerden der wirthschaftlich leidenden Klassen auf den Grund zu gehen und für die als berechtigt erscheinenden Forderungen, soweit sie bisher nicht genügend berücksichtigt waren, mit seiner königlichen Macht einzutreten. Die Frauen- und Kinderarbeit, die Nacht- und Sonntagsarbeit bilden schon seit lange Stoff für sozialdemokratische Agitationen, — die Regelung dieser Fragen ist nunmehr vom Staatsrath und von der internationalen Arbeiterschutz-Conferenz in Angriff genommen worden. Des Weiteren bleibt die Lohnfrage und die Frage der Arbeitsdauer zu regeln übrig. Nach beiden Richtungen wird vornehmlich von den Arbeitgebern selbst das Mögliche und Erforderliche geschehen können. Die Wege dazu werden durch den Einfluß der ganzen sozialreformatorischen Richtung unserer Politik geebnet werden, wie auch die zu schaffenden Organe, welche ein Fühlungnehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern ermöglichen, begründeten Beschwerden hoffentlich abzuhelfen geeignet sein werden. Die Fürsorge des Kaisers und Königs für den sogenannten vierten

Stand ist eine aus den Bedürfnissen der Zeit erwachsene. Es war von jeher der Beruf der Hohenzollern-Könige, an die Heilung der socialen Schäden heranzutreten. Es mag sein, daß die wohlwollende Absicht von Manchen verkannt und die Begehrlichkeit gesteigert wird. Aber diese Möglichkeit lag ebenso in früheren Zeiten vor, und sie ist in Preußen-Deutschland doch nie zur Wirklichkeit geworden. Die Erwägung, daß die gute Saat auf unfruchtbaren Boden fallen könne, hat einen preußischen König noch nie davor zurückschrecken lassen, das zu thun, was ihm sein Gewissen und die Einsicht in die Welt der Dinge gebietet. Mit Schreckbildern, wie sie sich stets bei Reformen und bei Aenderungen des hergebrachten Zustandes eingestellt haben, kann die Aufgabe des Staats, der gegenwärtig leidenden Klasse zu helfen, nicht hintertrieben werden. Sie ist eine Nothwendigkeit, welche einen starken und mächtigen Staat erfordert. Der Kaiser und König erkennt die Nothwendigkeit gleich seinen erhabenen Vorfahren an. Die in seiner Hand ruhende Macht des Staats wird denen, welche für ihre ehrgeizigen und phantastischen Ziele hierbei etwas zu gewinnen hoffen, entgegenzutreten wissen. Aber die Lösung der Aufgabe erfordert die ganze Mitwirkung der Gesellschaft und aller ihrer bewährten Lebensformen, der Kirche und der Schule, namentlich aber auch der bestehenden, aus anderen Bedürfnissen hervorgegangenen politischen Parteien. Gegenüber dem Schrecken, mit welchem die Gesellschaft von dem Socialismus und den Ideen der Socialdemokratie erfüllt wird, und gegenüber den Gefahren, welche aus einem dem Socialismus gegenüber beobachteten Laissez faire erwachsen würden, müssen die Parteien sich fest zusammenschließen, die Streitaxt begraben, die politischen Machtfragen ruhen lassen und sich um den Hüter aller Classen der Gesellschaft, um den Träger der starken und mächtigen Krone schaaren. Die Gesellschaft gleicht einer Waage in der Hand des Monarchen: es muß bald hier, bald dort ein Gewicht hinzufügen, um die Schwankungen zu beseitigen und so die Harmonie, wenn sie einmal gestört ist, wieder herzustellen. Nur das Königthum kann sich dieser Aufgabe unterziehen. Die Aufgabe des Parlaments besteht hierbei vornehmlich darin, daß es die Krone in ihrer Aufgabe, den Frieden der Gesellschaft zu fördern, unterstützt und sich uneigennützig als Mithelfer an dem Werk der ausgleichenden Gerechtigkeit und der Heilung der socialen Schäden betheiligt. Geschieht dies, dann wird und muß die Socialreform gelingen, dem Socialismus aber der Boden unter den Füßen abgegraben werden.

## Cabinets-Ordre.

Der „Staats-Anzeiger" veröffentlicht heute Abend folgende Cabinets-Ordre über die Bedingungen zum Eintritt in das Offizierkorps, welche ein neuer Beweis von der erhabenen landesväterlichen Gesinnung unseres Kaisers ist und überall mit Dank und Freude begrüßt werden wird. Dieselbe lautet:

Ich habe Mich bereits am Neujahrstage den kommandirenden Generalen gegenüber hinsichtlich des Offiziersersatzes für die Armee ausgesprochen. Seitdem sind Mir neben den sonstigen Eingaben über die zur Zeit üblichen Privatzulagen und über die Gehaltsabzüge der Offiziere auch die Nachweisungen über den Stand an Offizieraspiranten vorgelegt worden. Dieselben liefern den Beweis, daß in der Armee nicht überall nach gleichen Grundsätzen verfahren wird und sehe Ich Mich deshalb veranlaßt, Meiner bezüglichen Willensmeinung für alle Betheiligten in eingehender Weise erneut Ausdruck zu geben. Die allmälige Vermehrung der Cadres der Armee hat die Gesammtzahl der etatsmäßigen Offizierstellen beträchtlich erhöht. Für dieselben einen geeigneten und möglichst zahlreichen Ersatz zu schaffen, ist ein dringendes Erforderniß, ganz besonders im Hinblick auf die Ansprüche, die der Kriegsfall an die Armee stellt. Gegenwärtig weisen fast alle Regimenter der Infanterie und der Feldartillerie erhebliche Lücken auf. Diese Lage macht die Heranziehung eines ausreichenden und geeigneten Ersatzes zu einer von Tag zu Tag wichtigeren und ernsteren Pflicht der Truppenkommandeure. Der gesteigerte Bildungsgrad unseres Volkes bietet die Möglichkeit, die Kreise zu erweitern, welche für die Ergänzung des Offizierkorps in Betracht kommen. Nicht der Adel der Geburt allein kann heutzutage wie vordem das Vorrecht für sich in Anspruch nehmen, der Armee ihre Offiziere zu stellen. Aber der Adel der Gesinnung, der das Offizierkorps zu allen Zeiten beseelt hat, soll und muß demselben unverändert erhalten bleiben. Und das ist nur möglich, wenn die Offizier-Aspiranten aus solchen Kreisen genommen werden, in denen dieser Adel der Gesinnung zu Hause ist. Neben den Sprossen der adligen Geschlechter des Landes, neben den Söhnen Meiner braven Offiziere und Beamten, die nach alter Tradition die Grundpfeiler des Offizierkorps bilden, erblicke Ich die Träger der Zukunft Meiner Armee auch in den Söhnen solcher ehrenwerthen bürgerlichen Häuser, in denen die Liebe zu König und Vaterland, ein warmes Herz für den Soldatenstand und christliche

Gesittung gepflegt und anerzogen werden. Ich kann es nicht gutheißen, wenn manche Kommandeure sich für die Heranziehung des Offiziersersatzes eigene, einseitige Grundsätze schaffen, wenn beispielsweise die Grenzen der erforderlichen wissenschaftlichen Bildung so eng gezogen werden, daß für die Annahme eines jungen Mannes die Ablegung der Abiturienten-Prüfung als unabweisbare Bedingung hingestellt wird. Ich muß es mißbilligen, wenn der Eintritt abhängig gemacht wird von einer übermäßig hohen Privatzulage, welche die Söhne wenig begüterter, aber nach Gesinnung und Lebensauffassung dem Offizierkorps nahestehender Familien der Armee fern halten muß. Um solchen Unzuträglichkeiten Einhalt zu thun, spreche Ich Meinen Willen dahin aus, daß in der Regel die Kommandeure bei der Infanterie, den Jägern, der Fußartillerie und den Pionieren nicht mehr als 45 Mark, bei der Feldartillerie nicht mehr als 70 Mark und bei der Kavallerie nicht mehr als 150 Mark an monatlicher Zulage fordern sollen. Daß die Verhältnisse großer Garnisonen und speziell diejenigen der Truppentheile des Gardekorps geringe Erhöhungen erforderlich machen können, verkenne Ich nicht. Aber Ich erachte es als den Interessen der Armee nachtheilig, wenn bei der Infanterie und den Jägern ꝛc. die Forderungen an Privatzulagen bis auf 75 und 100 Mark — an einzelnen Stellen sogar darüber hinaus — gesteigert sind, und wenn dieselben bei der Kavallerie, namentlich bei der Garde, eine Höhe erreicht haben, welche es dem ländlichen Grundbesitzer nahezu unmöglich macht, die Söhne der ihm lieb gewordenen Waffe zuzuführen. Mit solchen übertriebenen Ansprüchen wird der Offiziersersatz nach Umfang und Beschaffenheit beeinträchtigt. Ich will nicht, daß in Meiner Armee das Ansehen der Offizierkorps nach der Höhe der Eintrittszulage bemessen werde, und schätze diejenigen Regimenter besonders hoch, deren Offiziere sich mit geringen Mitteln einzurichten und doch ihre Pflicht mit der Befriedigung und Freudigkeit zu erfüllen wissen, die den preußischen Offizier von Altersher ausgezeichnet haben. In diesem Sinne mit Aufbietung aller Kräfte zu wirken, ist die Aufgabe der Truppen-Kommandeure. Unausgesetzt haben sie es sich klar zu machen, daß es heutzutage mehr wie je darauf ankommt, Charaktere zu erwecken und groß zu ziehen, die Selbstverleugnung bei ihren Offizieren zu heben, und daß hierfür das eigene Beispiel in erster Linie mitwirken muß. Wie Ich es den Kommandeuren erneut zur Pflicht mache, den mancherlei Auswüchsen des Luxus zu

steuern, die in kostspieligen Geschenken, in häufigen Festessen, in einem übertriebenen Aufwande bei der Geselligkeit und ähnlichen Dingen zu Tage treten, so halte Ich es auch für angezeigt, der Auffassung nachdrücklich entgegenzutreten, als sei der Kommandeur selber vermöge seiner Dienststellung zu umfangreichen Ausgaben für Repräsentationszwecke verpflichtet. Ein jeder Offizier kann sich durch angemessene Förderung einer einfachen, standesgemäßen Geselligkeit Verdienste um seinen Kameradenkreis erwerben; zum „Repräsentiren" aber sind nach Meinem Willen nur die kommandirenden Generale verpflichtet, und darf es in Meiner Armee nicht vorkommen, daß gutgediente Stabsoffiziere mit Sorgen den Geldopfern entgegensehen, die mit dem etwaigen Erreichen der Regimentskommandeur-Stellung vermeintlich ihrer warten. Ich werde Mir von Zeit zu Zeit neben den Eingaben über die Offizieraspiranten Nachweisungen über die bei den Truppentheilen üblichen Zulagen und die Gehaltsabzüge vorlegen lassen. Wie Ich hiermit bestimme, daß Mir solche Offiziere namhaft zu machen sind, welche den auf Vereinfachung des Lebens gerichteten Einwirkungen ihrer Vorgesetzten nicht entsprechen, so werde Ich die Kommandeure wesentlich mit danach beurtheilen, ob es ihnen gelingt, einen geeigneten und ausreichenden Nachwuchs an Offizieren heranzuziehen und das Leben ihrer Offizierkorps einfach und wenig kostspielig zu gestalten. — Ich wünsche von Herzen, daß ein jeder Meiner Offiziere nach erfüllter Pflicht seines Lebens froh werde. Dem überhandnehmenden Luxus in der Armee muß aber mit allem Ernst und Nachdruck entgegengetreten werden.

Berlin, den 29. März 1890.

Wilhelm R.

## Das Schluß-Protokoll der Arbeiterschutz-Conferenz.

Die heute bereits telegraphisch avisirte Mittheilung des „Reichsanzeigers", in französischer Sprache, lautet in der Uebersetzung folgendermaßen:

### Protokoll Nr. 7 der internationalen Arbeiterschutz-Conferenz.

Sitzung vom 29. März 1890.

Die Sitzung wird um 2½ Uhr eröffnet.

Der Präsident läßt das Schlußprotokoll verlesen, dessen Fassung in einer Versammlung von Vertretern jeder Abordnung genehmigt

worden ist, und welche in entgültiger Form die von der Conferenz ausgesprochenen Wünsche enthält. Der Text dieses Schriftstückes ist von den Herren Kayser und Dumaine, Mitgliedern des Secretariats, verificirt und beglaubigt worden. Der Präsident ladet dann die Herren Delegirten ein, ihre Unterschriften unter das Schriftstück zu setzen. (Siehe unten.)

Nachdem diese Formalität erfüllt worden, hält der Präsident die folgende Ansprache:

„Meine Herren!

Unsere Arbeiten sind beendet. Am heutigen Tage trennen sich die Mitglieder der Internationalen Conferenz für den Arbeiterschutz in den industriellen Etablissements und in den Bergwerken, um in ihre Heimstätten zurückzukehren. In diesem Augenblicke stellt sich Jeder von uns die sehr natürliche Frage, ob die eifrige und gewissenhafte Arbeit, der wir uns während zweier Wochen gewidmet haben, ob der Meinungsaustausch, der gepflogen worden ist, und die freundschaftlichen Beziehungen, die sich zwischen uns angeknüpft haben, ohne ein bemerkenswerthes Ergebniß geblieben sind, oder, im Gegentheil, ob sie dauernde Wirkung auf das öffentliche Wohl ausüben werden.

Wir sind nicht in der Lage, auf diese Frage eine bestimmte Antwort zu geben, denn es lag nicht in unserer Befugniß, eine internationale Convention abzuschließen, welche die unseren Berathungen unterbreiteten Punkte regeln würde. Unsere Zuständigkeit war darauf beschränkt, Gutachten und Wünsche zu formuliren, die alsdann den auf der Conferenz vertretenen Regierungen unterbreitet werden.

Eine Frage aber, über welche wir uns auszusprechen das Recht und die Pflicht haben, liegt darin, zu entscheiden, ob unsere Arbeiten eine Grundlage liefern, auf der Projekte eines wirksamen Schutzes und ernsterer Garantien für die materiellen, physischen, moralischen und intellectuellen Kräfte der arbeitenden Classen stützen und entwickeln können.

Meine Herren, ich zögere nicht, in Ihrem Namen diese Frage bejahend zu beantworten.

Sicherlich haben wir uns am Anfange unserer Berathungen unter dem Eindrucke der Schwierigkeit befunden, welche die Gesammterörterung der verschiedenen Gesichtspunkte der Arbeiterschutzfrage hinsichtlich ihrer Natur, hinsichtlich der Dauer und der Unterbrechung

der Arbeit darbot. Dank dem Austausch unserer Meinungen sind wir jedoch, meine Herren, zu der Ueberzeugung gelangt, daß gewisse allgemeine Gesichtspunkte vorhanden sind, über die die Regierungen sich unter einander zu verständigen vermögen und nach denen sie ihre nationale Gesetzgebung zu regeln im Stande sind, indem sie den Special-Erfordernissen ihrer respectiven Länder Rechnung tragen.

Meiner Ansicht nach lassen sich die Principien, welche durch die von der Conferenz formulirten Abstimmungen gebilligt sind, dahin zusammenfassen, daß jedes Land der Arbeiterbevölkerung entweder auf dem Wege der Gesetzgebung oder durch Gepflogenheiten Alles zuzugestehen vermag, was nicht mit der Sicherheit der Existenz und der Entwickelung der nationalen Industrie unvereinbar ist, von denen ja bekanntlich das Wohl der Arbeiter abhängt.

Indem wir uns trennen in der Ueberzeugung, daß dieser Gedanke sich mehr und mehr verwirklichen wird, werden wir, meine Herren, unsere Arbeiten mit einem Gefühle der Befriedigung zu schließen vermögen. Wir werden das Ergebniß derselben mit ruhigem Gewissen den Hohen Regierungen unterbreiten können, die uns entsendet haben und denen es zusteht, den Wünschen der Confernz Folge zu geben.

Ich bin sehr erfreut darüber, von dem Kaiser, meinem erhabenen Souverän, beauftragt zu sein, Ihnen, meine Herren, den wärmsten Dank Seiner Majestät für die anhaltenden, bedeutenden und fruchtbaren Bemühungen auszudrücken, welche Jeder von Ihnen den Debatten der Conferenz gewidmet hat.

Möge der Segen des Herrn uns beistehen, damit das Korn, das wir soeben nach unseren schwachen Kräften gesäet haben, hundertfältige Früchte zum Nutzen der Menschheit trage."

Sir John Gorst bittet um das Wort und drückt sich englisch in folgenden, nachstehend übersetzten Worten aus:

„Unser Präsident sagte bei dem Festmahle gestern Abend, daß die Sprache des Geburtslandes immer die beste sei, um dasjenige, was von Herzen kommt, gut auszusprechen. Aus diesem Grunde hoffe ich, daß die Conferenz mir erlauben wird, mich der englischen Sprache zu bedienen, um besser wiederzugeben, was in meinem Herzen vorgeht, und wie ich glaube, auch in dem meiner Collegen jeder Nationalität. Wir wünschen vor Allem, daß der Präsident dem Deutschen Kaiser zur Kenntniß bringe, wie sehr dankbar wir

Sr. Majestät für die Initiative sind, welche sie durch die Einberufung dieser Versammlung ergriffen hat; nicht weniger für die huldvolle Gastfreundschaft, mit der wir beehrt worden sind und die aus unserem Aufenthalte in Berlin eine der schönsten Erinnerungen unseres Leben bilden wird. Wir wünschen auch unseren lebhaften Dank dem Herrn Präsidenten, Herrn Magdeburg und den Secretären, für die Unparteilichkeit, die Geduld und Geschicklichkeit zu bezeugen, mit welcher die Conferenz geleitet worden ist, und für die Klarheit, welche sich in der Redaktion unserer Beschlüsse kundgegeben hat. Jeder von uns wird sich stets mit großer Genugthuung des Antheils erinnern, den er an dem Verlaufe dieses Werkes des Wohlwollens zu Gunsten der Arbeiter aller Länder genommen hat.

Wir hoffen aber, daß die Folgen unserer Arbeiten sich nicht auf die Abfassung von Protokollen beschränken und daß die Regierungen der hier vertretenen Nationen die von uns geäußerten Wünsche in sehr ernste Erwägung ziehen werden. Wir rechnen zuversichtlich darauf, daß Millionen von Männern, Frauen und Kindern durch sie den Vortheil eines besseren Looses, einer angenehmeren Existenz gewinnen und daß die kommenden Geschlechter reicher, stärker und tugendhafter sein werden in Folge der Dispositionen, deren erste Grundzüge von der Conferenz markirt sind. Ein solches Resultat würde der beste Lohn sein, den Seine Majestät der deutsche Kaiser wie auch der Präsident und die Secretäre der Conferenz finden könnten."

Herr Jacobs fügt Nachstehendes den Erklärungen des britischen Delegirten hinzu:

„Es ist in den englischen Versammlungen Gebrauch, daß der „Mover" (Einbringer) eines wichtigen Antrages durch ein anderes Mitglied der Versammlung unterstützt wird. Sir John Gorst wird, wie ich hoffe, es nicht übel aufnehmen, daß ich ihm als „Seconder" (Unterstützer) diene.

Es ist kein Geringes, meine Herren, einer Versammlung zu präsidiren, in der fünfzehn Staaten vertreten sind und deren Thema an allen Enden das ungeheure Problem berührt, den Schutz des Staates, in dem, was er an Gesetzlichem bietet, mit der Aufrechterhaltung der individuellen Freiheit, ohne welche der Mensch nur das Räderwerk einer Maschine ist, in Einklang zu bringen.

Damit eine solche Conferenz Erfolg habe und sich nicht in die Unendlichkeit verliere, muß ihr Vorsitzender alle Eigenschaften

eines Feldmarschalls in sich vereinigen. Er muß seine Armee in mehrere Corps trennen und unter sie die sämmtlichen Aufgaben vertheilen. Die Vertheilung ist bei uns so vortrefflich abgewogen gewesen, daß unsere drei Commissionen an demselben Tage mit ihren Aufgaben fertig geworden sind. Der Feldmarschall muß ferner jedes Corps seiner Armee unter den Befehl eines erfahrenen Generals stellen, und um auch die letzte Voraussicht zu treffen, muß er für seine eigene Stellvertretung Sorge tragen. Die Ernennung der Generale Magdeburg, Kopp, Simon und Hauchecorne beweist, daß der Feldmarschall, Baron von Berlepsch, mit Meisterhand seine Mitarbeiter auszuwählen versteht.

Der Dienst des Generalstabs ist in einem Feldzug von der hervorragendsten Bedeutung. Ich habe nie ein Secretariat, oder besser gesagt einen Generalstab gesehen, der besser organisirt gewesen wäre, als der unsrige. Aber, meine Herren, wie die feinsten Speisen nichts taugen, wenn sie nicht gut gewürzt sind, so würden auch alle diese Dispositionen, so gut sie auch im Hinblick auf unsere friedliche Armee getroffen sind, uns nicht eine so angenehme Erinnerung von hier davon tragen lassen, wenn sie nicht mit der Liebenswürdigkeit und Herzlichkeit gewürzt gewesen wären, die den Werth aller Dinge verdoppeln.

Auch in dieser Hinsicht konnten wir keinen besseren Präsidenten haben und ich gebe Ihrer Aller Empfindungen Ausdruck, meine Herren, wenn ich unter den Danksagungen, die Sir John Gorst soeben an Se. Maj. den Deutschen Kaiser richtete, eine unterstreiche: Wir danken Sr. Majestät, daß er die Leitung unserer Arbeiten dem Herrn Baron v. Berlepsch anvertraut hat."

Der Präsident dankt für die liebenswürdigen Worte, die an ihn gerichtet wurden und nimmt die Glückwünsche, die er soeben gehört hat, nur unter der Bedingung an, daß er ihren größten Theil auf seine Mitarbeiter überträgt.

Herr Boccardo will nicht allein für sich, sondern im Namen der ganzen italienischen Abordnung der kaiserlichen Regierung für die unvergleichlich schmeichelhafte Aufnahme danken, die den Mitgliedern der Conferenz bereitet wurde, und schließt sich den vorhergehenden Rednern an, um seine Dankbarkeit eben so sehr dem Präsidenten wie den Mitgliedern der deutschen Abordnung zu bezeugen.

Herr de Castro schließt sich im Namen der spanischen Re-

gierung gleichfalls den Ausdrücken der Dankbarkeit an, die soeben so glücklich formulirt wurden.

Der Präsident erklärt im Namen Seiner Majestät des Deutschen Kaisers die Conferenz für beendet und schließt die Sitzung um $3^1/_2$ Uhr.

Unterzeichnet ist das Protokoll:

Baron v. Berlepsch. Magdeburg. Reichardt.
Lohmann. Hauchecorne.
Greindl.
Manuel Fern. de Castro. Vte. Santamaria de Paredes.
Jonkheer van der Hoeven.
Marquis de Penafiel.

Dem Schlußprotokoll der letzten Sitzung ist das den Arbeiten der Conferenz zu Grunde gelegte Programm, bestehend aus den unter 6 Abschnitte geordneten Fragen und den darauf formulirten Antworten hinzugefügt.

Der Schlußsatz dieses Protokolls lautet:

„Die Unterzeichneten werden diese Wünsche ihren Regierungen unterbreiten mit den Vorbehalten und Bemerkungen, die in den Sitzungen vom 27. und 28. März gemacht und in den Protokollen niedergelegt sind.

Ausgefertigt in Berlin am 29. März 1890 in einem einzigen Exemplar, das im Staatsarchiv des Deutschen Reiches niedergelegt werden soll. Eine beglaubigte Abschrift soll auf diplomatischem Wege jeder Regierung zugestellt werden, die in der Conferenz vertreten ist."

Baron von Berlepsch. Magdeburg. G. Kopp. Reichardt. Lohmann. Hauchecorne. Landmann. Baron Heyl von Hernsheim. Ed. Koechlin. Weigelsperg. Dr. Migerka. Plappart. Dr. Haberer. Schnierer. Graenzenstein. Szterényi Joseph. Greindl. V. Jacobs. Emile Harzé. Baron A. t'Kint de Roodenheke. C. F. Tietgen. Haldor Topsoe. Ludwig Bramsen. Manuel Fern. de Castro. Vicomte Santamaria de Paredes. Jules Simon. H. Tolain. A. Burdeau. Linder. V. Delahaye. John E. Gorst. Charles S. Scott. W. H. Houldsworth. David Dale. G. Boccardo. V. Ellena. L. Bodio. A. Brasseur. Jonkheer F. P. van der Hoeven. Snyder v. Wissenkerke. H. W. E. Struve. Marquis de Penafiel. Ernesto Madeira Pinto. J. P. Oliveira Martins. Wilhelm de Tham. E. Christie. E. Blumer. Dr. Kaufmann.

# Inhaltsverzeichniß.


| | | Seite |
|---|---|---|
| | Vorwort . . . . . . . . . . . . . . | III—XII |
| | I. Abschnitt. | |
| I. Kapitel: | Die ganze Größe der den Erlassen zu Grunde liegenden Intentionen . . . | 1 |
| II. Kapitel: | Die „Erlasse“ als Anfang der rettenden That . . . . . . . . . . . | 8 |
| III. Kapitel: | Die Kaiserlichen Erlasse und das Ausland | 16 |
| IV. Kapitel: | Die Kaiserlichen Erlasse und die katholische Kirche . . . . . . . . . . . | 30 |
| | II. Abschnitt. | |
| V. Kapitel: | Offene und geheime Gegenströmungen . | 42 |
| VI. Kapitel: | Was würde geschehen, wenn die kaiserlichen Intentionen keine durchgreifende Realisirung erführen . . . . . . . | 86 |
| VII. Kapitel: | Der Kaiser hat gesprochen . . . . . | 107 |
| | Anhang. | |
| I. | Die Beschlüsse der internationalen Arbeiterschutz-Conferenz . . . . . . . . . . . | 129 |
| II. | Socialpolitik, Socialreform und Socialismus . . | 134 |
| III. | Cabinets-Ordre vom 29. März 1890 . . . . | 143 |
| IV. | Das Schluß-Protokoll der Arbeiterschutz-Conferenz | 145 |

In unserem Verlage erschien soeben:

# Ein Wort zum Frieden

in dem

## confessionellen Kampf der Gegenwart.

Von

**einem evangelischen Theologen.**

**2. vermehrte Auflage (6. u. 7. Tausend).**

**Preis 80 Pfg.**

Die „Aachener Zeitung“ vom 8. März 1890 schreibt über diese Schrift:

„Eine Schrift, welche wir der Beachtung der katholischen Kreise und noch mehr der evangelischen dringend empfehlen möchten. Der protestantische Verfasser legt das Vernunftgemäße der katholischen Lehre in wichtigen Punkten, als Schrift und Tradition, Papstthum, Rechtfertigung 2c. klar und überzeugend dar, beweist, daß die Trennung von der Mutterkirche ein Unrecht war und fordert Wiedervereinigung im Glauben und Oberhaupt. Das Buch soll die Vereinigung anbahnen helfen, Mißverständnisse ausgleichen, deshalb wohl sind auch die letzten Consequenzen nach der positiven Seite nicht überall gezogen, sondern dem Leser überlassen. Angesichts der confessionellen Verbitterung, welche ein sog. „Evangelischer Bund“ in unser Volk trägt, sind solche irenische und dem Katholicismus gerecht werdende Schriften von hohem Werthe. Hoffentlich wird diese in weiten protestantischen Kreisen gelesen, der consequent Denkende wird sie nicht ohne Befriedigung aus der Hand legen. Dächte man in evangelischen Kreisen allgemein so und träte man generell so vorurtheilslos an den Katholicismus heran, so würde bald die Einheit hergestellt sein und der Kampf gegen den Socialismus wäre mit vereinter Kraft doppelt leicht.“

Die „Neue Zürcher Zeitung“ vom 13. März 1890:

„Es ist uns Alles willkommen, was zur Beendigung des confessionellen Streites bezw. des Culturkampfes beitragen kann; darum nahmen wir die Schrift mit großem Interesse zur Hand und in der That, der evangelische Theologe redet zum Frieden .... Er kritisirt das Auftreten Luthers, verurtheilt die Toleranz .... Um solchen Preis werden wir freilich vollständigen Frieden mit der römisch-katholischen Kirche erhalten.“

Die „Neue Zuger Zeitung“ vom 19. März 1890:

„Diese Schrift zeichnet sich aus einerseits durch klassische Sprache, logische Schärfe und reine Objectivität, andererseits durch wärmste Befürwortung der Wiedervereinigung der evangelischen mit der katholischen Kirche. Zu diesem Zwecke weist die Einleitung die Bedenken zurück, die gegen versuchte Einigungs-Bestrebungen zwischen den beiden Confessionen pflegen erhoben zu werden .... Der Schreiber dieser Zeilen hat die Broschüre mit großem Genusse gelesen, einiges wiederholt, und liest sie ihres reichen und tiefen Inhaltes wegen wieder mit herzlichem Danke gegen den evangelischen Verfasser, welchem der Gott des Friedens Ausdauer in seiner apostolischen Bestrebung verleihen möge.“

**A. Foesser Nachf., Verlagshandlung, Frankfurt a. M.**

In unserem Verlage ist erschienen:

# Fürst Bismarck
# und die „deutsch“-conservative Partei
## oder eine politische Abrechnung

von

## Reichsfreiherrn von Fechenbach-Laudenbach.

VIII und 332 Seiten. Preis M. 1 50.

Die „Reichszeitung“ schreibt: „Vorliegendes schneidig geschriebene Buch des in weiteren Kreisen rühmlichst bekannten Reichsfreiherrn von Fechenbach-Laudenbach hat zunächst den Zweck, gegenüber den Behauptungen der „Conservativen Correspondenz“ darzulegen, daß nicht der Autor es ist, der seine Ansichten geändert hat. „Wer sich thatsächlich nicht ändert und hierdurch vermöge der Wandelbarkeit des Herrn Fürsten Bismarck auch einmal gegen ihn zu stehen kommt“, sagte er in seinem Vorwort, „der hat sich“ — sagen Gouvernementalen — „geändert“, weil! — er nun ihrem Herrn und Meister widerspricht.“ In dieser eigentlich persönlichen Auseinandersetzung bespricht der Verfasser aber in meisterhafter Weise alle in den letzten Jahren aufgetauchten Fragen, die ganze Entwickelung der Parteien und der maßgebenden Persönlichkeiten. Vor allem wird Herr Stöcker gründlich abgefertigt. Sein „sehr schlechtes Gedächtniß“, sein Hang zu „Ungenauigkeiten“ und andere „kleine Fehler“ werden gebührend gewürdigt. Ferner die jämmerliche Haltung der Conservativen, die modernen Bestrebungen des Protestantismus und andere actuelle Fragen werden in geistreicher, fesselnder Weise behandelt. Wir empfehlen das hochinteressante Werk jedem Politiker auf's Angelegentlichste.“

---

Ferner:

# Denkschrift über die Arbeiterfrage.

Preis **M. 1.50.**

# Referat über die Arbeiterfrage

Preis **M. 0.35.**

Von

## Reichsfreiherrn von Fechenbach-Laudenbach.

Der „Reichsherold“ von 1888 No. 121 schreibt über diese beiden Schriften: „Verfasser ist von der Idee durchdrungen, daß die Arbeit keine Waare ist und deshalb auch nicht wie Waare behandelt werden darf. Der Preis von Waaren wird nach manchesterlichen Ansichten durch Angebot und Nachfrage geregelt; da aber bei dem Preise für Waaren das Einkommen der Arbeiter mit enthalten ist und die Concurrenz dafür sorgt, die Waaren auch durch Herabdrückung des Arbeitereinkommens recht billig herzustellen, entsteht eine Nothlage in den Arbeiterkreisen, welche sich den anderen Branchen mittheilt. Diese Unsicherheit läßt sich allein durch Festsetzung eines Minimallohnes regeln. Kein Staat vermag hierin allein vorzugehen und es ist deshalb die Regelung der Arbeiterverhältnisse durch internationale Vereinbarung zu ordnen. Sollten aber die Großstaaten nicht geneigt sein, eine solche Regelung zu unterstützen, so könnten wir, indem wir Prohibitivzölle einführten, die betreffenden Staaten hierzu zwingen.

Durch diese Maßregeln hofft Herr v. Fechenbach den alten Mittelstand wieder herzustellen. Neben dem Minimallohn fordert er auch die Regelung der Arbeitszeit nach Berufsgenossenschaften. Wenn sich auch die Ausführungen des Herrn von Fechenbach nicht überall mit den unsrigen decken, so können wir doch diese Schrift für das Studium der socialen Frage empfehlen.“

## A. Foesser Nachfolger, Frankfurt a. M.

Vögl

BSB Bayerische StaatsBibliothek
MDZ Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Fechenbach-Laudenbach, Friedrich K.

Die  Kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 Ihre Bedeutung für die Entwickelung der staatlichen, wirthschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse unter nachträglicher Berücksichtigung der Entlassung des Fü rsten Bismarck

Frankfurt a/M. 1890

J.publ.g. 218 c
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11635517-1